

Landeshauptstadt



Hannover

Jugend- und Sozialdezernat

---

**SOZIALBERICHT**  
**2002**

**BERICHT ZUR SOZIALEN  
SITUATION IN HANNOVER**

Erstellt durch

Elke Saueremann	Jugend- und Sozialdezernat - Koordinationsstelle Sozialplanung
Anne Kehrein	Jugend- und Sozialdezernat - Koordinationsstelle Sozialplanung

Unter Mitarbeit von

Dr. Werner Heye	Amt für Koordinierung, Controlling und Stadtentwicklung – Referat für Stadtentwicklung (OE 12.3)
Jürgen Liedtke	Amt für Jugend und Familie (OE 51 P)
Andreas Martin	Amt für Koordinierung, Controlling und Stadtentwicklung – Abteilung für Statistik (OE 12.4)
Liane Schülke	Sozialamt (OE 50.44)

Mai 2002

# Sozialbericht 2002

## Bericht zur sozialen Lage in Hannover

### Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort .....	5
Die wichtigsten Analyseergebnisse .....	6
1. Einleitung .....	13
1.1 Ziele und Aufgaben des Sozialberichtes .....	13
1.2 Hinweise zum Aufbau des vorliegenden Berichtes.....	13
2. Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur .....	15
2.1 Kinder und Jugendliche.....	15
2.2 Mittlere Generation .....	17
2.3 Ältere Menschen.....	19
2.4 Haushaltsstrukturen .....	22
2.5 Wanderungsbewegungen .....	24
3. Finanzielle Situation der Haushalte .....	33
3.1 Haushalte nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen.....	33
3.2 Relative Armut und relativer Reichtum in der Stadt Hannover .....	35
3.3 Sozialhilfe - Hilfe zum Lebensunterhalt.....	37
3.3.1 Allgemeiner Überblick.....	37
3.3.2 Räumliche Verteilung der Empfängerinnen und Empfänger .....	39
3.3.3 Empfängerinnen und Empfänger nach ausgewählten Merkmalen .....	40
3.3.4 Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt.....	44
3.3.5 Bezugsdauer .....	45
3.4 Überschuldete Haushalte.....	48
4. Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsförderung .....	58
4.1 Struktur der Arbeitslosen .....	58
4.2 Städtische Beschäftigungsförderung.....	61
5. Wohnungssituation .....	71
5.1 Wohnflächenstandard.....	71
5.2 Wohnungen mit städtischem Belegungsrecht.....	72
5.3 Besondere Bedarfsgruppen .....	74
5.4 Wohngeld .....	76

6. Gesundheitliche Situation.....	80
6.1 Die gesundheitliche Situation von Schulanfängerinnen und -anfängern .....	80
6.1.1 Vorsorgeuntersuchungen.....	80
6.1.2 Übergewichtige Kinder .....	81
6.2 Zahngesundheit von Grundschulkindern.....	83
6.3 Nuckelflaschenkaries .....	83
6.4 Sucht und Drogen.....	84
7. Familien in Hannover .....	88
7.1 Einleitung .....	88
7.2 Lebenslagen von Familien .....	89
7.2.1 Struktur der Familienhaushalte.....	90
7.2.2 Scheidungsfamilien und Scheidungskinder .....	92
7.2.3 Wanderungen von Familienhaushalten .....	93
7.3 Familienunterstützende Einrichtungen und Dienste .....	95
7.3.1 Kinderbetreuung als ergänzende Unterstützung von Familien .....	95
7.3.2 Erziehungshilfe für Familien in Problemlagen .....	98
8. Besondere Entwicklungen der letzten Jahre .....	104
8.1 Soziale Auswirkungen der Weltausstellung EXPO 2000.....	104
8.2 Wohnungsbau und Entwicklung der sozialen Infrastruktur am Kronsberg.....	105
8.3 Entwicklung sozialräumlicher Ansätze.....	106
8.4 Integrierte Stadtteilentwicklung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ ..	108
8.5 Bildung der Region Hannover .....	109
9. Sozialpolitische Handlungsperspektiven .....	110
9.1 Sozialpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung prekärer Lebenssituationen .....	110
9.1.1 Einkommensarmut.....	110
9.1.2 Qualifizierung und Beschäftigung .....	111
9.2 Sozialpolitische Maßnahmen für besondere Zielgruppen .....	112
9.2.1 Familien.....	112
9.2.2 Junge Menschen.....	113
9.2.3 Ältere Menschen.....	114
9.3 Grundsätzliche sozialpolitische Ansätze .....	114
9.3.1 Prävention .....	114
9.3.2 Sozialräumliche Orientierung.....	115
9.3.3 Beteiligung und Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner ....	115
9.4 Region Hannover .....	116
10. Verzeichnis der Karten, Abbildungen und Tabellen.....	117
Anhang .....	123

## Vorwort

Zum dritten Mal nach 1993 und 1998 legt die Landeshauptstadt Hannover einen Bericht zur sozialen Situation in Hannover vor. Er richtet sich an Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit und versteht sich als Planungsgrundlage für die soziale Kommunalpolitik. Der Sozialbericht 2002 verfolgt erneut den Lebenslagenansatz und gibt einen Überblick über die ineinandergreifenden Bereiche, welche die soziale Situation von Menschen ausmachen.

Mit dem Sozialbericht 2002 wird auf das große Interesse an grundlegenden Informationen zur sozialen Situation in Hannover reagiert. Die Nachfrage hiernach erfolgt aus dem Kreis der sozialpolitischen Akteure in Hannover, Studierenden und Lehrenden der unterschiedlichsten Fachrichtungen und der überregionalen Fachöffentlichkeit. In vielen Fällen steht die Auseinandersetzung mit der Armut- und Reichtumsdiskussion im Mittelpunkt des Interesses. Im weiteren dient der Bericht den Interessenten als Planungsgrundlage in unterschiedlichen Fachressorts.

Wenn zwischen den einzelnen Sozialberichten vier oder fünf Jahre liegen, dann ist dieses ein bewusst gewählter Berichtszeitraum. Vorrangige Aufgabe des Sozialberichts ist eine Zusammenführung und Auswertung von aktuellen Informationen und weniger die jährliche Bereitstellung von Datenmaterial. Der Sozialbericht betrachtet die soziale Situation zu einem Stichtag, analysiert und bewertet diese vor dem Hintergrund der Entwicklung der vergangenen Jahre und versucht kommende Entwicklungen und Problemkreise zu skizzieren. Die Ergebnisse sind die Grundlage für sozialpolitische Handlungsansätze der kommenden Jahre.

Der Sozialbericht 2002 setzt einen besonderen Akzent auf das Thema „Familien in Hannover“. Dieses erfolgt, weil dominierende gesellschaftliche Strukturentwicklungen wie Migration, dauerhafte Arbeitslosigkeit und Singularisierung sich in ihren Auswirkungen in den Familien fokussieren. Politik und Gesellschaft sind deshalb gefordert, gerade die Familien in ihrer Leistungsfähigkeit zu stärken, die Leistungen bei der Erziehungsarbeit von Kindern anzuerkennen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.

Seit der Sozialbericht 1998 erschienen ist, hat sich die finanzielle Situation der Kommunen weiter verschlechtert und der davon abhängige Handlungsspielraum wurde weiter eingeschränkt. Der detaillierten Betrachtung der sozialen Situation als Planungsgrundlage für die soziale Kommunalpolitik kommt gerade in Zeiten knapper Kassen eine immer höhere Bedeutung zu. Nicht zuletzt bestimmt sich hieraus - im Einklang mit zwingenden Einsparmaßnahmen - die bedarfsorientierte und sozialverträgliche Verteilung von Finanzmitteln.

Die Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben kann nur im Miteinander und Einverständnis der verschiedenen Akteure in der Sozialpolitik für die Zukunft tragfähig gestaltet werden. Mit diesem Bericht ist eine Grundlage für die Diskussion geschaffen worden.



(Thomas Walter)

Jugend- und Sozialdezernent der Landeshauptstadt Hannover

## Die wichtigsten Analyseergebnisse

### Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur

- In der Landeshauptstadt Hannover lebten am 01.01.2001 insgesamt 505.648 Menschen (am Ort der Hauptwohnung). Von diesen waren 52,5 % weiblichen und 47,5 % männlichen Geschlechts. Im Vergleich zu 1995 hat die Bevölkerungszahl um knapp 2 % abgenommen.
- 429.677 Menschen (85 %) waren deutscher und 75.971 (15 %) nichtdeutscher Nationalität. Der Anteil Nichtdeutscher ist im Vergleich zu 1995 um 1 %-Punkt angestiegen. Zur Gruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler (Deutsche mit einer zweiten Nationalität eines entsprechenden Herkunftslandes) zählten 19.693 (3,9 %) Personen. Eine Aussage zur Entwicklung ist erst in den nächsten Jahren möglich, da dieser Indikator neu gebildet wurde.
- In Hannover lebten 77.426 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 15,3 % entsprach. Jedes fünfte Kind in Hannover war nichtdeutscher Nationalität. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist seit 1995 somit nur leicht (plus 0,3 %-Punkte) angestiegen. Der Anteil der Nichtdeutschen dieser Altersgruppe ist unverändert hoch geblieben.
- Mit 301.586 Personen (59,6 %) stellte die mittlere Generation (18 bis 59 Jahre) die größte Bevölkerungsgruppe in der Stadt Hannover dar.
- 126.636 Menschen, die 60 Jahre und älter waren, lebten in Hannover. Damit zählte jede vierte Hannoveranerin beziehungsweise jeder vierte Hannoveraner (25 %) zur Gruppe der älteren Bevölkerung. In dieser Altersgruppe waren Frauen mit einem Anteil von 61,1 % deutlich überrepräsentiert. Seit 1995 ist die Zahl der älteren Migrantinnen und Migranten um gut 3.000 Personen angestiegen, dieses entspricht einem Zuwachs von 66,2 % in diesem Zeitraum.
- Am 01.01.2001 waren laut Haushaltsvorstandsstatistik 333.354 private Haushalte in der Landeshauptstadt Hannover ansässig. In 14,2 % der Haushalte lebten Kinder, ein Wert, der seit 1995 nahezu unverändert geblieben ist. Unter den Familienhaushalten war die größte Gruppe die Ein-Kind-Familie mit 55,3 %. In 34 % der Familienhaushalte wuchsen zwei Kinder auf, in weiteren 10,8 % drei und mehr Kinder. Der Anteil der Alleinstehenden mit Kind(ern) an allen Familienhaushalten betrug in Hannover 24 %. Im Vergleich zum Anteil von 20,8 % im Jahr 1995 ist somit ein deutlicher Anstieg um 15,4 % zu vermerken.
- Im Jahr 2000 gab es laut Mikrozensus insgesamt 281.000 private Haushalte in Hannover. Mehr als die Hälfte aller Haushalte (51,2 %) waren Einpersonenhaushalte. Damit ist der Anteil der Alleinlebenden seit 1995 um gut 2 %-Punkte angestiegen. In 28,8 % aller Haushalte lebten zwei Personen zusammen. In 19,9 % aller Haushalte lebten drei und mehr Personen.

- Im Jahr 2000 sind 33.028 Menschen in die Stadt Hannover gezogen, während gleichzeitig 30.723 Hannoveranerinnen und Hannoveraner die Stadt verließen. Innerhalb der Stadtgrenzen sind 34.025 Personen umgezogen. Insgesamt ist der Wanderungssaldo positiv (plus 2.359), gegenüber dem Landkreis wird allerdings ein negativer Saldo (minus 2.467) verzeichnet.

#### Finanzielle Situation der Haushalte

- Ein Fünftel aller Haushalte in Hannover verfügte im Jahr 2000 über ein Haushaltsnettoeinkommen, das unter 1.800 DM pro Monat lag. Einem weiteren knappen Drittel aller Haushalte stand monatlich zwischen 1.800 und 3.000 DM zur Verfügung. Zur Einkommensgruppe, die 3.000 bis unter 5.000 DM pro Monat verdiente, zählte mehr als ein Viertel aller Haushalte. Ein Einkommen von 5.000 DM und mehr im Monat stand 20 % aller Haushalte zur Verfügung.
- Im Landkreis Hannover fiel der Anteil an Haushalten mit einem Einkommen von unter 1.800 DM mit 12,6 % und von 1.800 bis unter 3.000 DM mit 25,5 % deutlich geringer aus. Dagegen waren die Gruppen mit einem Einkommen von 3.000 DM und mehr stärker besetzt als in der Stadt Hannover.
- Knapp ein Drittel der Familienhaushalte in der Stadt Hannover musste mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 3.000 DM wirtschaften. Im Landkreis zählten nur 13,3 % zu dieser Gruppe. Auffällige Unterschiede zwischen Stadt und Landkreis Hannover ergaben sich ebenfalls bei der Gruppe mit einem hohen Haushaltseinkommen. In der Stadt standen 33 % der Familienhaushalte monatlich 5.000 DM und mehr zur Verfügung, im Landkreis traf dies auf 43,3 % der Familienhaushalte zu.

#### Relative Armut und relativer Reichtum

- Der Landesbericht zur Entwicklung von Armut und Reichtum in Niedersachsen kommt zum Ergebnis, dass im Jahr 1997 12,3 % der Bevölkerung in Niedersachsen zur relativen Armutsbevölkerung zu zählen waren. Mit einem Anteilswert von 15,4 % lag die Stadt Hannover über dem Landesdurchschnitt. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutete dieses für Hannover, dass rund 78.000 Einwohnerinnen und Einwohner mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 998 DM als relativ arm gelten müssen.
- In Niedersachsen lebten 4,5 % der Bevölkerung in relativem Reichtum. In der Stadt Hannover betrug der Anteil der Bevölkerung, der die Reichtumsgrenze von einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.992 DM überschritten hatte, 4,6 %. In der Landeshauptstadt Hannover waren nach dieser Berechnung rund 23.300 Personen als relativ reich zu bezeichnen.

## Sozialhilfe - Hilfe zum Lebensunterhalt

- Am 31.12.2000 bezogen 37.162 Personen in der Stadt Hannover Hilfe zum Lebensunterhalt. Damit lag der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung bei 7,3 %. Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger ist seit 1995 um rund 3.000 Personen beziehungsweise 0,8 %-Punkte angestiegen.
- Die Stadtteile mit den höchsten Anteilen von Hilfe zum Lebensunterhalt mit über 14 % waren Mühlenberg, Vahrenheide, Linden-Süd, Sahlkamp, Bornum und Mittelfeld.
- Von den Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt waren 21.977 deutscher (59,1 %) und 15.185 nichtdeutscher (40,9 %) Nationalität. Während sich die Anzahl deutscher Personen in der HLU seit 1995 nur wenig verändert hat, ist die Zahl nichtdeutscher Hilfeempfängerinnen und -empfänger um 36 % angestiegen.
- Frauen waren unter den Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt mit 20.131 Personen und damit einem Anteil von 54,2 % überdurchschnittlich vertreten. Bezogen auf die weibliche Bevölkerung ergibt sich ein Anteil von Sozialhilfeempfängerinnen von 7,6 %.
- Die höchsten Anteile unter den Altersgruppen in der Sozialhilfe wurden für Kinder und Jugendliche registriert. Dabei sind die unter 3-Jährigen mit 19 % an der gleichaltrigen Bevölkerung am stärksten betroffen. Die Sozialhilfequote der Kinder und Jugendlichen im Alter von 0 bis 17 Jahren betrug 15,7 %. Seit 1995 hat sich der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt (15 %) leicht erhöht.
- Altersarmut - gemessen am Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an allen älteren Menschen - betraf mit 4,1 % statistisch betrachtet nur wenige ältere Menschen. Unter den nichtdeutschen Seniorinnen und Senioren war Altersarmut dahingegen ein Thema. Ein Drittel aller Migrantinnen und Migranten, die 60 Jahre und älter waren, erhielten Hilfe zum Lebensunterhalt, in der Gruppe der 75 bis 84-Jährigen betrug der Anteil sogar 47 %. Seit 1995 hat sich der Anteil der älteren Menschen in der Sozialhilfe um 1,1 %-Punkte erhöht.
- In der Stadt Hannover erhielten am 31.12.2000 insgesamt 20.637 Haushalte Hilfe zum Lebensunterhalt. Bezogen auf alle Haushalte ergab sich hieraus ein Anteil von 6,2 %. Seit 1995 ist die Anzahl der betroffenen Haushalte um 2.237 beziehungsweise 0,7 %-Punkte angestiegen.
- Mit einem Anteil von 53,8 % bildeten Einpersonenhaushalte die größte Gruppe der betroffenen Haushalte. Paare ohne Kinder waren mit einem Anteil von 9,6 % nur selten von Sozialhilfe abhängig.
- Als Kerngruppe der Einkommensarmut sind Haushalte mit Kindern zu werten, obwohl dieser Haushaltstyp mit 30,4 % erheblich seltener als Einpersonenhaushalte gezählt wurde. Dieses resultiert daraus, dass in Familienhaushalten mit Kindern jeweils mindestens zwei, meistens jedoch drei und mehr Personen von Sozialhilfe abhängig sind.

- Der Anteil von Familien, die Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, betrug 13,2 % an allen Familienhaushalten. Seit 1995 ist der Anteil der Familien mit Sozialhilfebezug um 6,2 %-Punkte angestiegen. Unter den Haushalten von allein Erziehenden erhielten 32,8 % Hilfe zum Lebensunterhalt. Im Vergleich zu 1995 (36 %) ist der Anteil der betroffenen Haushalte von allein Erziehenden somit rückläufig.
- Erstmals war es möglich, für einen Teil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger Aussagen zur Bezugsdauer zu machen. Im Rückblick vom 31.12.1998 wurden ausgewählte HLU-Fälle betrachtet. In der Gruppe der Bezugsdauer von einem Jahr und länger waren Frauen überdurchschnittlich häufig vertreten. Längere Bezugsphasen waren auch bei Personen ab 55 Jahren und bei größeren Haushalten festzustellen sowie bei Personen ohne Schulabschluss und solchen, die aufgrund häuslicher Bindung, Krankheit oder Alter Sozialhilfe bezogen.
- Bundesweit wird davon ausgegangen, dass 6 % der Haushalte überschuldet sind. Für Hannover wäre von ungefähr 16.800 bis 20.000 überschuldeten Haushalten auszugehen, dieses entspräche rund 30.000 Einzelpersonen.

#### Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsförderung

- In der Stadt Hannover waren im Dezember 2000 insgesamt 31.716 Personen arbeitslos gemeldet. Damit ist die Zahl der Arbeitslosen seit 1995 um rund 2.300 Personen zurückgegangen. Bezogen auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter zwischen 18 und 64 Jahren lag der Arbeitslosenanteil bei 9,5 %. Nichtdeutsche Arbeitslose waren mit einem Anteil von 29,9 % an allen Arbeitslosen deutlich überrepräsentiert. 10,1 % aller Arbeitslosen waren Ende 2000 unter 25 Jahre alt und 18,8 % 55 Jahre und älter.
- Die höchsten Arbeitslosenanteile mit über 14 % fanden sich in den Stadtteilen Vahrenheide, Linden-Süd, Mühlenberg, Hainholz und Mittelfeld.
- Mehr als ein Drittel (34,4 %) aller Arbeitslosen war ein Jahr und länger ohne Arbeit. Überdurchschnittlich hohe Anteile an Langzeitarbeitslosen fanden sich unter anderem in den Stadtteilen Misburg-Süd, Heideviertel, Wülfel, Davenstedt und Seelhorst.
- Im Rahmen der städtischen Beschäftigungsförderung wurden im Programm Hilfe zur Arbeit im Jahr 2000 knapp 1.600 Vermittlungen mit Arbeitsvertrag in den 1. und 2. Arbeitsmarkt sowie in Qualifizierungen erreicht. Die Nettoeinsparungen lagen bei einer Höhe von 39,5 Mio. DM.
- Im Jahr 2001 wurden 300 Personen in AB-Maßnahmen gebracht. Hierfür standen rund 1,3 Mio. DM zur Verfügung.
- Im Bereich der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden zur Zeit Modellprojekte wie die Teilzeitausbildung junger allein erziehender Mütter, die Einrichtung eines Jugendbüros oder das Kooperationsprojekt zwischen Arbeitsamt und Stadt Hannover (ProS.A.) durchgeführt.

- Im Stützpunkt Hölderlinstraße als Maßnahmeträger des 2. Arbeitsmarktes sind im Jahr 2001 knapp 700 Menschen beschäftigt gewesen.
- Der neue Arbeitsansatz des sozialen Aktivierungsmanagements oder Fall-Managements wird zur Zeit flächendeckend umgesetzt. Jährliche Sozialhilfeeinsparungen in Höhe von rund 2,5 Mio. DM wurden bisher erreicht.

### Wohnungssituation

- In Hannover hatten am 31.12.2000 505.648 Personen ihren ersten Wohnsitz und weitere 12.357 Personen ihren Zweitwohnsitz. Dieser wohnberechtigten Bevölkerung standen 281.787 Wohnungen (Stand 31.12.1999) zur Verfügung.
- Im Schnitt standen Ende 1999 für jeden Einwohner 40,8 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung. Den höchsten Wohnstandard gemessen an den Quadratmetern Wohnfläche pro Person erreichten mit 50 m<sup>2</sup> und mehr die Stadtteile Isernhagen-Süd, Zoo, Waldhausen und Kirchrode.
- Die geringste Wohnfläche mit weniger als 35 m<sup>2</sup> pro Person stand den Bewohnerinnen und Bewohnern in den Stadtteilen Stöcken, Mittelfeld, Vahrenheide, Lahe, Hainholz, Linden-Süd, Sahlkamp und Mühlenberg zur Verfügung.
- Am 31.12.2000 gab es 30.602 Wohnungen mit städtischem Belegrecht. Hiervon wurden 6.688 Wohnungen durch das „Aktionsprogramm Wohnen“ ausgesetzt, so dass die Zahl der vermittelbaren Wohnungen bei 23.914 lag. Der Anteil der Wohnungen mit städtischem Belegrecht an allen Wohnungen betrug auf dieser Basis 7,9 %.
- Die höchsten Dichten an Belegrechtswohnungen mit über 16 % wurden in den Stadtteilen Mittelfeld, Mühlenberg, Vahrenheide, Vinnhorst, Hainholz, Linden-Süd, Davenstedt, Bornum und Sahlkamp erreicht.
- Die Stadt Hannover hat im Jahr 2000 insgesamt 1.727 Personen als obdachlos registriert. Darunter waren 548 einheimische Obdachlose, 137 Asylbewerberinnen und -bewerber, 115 Bürgerkriegsflüchtlinge und 710 sonstige Flüchtlinge sowie 217 Aussiedlerinnen und Aussiedler.
- Im Jahr 2000 wurden vom Sozialamt im Rahmen der Sozialhilfegewährung 68,9 Millionen DM pauschaliertes Wohngeld ausgezahlt. Außerdem wurden 21,7 Millionen DM des sogenannten Tabellenwohngeldes gewährt. Mit einem Anteil von 24 % an den gesamten Wohngeldzahlungen nahm dieses inzwischen eine eher kleine Rolle ein. Damit konnten jedoch rund 9.200 Haushalte unterstützt werden.

## Gesundheitliche Situation

- Bei der Schulanfängeruntersuchung 1999/2000 zeigte sich, dass 68,3 % aller untersuchten Kinder an der Vorsorgeuntersuchung U 9 teilgenommen hatten. Die niedrigsten Beteiligungsraten wurden für die Stadtteile Mittelfeld, Mühlenberg, Calenberger-Neustadt, Linden-Süd, Bornum und Mitte festgestellt. Erkennbar ist in diesem Zusammenhang, dass bei Kindern, die im Kindergarten betreut wurden, die Vorsorgeuntersuchung U 9 häufiger durchgeführt wurde.
- 9,4 % aller untersuchten Kinder waren übergewichtig. Überdurchschnittlich hohe Werte wurden in Linden-Süd, Oberricklingen, Vahrenheide, Herrenhausen, Stöcken, Wülfel, Mühlenberg, Mittelfeld und Hainholz ermittelt.
- Im Kindergartenjahr 1999/2000 wurde bei 13,6 % von insgesamt 3.640 Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren in hannoverschen Kindertagesstätten Nuckelflaschenkaries festgestellt. Auffällig war der Zusammenhang zwischen Zahngesundheit und prekären Einkommensverhältnissen. So lag der Anteil von Kindern, bei denen Nuckelflaschenkaries festgestellt wurde, in den sozial belasteten Stadtteilen Mühlenberg, Mittelfeld, Sahlkamp und Hainholz bei mehr als 30 %.
- Schätzungsweise gibt es in Hannover 4.000 bis 5.000 Heroin- bzw. Kokainabhängige, 16.000 bis 18.000 Alkoholabhängige, 9.000 bis 10.000 Medikamentenabhängige sowie 3.000 bis 4.000 Konsumenten von Designerdrogen; als besorgniserregend ist der seit einiger Zeit zunehmende Konsum von Kokain beziehungsweise Crack (Steinkokain) einzustufen. Die Stadt Hannover hat in den letzten Jahren ein differenziertes Hilfsangebot an beratenden und therapeutischen Hilfen entwickelt. 2.500 der Abhängigen von illegalen Drogen befinden sich inzwischen in medizinischer Behandlung, in Beratung oder therapeutischer Behandlung. 1.500 ehemals Drogenabhängige werden mit Methadon behandelt.

## Familien in Hannover

- In Hannover lebten am 01.01.2001 insgesamt 47.466 Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren. Dieses entsprach einem Anteil von 14,2 % an allen Haushalten. Die höchsten Anteile von Familienhaushalten fanden sich in den Stadtteilen Lahe, Bemeroode, Mühlenberg, Wettbergen und Sahlkamp. In den innenstadtnahen Stadtteilen war der Anteil der Familienhaushalte gering.
- 36.569 Familienhaushalte hatten einen deutschen Haushaltsvorstand (77 %). Der Anteil der deutschen kinderreichen Familien (drei und mehr Kinder) war in Stadtteilen mit ausgeprägten sozialen Problemlagen besonders hoch. 10.897 Familien hatten einen nichtdeutschen Haushaltsvorstand (23 %). Nichtdeutsche kinderreiche Familien konzentrierten sich nicht auf sozial belastete Stadtteile, sondern waren breiter über das Stadtgebiet gestreut.

- Es gab 11.328 Haushalte von allein Erziehenden (Gruppe der ledigen, geschiedenen oder verwitweten Haushaltsvorstände mit Kindern). Dieses entsprach einem Anteil von 24 % an allen Familienhaushalten. Seit 1995 ist die Zahl der allein erziehenden Haushalte um fast 15 % angestiegen. Allein Erziehende lebten anteilmäßig überdurchschnittlich oft in der Nordstadt, Oststadt, Döhren, Linden-Nord, Linden-Mitte, Linden-Süd und Limmer. Die meisten allein Erziehenden hatten ein Kind zu versorgen (71,4 %), 22,6 % der allein Erziehenden hatten zwei Kinder und nur 6 % drei und mehr Kinder zu versorgen.
- Am 01.01.2001 gab es in Hannover 5.304 Haushalte mit Kindern, in denen der Haushaltsvorstand geschieden war. Von Scheidung betroffen waren rechnerisch mehr als 7.500 Kinder, was einem Anteil von knapp 10 % an allen Kindern entspricht.
- Im Jahr 2000 haben 10.165 Personen die Stadt Hannover verlassen, um sich im Landkreis niederzulassen. 29 % der Fortgezogenen waren Personen, die als Paare mit Kindern leben. 60 % der Fortgezogenen sind aus einer Mietwohnung in ein Eigenheim umgezogen. Als Umzugsgründe wurde „der Wunsch nach einem eigenen Haus“, nach einer „ruhigeren Wohnlage“ und „mehr Grün“ genannt.
- Von den 44.030 Kindern im Alter von 0 bis 9 Jahren wurden am 01.11.2000 insgesamt 108 Kinder in Krippen, 1.128 Kinder in Krabbelstuben, 12.925 Kinder im Kindergarten und 3.654 Kinder im Hort betreut. 54 % aller Kinder wurden ganztags betreut, weitere 12 % erhielten eine zwei Drittel Betreuung und 34 % wurden halbtags betreut. 25,7 % der Kinder hatten eine nichtdeutsche Nationalität.
- Ende 2001 wurden in Hannover insgesamt 1.545 Hilfen zur Erziehung gewährt, davon 1.057 in stationärer Betreuung, 119 in teilstationärer Betreuung und 369 in ambulanter Betreuung. Seit 1997 hat die Zahl der Hilfen zur Erziehung insgesamt von 1.424 auf 1.545, also um 8,5 % zugenommen. Auf 1.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kamen rund 19 Personen, die Leistungen der Hilfe zur Erziehung erhielten. Bezogen auf die unter 21-Jährigen bekamen 17 Fälle pro 1.000 Anspruchsberechtigte entsprechende Hilfen. Unter allen Fällen bildeten die männlichen und deutschen Klienten die Kerngruppe der Betreuten.

## 1. Einleitung

### 1.1 Ziele und Aufgaben des Sozialberichtes

Der Sozialbericht 2002 verfolgt das Ziel, Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung über die soziale Lage der Bevölkerung in Hannover zu informieren und auf besondere Problembereiche aufmerksam zu machen. Er setzt an der Konzeption der vorausgegangenen Sozialberichte an und behandelt auch lebenslagenbestimmende Faktoren wie Wohnen und Gesundheit, die in integrierten Arbeitsansätzen mit anderen Dezernaten beziehungsweise Fachbereichen der Region Hannover bearbeitet werden. Der Sozialbericht 2002 soll eine Informationsbasis schaffen, auf deren Grundlage Planungen und Entscheidungen vorbereitet werden können. Dabei werden auch Entwicklungen der vorausgegangenen Jahre dargestellt und bewertet sowie Prognosen über kommende Entwicklungen abgegeben. Da sich der Sozialbericht als Grundlagenwerk versteht, der über die Analyse der sozialen Situation hinaus auch Handlungsperspektiven für die soziale Stadtentwicklungspolitik aufzeigen will, ist eine etwa fünfjährige Erscheinungsweise gewählt worden. Die ausgewählten Indikatoren stehen darüber hinaus jährlich und kleinräumig für Planungszwecke zur Verfügung.

Die im Sozialbericht 1998 verwendeten Indikatoren wurden für den Sozialbericht 2002 wieder herangezogen. Durch neuere Entwicklungen ist es möglich gewesen, den Indikatorenkatalog zu erweitern. So konnte zum Beispiel erstmalig als Indikator die Bevölkerungsgruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler analysiert oder Ergebnisse der Armut- und Reichtumsberichterstattung des Landes Niedersachsen in die Darstellung einbezogen werden.

Die Sozialberichte der Landeshauptstadt Hannover sind strukturell so aufgebaut, dass mit jedem Erscheinen ein inhaltliches Schwerpunktthema behandelt werden. Der Sozialbericht 2002 beinhaltet den Themenschwerpunkt „Familien“. Dieser wurde ausgewählt, um anhand einiger Aspekte, die Familien betreffen, Informationen bereitzustellen, die die Vielfalt und Vielschichtigkeit des Themas dokumentieren. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Mit diesem Kapitel soll das Augenmerk auf das Thema Familien gelenkt werden, um einen interdisziplinären Diskurs anzuregen, der die weitere Aufarbeitung des Themas sowie die Entwicklung von Handlungsansätzen zur Familienförderung beinhaltet.

Die Indikatoren wurden in der Analysephase differenziert nach verschiedenen Merkmalen, wie zum Beispiel Geschlecht, Nationalität oder Familienform betrachtet. Sofern es bezüglich dieser Merkmale unterschiedliche Ergebnisse gibt, werden diese textlich dargestellt. Gibt es keine unterschiedlichen Ausprägungen werden diese Differenzierungen im Text nicht behandelt.

### 1.2 Hinweise zum Aufbau des vorliegenden Berichtes

Der Sozialbericht beinhaltet in Kapitel 2 die lebenslagenbezogene Analyse der Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur in der Stadt Hannover. Ziel ist es hierbei, unterschiedliche Zielgruppen kommunaler Sozialpolitik kleinräumig zu identifizieren und quantitativ zu benennen, um konkrete Planungsgrößen

bestimmen zu können. Kapitel 3 befasst sich mit der finanziellen Situation der Haushalte und beschreibt die Spannweite zwischen „armen“ und „reichen“ Haushalten in Hannover sowie im Vergleich zum ehemaligen Landkreis Hannover und dem Land Niedersachsen. In diesem Kapitel wird eine differenzierte Analyse der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt vorgenommen.

Daran anschließend widmet sich der Bericht dem Thema Arbeitslosigkeit (Kapitel 4), der Wohnungssituation (Kapitel 5) und der gesundheitlichen Situation (Kapitel 6). Die Berichterstattung zu „Familien in Hannover“ (Kapitel 7) ist als Schwerpunktsetzung zu verstehen. Es dient der Vertiefung des Themas anhand der statistisch verfügbaren Daten und des kommunalen Leistungsspektrums.

Im Kapitel 8 des Sozialberichtes werden besondere Entwicklungen der letzten Jahre beschrieben, wobei die Themenfelder Weltausstellung EXPO 2000, Entwicklung eines neuen Stadtteils am Kronsberg, neue planerische Ansätze und die Bildung der Region behandelt werden. Das Kapitel 9 skizziert Sozialpolitische Handlungsperspektiven. Dabei geht es darum, Akzente der sozialen Stadtentwicklung zu formulieren und Handlungsmöglichkeiten für eine kommunale Sozialpolitik aufzuzeigen.

Grundlage der Analysen sind Daten zum Stichtag 31.12.2000 bzw. 01.01.2001 (Bevölkerung, Sozialhilfe, Wohnen, etc.) oder aus anderen Zeiträumen des Jahres 2000 (Wanderungsdaten, Schulanfängeruntersuchung, Arbeitslose, etc.). Aktuellere Daten können aufgrund der Verzögerung, die sich bei der Bereitstellung von Daten eines umfangreichen Indikatorenkataloges ergeben und aufgrund der erforderlichen Bearbeitungszeit in der Berichterstattung, nicht verwendet werden.

## 2. Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur

In der Landeshauptstadt Hannover lebten am 01.01.2001 insgesamt 505.648 Menschen<sup>1</sup>. Von diesen waren 52,5 % weiblichen und 47,5% männlichen Geschlechts.

429.677 (85 %) Menschen hatten die deutsche und 75.971 (15 %) eine nichtdeutsche Nationalität. Überdurchschnittlich hohe Anteile an Nichtdeutschen fanden sich in Linden-Süd (34,2 %), Vahrenheide (30,9 %) und Hainholz (29,6 %). Deutlich unterrepräsentiert waren nichtdeutsche Menschen mit einem Anteil unter 4,5 % in Waldhausen, Waldheim und Wülferode (vgl. Karte 1).

In Bezug auf die Gesamtbevölkerung lebten 3,9 % (19.693) Aussiedlerinnen und Aussiedler<sup>2</sup> in Hannover. Die höchsten Anteile lagen in Mühlenberg (18,2 %), Bemerode (10,4 %), Sahlkamp (9,9 %), Wettbergen (9,4 %), Mittelfeld (9,1 %) und Vahrenheide (7,9 %) vor (vgl. Karte 2).

Die Einwohnerzahl hat seit Anfang der 90er Jahre leicht zugenommen, ist aber seit Mitte der 90er Jahre leicht zurückgegangen. So war im Vergleich der Jahre 1995 und 2000 eine Abnahme um knapp 2 % festzustellen. Die Gesamtzahl im Jahr 2000 entsprach der Personenzahl im Jahr 1990. Der Anteil der Nichtdeutschen ist entgegen dieses Trends seit 1990 um 4 % gestiegen. Die Einwohnerzahl wird voraussichtlich bis in das Jahr 2010 weiterhin rückläufig sein und leicht unter die Schwelle von 500.000 sinken (490.423)<sup>3</sup>.

Bei der folgenden Betrachtung wird die Analyse der Bevölkerungsstruktur – dem Lebenslagenansatz dieses Berichtes folgend – nach Bevölkerungsgruppen vorgenommen. Kleinste Betrachtungseinheit der Analyse ist die Ebene der Stadtteile. In der Regel wird der prozentuale Anteil einer Bevölkerungsgruppe an der jeweiligen Gesamtbevölkerung betrachtet. Zu beachten ist, dass dieser Blickwinkel nicht für alle Fragestellungen gleichermaßen geeignet ist. So ist nicht immer die prozentuale Verteilung einer bestimmten Betrachtungseinheit von Bedeutung, sondern deren absolute Zahl. Hohe prozentuale Anteile spiegeln aber nicht automatisch hohe absolute Zahlen wider. Um einen möglichst hohen Nutzen auch für andere Fragestellungen zu ermöglichen, werden ergänzend zu den Anteilswerten in den Kartendarstellungen die entsprechenden Bevölkerungsdaten im Anhang in absoluten Zahlen angegeben (vgl. Tabellen A1 bis A5 im Anhang).

### 2.1 Kinder und Jugendliche

Am 01.01.2001 betrug in der Landeshauptstadt Hannover der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Alter von unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung 15,3 %<sup>1</sup>. Absolut betrachtet waren dieses 77.426

<sup>1</sup> Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

<sup>2</sup> Ein Merkmal „Aussiedler“ findet sich in den Statistikdaten des Einwohnermelderegisters nicht. Da Aussiedlerinnen und Aussiedler neben der deutschen Staatsangehörigkeit häufig noch die des Herkunftslandes besitzen, können durch die Auswertung der zweiten Nationalität dennoch Erkenntnisse über diese Bevölkerungsgruppe gewonnen werden. Allerdings umfassen die so gewonnenen Daten auch weitere eingebürgerte Personen aus den ehemaligen Ostblockstaaten - darunter eingebürgerte Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion und Kinder binationaler oder seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebender Eltern.

<sup>3</sup> Bei den im folgenden vorgenommenen Bevölkerungsprognosen werden Daten zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 01.01.2001 (kurz: Daten 2000) mit prognostizierten Daten zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 01.01.2010 (kurz: Daten 2010) verglichen.

Kinder und Jugendliche. In den einzelnen Stadtteilen war der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung unterschiedlich hoch. Anteilsmäßig hohe Werte waren in den weniger gut situierten Stadtteilen wie Mühlenberg (22,9%), Sahlkamp (22,2 %) und Vahrenheide (21,5 %) sowie in besser situierten Gebieten wie Bemerode (22 %) zu finden. Darüber hinaus war in Lahe mit 23,5 % ein hoher Anteil zu verzeichnen. Anteilsmäßig niedrige Werte waren in den innenstadtnahen Stadtteilen wie Mitte (8,5 %), Oststadt (11 %) und Südstadt (11,1 %) vorzufinden (vgl. Karte 3).

Mit einem Anteil von 20,5 % besaß jeder fünfte unter 18-Jährige eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Dieses entsprach 15.896 Kindern und Jugendlichen. Die höchsten Anteile nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher waren in den Stadtteilen mit dem höchsten Anteil Nichtdeutscher insgesamt, konkret Linden-Süd (43,9 %), Vahrenheide (43,2 %) sowie Hainholz (39,7 %) anzutreffen. Darüber hinaus waren hohe Anteile in der Calenberger Neustadt (36,4 %) und Mitte (36,2 %) festzustellen (vgl. Karte 4).

Betrachtet man in den letzten Jahren die Entwicklung der Zahlen der Geburten von nichtdeutschen Kindern als auch die Entwicklung der Anzahl der unter 1-Jährigen nichtdeutschen Kinder am Stichtag 31.12., so stellt man fest, dass diese erstmalig im Jahr 2000 stark abgenommen haben. Gleichzeitig haben die Zahlen der deutschen unter 1-Jährigen mit einer zweiten Nationalität stark zugenommen. Hier kommt das seit dem 01.01.2000 gültige neue Staatsangehörigkeitsgesetz zum Tragen, wonach Kinder nichtdeutscher Eltern automatisch als erste Staatsangehörigkeit die deutsche erhalten, wenn am Tag der Geburt sich mindestens ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig (mit Aufenthaltsgenehmigung) in Deutschland aufhält und seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder –berechtigung besitzt. Wenn bei Planungen im Bereich der unter 1-Jährigen der nichtdeutsche kulturelle Lebenszusammenhang von Bedeutung ist, müsste sowohl die Gruppe der nichtdeutschen als auch die der deutschen mit zweiter Nationalität betrachtet werden. Die Gruppe der unter 1-Jährigen kann unter diesem Aspekt für den Stichtag 31.12.2000 folgendermaßen abgebildet werden. Von den 4.549 Kindern besaßen 4.101 eine deutsche Staatsangehörigkeit. Von diesen 4.101 Kindern hatten 1.264 eine deutsche Staatsangehörigkeit sowie eine zweite nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. 448 Kinder waren nichtdeutscher Nationalität. Somit bestand die Gruppe der unter 1-Jährigen mit nichtdeutschem Hintergrund aus 1.712 Kindern. Diese Entwicklung ist langfristig zu beobachten und entsprechend bei zukünftigen Auswertungen stärker zu berücksichtigen.

7,1 % aller Kinder und Jugendlichen waren Aussiedlerkinder<sup>4</sup> (5.509 Personen). Hier gab es die höchsten Anteilswerte in Mühlenberg (20 %), Bemerode (15,1 %), Wettbergen (14,3 %), Mittelfeld (13,5 %) und Sahlkamp (13 %), das heißt in den Gebieten, wo auch die Anteile an Aussiedlerinnen und Aussiedlern insgesamt am höchsten waren.

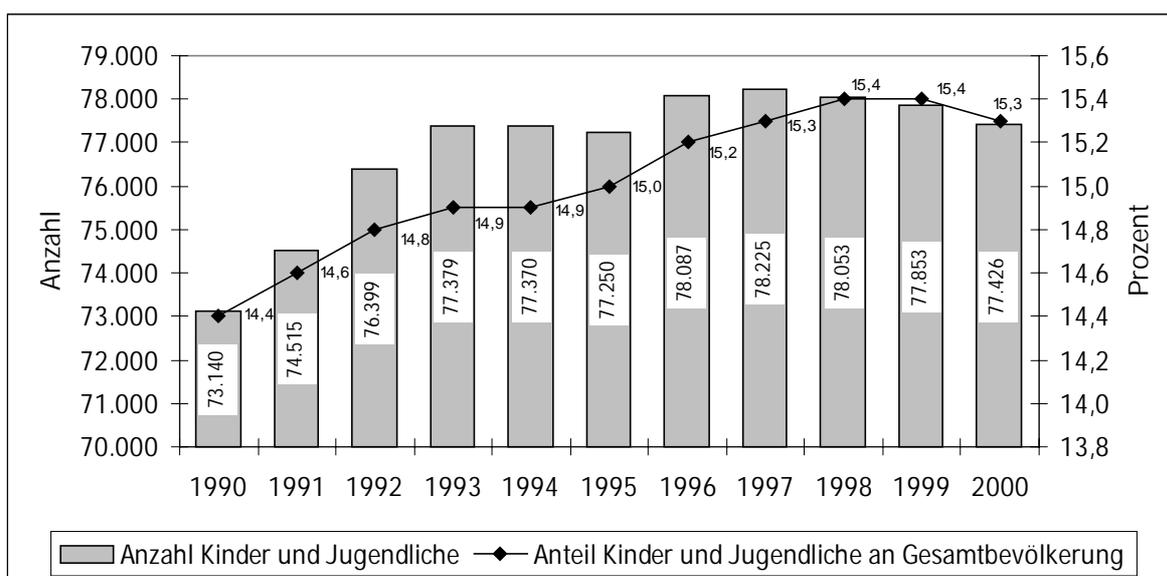
Betrachtet man die Entwicklung der Kinder- und Jugendzahlen seit 1990 (vgl. Abbildung 1), zeigt sich, dass zu Beginn der 90er Jahre ein Anstieg der absoluten Zahl ausgehend von gut 73.000 im Jahr 1990 festzustellen ist. Inzwischen pendelt die Anzahl zwischen 77.000 und 78.000. Dementsprechend ist auch der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung gestiegen und bewegte sich in den letzten Jahren bei 15,4 %.

---

<sup>4</sup> vgl. Fußnote 2

Die mit Abstand größte Veränderung bei der Anzahl von Kindern und Jugendlichen war im Stadtteil Bemerode festzustellen. 1995 lebten hier 9.945 Personen; durch die Entstehung des Wohngebietes am Kronsberg waren es Ende 2000 bereits 15.540 Menschen. Die Anzahl an Kindern und Jugendlichen ist von 1.995 (1995) auf 3.426 (2000) gestiegen. Da mit dieser Entwicklung zu rechnen war, wurde eine auf sich kurzfristig verändernde Anforderungen reagierende Infrastruktur am Kronsberg eingerichtet (vgl. Kapitel 8.2).

Abbildung 1: Entwicklung der 0 bis 17-Jährigen 1990 bis 2000 absolut und in Prozent



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

Die Entwicklung der Kinder- und Jugendzahlen wird als rückläufig prognostiziert<sup>5</sup>. So werden sich im Jahr 2010 noch knapp 75.000 Menschen in der Altersgruppe der 0 bis 17-Jährigen befinden, was einem Rückgang von 4 % entspricht. Innerhalb der einzelnen Altersgruppen sind Abnahmen im Vergleich der Jahre 2000 und 2010 in der Gruppe der 0 bis 2-Jährigen (minus 11 %), der 3 bis 5-Jährigen (minus 8 %) und der 6 bis 9-Jährigen (minus 3 %) vorausgesagt. Leichte Zunahmen sind in der Altersgruppe der 10 bis 15-Jährigen (plus 1 %) und der 16 bis 17-Jährigen (plus 4 %) zu finden. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung wird voraussichtlich 15,3 % betragen und sich damit nicht wesentlich verändern.

## 2.2 Mittlere Generation

In Hannover lebten am 01.01.2001 insgesamt 301.586 (59,6 %) Menschen in der mittleren Generation<sup>6</sup>. Die mittlere Generation setzt sich aus folgenden Gruppen zusammen: Junge Erwachsene zwischen 18 und 26 Jahren befinden sich in der Regel in der Ausbildungsphase oder am Übergang zur Erwerbstätigkeit oder Familiengründung. Diese Altersgruppe befindet sich in der privaten wie beruflichen Auf-

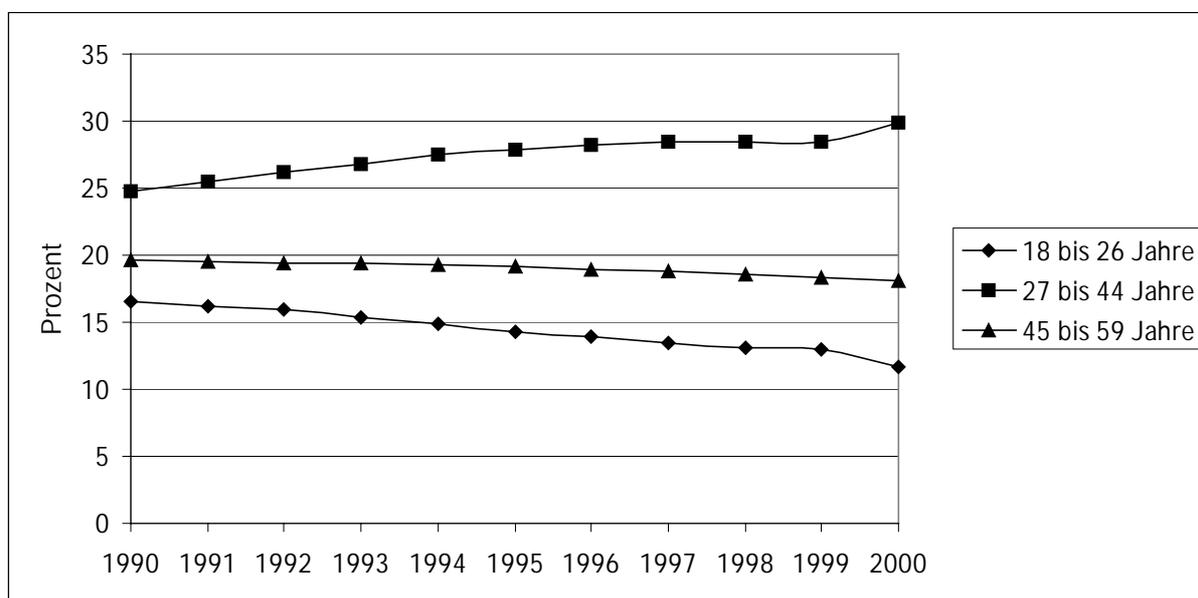
<sup>5</sup> vgl. Fußnote 3

<sup>6</sup> Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 18 bis 59 Jahren

bau- und Erprobungsphase. Erwachsene zwischen 27 und 44 Jahren sind die Bevölkerungsgruppe, die erwerbstätig ist und sich am häufigsten in der Familien(gründungs)phase befindet. Sie sind das „Rückgrat“ der Gesellschaft. Sie stellen das hauptsächliche Potential für den Arbeitsmarkt dar und sind die Generation, die nachfolgende Generationen hervorbringt. Erwachsene zwischen 45 und 59 Jahren haben in der Regel ein erhöhtes zeitliches Potential zur Verfügung. Haben sie Familie, sind teilweise die Kinder aus dem Haus, so dass zum Beispiel Menschen, die zuvor Zeit, Energie und Geld in die Erziehung der eigenen Kinder investiert hatten, Zeitressourcen und Kapazitäten für Erwerbstätigkeit, Ehrenamt oder weitere Familien- und Nachbarschaftsnetzwerke haben und gegebenenfalls über erhöhte Konsummöglichkeiten verfügen. Gerade für Frauen in dieser Altersgruppe bedeutet es auch, dass sie oftmals die häusliche Pflege der (Schwieger-)Eltern übernehmen.

Die jungen Erwachsenen waren mit einem Anteil von 11,7 % an der Gesamtbevölkerung vertreten (59.124 Personen). Der Anteil ist in den letzten 10 Jahren leicht rückgängig (vgl. Abbildung 2). 30 % der Bevölkerung befand sich in der Gruppe der Erwachsenen zwischen 27 und 44 Jahren (151.168 Personen). Im Vergleich zu 1990 hat ein kontinuierlicher Zuwachs um 5 %-Punkte stattgefunden, was dadurch zu erklären ist, dass die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre in diese Gruppe gelangt sind. In der Gruppe der Erwachsenen im Alter von 45 bis 59 Jahren befanden sich 18,1 % (91.294 Personen). Diese Bevölkerungsgruppe ist anteilig leicht zurückgegangen.

Abbildung 2: Entwicklung der mittleren Generation 1990 bis 2000 in Prozent



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

Die zukünftige Entwicklung der Altersgruppen der mittleren Generation sieht unterschiedlich aus<sup>7</sup>. In der Gruppe der 18 bis 26-Jährigen ist ein Rückgang von 2000 bis 2010 von 23 % zu erwarten. Eine geringe Abnahme um 3 % ist in der Gruppe der 27 bis 44-Jährigen prognostiziert. Lediglich in der Gruppe der 45 bis 59-Jährigen ist eine Zunahme um 10 % zu erwarten. Insgesamt ist für die Gruppe

<sup>7</sup> vgl. Fußnote 3

der 18 bis 59-Jährigen ein Rückgang um 3 % vorhergesagt, so dass sich im Jahr 2010 in dieser Gruppe voraussichtlich rund 292.500 Menschen befinden werden. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung verändert sich mit knapp 60 % aller Voraussicht nach nicht.

## 2.3 Ältere Menschen

Am 01.01.2001 lebten 126.636 Menschen, die 60 Jahre und älter waren, in der Landeshauptstadt Hannover<sup>8</sup>. Damit gehörte ein Viertel der Menschen in Hannover der älteren Generation an (25 %). Die höchsten Anteile waren in den Stadtteilen Heideviertel (39,3 %), Kirchrode (39,1 %), Waldhausen (35,9 %), Leinhausen (35,4 %), Burg (34,3 %), Isernhagen-Süd (34,1 %), Bult (32,9 %) und Waldheim (32,1 %) anzutreffen (vgl. Karte 5). Bei der kleinräumigen Betrachtung ist bei der Altersgruppe der älteren Menschen zu beachten, dass diese Angaben die Personen in Altenpflegeheimen mit einschließen und somit ein hoher Anteil auch mit dem Vorhandensein entsprechender Einrichtungen im Stadtteil zusammenhängt.

6,7 % der Gesamtbevölkerung (33.782 Personen) befanden sich in der Altersgruppe der 60 bis 64-Jährigen. Dieses ist vielfach die Generation zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand. Die 65 bis 74-Jährigen machten 9,4 % an der Gesamtbevölkerung aus (47.541 Personen). Fasst man beide Gruppen zusammen, so befanden sich 16,1 % der Bevölkerung in einer Lebensphase, von der man vor allem davon ausgehen kann, dass hier hohe zeitliche Potentiale vorhanden sind und die Menschen aktiv und selbständig ihr Leben gestalten. Bei einem Teil dieser Altersgruppe kann man darüber hinaus davon ausgehen, dass höhere finanzielle Potentiale vorhanden sind als in den Lebensabschnitten zuvor. Die Menschen zwischen 75 und 84 Jahren werden dagegen eher als Hilfeempfänger und Angebotsnutzer denn als Aktive angesehen. Sie machten 6,3 % an der Gesamtbevölkerung aus (31.974 Personen). Der Anteil der 85-Jährigen und älteren lag bei 2,6 % (13.339 Personen). In dieser Bevölkerungsgruppe ist die Wahrscheinlichkeit einer Pflegebedürftigkeit am höchsten.

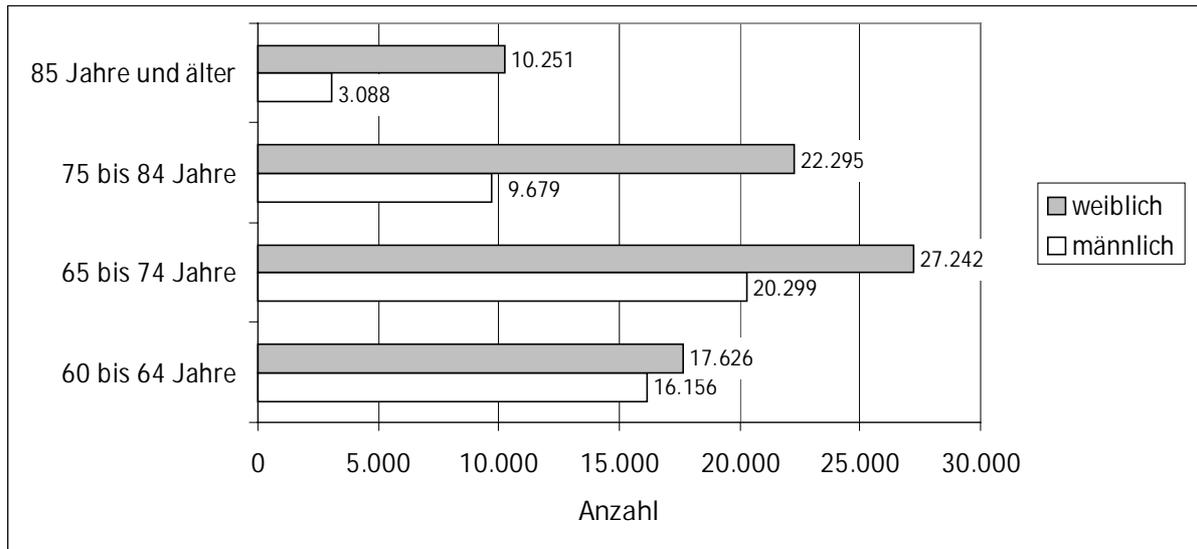
77.414 ältere Menschen waren weiblichen Geschlechts. Ältere Frauen waren somit mit einem Anteil von 61,1 % in dieser Altersgruppe überrepräsentiert. Je höher die Altersjahrgänge werden, desto größer ist die Anzahl und damit auch der Anteil der Frauen im Vergleich zu den Männern (vgl. Abbildung 3). Dieses hängt mit der höheren Lebenserwartung von Frauen zusammen, aber auch damit, dass in dieser Generation die Gruppe der Männer aufgrund der Teilnahme am Zweiten Weltkrieg kleiner ist.

In der Gruppe der Migrantinnen und Migranten ab 60 Jahren befanden sich am 01.01.2001 7.687 Menschen. Dieses entsprach einem Anteil von 6,1 % an den älteren Menschen. Die Zahl erscheint zunächst verhältnismäßig klein, doch zeigt der Blick auf die Entwicklung dieser Bevölkerungsgruppe, dass sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil stark gestiegen sind (vgl. Abbildung 4). So betrug der Anteil im Jahr 1995 noch 3,8 %, was absolut betrachtet 4.625 Menschen ausmachte. Im Jahr 2000 lag die Gesamtzahl bereits bei 7.687, was einem Zuwachs von 66,2 % entsprach. In den einzelnen Altersgruppen waren ebenfalls starke Veränderungen festzustellen. In der Gruppe der 60 bis 74-Jährigen waren 1995 noch gut 4.000 Menschen, mit jährlichem Anstieg waren es im Jahr 2000 bereits 6.600, was einer Steigerung von mehr als 60 % entsprach. In der Gruppe der 75 bis 84-Jährigen und der 85-Jährigen und

<sup>8</sup> Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

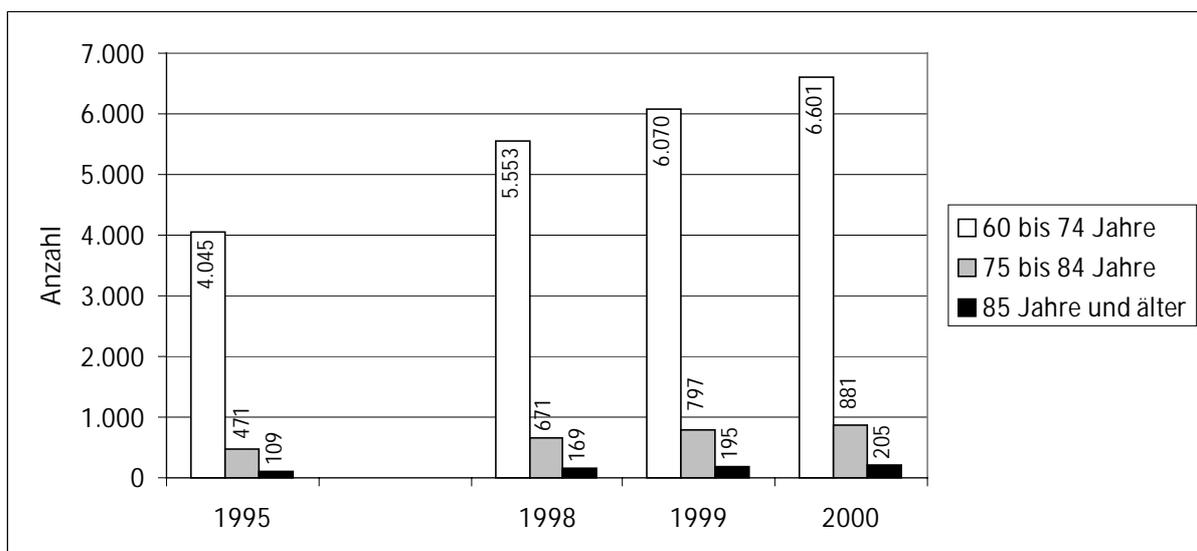
älteren war nahezu eine Verdopplung der Anzahl der Personen festzustellen. Dieses zeigt, dass die im Sozialbericht 1998 formulierte Prognose sich bewahrheitet hat, dass es zu einem starken Anstieg dieser Personengruppe kommen wird. Auch für die kommenden Jahre ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen, wenn man beachtet, dass sich in der Gruppe der 45 bis 59-Jährigen am 01.01.2001 insgesamt 13.460 nichtdeutsche Menschen befanden.

Abbildung 3: Anzahl der weiblichen und männlichen Personen in der älteren Generation am 01.01.2001



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

Abbildung 4: Entwicklung der Zahl der nichtdeutschen älteren Bevölkerung 1995 bis 2000

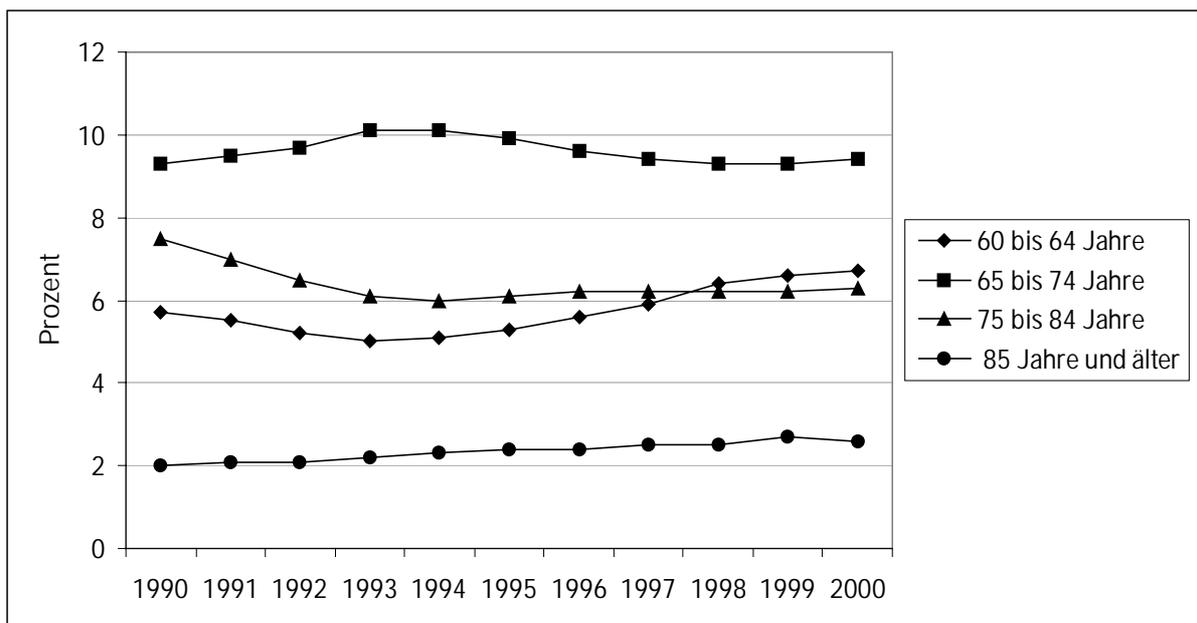


Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

Die Gruppe der älteren Aussiedlerinnen und Aussiedler<sup>9</sup> machte am 01.01.2001 insgesamt 2.696 Personen aus. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung waren dieses 2,1 %. Überdurchschnittlich hohe Konzentrationen lagen in den Stadtteilen Mühlenberg (12,7 %), Vahrenheide (7,1 %), Sahlkamp (6,1 %), Bemerode (5,6 %) und Wettbergen (5,2 %) vor. Betrachtet man stadtweit die Anteile an der jeweiligen gleichaltrigen Gesamtbevölkerung, so zeigt sich, dass 2,6 % 60 bis 64 Jahre alt waren, ebenfalls 2,6 % 65 bis 74 Jahre, 1,5 % 75 bis 84 Jahre sowie 1,1 % 85 Jahre und älter.

Bei der Bevölkerungsentwicklung ist für die ältere Generation insgesamt festzustellen, dass der Anteil an der Gesamtbevölkerung zunächst Anfang der 90er Jahre gesunken ist, seit Mitte der 90er Jahre jedoch kontinuierlich angestiegen ist und im Jahr 2000 über dem Wert von 1990 lag. In den einzelnen Altersgruppen (vgl. Abbildung 5) war dieser Verlauf bei den 60 bis 64-Jährigen und den 75 bis 84-Jährigen nahezu identisch. Gegen den Gesamttrend ist jedoch der Anteil der 65 bis 74-Jährigen zunächst gestiegen und wieder auf den Ausgangswert zurückgegangen und der Anteil der 85-Jährigen und älteren nahezu stetig gestiegen.

Abbildung 5: Entwicklung der älteren Generation 1990 bis 2000 in Prozent



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

Der Anteil der älteren Generation an der prognostizierten Gesamtbevölkerung verändert sich im Vergleich der Jahre 2000 und 2010<sup>10</sup> nicht (25 %). Bei der Anzahl wird wie bei den Kindern und Jugendlichen und der mittleren Generation insgesamt ein leichter Rückgang (minus 3 %) prognostiziert, so dass noch 123.100 Menschen in dieser Altersgruppe sein werden. Innerhalb der einzelnen Altersgruppen der 60-Jährigen und älteren ergibt sich ein stark differenzierteres Bild. So sind Rückgänge in der Gruppe der 60 bis 64-Jährigen (minus 26 %) und der 85-Jährigen und älteren (minus 7 %) zu erwarten. Quasi

<sup>9</sup> vgl. Fußnote 2

<sup>10</sup> vgl. Fußnote 3

konstant bleibt die Gruppe der 75 bis 84-Jährigen (minus 2 %). Eine beträchtliche Zunahme von 15 % wird in der Gruppe der 65 bis 74-Jährigen zu verzeichnen sein.

## 2.4 Haushaltsstrukturen

Die der Realität entsprechende Anzahl von privaten Haushalten in der Landeshauptstadt Hannover lässt sich nur annäherungsweise über die Haushaltsvorstandsstatistik und den Mikrozensus bestimmen. Die tatsächliche Anzahl wird sich zwischen beiden Erhebungen bewegen. Jede Statistik birgt jedoch verschiedene Betrachtungsmöglichkeiten – die Haushaltsvorstandsstatistik beispielsweise die Möglichkeit der kleinräumigen Darstellung, der Mikrozensus die Betrachtung nach Haushaltsgrößen -, so dass hier beide nebeneinander gestellt werden.

333.354 private Haushalte waren am 01.01.2001 laut Haushaltsvorstandsstatistik in der Landeshauptstadt Hannover ansässig<sup>11</sup>. Durchschnittlich lebten 1,5 Personen pro Haushalt. Bei der Gesamtzahl der Haushalte war im Jahr 2000 im Vergleich zum Jahr 1995 (337.467) ein leichter Rückgang um gut 4.000 Haushalte auszumachen. Die Verteilung der Haushaltstypen war im Vergleich zu 1995 unverändert geblieben. So lebten 85,8 % der Haushaltsvorstände ohne Kinder im Haushalt, lediglich bei 14,2 % der Haushalte lebten zum Erhebungszeitpunkt Kinder mit im Haushalt. Dieses entsprach 47.466 Familienhaushalten. Bei den Familienhaushalten hat sich ebenfalls im Vergleich zu 1995 die prozentuale Aufteilung nach Anzahl der Kinder nicht verändert. Mehr als die Hälfte der Familienhaushalte waren Ein-Kind-Familien (55,3 %). In 34 % der Familienhaushalte wuchsen zwei Kinder auf. Bei den Drei-Kind-Familien (8,1 %) und den Haushalten mit vier und mehr Kindern (2,7 %) spiegelt sich der Trend zur Kleinfamilie gerade im städtischen Bereich wider (vgl. Abbildung 6).

Insgesamt ist bezogen auf das Stadtbild festzustellen, dass im innerstädtischen Bereich der Anteil der Familienhaushalte am geringsten war und dass der Anteil stieg, je weiter man sich vom Stadtzentrum entfernt (vgl. Karte 20 in Kapitel 7). Auch ist auffallend, dass in sozial schwächeren Stadtteilen die Anteile der Drei- und Mehrkindfamilien besonders hoch waren.

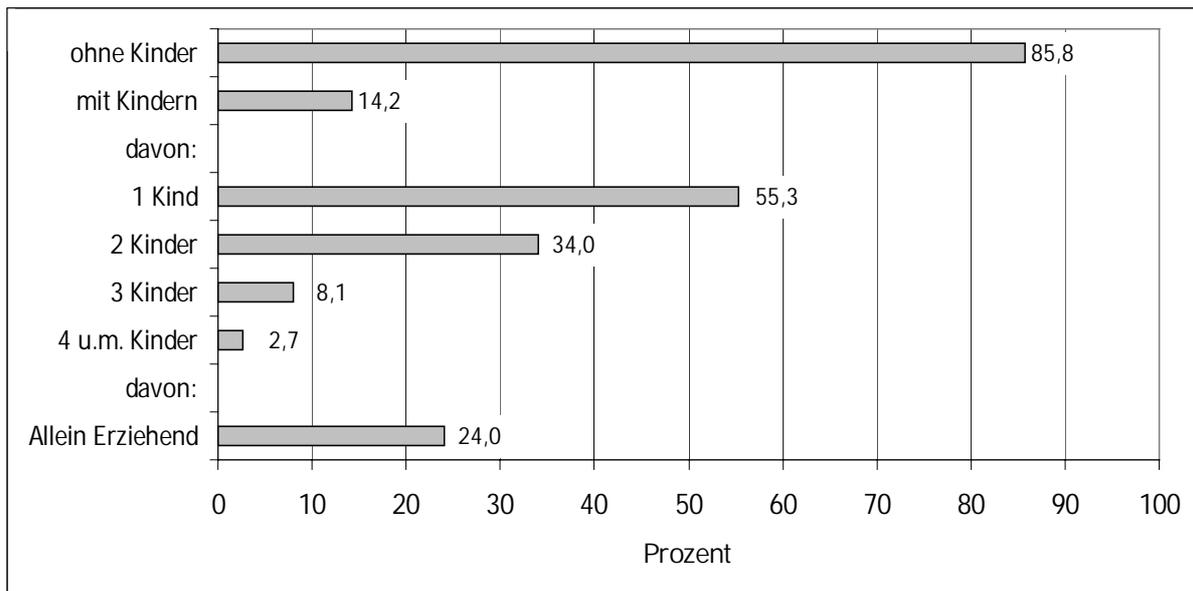
Nach Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder unterschieden und auf die Stadtteile bezogen ergibt sich folgendes Bild:

- Ein-Kind-Familien lebten vor allem in Mitte, Südstadt, Zoo, Oststadt, List, Vahrenwald, Leinhausen, Döhren und Ricklingen.
- In Waldhausen, Heideviertel, Bornum und Wettbergen gab es verstärkt Zwei-Kind-Familien.
- Hohe Anteile an Drei-Kind-Familien existierten in Vahrenheide, Sahlkamp, Groß-Buchholz, Mittelfeld, Linden-Süd, Mühlenberg und Isernhagen-Süd.
- In Vahrenheide, Sahlkamp und Bornum war der Anteil an Familien mit vier und mehr Kindern überdurchschnittlich hoch.

---

<sup>11</sup> Bei der Haushaltsvorstandsstatistik ist zu beachten, dass bei den Einpersonenhaushalten alle Personen gezählt werden, die nicht in Familien leben (Familien hier definiert als verheiratete Eltern mit Kindern unter 18 Jahren). Dies beinhaltet somit auch volljährige Kinder, die noch bei ihren Eltern leben. Zusätzlich enthält die Gruppe der Einpersonenhaushalte alle Personen in Anstalten.

Abbildung 6: Haushaltsvorstände am Ort der Hauptwohnung am 01.01.2001 in Prozent



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

Von den 47.466 Familienhaushalten waren 11.382 Haushalte von allein Erziehenden<sup>12</sup>. Dieses entsprach einem Anteil von 24 %. Im Vergleich zum Anteil von 20,8 % im Jahr 1995 war im Jahr 2000 ein Anstieg um 15,4 % zu vermerken. Mit 71,4 % hatten die meisten allein Erziehenden ein Kind zu versorgen, 22,6 % zwei Kinder und nur 6 % drei und mehr Kinder. Allein Erziehende lebten anteilmäßig überdurchschnittlich oft in der Nordstadt, Oststadt, Döhren, Linden-Nord, Linden-Mitte, Linden-Süd und Limmer (vgl. Karte 21 in Kapitel 7). 94,3 % der allein Erziehenden waren Frauen.

Laut Mikrozensus<sup>13</sup> wurden im Jahr 2000 insgesamt 281.000 private Haushalte in Hannover gezählt. Ausgehend von 512.000 Personen in privaten Haushalten lebten durchschnittlich 1,8 Personen pro Haushalt. Auch im Mikrozensus ist ein leichter Rückgang der Gesamtzahl der Haushalte festzustellen. So wurden im Jahr 1995 noch 284.000 Haushalte registriert. Nach Anzahl der Personen, die in einem Haushalt leben, zeigte sich für die Landeshauptstadt Hannover, dass im Jahr 2000 51,2 % der Haushalte Einpersonenhaushalte waren. Waren es 1995 noch knapp die Hälfte der Haushalte, so waren es im Jahr 2000 bereits mehr als die Hälfte. Entsprechend waren die Anteile der 2-, 3- sowie 4 und mehr Personenhaushalte leicht zurückgegangen. Unverändert war jedoch die Aufteilung der Anteile innerhalb der Mehrpersonenhaushalte (vgl. Abbildung 7).

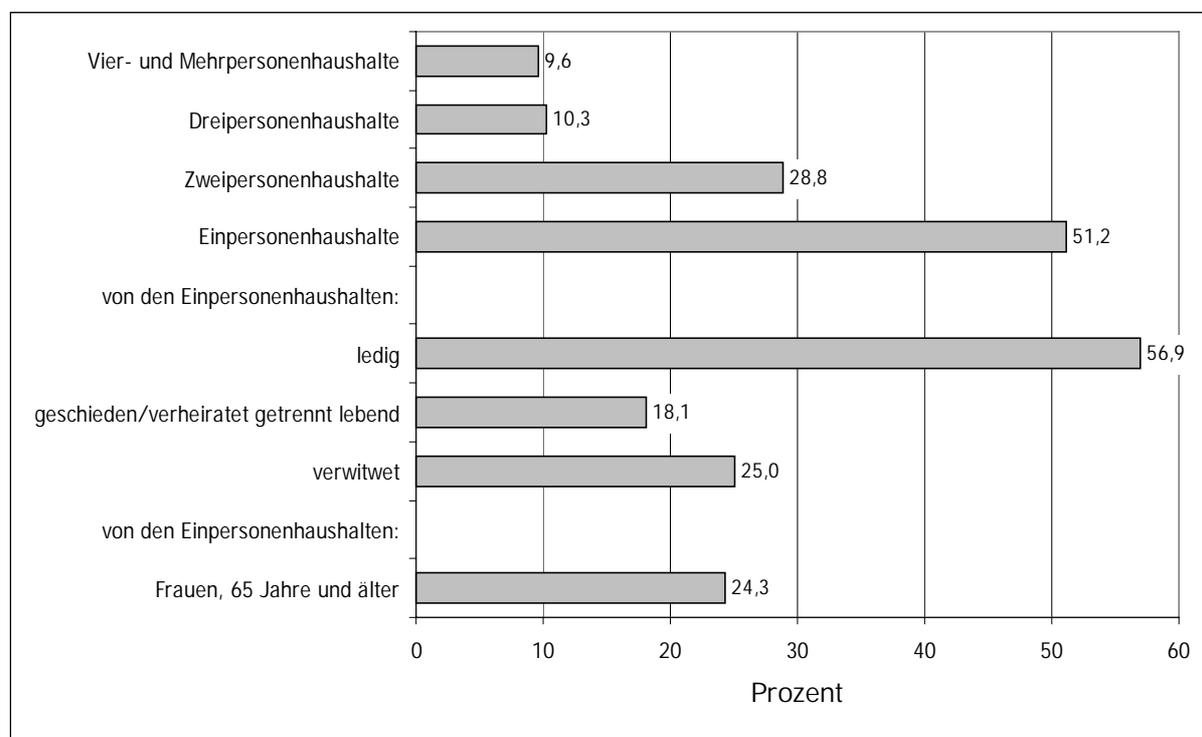
Bei Betrachtung der Einpersonenhaushalte zeigt sich, dass mehr als die Hälfte der Personen ledig war (56,9 %), 18,1 % geschieden oder verheiratet getrennt lebend und ein Viertel verwitwet war. In der Gruppe der Frauen, die 65 Jahre und älter waren, lebten fast ein Viertel allein. Da die absoluten Zahlen

<sup>12</sup> Ein Merkmal „Allein Erziehende“ findet sich in der Bevölkerungs- und Haushaltsvorstandsstatistik nicht. In der Stadt Hannover hat man sich darauf geeinigt, die Gruppe der allein Erziehenden zu beschreiben, indem ledige, geschiedene und verwitwete Haushaltsvorstände mit Kindern dargestellt werden. Dieser Indikator beinhaltet somit auch die Gruppe der Haushalte von unverheirateten Paaren mit Kindern, während verheiratete, getrennt lebende Haushaltsvorstände mit Kindern hier fehlen.

<sup>13</sup> Beim Mikrozensus ist zu beachten, dass bestimmte Wohnformen (z.B. unverheiratete Paare, Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen) in dieser Statistik nicht darstellbar sind und zu den Einpersonenhaushalten dazu gerechnet werden.

der beiden Gruppen ebenfalls fast identisch sind, ist davon auszugehen, dass die Gruppe der verwitweten allein Lebenden quasi der Gruppe der älteren allein lebenden Frauen entspricht.

Abbildung 7: Haushalte in Hannover nach Haushaltsgrößen im Jahr 2000 in Prozent



Quelle: Mikrozensus

## 2.5 Wanderungsbewegungen

Menschen ziehen aus den unterschiedlichsten Gründen um. Oftmals geht ein Umzug einher mit einer Veränderung der Lebenssituation und damit verbundenen neuen Ansprüchen an die Wohnung und das Wohnumfeld. Gerade in solchen Situationen zeigt sich, ob die Stadt den Menschen ausreichend Angebote und damit Antworten auf ihre jeweiligen Bedürfnisse und Nachfragen bieten kann. Bei der Wahl eines neuen Wohnortes ist zwischen Umzügen innerhalb der Stadt Hannover, Zu- und Fortzügen bezogen auf den Landkreis Hannover<sup>14</sup> sowie Zu- und Fortzügen bezüglich weiter entfernt liegender Gebiete wie übriges Niedersachsen, übriges Bundesgebiet oder Ausland<sup>15</sup> zu unterscheiden. Im folgenden werden die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung betrachtet.

Insgesamt 34.025 Menschen sind im Jahr 2000 innerhalb der Stadtgrenze Hannovers umgezogen. 30.723 Menschen haben die Stadt Hannover verlassen. Von diesen sind 10.147 Menschen (33 %) in den Landkreis und 20.576 (67 %) in übrige Gebiete gezogen. In die Stadt Hannover gekommen sind im Jahr

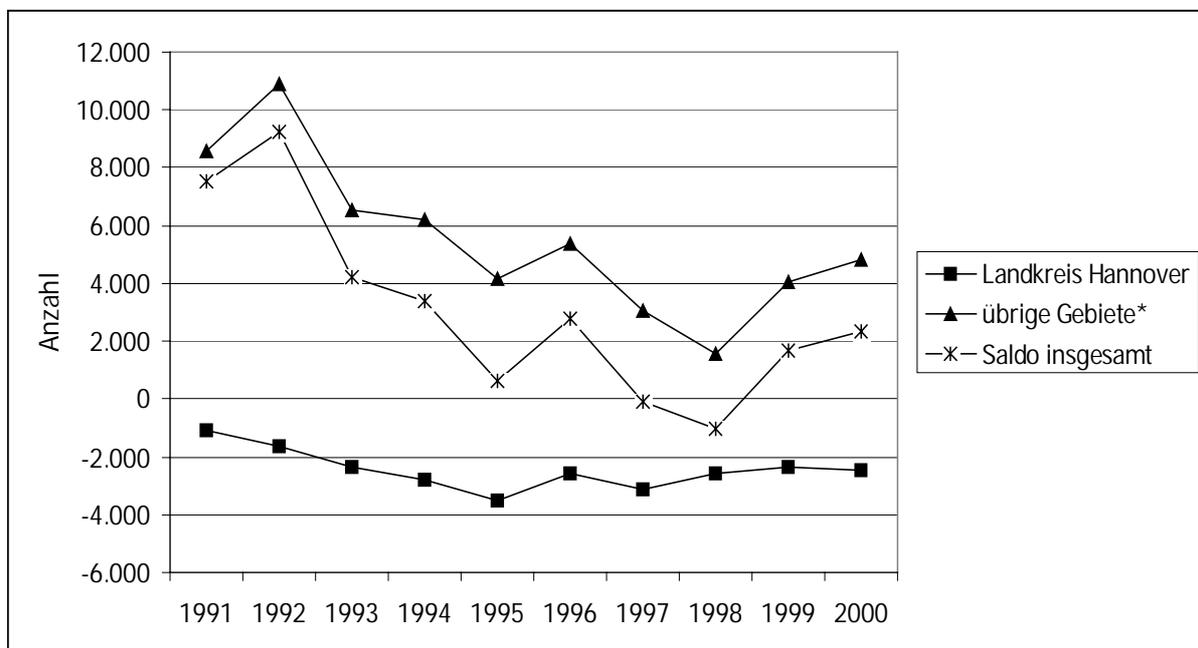
<sup>14</sup> Da im weiteren Daten von 1991 bis 2000 betrachtet werden, wird in diesem Zusammenhang noch vom Landkreis Hannover und nicht vom ehemaligen Landkreis Hannover gesprochen.

<sup>15</sup> Ausgenommen aus der Betrachtung sind Personen, die keine Angaben zum Umzugsziel gemacht haben, da diese Anzahl marginal ist.

2000 insgesamt 33.028 Menschen. Von diesen kamen 7.680 Menschen aus dem Landkreis und 25.402 aus übrigen Gebieten.

Der Saldo der Zu- und Fortzüge insgesamt lag für die Stadt Hannover bis Mitte der 90er Jahre im positiven Bereich, danach war er kurzzeitig im negativen Bereich und in den Jahren 1999 (plus 1.668) und 2000 (plus 2.359) wieder positiv (vgl. Abbildung 8). Der Saldo bezogen auf die übrigen Gebiete ist in den letzten 10 Jahren für die Stadt Hannover immer positiv gewesen, allerdings hat er bis 1998 abgenommen, steigt aber seit 1999 wieder an. Bezogen auf den Landkreis war der Saldo für die Stadt Hannover dahingegen immer negativ. 1991 lag er noch bei lediglich minus 1.000 Personen, bis Mitte der 90er Jahre fiel er auf gut minus 3.000 ab und lag im Jahr 2000 bei minus 2.467.

Abbildung 8: Salden der Zu- und Fortzüge bezogen auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung 1991 bis 2000 für die Stadt Hannover



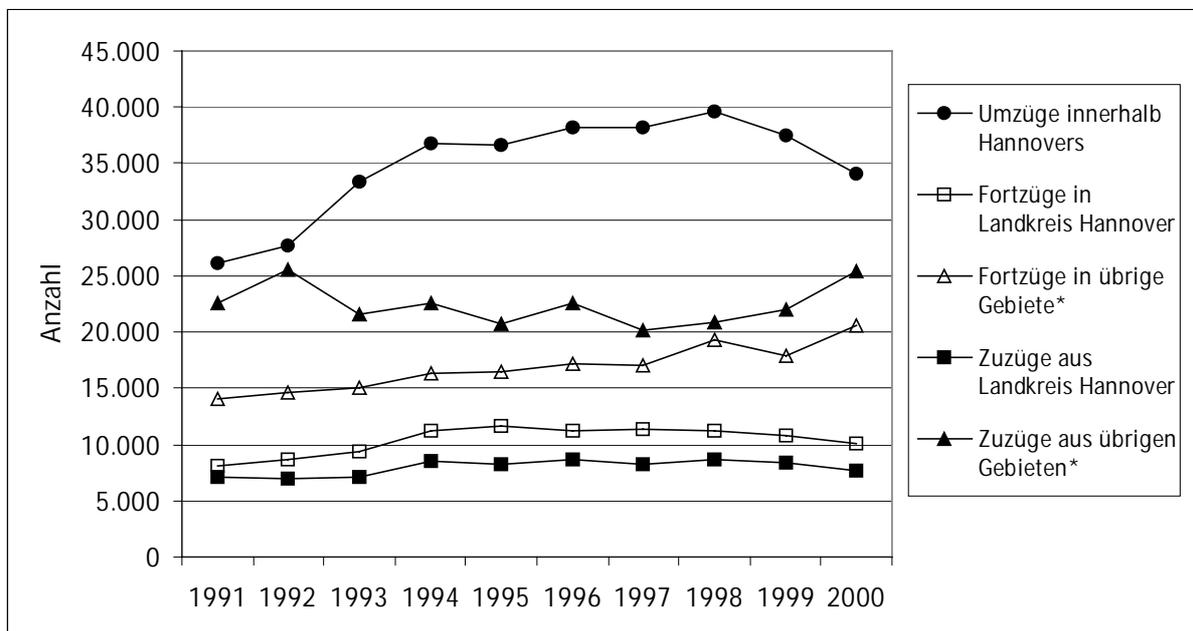
\* übrige Gebiete: übriges Niedersachsen, übrige Bundesländer, Ausland

Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

Differenziert nach den Um-, Zu- und Fortzügen ergibt sich folgendes Bild. Die Anzahl der Umzüge innerhalb Hannovers ist von 1991 (26.181) bis 1998 (39.598) gestiegen und danach auf 34.025 im Jahr 2000 zurückgegangen, liegt aber immer noch höher als im Jahr 1991. Bei den Wanderungsbewegungen in und aus dem Landkreis waren die Fortzüge in den letzten 10 Jahren immer höher als die Zuzüge (vgl. Kapitel 7.2.3). Bei den übrigen Gebieten ist insgesamt ein Anstieg der Fortzüge zu vermerken. Anfang der 90er Jahre lagen die Zuzüge noch weit über den Fortzügen, jedoch nähern sie sich inzwischen einander an. Vergleicht man die Umzüge innerhalb der Stadtgrenze mit den Fortzügen, so ist festzustellen, dass der größte Personenkreis, der seine Wohnsituation verändern möchte, dieses innerhalb der Stadtgrenze erfüllen kann (vgl. Abbildung 9).

Die Wanderungsbewegungen innerhalb der Stadt und damit zwischen den Stadtteilen lassen sich über den Saldo der innerstädtischen Zu- und Fortzüge abbilden. Im Jahr 2000 gab es in den Stadtteilen Calenberger Neustadt (minus 310), Linden-Mitte (minus 249), Südstadt (minus 237), Nordstadt (minus 230), Oststadt (minus 226) und Groß-Buchholz (minus 198) mehr Menschen, die aus diesen Stadtteilen in andere Stadtteile gezogen sind als umgekehrt. Positive Salden konnten in Bothfeld (plus 339), Badenstedt (plus 249), Misburg-Nord (plus 293) und Bemerode (plus 1.037) verzeichnet werden. Im Stadtteil Bemerode ist es das Wohngebiet am Kronsberg, das zu einem enormen Zuwachs beigetragen hat (vgl. Kapitel 8.2).

Abbildung 9: Anzahl der Wanderungsbewegungen bezogen auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung 1991 bis 2000



\* übrige Gebiete: übriges Niedersachsen, übrige Bundesländer, Ausland

Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

Ebenfalls auf Stadtteilebene lässt sich der Saldo der Zu- und Fortzüge bezogen auf den Landkreis und die übrigen Gebiete abbilden. Einen nennenswerten positiven Saldo gab es bezüglich des Landkreises lediglich in Bemerode beziehungsweise am Kronsberg (plus 371). Die höchsten negativen Salden sind in Groß-Buchholz (minus 192), Südstadt (minus 177), Wettbergen (minus 172), Misburg-Nord (minus 159) und der List (minus 132) zu vermerken.

Betrachtet man den Saldo der Zu- und Fortzüge nach Wanderungszielen, so ist festzustellen, dass der Saldo in den letzten 10 Jahren bezogen auf die übrigen Gebiete immer positiv war, der Saldo bezogen auf den Landkreis dagegen immer negativ. Aus Sicht der Stadt ist es daher von Interesse zu betrachten, wie sich die Gruppe derjenigen darstellt, die in den Landkreis oder aus dem Landkreis in die Stadt ziehen. Die Menschen, die aus den übrigen Gebieten kommen oder in diese ziehen, werden nicht näher betrachtet, da ihre Gründe für einen Umzug weniger zu beeinflussen sein dürften.

Bei den Zuzügen in die Stadt Hannover sind im Jahr 2000 vor allem Zuwächse in der Altersgruppe der 18 bis 26-Jährigen festzustellen gewesen (plus 649). Hier kann man davon ausgehen, dass diese zur Ausbildung oder zum Studium in die Stadt ziehen. Verluste sind dagegen in der Altersgruppe der 0 bis 17-Jährigen (minus 876), hier vor allem die Gruppe der 0 bis 2-Jährigen (minus 318), sowie in der Altersgruppe der 27 bis 44-Jährigen zu vermerken gewesen (minus 1.428), das bedeutet, dass vor allem junge Menschen beziehungsweise junge Familien mit Kindern in den Landkreis abwandern (vgl. Kapitel 7.2.3).

Die Gruppe der Deutschen (9.063), die in den Landkreis gezogen sind, ist größer als die Gruppe der Nichtdeutschen (1.084). Ebenso ist die Gruppe der Deutschen (6.410), die aus dem Landkreis in die Stadt gezogen sind, größer als die Gruppe der Nichtdeutschen (1.270). Beim Saldo der Zu- und Fortzüge zeigt sich, dass der Saldo der Deutschen bei minus 2.653 liegt, der Saldo der Nichtdeutschen bei plus 186. Deutsche wanderten somit vermehrt in den Landkreis, die Nichtdeutschen dagegen stärker in die Stadt. Deutsche zogen vor allem aus den Stadtteilen Südstadt und List fort, Nichtdeutsche zogen wiederum vom Landkreis verstärkt in die Stadtteile List und Vahrenwald. Zuwächse findet man in der Gruppe der Deutschen nur in der Altersgruppe der 18 bis 26-Jährigen, Verluste in der Gruppe der Nichtdeutschen sind dagegen nur bei den 0 bis 2-Jährigen und 60 bis 64-Jährigen festzustellen.

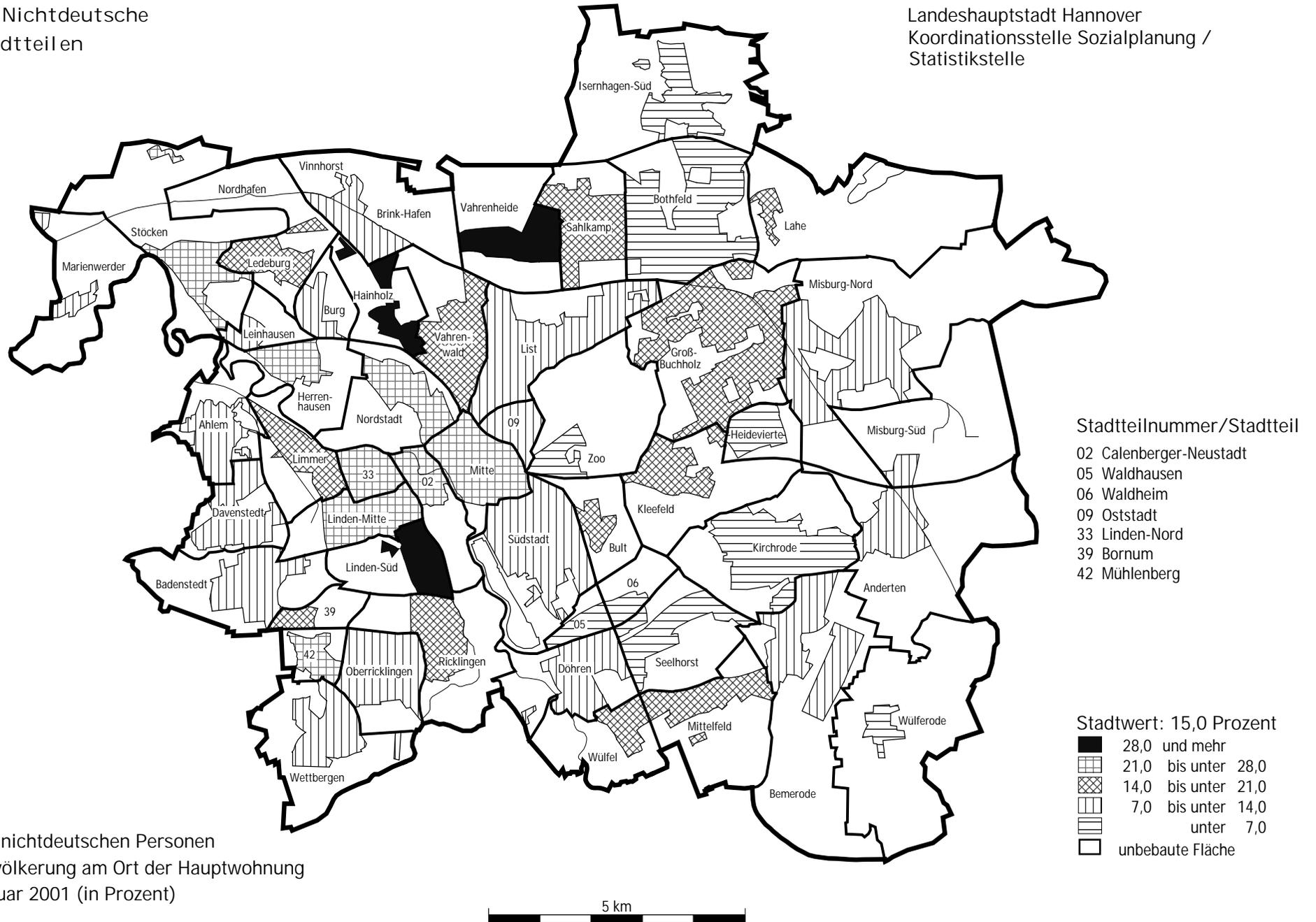
Durch die Wanderungsbefragung 2001 existieren darüber hinaus gehende Kenntnisse<sup>16</sup>. Bei der Befragung wurden im Juni 2001 alle im Zeitraum September bis Dezember 2000 (Fortgezogene) beziehungsweise Oktober bis Dezember 2000 (Zugezogene) zwischen Stadt Hannover und Landkreis Hannover umgezogenen Personen im Alter von 18 Jahren und älter befragt. Es stellte sich hierbei heraus, dass vor allem finanzkräftige Haushalte sowie kinderlose Paare und Familien in den Landkreis gezogen sind. Alleinlebende Personen und finanzschwächere Personen zogen dagegen vermehrt in die Stadt. Die Gruppe der Fortgezogenen stellte sich in der Wahl des Wohnstatus sowie des Haustyps als sehr heterogen dar. So wohnte beispielsweise die überwiegende Gruppe vor und nach dem Umzug zur Miete sowie in einem Mehrfamilienhaus. Bei den Gründen für den Umzug waren wohnungsbezogene Gründe die meistgenannten. Befragt nach der Endgültigkeit ihrer Entscheidung gaben 45 % an, dass sie es sich vorstellen könnten, wieder nach Hannover zu ziehen, 7 % haben dieses auf jeden Fall vor und 48 % wollen nicht wieder in die Stadt zurück ziehen. Das Thema Abwanderung ist somit vielschichtig. Den Abwanderungstendenzen versucht die Stadt mit einer konzertierten Aktion, gebündelt von einer eigens eingesetzten Projektgruppe, differenziert zu begegnen.

---

<sup>16</sup> Landeshauptstadt Hannover, Amt für Koordinierung, Controlling und Stadtentwicklung: Schriften zur Stadtentwicklung 86 – Wanderungsbefragung 2001, Hannover 2001

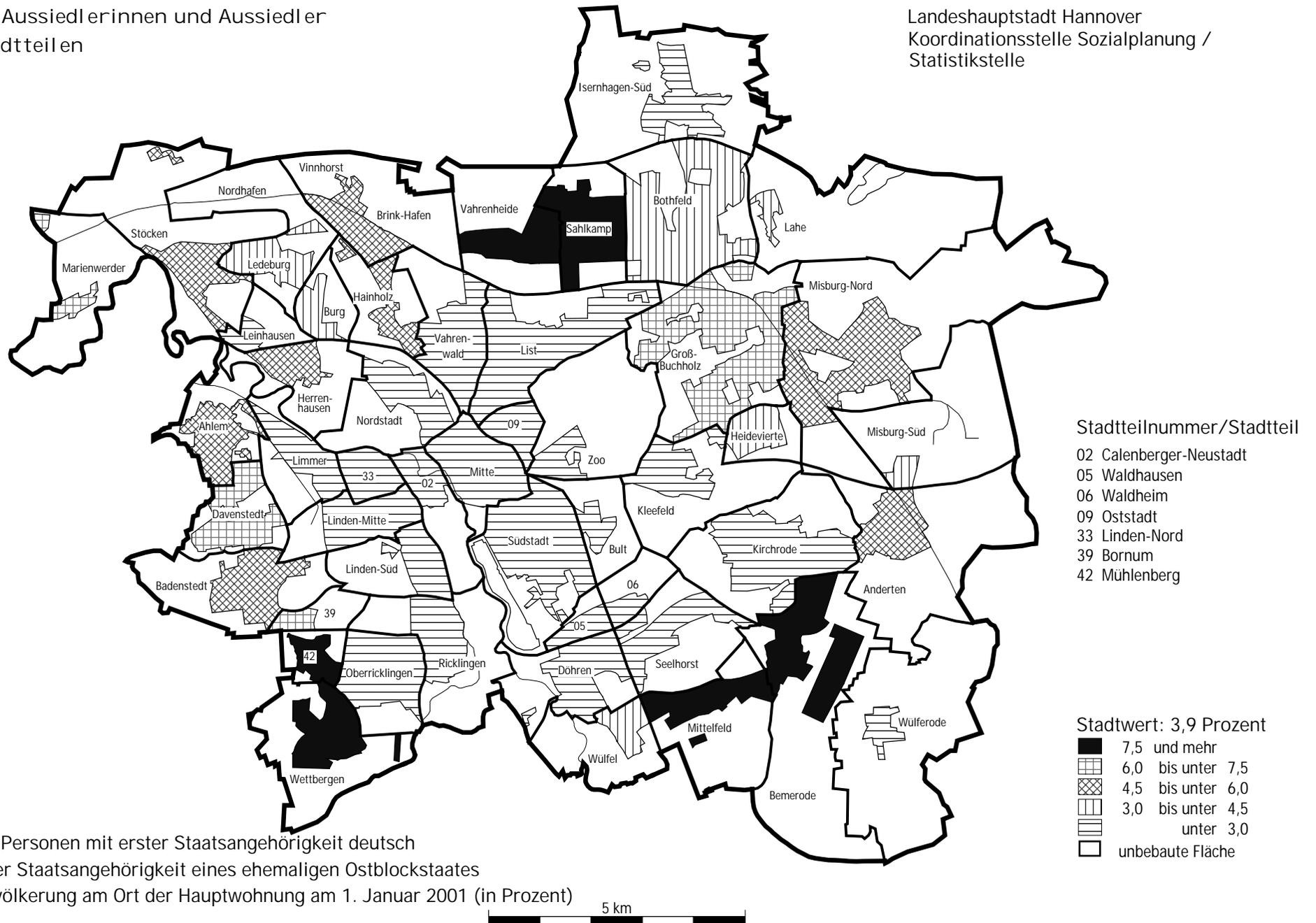
Karte 1: Nichtdeutsche  
nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
Koordinationsstelle Sozialplanung /  
Statistikstelle



Karte 2: Aussiedlerinnen und Aussiedler nach Stadtteilen

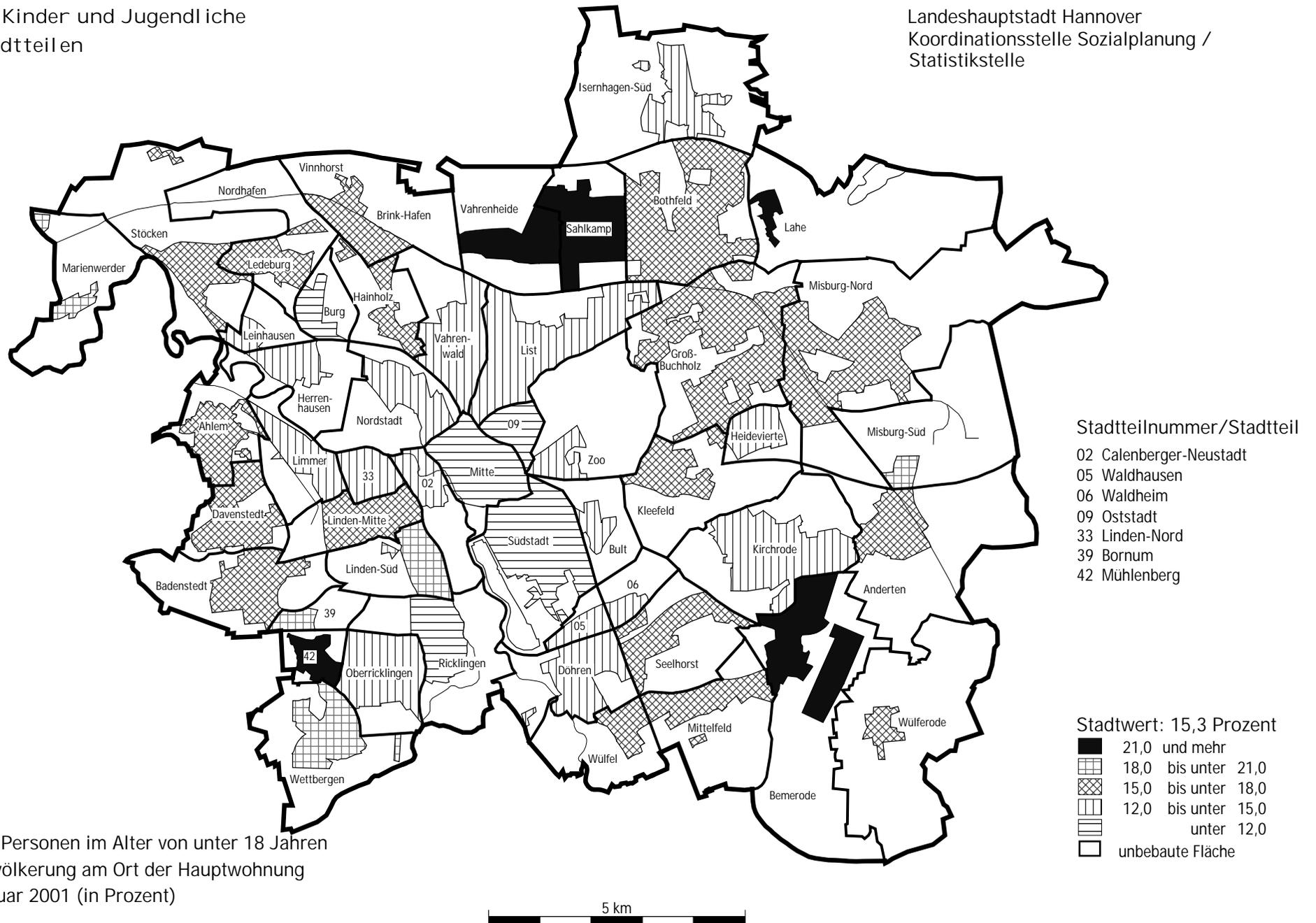
Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle



Anteil der Personen mit erster Staatsangehörigkeit deutsch und zweiter Staatsangehörigkeit eines ehemaligen Ostblockstaates an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 1. Januar 2001 (in Prozent)

Karte 3: Kinder und Jugendliche nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle

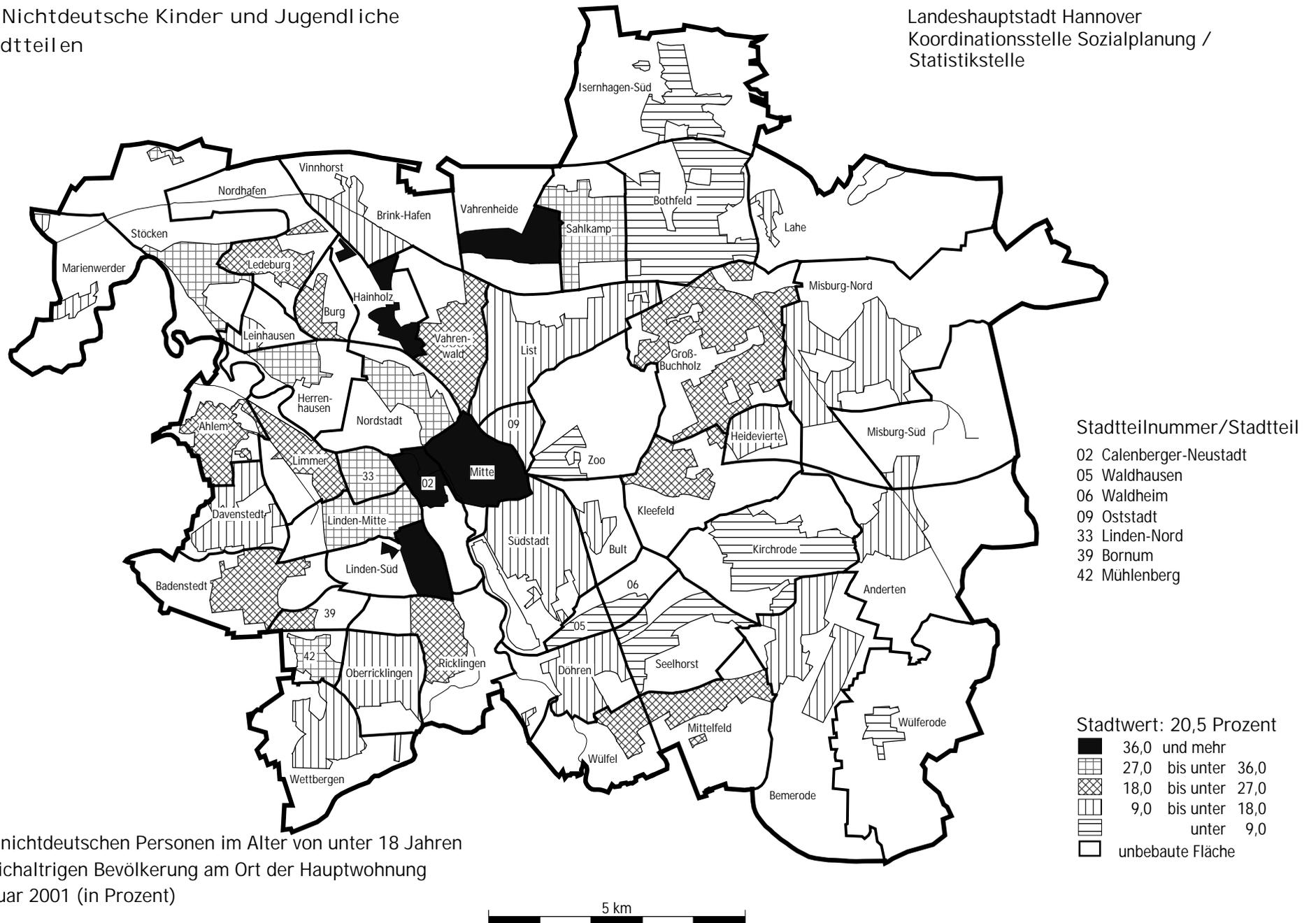


Anteil der Personen im Alter von unter 18 Jahren an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 1. Januar 2001 (in Prozent)

5 km

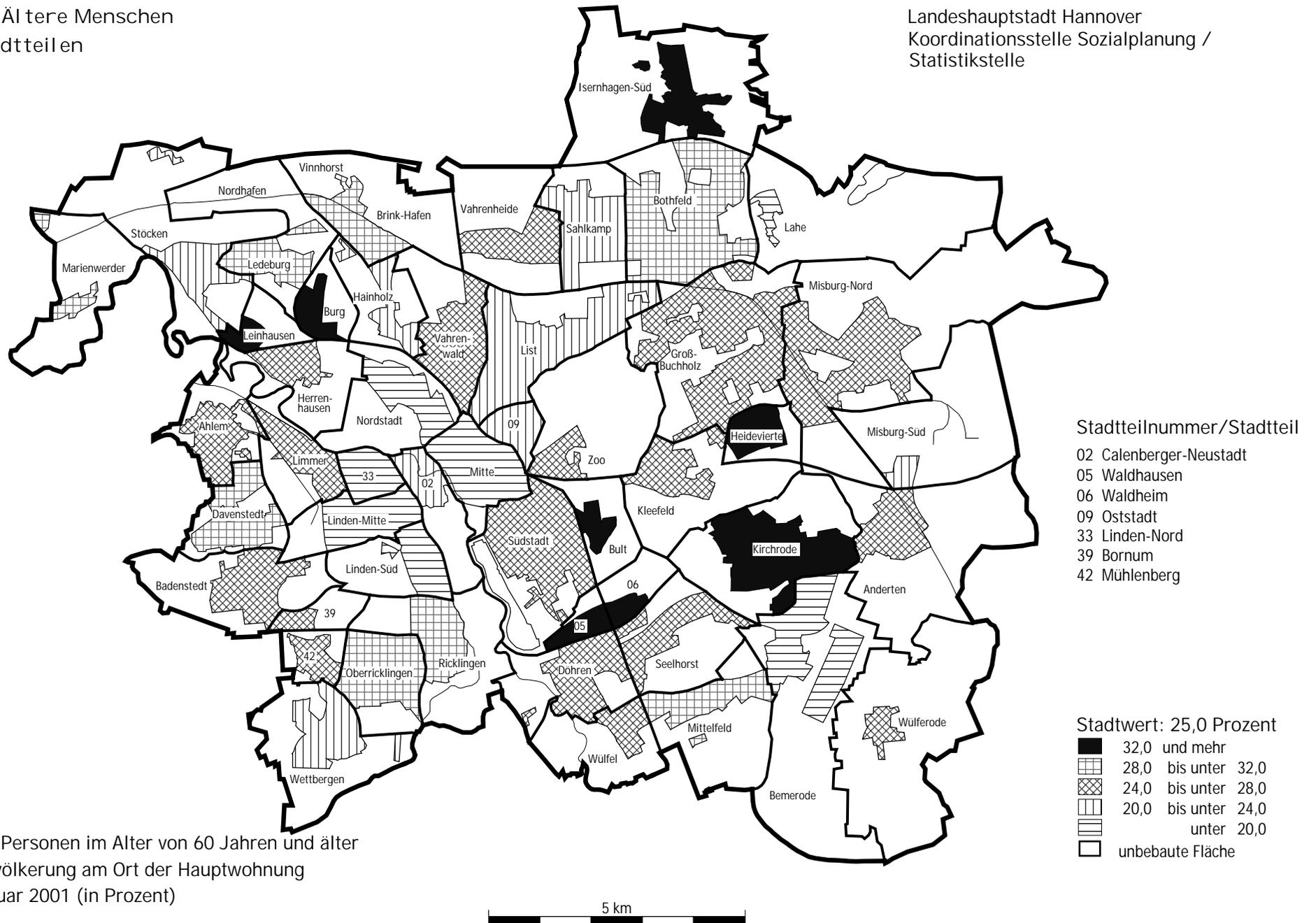
Karte 4: Nichtdeutsche Kinder und Jugendliche nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle



Karte 5: Ältere Menschen nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle



Anteil der Personen im Alter von 60 Jahren und älter an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 1. Januar 2001 (in Prozent)

5 km

### 3. Finanzielle Situation der Haushalte

Finanzielle Ressourcen sind bestimmend für die persönliche Lebenssituation jedes Einzelnen: Qualitätsvolles Wohnen – also die Verfügbarkeit von genügend Fläche und eine angemessene Ausstattung einer Wohnung - kann sich nur leisten, wer über ein entsprechendes Haushaltseinkommen verfügt. Auch Freizeitaktivitäten werden maßgeblich von den finanziellen Ressourcen beeinflusst, und nicht zuletzt sind auch Bildungschancen und die Möglichkeiten, sich gesund zu halten, hiervon abhängig.

Auch das nachbarschaftliche Miteinander und das Leben im Stadtteil sind geprägt von der finanziellen Situation der Haushalte vor Ort. Nicht selten entstehen Probleme im Zusammenleben, wenn sich finanziell benachteiligte Haushalte in einem Quartier konzentrieren.

Anhand folgender Indikatoren soll die finanzielle Situation der Haushalte in Hannover dargestellt werden. Es wird der Versuch unternommen zu beschreiben, wie viele Haushalte von Armut betroffen sind und wie sich diese Haushalte über das Stadtgebiet verteilen. Darüber hinaus wird versucht zu umreißen, wie hoch der Anteil der relativ reichen Haushalte in der Stadt ist.

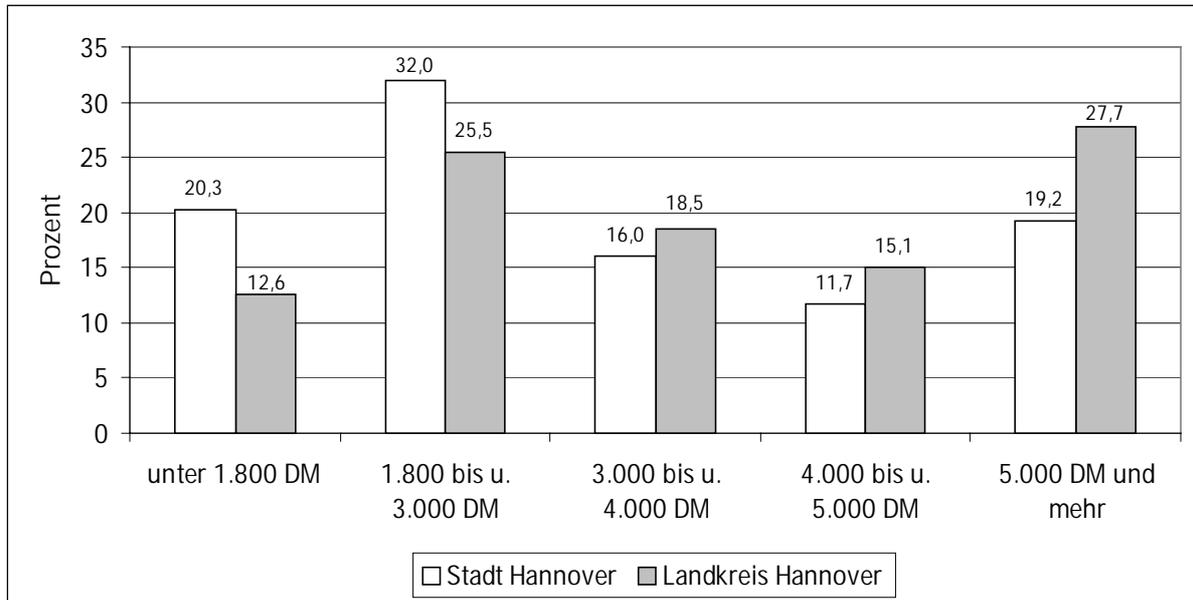
#### 3.1 Haushalte nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Haushaltseinkommen und Einkommensverteilung lassen sich mit kommunalen Daten weiterhin nicht beschreiben. Eine Näherung an diese Fragestellung ist mit Hilfe des Mikrozensus, der jährlichen amtlichen Repräsentativstatistik über Bevölkerung und Arbeitsmarkt, möglich. Auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte können hieraus Informationen über das monatliche Haushaltsnettoeinkommen entnommen werden. Für das Gebiet der Landeshauptstadt Hannover erhält man somit einen repräsentativen Überblick über die finanzielle Situation der Haushalte. Um die Einkommensverteilung besser bewerten zu können, wird zum Vergleich die Einkommenssituation im Landkreis Hannover herangezogen. Im Jahr 2000 ergab sich für Haushalte in der Landeshauptstadt Hannover und im Landkreis Hannover folgende Einkommensverteilung:

Ein Fünftel aller Haushalte in der Landeshauptstadt Hannover verfügte über ein Haushaltsnettoeinkommen, das unter 1.800 DM lag (vgl. Abbildung 10). Einem weiteren knappen Drittel der Haushalte stand monatlich zwischen 1.800 und 3.000 DM zur Verfügung. Mehr als ein Viertel der Haushalte erzielte ein Einkommen von 3.000 bis unter 5.000 DM. Immerhin knapp 20 % aller Haushalte konnte monatlich über 5.000 DM und mehr verfügen.

Im Vergleich hierzu fällt auf, dass im Landkreis Hannover der Anteil an Haushalten mit einem Einkommen von unter 1.800 DM mit 12,6 % und von 1.800 bis unter 3.000 DM mit 25,5 % deutlich geringer ausfiel. Dagegen waren die Gruppen mit einem Einkommen von 3.000 DM und mehr stärker besetzt als in der Stadt Hannover. Im Landkreis standen 27,7 % der Bewohnerinnen und Bewohner 5.000 DM und mehr zur Verfügung.

Abbildung 10: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in der Landeshauptstadt Hannover und im Landkreis Hannover 2000 – Haushalte insgesamt



Quelle: Mikrozensus

Ein besonderes Augenmerk wird im folgenden auf Familienhaushalte gelegt. Knapp ein Drittel der Familienhaushalte in der Stadt Hannover musste mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 3.000 DM wirtschaften (vgl. Abbildung 11). Im Landkreis zählten nur 13,3 % zu dieser Gruppe. Auffällige Unterschiede zwischen Stadt und Landkreis Hannover ergaben sich ebenfalls bei der Gruppe mit einem hohen Haushaltseinkommen. In der Stadt standen 33 % der Haushalte monatlich 5.000 DM und mehr zur Verfügung, im Landkreis traf dies auf 43,3 % zu.

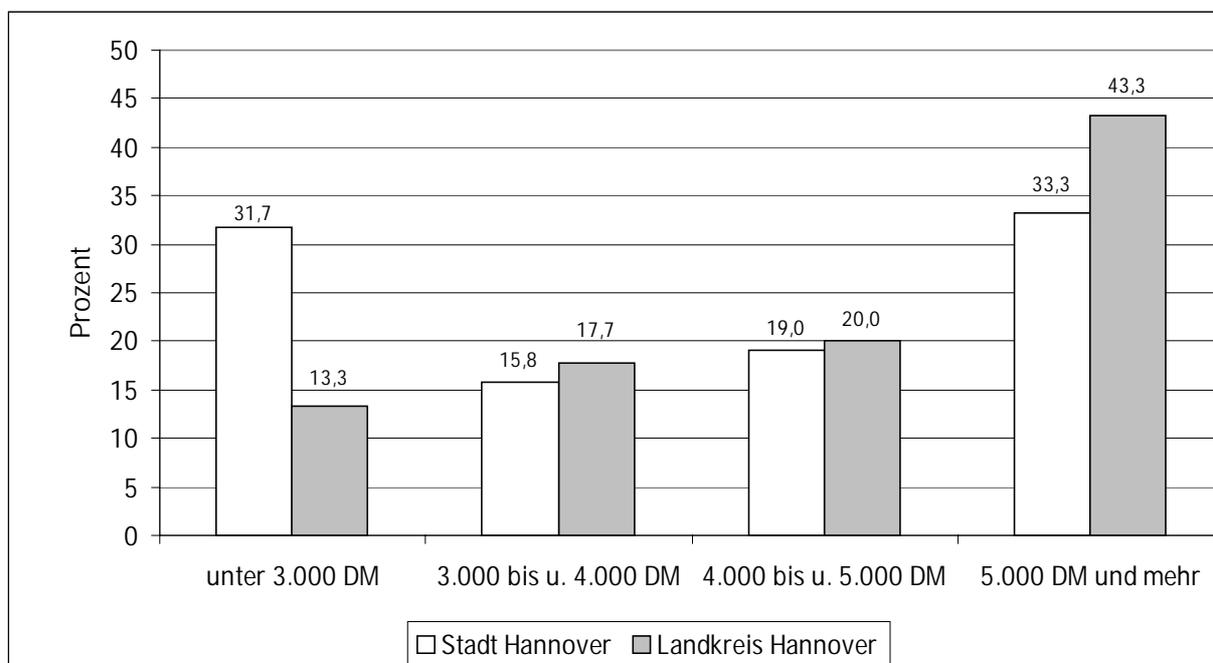
Anhand der Mikrozensusdaten ist ablesbar, dass sich im Stadtgebiet Hannovers Haushalte mit einem geringen Einkommen konzentrierten. Diese Situation ist vor allem das Ergebnis der sich fortsetzenden Abwanderung von besser verdienenden Haushalten ins Umland. Insbesondere Haushalte mit Kindern entscheiden sich vielfach für einen Umzug in den Landkreis, weil dort ein Haus gekauft oder gebaut wird oder aber weil Landschaft und bessere Umweltqualität gewünscht werden und Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder erwartet werden.

Verändert hat sich im Vergleich zu 1995 der Anteil der gering verdienenden Haushalte (unter 1.800 DM) in der Stadt Hannover, der um 4 %-Punkte abgenommen hat. Im Gegenzug hat sich der Anteil der Haushalte, denen 5.000 DM und mehr zur Verfügung stehen, um 5,8 %-Punkte erhöht. Bei den Familienhaushalten lässt sich die gleiche Entwicklung ablesen, die jedoch auf höherem Niveau verläuft. So hat sich der Anteil der Familienhaushalte, die über weniger als 3.000 DM beziehungsweise 3.000 bis 4.000 DM verfügen, um 7,3 %-Punkte beziehungsweise 6,6 %-Punkte verringert und der Anteil der Gruppe, die 5.000 DM und mehr zum wirtschaften hat, ist um 12,4 %-Punkte angestiegen.

Aus diesen Veränderungen in der Stadt Hannover lässt sich allerdings kein Ende der Abwanderung und Segregation ableiten, da sich die Einkommensverteilung im Landkreis auf ähnliche Weise verschoben

hat. Insgesamt hat sich das verfügbare Einkommen erhöht, wobei Familien stärker profitieren als Haushalte ohne Kinder.

Abbildung 11: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in der Landeshauptstadt Hannover und im Landkreis Hannover 2000 – Familienhaushalte



Quelle: Mikrozensus

### 3.2 Relative Armut und relativer Reichtum in der Stadt Hannover

Das Land Niedersachsen hat im Jahr 1998 den ersten Landesbericht zur Entwicklung von Armut und Reichtum in Niedersachsen vorgelegt. Auf der Basis von Mikrozensusdaten wurden für elf Regionen des Landes die Armuts- und Reichtumsraten für das Jahr 1997 ermittelt.

Als Armutsbegriff wurde die „relative Armut“ gewählt. Danach ist arm, wer weniger als 50 % des gewichteten durchschnittlichen regionalen Nettoeinkommens pro Kopf zur Verfügung hat. Analog hierzu wurde der „relative Reichtum“ definiert. Als reich gilt, wem mehr als 200 % des gewichteten durchschnittlichen regionalen Nettoeinkommens pro Kopf zur Verfügung stehen.

Als weiterer Indikator zur Bestimmung der Armutsgrenze wurde die „Hilfe zum Lebensunterhalt-Bedarfsgrenze“ hinzugezogen. Es handelt sich dabei um den gewichteten durchschnittlichen niedersächsischen Bruttobedarf laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen pro Empfängerin und Empfänger. Die Schwelle des Sozialhilfebedarfs wird in diesem Zusammenhang als staatliche Interventionsgrenze der Armutsbekämpfung verstanden. Mit Hilfe dieses Indikators wird im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes eine offizielle Grenze der Einkommensarmut festgelegt<sup>17</sup>.

<sup>17</sup> vgl. Niedersächsischer Landtag – 14. Wahlperiode, Drucksache 14/220

Der Landesbericht kommt zu dem Ergebnis, dass 12,3 % der Bevölkerung in Niedersachsen zur relativen Armutsbevölkerung zu zählen waren (vgl. Tabelle 1). Mit einem Anteilswert von 15,4 % lag die Stadt Hannover über dem Landesdurchschnitt und nahm damit gleichzeitig für das Land Niedersachsen die Spitzenposition ein. Als relativ arm gelten Haushalte in der Stadt Hannover, die pro Kopf weniger als 998 DM monatlich zur Verfügung haben. Im Vergleich zum Landeswert von 970 DM lag die relative Armutsgrenze in Hannover über dem Landesdurchschnitt.

Tabelle 1: Relative Armut und relativer Reichtum 1997

Gebiet	Armut		Reichtum	
	in % der Bevölkerung	50 %-Grenze in DM	In % der Bevölkerung	200 %-Grenze in DM
Stadt Hannover	15,4	998	4,6	3.992
Landkreis Hannover	12,4	1.075	4,7	4.298
Niedersachsen insgesamt	12,3	970	4,5	3.880

Quelle: Niedersächsischer Landtag – 14. Wahlperiode, Drucksache 14/220

In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet dieses für Hannover, dass am Ende des Jahres 2000 rund 78.000 Einwohnerinnen und Einwohner als relativ arm gelten mussten. Die berechnete Armutsbevölkerung lag somit um rund 40.000 Personen über der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt. In der Diskussion um „verdeckte Armut“ – also bei der Fragestellung, wie viele Personen keinen Antrag auf Sozialhilfe stellen, obwohl sie aufgrund ihres Einkommens anspruchsberechtigt wären – kommt die Forschung zu unterschiedlichen Ergebnissen. Eine Studie des ISL<sup>18</sup> kommt zu der Aussage, dass auf 100 HLU-Empfängerinnen und -empfänger rund 110 „verdeckte Arme“ entfallen. Diese Annahme trifft somit rechnerisch auf die Situation in Hannover zu.

In Niedersachsen lebten 4,5 % der Bevölkerung in relativem Reichtum (vgl. Tabelle 1), das entsprach einem Einkommen von 3.880 DM und mehr. In der Stadt Hannover lag die relative Reichtumsgrenze mit 3.992 DM pro Kopf leicht darüber. Diese relative Reichtumsgrenze wurde von 4,6 % der Bevölkerung überschritten. Das heißt, obwohl Hannover die höchste Armutsrate im Land aufweist, lag der Anteil der definierten Reichen auch leicht über dem Durchschnitt. In der Landeshauptstadt Hannover waren nach dieser Berechnung rund 23.300 Personen als relativ reich zu bezeichnen.

Die Berechnung von relativer Armut und relativem Reichtum basiert auf einem theoretischem Modell, das bestimmte Aspekte ausblendet. So wird hierbei ausschließlich Einkommensreichtum beschrieben. Wer über Vermögen verfügt, geht nicht mit in die Modellrechnung ein. Die Gruppe der Reichen kann deshalb als deutlich größer angenommen werden als in der Berechnung zum Ausdruck kommt. Die Betrachtung von Reichtum macht in diesem Zusammenhang trotzdem Sinn. Zum einen kann die Spanne zwischen relativer Armut und relativem Reichtum dargestellt und die Gruppen in ihrer Größe beschrieben werden, zum anderen belegt das Ergebnis, dass es in der Großstadt durchaus auch Reichtum gibt. Es trifft somit nicht zu, dass Bevölkerungsgruppen, die über ausreichendes Einkommen verfügen, die Städte in jeden Fall verlassen und sich im Umland nieder lassen. Diese Gruppe kann erheblichen

<sup>18</sup> Institut für Sozialberichterstattung und Lebenslagenforschung (ISL): Verdeckte Armut in Deutschland, Frankfurt 1998

Beitrag zur Stabilisierung des Gemeinwesens leisten und muss deshalb als Potential wahrgenommen und in der Stadt gefördert werden.

Die Landesdaten lassen sich für die Landeshauptstadt Hannover nicht weiter aufschlüsseln, so dass keine Informationen zu den Merkmalen der „Armen“ und der „Reichen“ vorliegen (z.B. Nationalität, Bildungsgrad) und auch die kleinräumige Verteilung über das Stadtgebiet nicht abgelesen werden kann. Für die Armutsbevölkerung wird deshalb an dieser Stelle die weitere Differenzierung anhand der Daten der Hilfe zum Lebensunterhalt vorgenommen. Zur Reichtumsbevölkerung ist keine weitere Differenzierung möglich.

### 3.3 Sozialhilfe - Hilfe zum Lebensunterhalt

Aufgrund fehlender oder uneinheitlicher statistischer Basisdaten ist es nicht möglich, eine umfassende Analyse der Haushalte und Personen, die als arm gelten, durchzuführen. Um Armut annäherungsweise quantitativ zu erfassen und um die Struktur der finanziell Benachteiligten zu ermitteln, wird der Personenkreis der Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (im weiteren Hilfe zum Lebensunterhalt oder auch HLU genannt) im folgenden stellvertretend für die Armutsbevölkerung analysiert und differenziert dargestellt.

Im Landesbericht wurde die Schwelle des Sozialhilfebedarfs auch als staatliche Interventionsgrenze der Armutsbekämpfung definiert. Dieser Indikator soll somit im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes als offizielle Grenze der Einkommensarmut verstanden werden, so dass anhand der Sozialhilfestatistik eine Analyse der Armutsbevölkerung vorgenommen werden kann. „Verdeckte Armut“ soll auf diese Weise in ihrer Existenz jedoch nicht ausgeblendet werden.

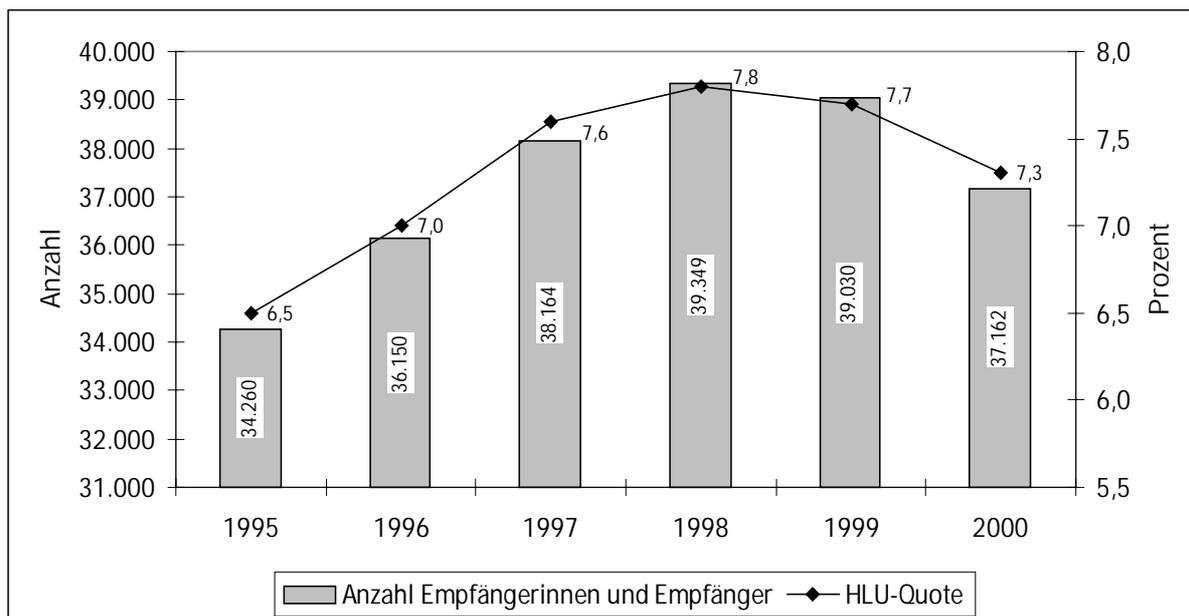
Im weiteren werden grundsätzlich Prozentanteile dargestellt, um die Relation des jeweiligen Merkmals zur entsprechenden Bevölkerungsgruppe herzustellen. Um einen möglichst hohen Nutzen auch für andere Fragestellungen zu ermöglichen, werden ergänzend zu den Anteilswerten in den Kartendarstellungen im Anhang die entsprechenden HLU-Daten in absoluten Zahlen angegeben (vgl. Tabellen A6 bis A10 im Anhang).

#### 3.3.1 Allgemeiner Überblick

Am 31.12.2000 erhielten 37.162 Personen in der Landeshauptstadt Hannover Hilfe zum Lebensunterhalt. Im Zeitraum von 1995 bis 1998 hat die Zahl der Empfängerinnen und -empfänger kontinuierlich um insgesamt rund 15 % zugenommen. Erst im Jahr 1999 konnte ein Rückgang verzeichnet werden.

In Relation zur Gesamtbevölkerung errechnete sich für das Jahr 2000 ein Anteil von Hilfeempfängerinnen und -empfängern von 7,3 %. Zwischen 1995 und 1998 stieg die HLU-Quote analog zur absoluten Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt auf 7,8 % an (vgl. Abbildung 12). In den vergangenen zwei Jahren hat der HLU-Anteil parallel zur absoluten Zahl wieder abgenommen.

Abbildung 12: Entwicklung der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt 1995 bis 2000 absolut und in Prozent



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Sozialamt

Im Vergleich zu 15 anderen Großstädten in Deutschland, die sich neben Hannover am Kennzahlenvergleich „Hilfe zum Lebensunterhalt“ beteiligen, wurde in Hannover (7,1 %) – ebenso wie in Bremen (9 %), Berlin (8 %), Hamburg (7,2 %) und Köln (6,7 %) - ein überdurchschnittlicher Anteilswert an HLU erreicht. Der Durchschnitt der beteiligten Kommunen lag mit 6,3 % unter dem hannoverschen Wert. Dieses ist durch unterschiedliche Bewohnerstrukturen in den Großstädten zu erklären. Auch die ostdeutschen Kommunen, die aufgrund von Sonderfördermaßnahmen weiterhin niedrige Anteilswerte aufweisen, tragen dazu bei, den Durchschnittswert gering zu halten.

Hauptgrund für den HLU-Bezug war Arbeitslosigkeit. Mehr als 30 % aller Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter waren arbeitslos gemeldet, 21,8 % hiervon ohne Anspruch auf Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. 16 % der Empfängerinnen und Empfänger waren nicht erwerbstätig aufgrund von häuslicher Bindung (Kindererziehung, Pflege). Jeweils knapp 10 % der Empfängerinnen und Empfänger waren nicht erwerbstätig wegen Aus- und Fortbildung beziehungsweise wegen Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit. Etwa ebenso viele waren vollzeit- oder teilzeiterwerbstätig und erhielten ergänzend zum Erwerbseinkommen Hilfe zum Lebensunterhalt.

Die größte Gruppe der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt verfügte über einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss (33 %). Weitere 11,5 % hatten keinen schulischen Abschluss erreicht. Jeweils rund 13 % der Hilfeempfängerinnen und -empfänger hatten die Schule mit einem Realschulabschluss bzw. mit Fachhochschul- oder Hochschulreife verlassen. 7 % befanden sich noch in schulischer Ausbildung. Für eine nennenswerte Gruppe von knapp 20 % der Empfängerinnen und Empfänger lagen keine Informationen über den Schulabschluss vor. In der Gruppe, die die Fachhochschulreife oder die Hochschulreife erreicht hatten, dominierten nichtdeutsche HLU-Bezieherinnen und HLU-Bezieher mit 63 %. Das heißt, dass Nichtdeutsche trotz hoch qualifiziertem Bildungsabschluss be-

nachteiligt sind. Hierfür verantwortlich sind Sprachbarrieren und die Nichtanerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Dieses ist vor allem ein Problem der rund 2.500 Kontingentflüchtlingen im Alter von 18 Jahren und älter in der Sozialhilfe.

In der Sozialhilfe überwogen Empfängerinnen und Empfänger ohne berufliche Ausbildung mit 46,3 %. Mit 17,2 % war der Anteil der HLU-Empfängerinnen und -empfänger, die eine abgeschlossene gewerbliche oder technische Ausbildung haben, auffallend hoch. Immerhin 7 % konnten einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss nachweisen. In dieser Gruppe waren wiederum Nichtdeutsche mit 73,3 % überproportional vertreten.

### 3.3.2 Räumliche Verteilung der Empfängerinnen und Empfänger

Dem sozialräumlichen Ansatz folgend wird im Weiteren die räumliche Verteilung der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt untersucht. Der Anteil der HLU-Bezieherinnen und HLU-Bezieher an der Gesamtbevölkerung gibt Auskunft darüber, in welchen Stadtteilen sich Konzentrationen von Einkommensarmut ergeben haben. Diese Betrachtung ist von besonderer Bedeutung, da eine hohe Sozialhilfedichte - verbunden mit anderen mit Armut in Verbindung stehenden Faktoren - in der Regel auch sozialräumliche Probleme auslösen, die im Stadtteilalltag offensichtlich werden.

Der höchste Anteil an Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt war mit 21,6 % im Stadtteil Mühlenberg zu finden. Eine besonders hohe Belastung bestand auch in den Stadtteilen Vahrenheide (17,6 %), Linden-Süd (16,2 %), Sahlkamp (14,4 %), Bornum (14,4 %), Mittelfeld (14,2 %) und Hainholz (12,3 %) (vgl. Karte 6). Mehr als ein Viertel (9.640) aller hannoverschen Hilfeempfängerinnen und -empfänger lebte in diesen Stadtteilen. Hinter den hohen Anteilswerten steht somit auch eine hohe Zahl von Betroffenen, so dass eine städtische Gesamtstrategie notwendig ist, um dem Problem der Einkommensarmut in diesen Stadtteilen zu begegnen.

Große Gruppen von HLU-Bezieherinnen und -Beziehern waren darüber hinaus in den Stadtteilen List (2.132), Groß-Buchholz (2.270), Vahrenwald (1.754) und Linden-Nord (1.631) zu Hause. Aufgrund der Größe der Stadtteile beziehungsweise der hohen Einwohnerzahlen, errechneten sich hier jedoch geringere und damit unproblematische durchschnittliche Empfängerdichten. Allerdings wird durch die Durchschnittsbildung in den großen Stadtteilen unkenntlich, dass es innerhalb der Stadtteile durchaus Konzentrationen auf Quartiersebene gibt, so zum Beispiel im Wahlbezirk 1028 im Bereich der Gorch-Fock-Straße in der List oder in den Wahlbezirken 2512/2514 im Bereich Nobelring in Groß-Buchholz. Um differenziertere Aussagen treffen zu können, muss eine kleinräumigere Betrachtung durchgeführt werden, die in diesem Rahmen nicht leistbar ist.

Eine äußerst entspannte Situation war in den Stadtteilen Wülferode, Isernhagen-Süd, Waldhausen, Waldheim, Zoo, Kirchrode und Seelhorst zu finden, in denen der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt jeweils unter 2,5 % lag.

Betrachtet man im Vergleich zu 1995 die Rangfolge der zehn Stadtteile mit der höchsten Sozialhilfedichte, so lag im Jahr 2000 Mühlenberg mit einer Zunahme um gut 3 %-Punkte auf 21,6 % auf dem

ersten Platz (vgl. Tabelle 2). In Vahrenheide, dem Stadtteil mit der Spitzenposition im Jahr 1995 ist es dagegen zu einer leichten Entspannung gekommen. Deutlich erhöht hat sich der Anteil an Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt in Linden-Süd, aber auch Bornum, Sahlkamp, Hainholz und Mittelfeld wiesen in 2000 höhere Werte auf.

Tabelle 2: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt – Vergleich der zehn am höchsten belasteten Stadtteile 1995 und 2000

1995			2000		
Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der Gesamtbevölkerung – Rangfolge			Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der Gesamtbevölkerung – Rangfolge		
1	Vahrenheide	(19,5 %)	1	Mühlenberg	(21,6 %)
2	Mühlenberg	(18,5 %)	2	Vahrenheide	(17,6 %)
3	Sahlkamp	(13,3 %)	3	Linden-Süd	(16,2 %)
4	Mittelfeld	(12,7 %)	4	Sahlkamp	(14,4 %)
5	Linden-Süd	(12,5 %)	4	Bornum	(14,4 %)
6	Hainholz	(11,6 %)	6	Mittelfeld	(14,2 %)
7	Bornum	(10,9 %)	7	Hainholz	(12,3 %)
8	Wülfel	(9,7 %)	8	Herrenhausen	(10,3 %)
9	Linden-Nord	(9,3 %)	9	Linden-Nord	(9,6 %)
10	Linden-Mitte	(8,4 %)	10	Linden-Mitte	(9,1 %)

Quelle: Landeshauptstadt Hannover – Sozialamt

### 3.3.3 Empfängerinnen und Empfänger nach ausgewählten Merkmalen

#### Deutsche - Nichtdeutsche

Von den 37.162 Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt waren 21.977 (59,1 %) deutscher und 15.185 (40,9 %) nichtdeutscher Nationalität. Im Vergleich zu 1996 (36,4 %) hat die Betroffenheit der nichtdeutschen Bevölkerung von Hilfe zum Lebensunterhalt deutlich zugenommen.

In der Gruppe der nichtdeutschen Empfängerinnen und Empfänger befanden sich 1.122 EU-Ausländerinnen und -Ausländer, 457 asylberechtigte Personen und 44 Bürgerkriegsflüchtlinge. Die mit Abstand größte Gruppe stellten mit 13.562 die „sonstigen Ausländerinnen und Ausländer“ dar.

Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe ergaben sich für deutsche und nichtdeutsche Bewohnerinnen und Bewohner bezüglich des HLU-Bezuges gravierende Unterschiede. Während der Anteil der deutschen Hilfeempfängerinnen und -empfänger an der deutschen Bevölkerung 5,1 % betrug, lag die HLU-Quote in der nichtdeutschen Bevölkerung bei 20 %. Das heißt, jeder fünfte Nichtdeutsche in Hannover war auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.

Bei der Betrachtung der stadtteilbezogenen Verteilung zeigt sich, dass die mit Abstand höchste HLU-Quote bei Nichtdeutschen in Mühlenberg mit 51,5 % erreicht wurde. Dort lebte somit mehr als jeder zweite Nichtdeutsche von Hilfe zum Lebensunterhalt. Ebenfalls sehr hohe Werte wurden in Burg (38,4 %), Sahlkamp (37,7 %), Davenstedt (34,4 %), Bornum (28,9 %), Groß-Buchholz (28,4 %) und Mittelfeld (27,5 %) erreicht (vgl. Karte 7). In allen genannten Stadtteilen hat sich die HLU-Abhängigkeit der nichtdeutschen Bevölkerung seit 1995 verstärkt.

#### Frauen - Männer

Frauen nahmen unter den Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt einen Anteil von 54,2 % ein. Dieses entsprach einer Gesamtzahl von 20.131. Seit 1995 ist die Zahl der Frauen und Männer in der Hilfe zum Lebensunterhalt um jeweils rund 1.500 angestiegen. Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen ist in diesem Zeitraum somit unverändert geblieben. Im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung (52,5 %) waren Frauen leicht überrepräsentiert.

Der Anteil der Frauen in der Sozialhilfe an allen Frauen lag bei 7,6 %. Im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgruppe zeigt sich, dass deutsche Frauen mit 5,3 % gegenüber deutschen Männern (4,9 %) leicht überdurchschnittlich von HLU betroffen waren. Innerhalb der nichtdeutschen Bevölkerung waren Frauen mit 22,1 % ebenfalls stärker betroffen als Männer (18,1 %).

Nach Altersklassen differenziert fällt auf, dass Frauen zwischen 18 und 26 Jahren im Verhältnis zur männlichen Bevölkerung besonders häufig auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen waren (61,4 %). Vorausgesetzt, dass junge Frauen gegenüber jungen Männern auf dem Ausbildungsmarkt nicht grundsätzlich benachteiligt sind, kann diese überdurchschnittliche Abhängigkeit von HLU nur mit der Geburt von Kindern in Zusammenhang gebracht werden, die Frauen dieser Altersklasse an der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit hindert. Noch stärker betroffen waren Frauen, die 75 Jahre und älter sind. In dieser Altersklasse waren 77 % aller Empfängerinnen und Empfänger weiblichen Geschlechts. Dies lässt sich zum einen mit der höheren Lebenserwartung von Frauen begründen, zum anderen haben Frauen dieses Alters häufig aufgrund von Familientätigkeit nicht ausreichend Rentenansprüche erarbeitet, um unabhängig von Hilfe zum Lebensunterhalt zu leben.

Wirft man einen Blick auf die Situation in den Stadtteilen, ergaben sich zwischen den Geschlechterproportionen keine signifikanten Unterschiede. Frauen waren in den meisten Stadtteilen leicht überdurchschnittlich auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.

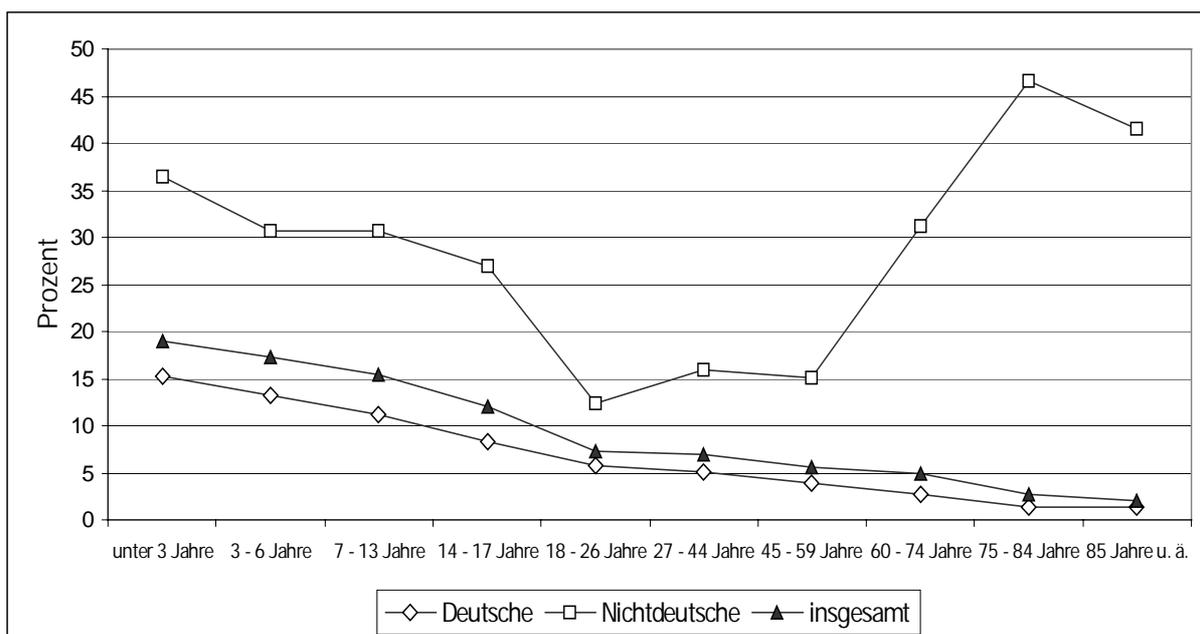
#### Alter

In Abhängigkeit vom Alter veränderte sich die Betroffenheit von Hilfe zum Lebensunterhalt (vgl. Abbildung 13). Insgesamt wurden in der Gruppe der unter 3-Jährigen mit 19 % die höchsten Anteilswerte erreicht. Mit zunehmendem Lebensalter sank die Abhängigkeit von Hilfe zum Lebensunterhalt, erreichte mit der Volljährigkeit den Durchschnittswert von 7,3 % und sank bis zur Gruppe der Hochbetagten weiter ab. In dieser Gruppe waren nur noch gut 2 % der Personen von Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig.

Bei der Betrachtung der deutschen Bevölkerung ergab sich ein ähnliches Bild, allerdings verlief die Kurve auf niedrigerem Niveau. Bei der nichtdeutschen Bevölkerung stellt es sich anders dar. Bis zur Voll-

jährigkeit nahm in dieser Gruppe der HLU-Bezug ebenfalls ab, allerdings verlief die Kurve auf deutlich höherem Niveau. 36,4 % aller nichtdeutschen unter 3-Jährigen erhielten Hilfe zum Lebensunterhalt, die 18 bis 26-Jährigen waren noch immer mit einem Anteil von 12,3 % betroffen. Anders als bei den deutschen Bewohnerinnen und Bewohnern stieg der Anteil der HLU-Bezieherinnen und -Bezieher im weiteren Verlauf wieder an. Ältere Migrantinnen und Migranten waren in hohem Maße von Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig. Ein Drittel aller Migrantinnen und Migranten, die 60 Jahre und älter sind, erhielten Hilfe zum Lebensunterhalt, im Alter von zwischen 75 und 84 Jahren betrug die HLU-Quote sogar 47 %. Verantwortlich hierfür sind Brüche in der Erwerbsbiographie sowie geringe Verdienste und damit einhergehend geringe Rentenansprüche. Beim Vergleich der absoluten Zahlen fällt auf, dass die Gruppen der 60 bis 74-Jährigen und der 75 bis 84-Jährigen Deutschen und Nichtdeutschen etwa gleich stark besetzt waren. Bei den 85-Jährigen und älteren war die Gruppe der Deutschen jedoch mehr als doppelt so groß wie bei den Nichtdeutschen, was sich zukünftig angleichen wird, da die nichtdeutsche Bevölkerung in diese Altersgruppe nachwächst.

Abbildung 13: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Altersklassen und Nationalität an der jeweiligen Bevölkerung am 31.12.2000 in Prozent



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sozialamt

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren am stärksten von Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig sind. Mütter können oder wollen keine Erwerbsarbeit aufnehmen solange die Kinder klein sind. Zum einen sind nicht geregelte Betreuungszeiten der Hintergrund, zum anderen entscheiden sich Frauen bewusst dafür, in den ersten Jahren die Kindererziehung zu übernehmen. Ab dem Kindergartenalter sinkt der Anteil der Kinder in der HLU bereits. Kindergartenplätze ermöglichen es Frauen, wieder in den Beruf einzusteigen. Mit zunehmendem Alter der Kinder und der entsprechenden Entpflichtung der Eltern setzt sich diese Tendenz fort.

Die HLU-Quote der Kinder und Jugendlichen im Alter von unter 18 Jahren in Hannover betrug durchschnittlich 15,7 %. Seit 1995 hat sich der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt (15 %) somit leicht erhöht. Die höchsten Anteile wurden in den Stadtteilen Mühlenberg (39,8 %), Linden-Süd (31,5 %), Bornum (30,7 %), Vahrenheide (28,1 %) und Sahlkamp (26,1 %) erreicht (vgl. Karte 8).

Bei durchschnittlich 30,8 % lag dagegen der Anteil der nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen in der Sozialhilfe in Hannover. In dieser Gruppe lagen die höchsten Anteile in den Stadtteilen Mühlenberg (59,6 %), Davenstedt (49,2 %), Sahlkamp (45,3 %), Groß-Buchholz (43,3 %), Bemerode (39,9 %), Klee-feld (36,4 %), Oberricklingen (35,6 %) und Mittelfeld (35,5 %) vor (vgl. Karte 9).

Mit der Zunahme der Anzahl der Seniorinnen und Senioren ist auch die Zahl der älteren Menschen, die auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind, angestiegen (5.180 Empfängerinnen und Empfänger von HLU). Dennoch war der Anteil der älteren Menschen in der HLU mit 4,1 % nach wie vor niedrig und Altersarmut im Vergleich zur Vergangenheit eher gering.

Die höchsten Anteile an Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt im Alter von 60 und mehr Jahren waren in den Stadtteilen Vahrenheide (10,7 %), Mühlenberg (9,8 %), Hainholz (9,4 %), Burg (8,9 %), Linden-Süd (8,5 %), Herrenhausen (8,4 %) und Sahlkamp (8 %) zu finden (vgl. Karte 10).

Der niedrige Anteil von älteren Menschen in der Hilfe zum Lebensunterhalt resultiert daraus, dass die Erwerbsbiographien der Nachkriegsgeneration weniger Brüche aufweisen und entsprechend hohe Rentenansprüche erarbeitet werden konnten. Auch werden immer mehr Paare zusammen alt, so dass Frauen seltener in die Situation geraten, mit einer geringen Witwenrente auskommen zu müssen. Inzwischen haben Frauen sich zunehmend eigene Rentenansprüche erarbeitet, die von Hilfe zum Lebensunterhalt unabhängig machen. Allerdings ist weiterhin zu vermuten, dass ältere Menschen ihre Ansprüche auf Sozialhilfe aus Scham oder weil sie befürchten, dass Kinder zu Unterhaltszahlungen herangezogen werden könnten, nicht geltend machen. Es wird geschätzt, dass der Anteil der „verdeckten Armen“ in dieser Altersgruppe weit über dem Durchschnitt liegt (vgl. Kapitel 3.2).

Mit der Einführung einer Grundsicherung durch den Bundesgesetzgeber zum 01.01.2003 kann sich die finanzielle Situation älterer Menschen verbessern. Vor allem für ältere Menschen ab 65 Jahren soll eine neue finanzielle Leistungsart geschaffen werden<sup>19</sup>. Die Grundsicherung ist eine „rentengleiche Zahlung“, die vom eigenen Einkommen und Vermögen abhängig ist. Nur in Ausnahmefällen kommt ein Rückgriff auf unterhaltspflichtige Kinder in Betracht. Ziel der Grundsicherung ist die Bekämpfung der sogenannten „verdeckten Armut“. Vor allem pflegebedürftige ältere Menschen, die mit ihrer Familie in einem Haushalt leben, werden aus dem Einkommen der Angehörigen mitversorgt und haben keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Ab 2003 soll dieser Personenkreis einen eigenen Anspruch auf Grundsicherung haben.

---

<sup>19</sup> Die Grundsicherung gilt auch für Personen ab 18 Jahren, die aus medizinischen Gründen voll erwerbsgemindert sind.

### 3.3.4 Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt

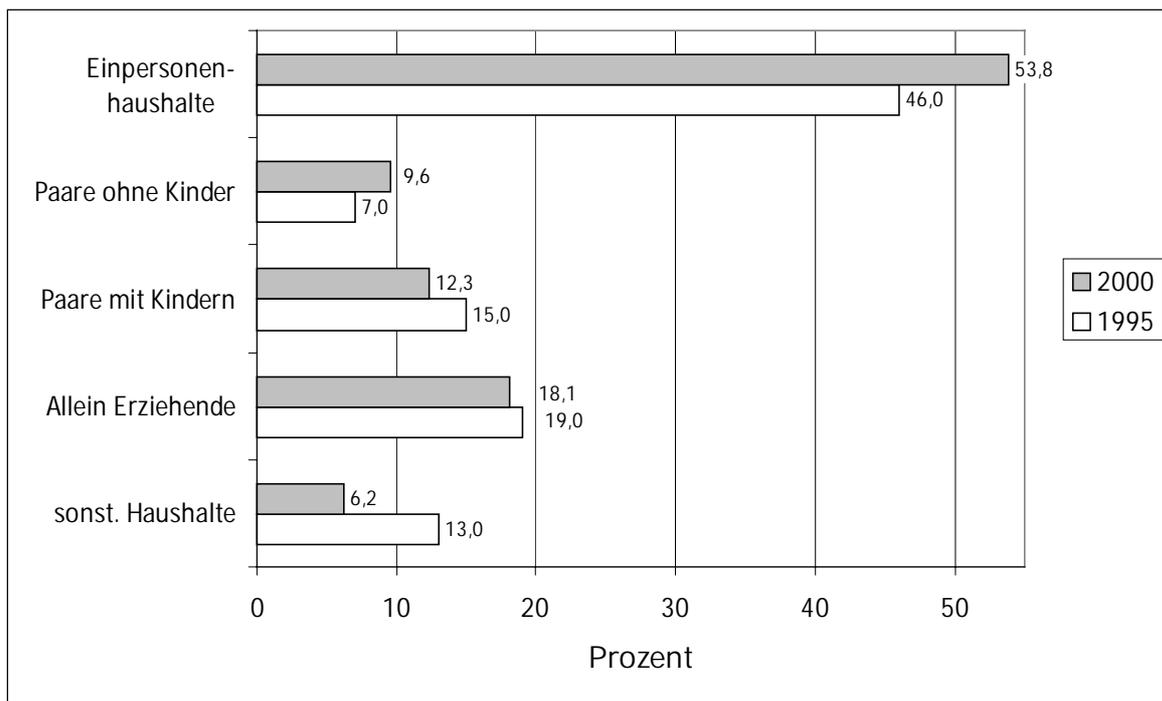
Die in einem Haushalt lebenden Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt bilden eine Bedarfsgemeinschaft. In der Landeshauptstadt Hannover gab es Ende 2000 insgesamt 20.637 Empfängerhaushalte. Dies entsprach einem Anteil von 6,2 % an allen Haushalten laut Haushaltsvorstandsstatistik in Hannover. Durchschnittlich lebten 1,8 Personen in einer Bedarfsgemeinschaft. Darin nicht enthalten sind Personen im Haushalt, die keine Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen.

Die höchsten Anteile an Bedarfsgemeinschaften waren in den Stadtteilen Mühlenberg (16,8 %), Vahrenheide (15,9 %), Mittelfeld (13,2 %), Linden-Süd (12,9 %), Sahlkamp (11,6 %), Bornum (11,6 %) und Hainholz (11 %) zu finden (vgl. Karte 11).

In mehr als der Hälfte (53,8 %) aller Bedarfsgemeinschaften war ausschließlich eine Person von Sozialhilfe abhängig. Paare ohne Kinder stellten dagegen lediglich 9,6 % aller Bedarfsgemeinschaften dar. Paare mit Kindern waren unter den Bedarfsgemeinschaften mit 12,3 % vertreten, allein Erziehende mit 18,1 %.

Seit 1995 hat sich die Struktur der Bedarfsgemeinschaften verändert (vgl. Abbildung 14). Der Anteil der Einpersonenhaushalte hat sich deutlich erhöht. Auch Paare ohne Kinder sind anteilmäßig häufiger betroffen. Gleichzeitig hat der Anteil der Paare mit Kindern und der allein Erziehenden an allen Bedarfsgemeinschaften abgenommen. Die Halbierung des Anteils der sonstigen Haushalte kann auf bessere Zuordnungsmöglichkeiten zurückgeführt werden.

Abbildung 14: Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Haushaltsform 1995 und 2000 in Prozent an allen Bedarfsgemeinschaften



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Sozialamt

Absolut betrachtet hat die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von 1995 bis 2000 um 2.237 Haushalte zugenommen. Die absolut höchste Zunahme von 1.642 Haushalten wurde bei den Einpersonenhaushalten verzeichnet. In der Gruppe der Paare ohne Kinder erfolgte ein Anstieg von 690 Haushalten, bei den allein Erziehenden von 240 Haushalten. Die Zahl der Haushalte, in denen Paare mit Kindern leben, hat dahingegen um 223 und die sonstigen Haushalte um 1.116 abgenommen. Die nennenswerten Anstiege sind demzufolge bei Haushalten ohne Kinder erfolgt.

Diese Entwicklung und die aufgezeigten Anteilswerte dürfen allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass Personen in Familienhaushalten am häufigsten auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind. Hinter der Haushaltsform Paare mit Kindern verbergen sich mehr als 10.000 Empfängerinnen und Empfänger, in der Gruppe der allein Erziehenden leben nochmals knapp 10.000 Personen. Einpersonenhaushalte und Paare ohne Kinder umfassen dagegen zusammen nur 15.000 Empfängerinnen und Empfänger.

Durchschnittlich stellten Familienhaushalte 30,4 % der Bedarfsgemeinschaften. In Wettbergen (45,1 %), Misburg-Nord (44 %), Bemerode (43,7 %), Mühlenberg (43,7 %) und Marienwerder (41,3 %) wurden weitaus höhere Werte erreicht. Das heißt im Gegenzug, dass in diesen Stadtteilen Paare ohne Kinder und Einpersonenhaushalte seltener betroffen waren. Es handelt sich hier vor allem um Stadtteile, in denen größere Neubauvorhaben realisiert wurden.

Von allen Familienhaushalten, die in der Landeshauptstadt Hannover lebten, erhielten 13,2 % Hilfe zum Lebensunterhalt. Weit überdurchschnittlich betroffen waren Familien in den Stadtteilen Mühlenberg (32,4 %), Linden-Süd (27,6 %), Bornum (25,3 %), Vahrenheide (24,3 %), Hainholz (22,5 %), Mittelfeld (21,6 %), Sahlkamp (20,8 %) und Herrenhausen (20,1 %) (vgl. Karte 12). Seit 1995 ist der Anteil der Familien mit Sozialhilfebezug um 6,2 %-Punkte angestiegen.

Knapp ein Drittel (32,8 %) aller allein Erziehenden in Hannover erhielt Hilfe zum Lebensunterhalt. Im Vergleich zu 1995 (36 %) ist der Anteil der betroffenen Haushalten von allen Erziehenden somit rückläufig. In Bornum (67,6 %), Mühlenberg (67,5 %), Hainholz (58,1 %) und Vahrenheide (56,8 %) waren die Werte überdurchschnittlich hoch. Ebenfalls hohe Anteile der allein Erziehenden, die Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, waren in den Stadtteilen Sahlkamp (51,3 %), Mittelfeld (50,4 %) und Linden-Süd (50 %) zu verzeichnen (vgl. Karte 13).

### 3.3.5 Bezugsdauer

In den vorangegangenen Kapiteln wurde die Gruppe der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt unter verschiedenen Aspekten untersucht. Als wichtiger Gesichtspunkt musste jedoch die Bezugsdauer ausgeblendet werden. Technische und datenschutzrechtliche Gründe erlauben lediglich eine Analyse von Stichtagszahlen. Längsschnittstudien und damit Aussagen über die tatsächliche Dauer des Sozialhilfebezuges im Einzelfall sind bisher nicht möglich.

Einen ersten Schritt in diese Richtung ging die Sozialverwaltung der Landeshauptstadt Hannover mit einer erstmalig durchgeführten Untersuchung über die Dauer des Bezuges von laufender Hilfe zum

Lebensunterhalt. Seit der Einführung des Sozialhilfebearbeitungssystems PROSOZ im Herbst 1997 können Sozialhilfefälle kontinuierlich beobachtet werden. Im Rückblick vom 31.12.1998 wurden eine Untersuchung der HLU-Fälle durchgeführt.

Allerdings konnten nicht alle 16.088 Fälle mit HLU-Bezug in die Untersuchung einbezogen werden<sup>20</sup>. Es wurden 12.153 Fälle ausgewählt und vier Bezugsdauerphasen zugeordnet, so dass Aussagen zu einem kurzen (bis drei Monate), mittleren (bis 6 Monate), längeren (bis 12 Monate) und langen (12 Monate und länger) Verweilen in der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt gemacht werden konnten (vgl. Table 3 und Informationsdrucksache 1588/2001).

Table 3: HLU-Fälle am 31.12.1998 absolut und in Prozent

	Untersuchungsgruppe				Ausgeschlossene Fälle	Insgesamt
	Bis zu drei Monaten	Bis zu sechs Monaten	Bis zu 12 Monaten	1 Jahr und länger		
Anzahl der Fälle	754	1.620	1.914	7.865	3.935	16.088
In Prozent	4,7	10,1	11,9	48,9	24,4	100,0

Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Sozialamt

Die Erkenntnisse der Untersuchung lassen sich gliedern in Ergebnisse, die in allen vier Bezugsdauerphasen gleichermaßen zutreffen und in Ergebnisse, die in Abhängigkeit zur Dauer des HLU-Bezuges zu stehen scheinen.

Für alle Bezugsdauerphasen gilt, dass der Anteil der deutschen Haushaltsvorstände etwa drei Mal so hoch lag wie der Anteil nichtdeutscher Haushaltsvorstände. Je größer der Haushaltsverbund allerdings wurde, desto stärker waren nichtdeutsche Haushaltsvorstände vertreten. Unabhängig von der Bezugsdauer war der Anteil der nichtdeutschen Frauen an den nichtdeutschen Haushaltsvorständen immer niedriger als der Anteil der nichtdeutschen Männer.

Mit Blick auf die Themenfelder Bildung und Arbeit lässt sich für alle Bezugsdauerphasen zusammenfassen, dass Personen mit höheren Schulabschlüssen seltener im HLU-Bezug standen als Personen ohne oder mit niedrigem Abschluss. Für alle galt ebenfalls, dass Nichtdeutsche anteilmäßig häufiger als Deutsche keinen Schulabschluss haben. Auffällig war in allen Bezugsdauerphasen ein im Vergleich zu Deutschen hoher Anteil an nichtdeutschen Abiturientinnen und Abiturienten. Mehr als die Hälfte der Haushaltsvorstände in der HLU hatte unabhängig von der Bezugsdauer keine berufliche Ausbildung. Der verhältnismäßig hohe Anteil von Nichtdeutschen mit einem Abschluss im Bereich Fachschule/Fachhochschule/Universität ist auffällig. Unabhängig von der Bezugsdauerphase war der Großteil aller Haushaltsvorstände arbeitslos.

<sup>20</sup> Ausgeschlossen waren alle Fälle, die neben der Hilfe zum Lebensunterhalt Anspruch auf "Hilfe in besonderen Lebenslagen" hatten, da keine saubere Trennung von örtlicher und überörtlicher Trägerschaft möglich war, alle Fälle, die sich im Projekt "Hilfe zur Arbeit" befanden, Anspruchsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Fälle von einmaligen HLU-Leistungen sowie Fälle, die während des Beobachtungszeitraums HLU erhalten haben, aber am 31.12.1998 und den folgenden 6 Monaten in 1999 nicht wieder im Bezug waren.

In einigen wesentlichen Punkten der sozialstrukturellen Merkmale wandelte sich das Erscheinungsbild der Haushaltsvorstände im Vergleich der vier Bezugsdauerphasen. So war auffallend, dass der Anteil der Frauen mit Zunahme des HLU-Bezugs zunahm. In den Phasen bis zu drei und bis zu sechs Monaten waren Männer unter den Haushaltsvorständen stärker vertreten, bis zu 12 Monaten waren beide Geschlechter gleich stark vertreten. Bei einer Bezugsdauer von einem Jahr und länger bildeten jedoch Frauen die Mehrheit. In Bezug auf das Alter zeigte sich, dass mit Zunahme der Bezugsdauer der Anteil der Haushaltsvorstände ab einem Alter von 55 Jahren anstieg.

Auffallend war, dass in kurzen Bezugsphasen der Anteil der allein lebenden Haushaltsvorstände dominierte. Je länger HLU bezogen wurde, desto größer wurde der Anteil von Haushalten mit drei und mehr Personen. Ein längerer und langer HLU-Bezug traf somit in hohem Maße familiäre Zusammenhänge.

Die Qualifikationen der Haushaltsvorstände bezüglich eines Schulabschlusses veränderten sich innerhalb der vier Bezugsdauerphasen. Waren in den ersten drei Bezugsdauerphasen die Haushaltsvorstände mit Hauptschulabschluss die größte Gruppe, so dominierten bei einem langen HLU-Bezug eindeutig die Haushaltsvorstände, die keinen Schulabschluss vorzuweisen hatten.

Auch der Erwerbsstatus veränderte sich je länger Personen Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen. Der Erwerbsstatus „Arbeitslosigkeit“ machte zwar in allen vier Bezugsdauerphasen den höchsten Anteil aus, er verringerte sich jedoch je länger die Bezugszeit war. Je länger Personen in der HLU waren, desto geringer wurde der Anteil derer, die aufgrund ihres Erwerbsstatus Ansatzpunkte für eine Verbesserung der eigenen Situation aufwiesen (arbeitslos mit Anspruch auf Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, voll-/teilzeiterwerbstätig, in Fortbildung), wohingegen der Anteil derer, die aufgrund von häuslicher Bindung, Krankheit oder Alter im HLU-Bezug waren, anstieg.

Es zeigt sich, dass sich gewisse sozialstrukturelle Merkmale auf die Bezugsdauer ein Jahr und länger zuspitzen. So waren in dieser Bezugsphase vor allem weibliche Haushaltsvorstände im HLU-Bezug. Die Anteile an großen Haushaltsverbänden waren hier am größten. Ältere Menschen waren in besonderem Maße von einem langen HLU-Bezug betroffen. Der Anteil derer, die über gute Schul- und Berufsabschlüsse verfügen, war hier am geringsten. Verstärkt waren Personen betroffen, die nicht aufgrund ihrer geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sondern aufgrund von Alter, Krankheit oder häuslicher Bindung, im langen HLU-Bezug waren.

Offensichtlich ist, dass Programme greifen, die versuchen auf die Potentiale der Betroffenen einzugehen und ihnen Wege aus dem HLU-Bezug aufzeigen. Dem Fallmanagement beziehungsweise „Sozialen Aktivierungsmanagement“ (SAM) kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu (vgl. Kapitel 4.2). Ohne solche Ansätze würde sich der Personenkreis der Haushaltsvorstände mit langem HLU-Bezug anders darstellen.

### 3.4 Überschuldete Haushalte

Private Haushalte gelten als überschuldet, wenn sie Zahlungsverpflichtungen eingegangen sind, die sie weder aus dem aktuellen noch zukünftigen Einkommen und Vermögen einhalten können. Die Problematik überschuldeter Haushalte hat sich in den letzten Jahren erheblich verstärkt. Bundesweit ist in den 90er Jahren festzustellen, dass immer mehr Kreditverpflichtungen eingegangen werden. Die Einstellung und der Umgang mit Geld an sich haben sich verändert. Finanzierungen über Kredite gehören inzwischen zur Normalität. Sogenannte kritische Lebensereignisse wie Arbeitslosigkeit oder Trennung vom Partner, erhöhen aber das Risiko, von der Verschuldung in die Überschuldung zu gelangen.

Um aus der Überschuldungssituation herauszukommen, gibt es für private Haushalte seit dem 1.1.1999 den sogenannten Verbraucherkonkurs. Am Anfang steht ein außergerichtlicher Einigungsversuch. Hierbei werden Verhandlungen zwischen Gläubigern und Schuldnern mit dem Ziel einer Regelung der Schulden mit Hilfe eines Abzahlungsplanes geführt. Wenn die Gläubiger das Angebot nicht annehmen, stellt eine geeignete Person (Steuerberater, Rechtsanwalt) oder eine als geeignet anerkannte Schuldnerberatungsstelle eine Bescheinigung über das Misslingen aus. Beim Insolvenzgericht kann im Anschluss ein vereinfachtes Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet werden. Das Gericht versucht, auf der Basis eines Schuldenbereinigungsplanes eine Einigung herbeizuführen. Scheitert auch dieser Versuch, wird das gerichtliche Insolvenzverfahren eröffnet. Vom Gericht wird hierzu ein Treuhänder eingesetzt, der die pfändbaren Anteile verwaltet. Der Schuldner ist verpflichtet, einer zumutbaren Arbeit nachzugehen. Nach einer Wohlverhaltensperiode von sechs Jahren wird der Schuldner von den verbliebenen Schulden befreit.

In Hannover sind beim Insolvenzgericht im Jahr 1999 insgesamt 566, im Jahr 2000 557 und im Jahr 2001 633 vereinfachte Verbraucherinsolvenzverfahren beantragt worden. Letztlich eröffnet wurden im Jahr 1999 53 Verfahren, im Jahr 2000 bereits 250 Verfahren und im Jahr 2001 277 Verfahren. In diesen eröffneten Verfahren wurde in der Regel ein Treuhänder eingesetzt und es begann die Wohlverhaltensperiode als „Wartezeit“ auf die Restschuldbefreiung.

Für überschuldete Personen besteht die Möglichkeit, auf die Beratung zum Beispiel von Schuldnerberatungsstellen zurückzugreifen. In Hannover existieren sechs Einrichtungen in verschiedener Trägerschaft. Drei Anbieter sind offen für alle Personengruppen, die anderen drei Anbieter haben ihr Angebot auf einzelne Zielgruppen<sup>21</sup> festgelegt. Da zur Zeit keine vergleichbaren Daten zu den einzelnen Schuldnerberatungsstellen vorliegen und somit eine Vergleichbarkeit nicht gegeben ist, sollen im Folgenden exemplarisch am Beispiel der Schuldnerberatung in Trägerschaft der Stadt Hannover die Arbeitsinhalte und die hilfesuchenden Personen beschrieben werden.

Seit 1984 besteht die Schuldnerberatung in Trägerschaft der Stadt Hannover. Schuldnerberatung beinhaltet den Versuch, das Selbsthilfepotential herauszuarbeiten. Die persönliche Beratung zielt daraufhin, dieses zu erkennen und zu fördern. Die Ratsuchenden bleiben für ihre Schulden verantwortlich. Ihnen wird eine Hilfestellung bei der Bewältigung des Schuldenberges angeboten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten nach dem ganzheitlichen Ansatz der sozialen Schuldnerberatung, der sowohl die

---

<sup>21</sup> Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen, Probanden der Bewährungshilfe, Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten nach § 72 BSHG

Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes, und damit die Reduzierung der Schulden auf eine bezahlbare Höhe, als auch die persönliche Betreuung beinhaltet. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass die überschuldeten Ratsuchenden sich freiwillig melden. Der Zugang erfolgt über eine Telefonsprechstunde.

Bundesweit wird davon ausgegangen, dass 6 % der Haushalte überschuldet sind (vgl. Landesbericht zur Entwicklung von Armut und Reichtum). Für Hannover wäre von ungefähr 16.800 bis 20.000 überschuldeten Haushalten auszugehen, dieses entspräche rund 30.000 Einzelpersonen<sup>22</sup>.

Jährlich melden sich über 1.400 Personen erstmalig am Beratungstelefon mit der Bitte um Hilfe. Insgesamt werden in der städtischen Schuldnerberatungsstelle zeitgleich 250 Langzeitberatungsfälle im Rahmen von außergerichtlichen Entschuldungslösungen bearbeitet. Aufgrund der unterschiedlichen Problemintensität je Fall beträgt die Betreuungszeit bis zu fünf Jahren.

Im Jahr 2002 wird eine Datenbank vorbereitet, die es dann ermöglichen soll, angestrebte bundeseinheitliche Minimaldaten zu erfassen und eigene Kennzahlen für Hannover zu bilden.

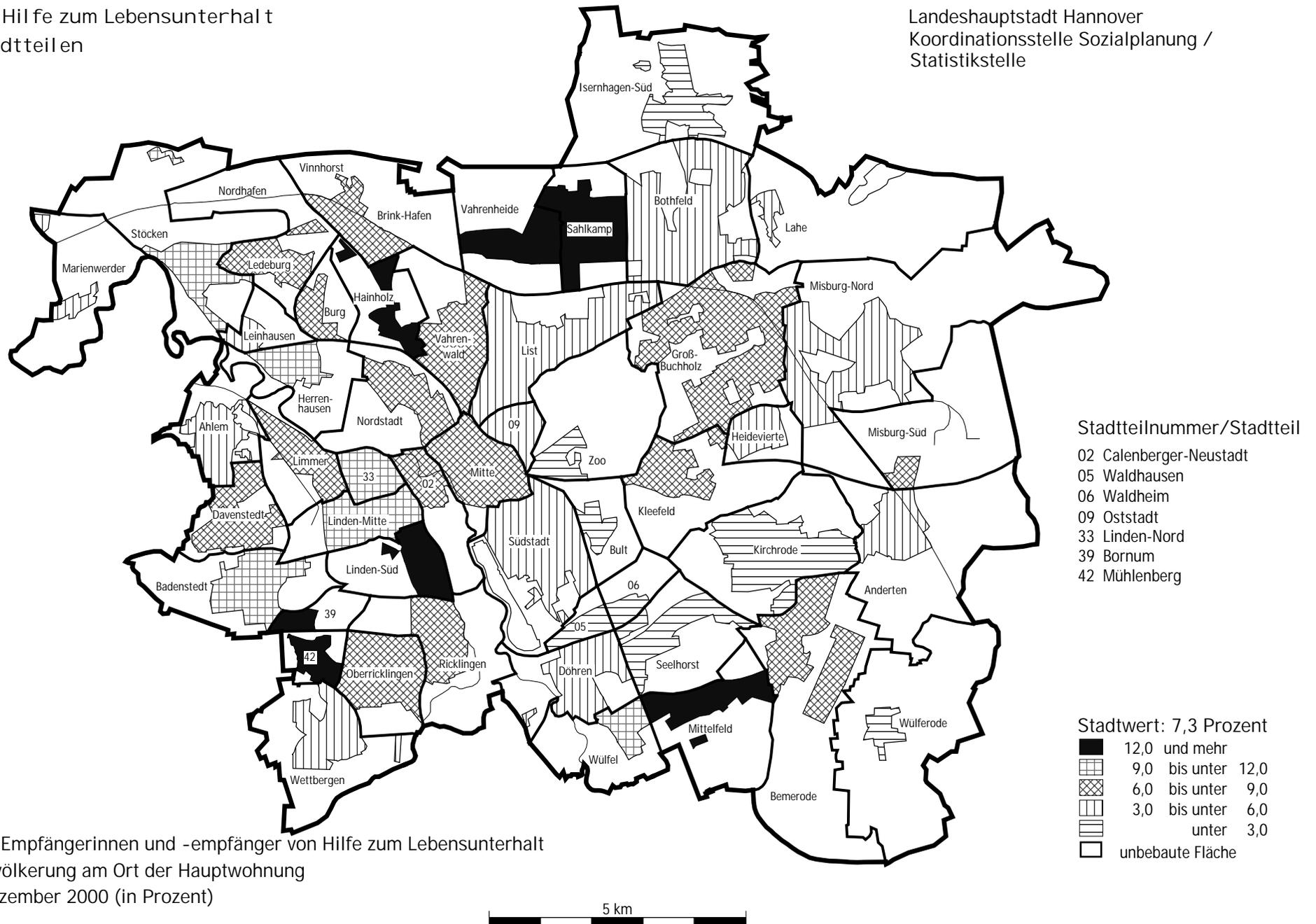
Aussagen zur sozialen Situation überschuldeter Haushalte lassen sich aus der 17-jährigen Erfahrung der städtischen Schuldnerberatung in Hannover ableiten, die auch mit bundesweiten Befragungsergebnissen übereinstimmen. Betroffen sind vor allem einkommensschwache Familienhaushalte und allein Erziehende sowie Personen der Altersgruppe der 20 bis 40-Jährigen (Familien- und Haushaltsgründungsphase). Nach Aussage des Bundesverbandes der Inkassounternehmen sinkt die Hemmung, Schulden zu machen; inzwischen sei jeder vierte Schuldner jünger als 25 Jahre. Hauptursachen für Überschuldung sind sogenannte kritische Lebensereignisse wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Scheidung, Trennung, Tod des Partners sowie gescheiterte Selbständigkeit oder Immobilienfinanzierungen. Dazu kommen überzogene Konsumansprüche als subjektive Auslöser.

---

<sup>22</sup> Berechnung auf Grundlage der Daten des Mikrozensus 2000 und der Haushaltsvorstandsstatistik zum 01.01.2001. Die durchschnittliche Zahl der Personen pro Haushalt wird mit 1,5 (Haushaltsvorstandsstatistik) bzw. 1,8 (Mikrozensus) angenommen. In der Fachliteratur zur Schuldnerberatung geht man dagegen von 1,4 Personen pro Haushalt aus, was für Hannover eine Personenzahl von 23.600 bis 28.000 bedeuten würde.

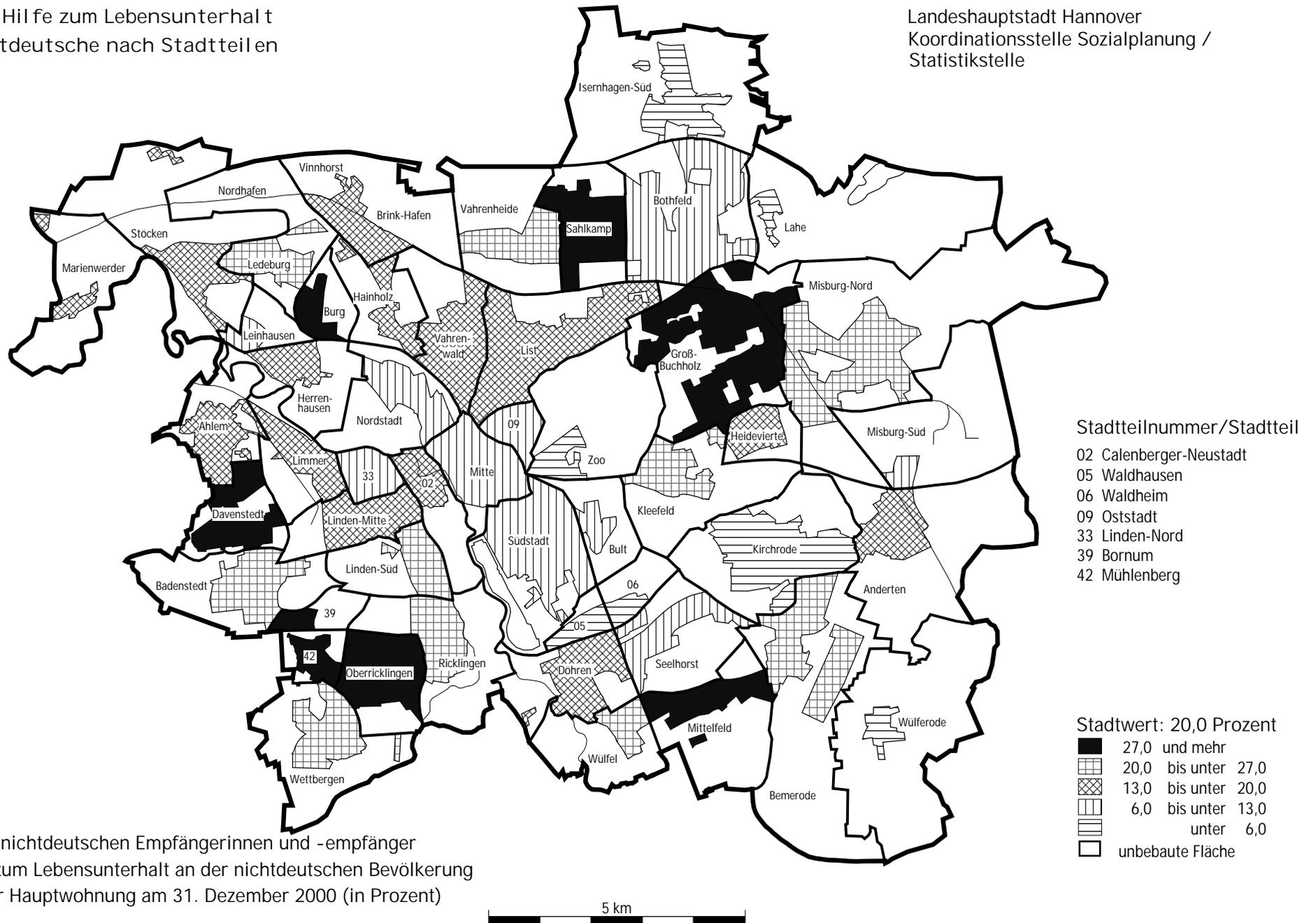
Karte 6: Hilfe zum Lebensunterhalt  
nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
Koordinationsstelle Sozialplanung /  
Statistikstelle



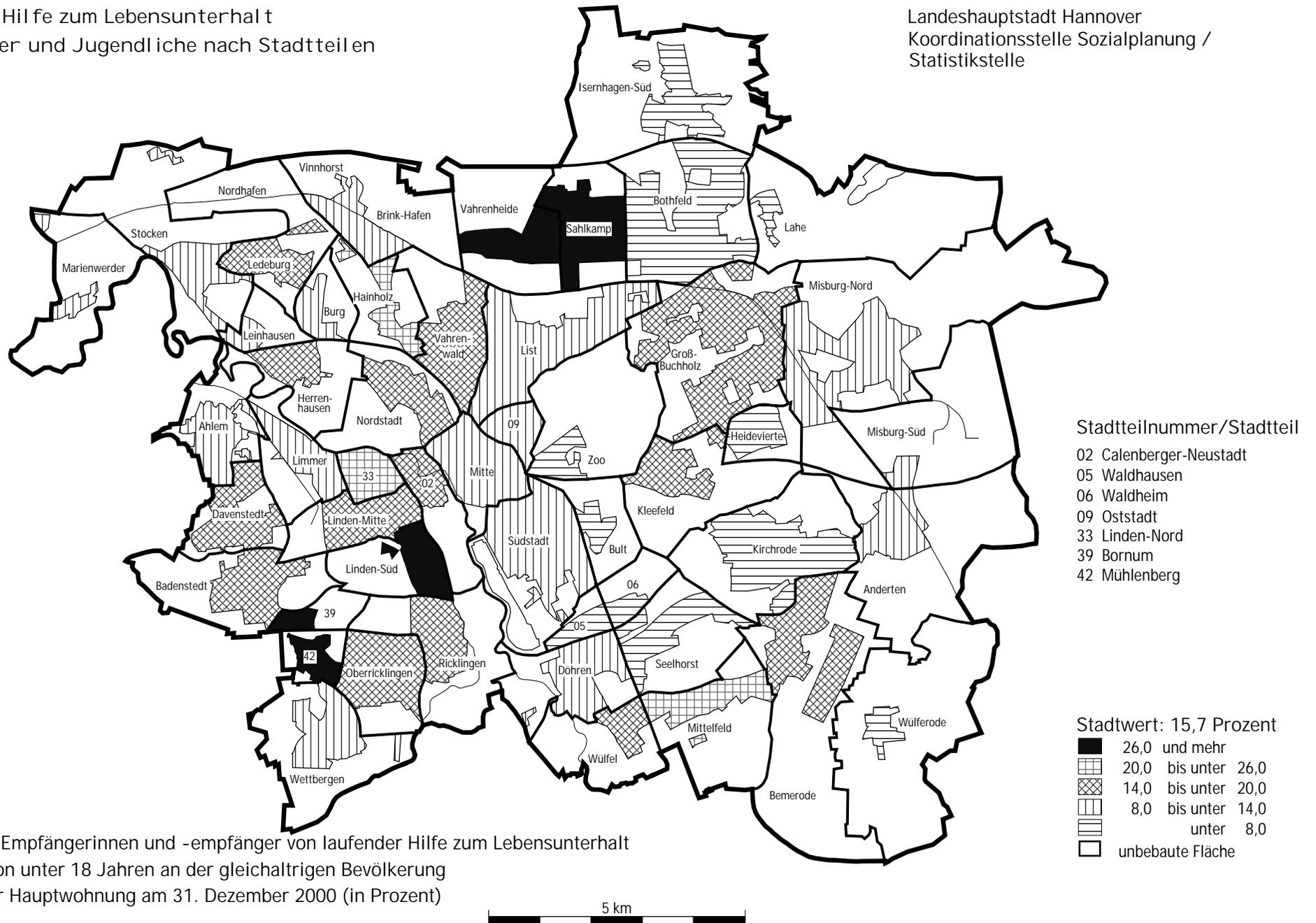
Karte 7: Hilfe zum Lebensunterhalt für Nichtdeutsche nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle



Karte 8: Hilfe zum Lebensunterhalt  
für Kinder und Jugendliche nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
Koordinationsstelle Sozialplanung /  
Statistikstelle

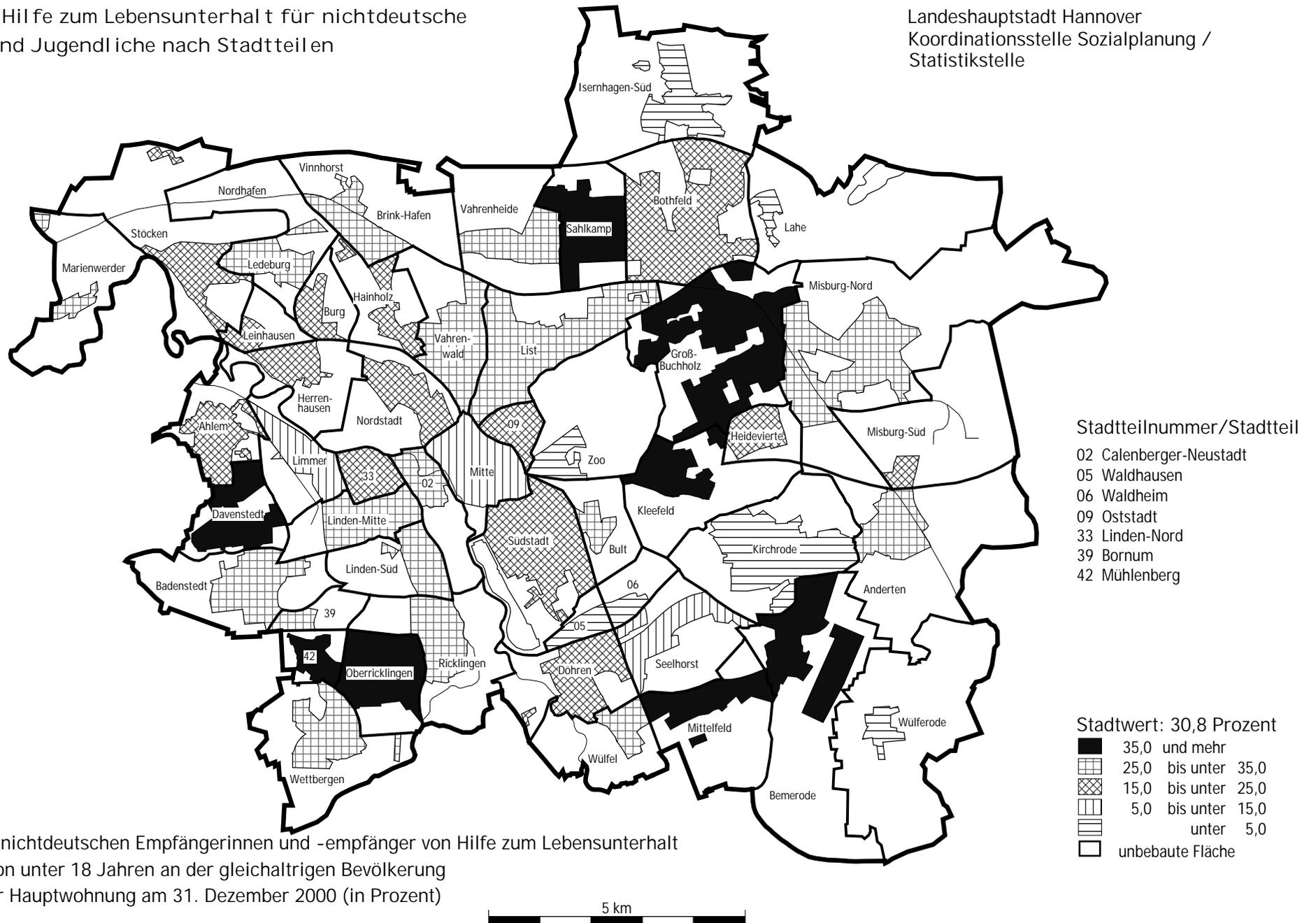


Anteil der Empfängerinnen und -empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt  
im Alter von unter 18 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung  
am Ort der Hauptwohnung am 31. Dezember 2000 (in Prozent)

5 km

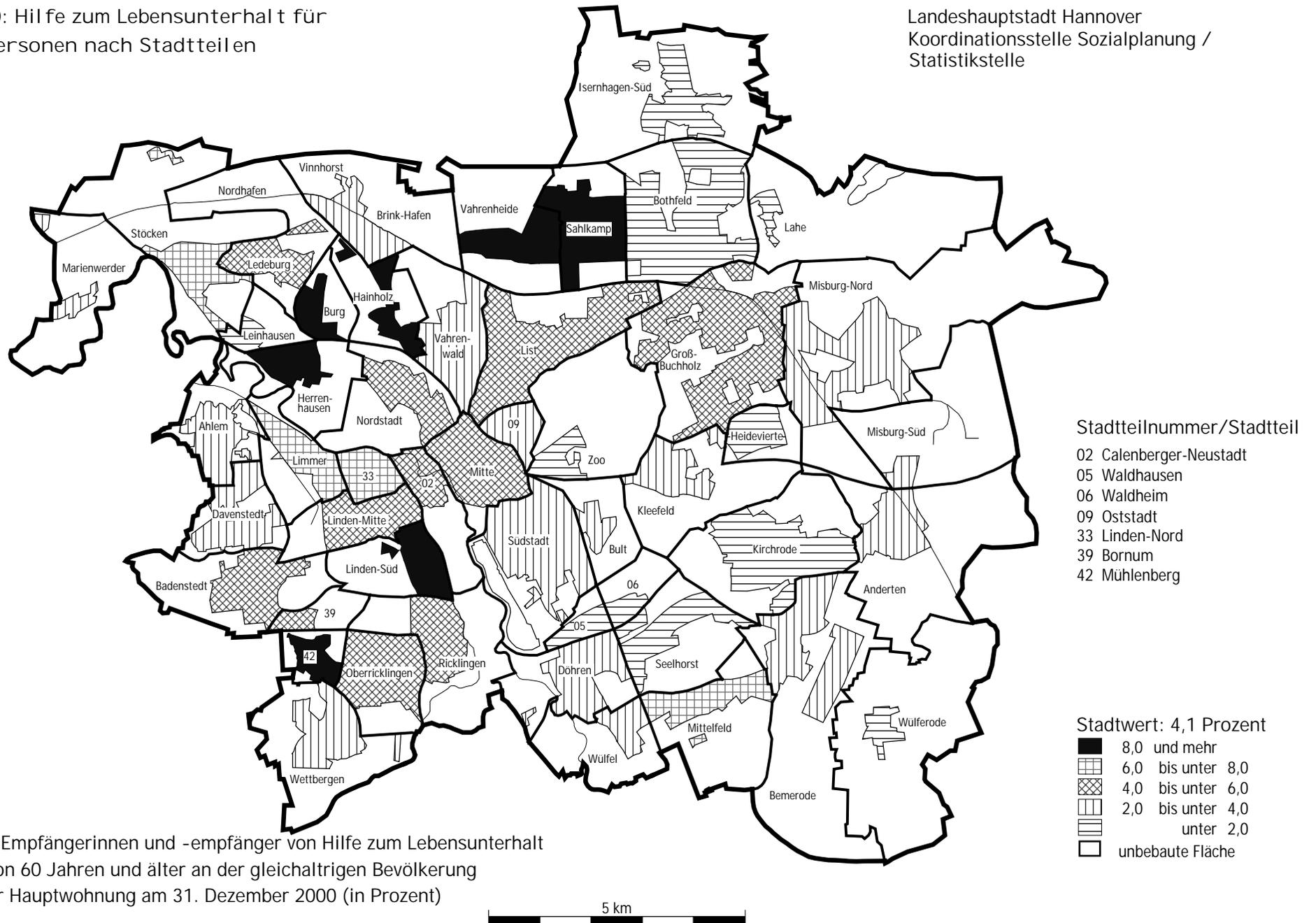
Karte 9: Hilfe zum Lebensunterhalt für nichtdeutsche Kinder und Jugendliche nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle



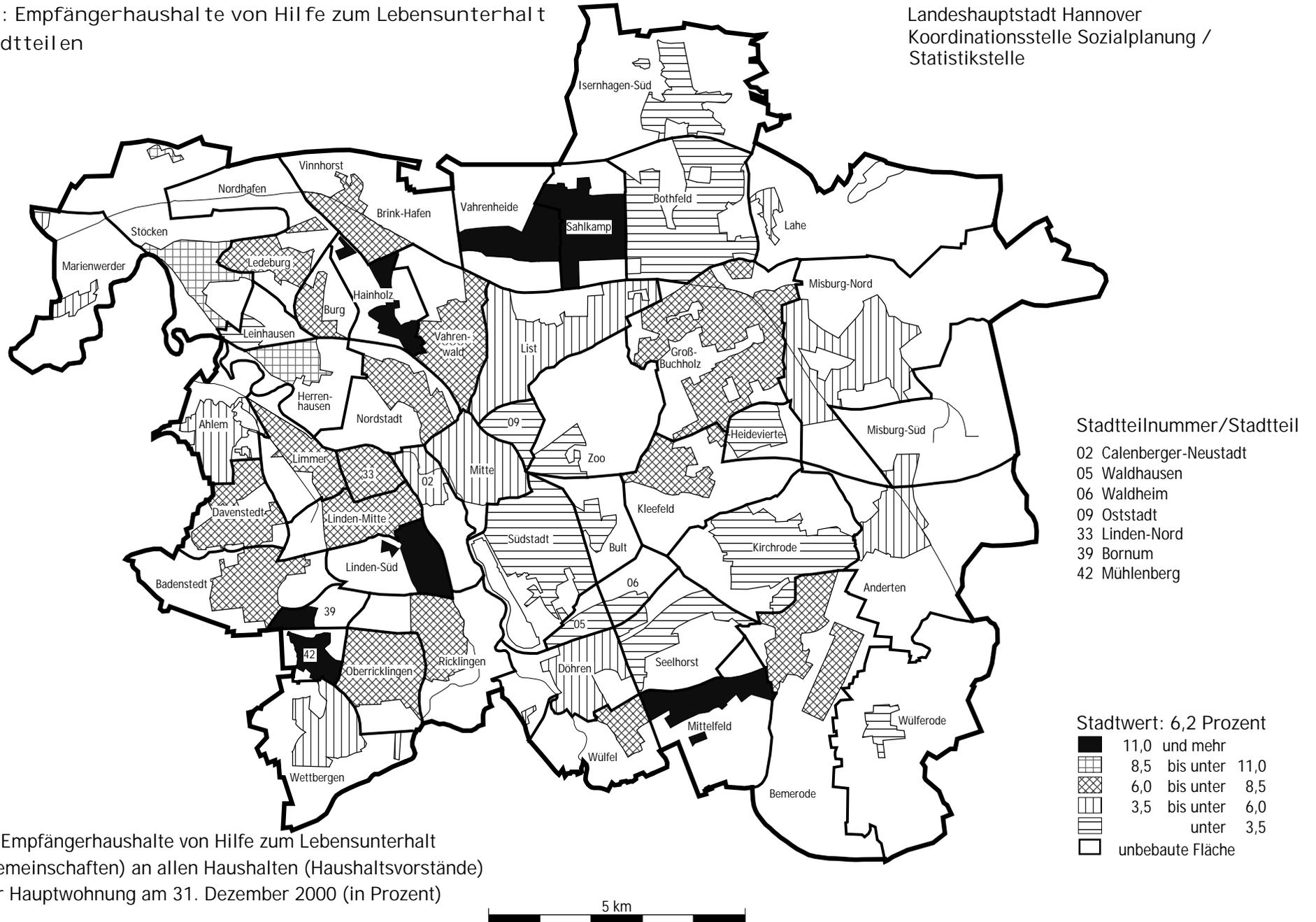
Karte 10: Hilfe zum Lebensunterhalt für ältere Personen nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
Koordinationsstelle Sozialplanung /  
Statistikstelle



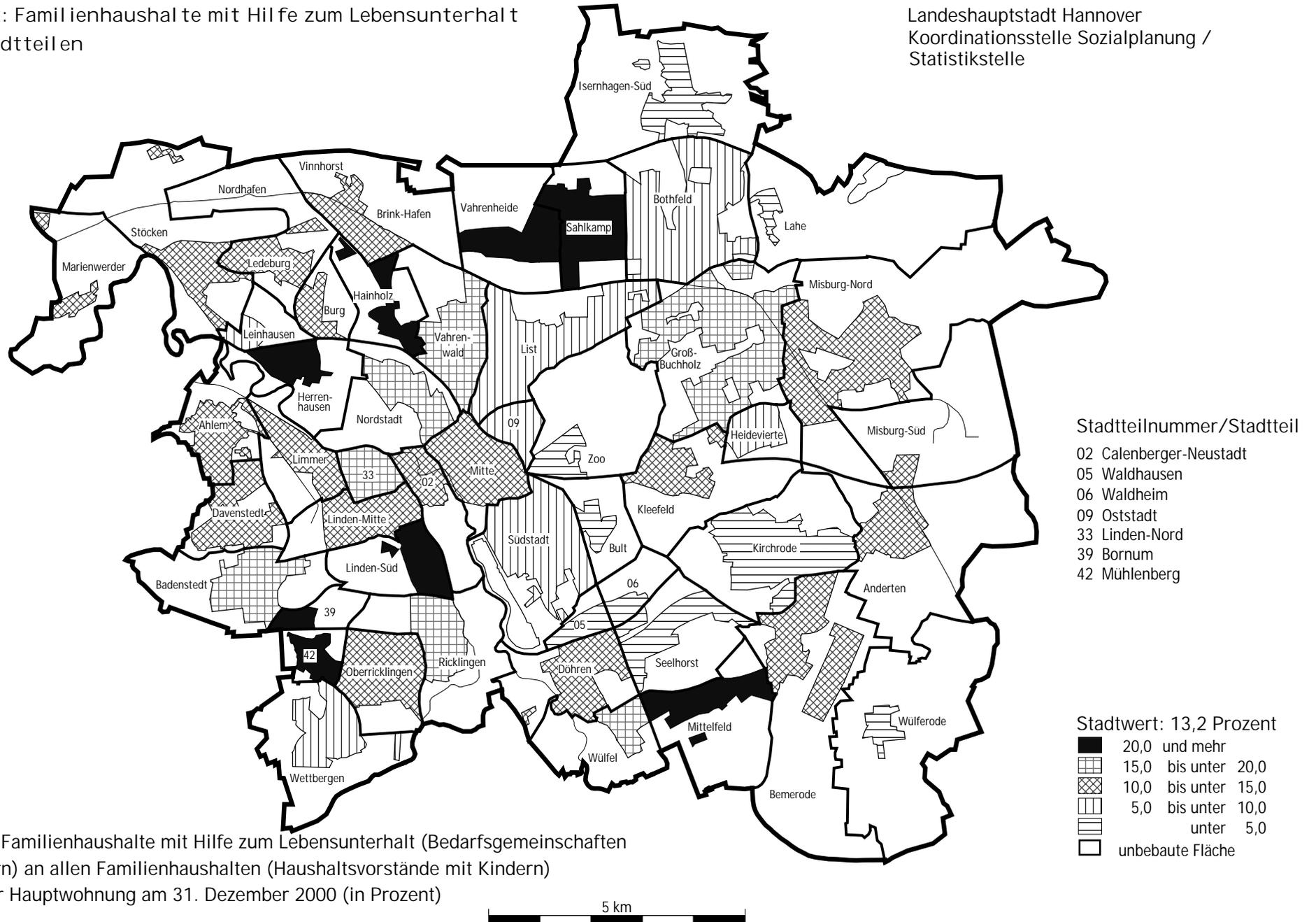
Karte 11: Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle



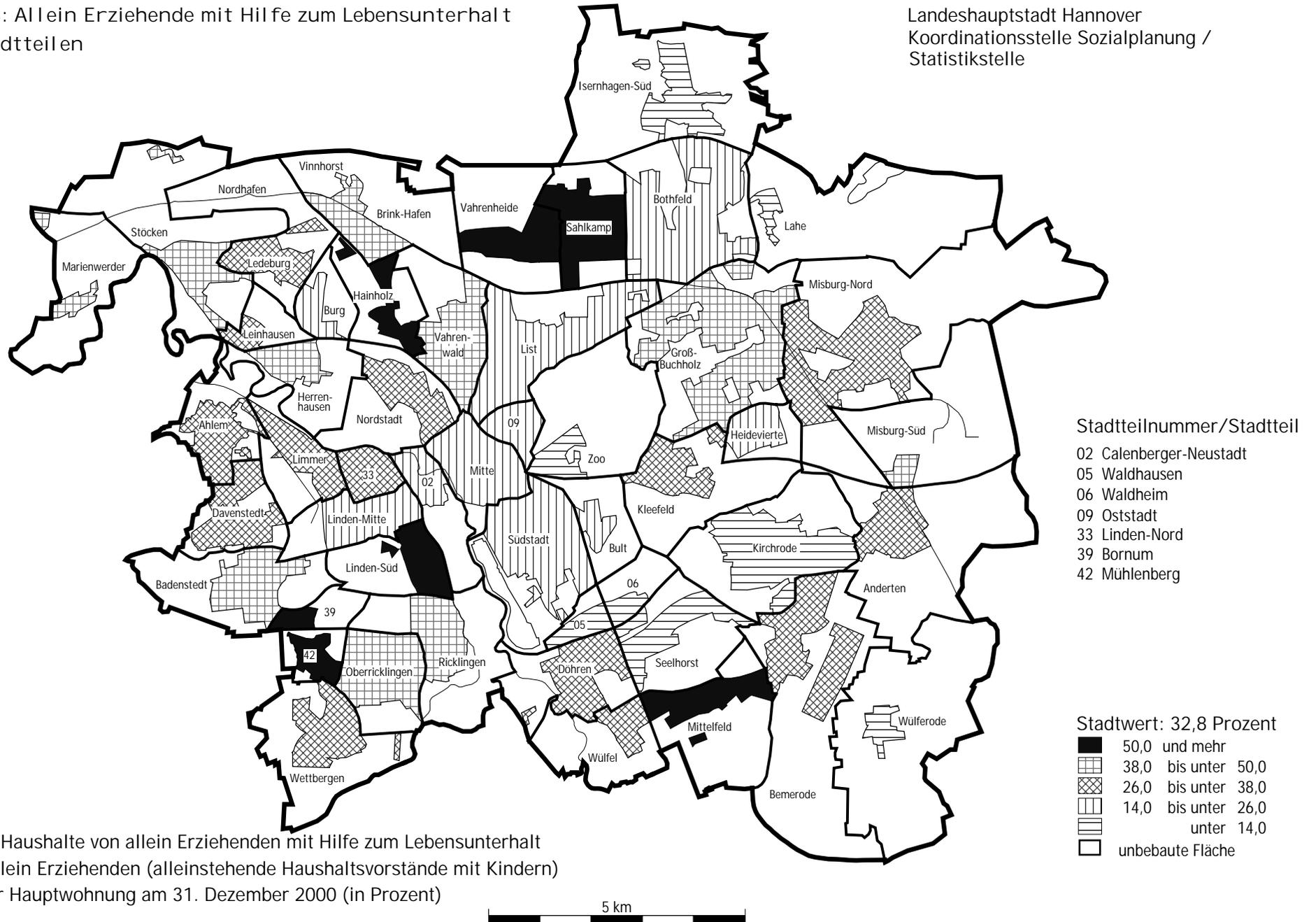
Karte 12: Familienhaushalte mit Hilfe zum Lebensunterhalt nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle



Karte 13: Allein Erziehende mit Hilfe zum Lebensunterhalt nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle



## 4. Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsförderung

Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, welche Kommunen in der Regel nicht steuern können, aber von deren Auswirkungen sie betroffen sind, haben in den letzten Jahren zu einer starken Veränderung des Arbeitsmarktes geführt. Die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben sich gewandelt, was eine Flexibilität und Bereitschaft zu sich verändernden Lebensbiographien nach sich zieht. Die Gruppe der Menschen, die real von Arbeitslosigkeit bedroht werden oder betroffen sind, nimmt zu.

Die Beteiligung am Arbeitsmarkt ist ein wesentliches Element der Teilnahme an der Gesellschaft; hier können die Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen zu einer sinnvollen Betätigung kommen, die das Selbstverständnis und das Selbstbewusstsein fördert. Gleichzeitig bedeutet Arbeit auch, ein konstantes und regelmäßiges Einkommen für die tägliche Lebensführung zur Verfügung zu haben. Durch die Umbrüche in der Arbeitswelt und die Zunahme der Arbeitslosigkeit geraten auf einmal immer mehr Menschen und damit auch Haushalte beziehungsweise Familien in die Abhängigkeit staatlicher Leistungen. Arbeitslosigkeit ist zudem oftmals eine Zwischenstation auf dem Weg zum Sozialhilfebezug.

Auch wenn die Kommunen keinen Einfluss auf die grundsätzlichen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes haben, kann dennoch eine aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik ihren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten. So sind in Hannover im Bereich der Beschäftigungsförderung in den letzten Jahren quantitativ fühlbare, vielgestaltige und zielgenaue Projekte entstanden. Diese Projekte und Programme haben sich in großen Bereichen als Innovationen der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik erwiesen. Hierfür ist die größere Problemnähe der Kommune und die Kompatibilität der Beschäftigungsförderung mit sozialpolitischen Zielen bestimmend.

Daneben ist das Thema Wirtschaftsförderung und damit verbunden die Schaffung und Erhaltung von Strukturen und Rahmenbedingungen, die die Neuansiedlung und Neugründung von Betrieben und Firmen fördern sowie bestehende Betriebe und Firmen am Standort Hannover halten, ein wichtiger Bestandteil des kommunalen Arbeitsmarktes, der aber in diesem Zusammenhang nicht näher dargestellt wird.

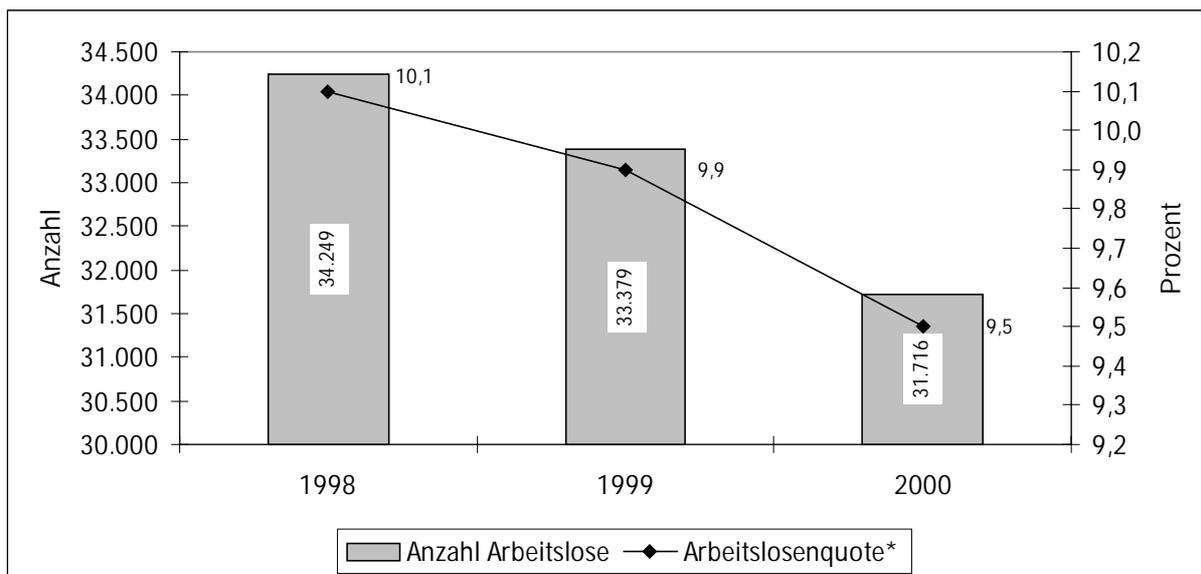
Im weiteren werden grundsätzlich Prozentanteile dargestellt, um die Relation des jeweiligen Merkmals zur entsprechenden Bevölkerungsgruppe herzustellen. Um einen möglichst hohen Nutzen auch für andere Fragestellungen zu ermöglichen, werden ergänzend zu den dargestellten Anteilswerten die entsprechenden Daten zur Arbeitslosigkeit im Anhang in absoluten Zahlen angegeben (vgl. Tabelle A11 im Anhang).

### 4.1 Struktur der Arbeitslosen

In der Stadt Hannover waren im Dezember 2000 insgesamt 31.716 Menschen arbeitslos gemeldet. Bezogen auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter zwischen 18 und 64 Jahren macht dieses eine Arbeitslosenquote von 9,5 % aus. Seit 1998 sind die Anzahl der Arbeitslosen sowie die Arbeitslosenquote kontinuierlich gesunken (vgl. Abbildung 15).

Stadtteilbezogen betrachtet waren in Vahrenheide (17,3 %), Linden-Süd (16,1 %), Mühlenberg (14,9 %), Hainholz (14,5 %) und Mittelfeld (14,4 %) die höchsten Anteile Arbeitsloser vorzufinden (vgl. Karte 14). Vergleicht man die Entwicklung in diesen fünf Stadtteilen von 1998 bis 2000, so ist festzustellen, dass, wie bei der städtischen Gesamtentwicklung, die Zahl der Arbeitslosen als auch die Arbeitslosenquoten in allen Stadtteilen rückläufig waren (vgl. Tabelle 4).

Abbildung 15: Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und der Arbeitslosenquoten\* jeweils im Dezember der Jahre 1998 bis 2000



\* Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren

Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

Tabelle 4: Entwicklung der Arbeitslosenquoten\* in den fünf am stärksten betroffenen Stadtteilen jeweils im Dezember der Jahre 1998 bis 2000

Stadtteil / Jahr	1998	1999	2000
Vahrenheide	18,4 %	17,6 %	17,3 %
Linden-Süd	16,2 %	16,3 %	16,1 %
Mühlenberg	16,1 %	15,2 %	14,9 %
Hainholz	15,9 %	14,8 %	14,5 %
Mittelfeld	15,7 %	15,1 %	14,4 %

\* Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren

Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

Von den 31.716 Arbeitslosen waren 70,1 % deutscher und 29,9 % nichtdeutscher Nationalität. Im Vergleich zum Sozialbericht 1998, in dem Daten vom Dezember 1996 ausgewertet wurden, ist der Anteil der Nichtdeutschen um knapp 3 %-Punkte leicht angestiegen. Überdurchschnittlich hohe Anteile nichtdeutscher Arbeitsloser fanden sich im Dezember 2000 in Linden-Süd (41,8 %), Mühlenberg (41,1 %), Vahrenheide (40,9 %), Sahlkamp (40,4 %) und Hainholz (40,1 %) (vgl. Karte 15).

Bei Jugendlichen und jungen Menschen unter 25 Jahren war eine Betroffenheit von Arbeitslosigkeit von 10,1 % im städtischen Durchschnitt feststellbar. Dies entsprach 3.205 Jugendlichen und jungen Menschen ohne Arbeit. Im Vergleich zu 1996 ist die absolute Zahl sowie der Anteil an der Gesamtbevölkerung leicht gesunken. Leicht überdurchschnittlich waren Jugendliche im Dezember 2000 in Lahe (15,1 %), Linden-Süd (12,4 %), Hainholz (11,9 %) und Herrenhausen (11,8 %) arbeitslos.

Mit 18,8 % an allen Arbeitslosen und einer Gesamtzahl von 5.949 waren Menschen mit 55 Jahren und älter besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Vergleich zu 1996 sank die Anzahl jedoch um knapp 1.200 Personen und damit der Anteil an allen Arbeitslosen um 2 %-Punkte. Bei Betrachtung der Situation in den einzelnen Stadtteilen zeigt sich, dass diese Altersgruppe anteilmäßig überproportional häufig dort anzutreffen war, wo Arbeitslosenquote und absolute Anzahl der Arbeitslosen recht niedrig waren wie in Wülferode (52 %), Waldheim (32,4 %), Burg (30 %), Zoo (29,5 %), Heideviertel und Kirchrode (jeweils 29,5 %), aber auch in Isernhagen-Süd (51,1 %), wo die absolute Zahl allerdings vergleichsweise klein war. In Stadtteilen mit einer insgesamt hohen Arbeitslosenquote lag das Problem dagegen verstärkt in der Jugendarbeitslosigkeit sowie in der Arbeitslosigkeit der 25 bis 54-Jährigen.

### Langzeitarbeitslosigkeit

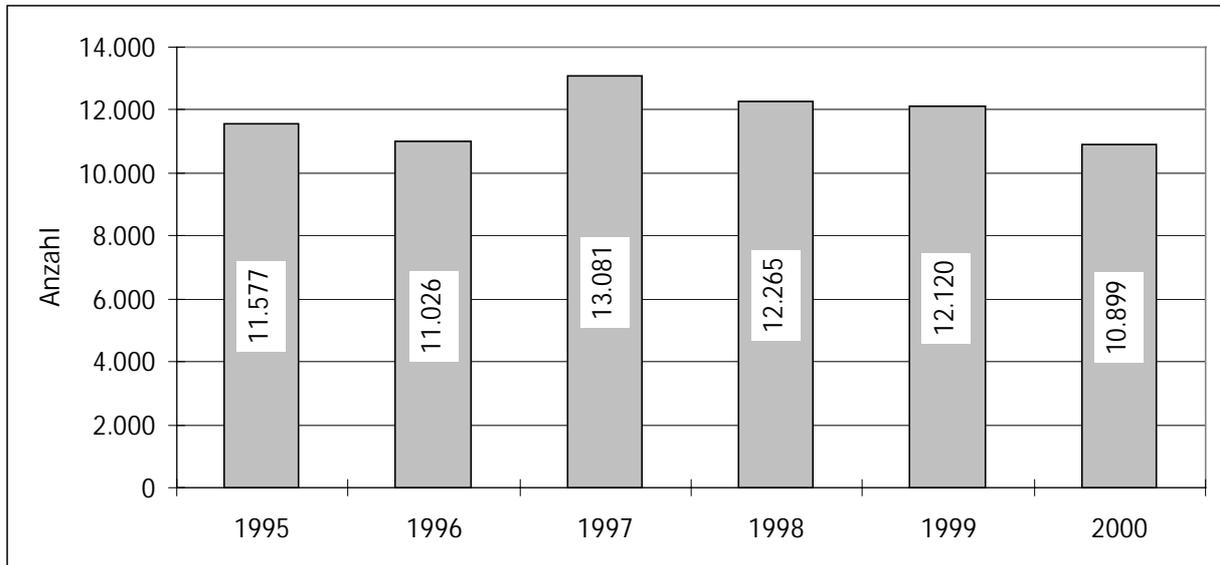
Wenn Menschen ein Jahr und länger ohne Arbeit sind, spricht man von Langzeitarbeitslosigkeit. Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet für die Betroffenen, dass ihre Chancen, Zugang zum regulären Arbeitsmarkt zu finden, mit der Dauer der Arbeitslosigkeit stark sinken und dass sie dauerhaft von staatlichen und kommunalen monetären wie nicht-monetären Transferleistungen abhängig sind. Für die einzelne Person, aber auch für ihr soziales Umfeld – speziell familiäre Zusammenhänge –, kann dieses einhergehen mit psycho-sozialen Problemen, einem sozialen Abstieg und Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Miteinander.

In Hannover waren im Dezember 2000 insgesamt 10.899 Menschen und damit 34,4 % aller Arbeitslosen langzeitarbeitslos. Die Entwicklung seit 1995 zeigt (vgl. Abbildung 16), dass ausgehend von einer Zahl von 11.577 Langzeitarbeitslosen im Dezember 1995 ein erheblicher Anstieg auf 13.081 im Dezember 1997 erfolgte, danach jedoch eine stetige Abnahme festzustellen ist, so dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen inzwischen im Dezember 2000 mit 10.899 unter das Niveau von 1995 gesunken ist. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen registrierten Arbeitslosen war ebenfalls im Dezember 2000 unter die Quote des Jahres 1995 gesunken. Hier wird deutlich, dass die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Arbeitsverwaltung und der Landeshauptstadt Hannover (vgl. Kapitel 4.2) die ersten positiven Auswirkungen zeigen.

Überdurchschnittlich hohe Anteile an Langzeitarbeitslosen fanden sich im Dezember 2000 vor allem in Stadtteilen mit vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquoten. Dieses waren Wülferode (48 %), Waldheim (45,9 %), Misburg-Süd (42,7 %), Heideviertel (42,2 %), Wülfel (40,6 %), Davenstedt (40,5 %) und Seelhorst (40,4 %) (vgl. Karte 16). Teilweise entspricht dieses den Stadtteilen, in denen besonders hohe Anteile an arbeitslosen Menschen ab 55 Jahren vorhanden waren. Es ist zu vermuten, dass viele der Langzeitarbeitslosen aufgrund ihres Alters nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar sind und somit ein bestimmter Grundsockel an Langzeitarbeitslosen vorhanden ist, der durch noch so vielfältige (kommunale) Bemühungen nicht reduziert werden kann. Lediglich in Vahrenheide, einem sozial be-

lasteten Stadtteil, war neben einer hohen Arbeitslosenquote (17,3 %) auch ein hoher Prozentanteil an Langzeitarbeitslosen (39,1 %) festzustellen.

Abbildung 16: Entwicklung der Zahl der Langzeitarbeitslosen jeweils im Dezember der Jahre 1995 bis 2000



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Statistikstelle

## 4.2 Städtische Beschäftigungsförderung

Auch wenn Arbeitsmarktpolitik in erster Linie ein auf Bundesebene zu gestaltendes Feld ist, hat sich in der Landeshauptstadt Hannover seit Mitte der achtziger Jahre ein umfangreiches und differenziertes System der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung entwickelt. Die „Hilfe zur Arbeit“ sowie die Durchführung und Organisation von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bilden hierbei die tragenden Säulen. Der städtische Beschäftigungsstützpunkt Hölderlinstraße ist unter den rund 400 Trägern von Maßnahmen nach dem Bundessozialhilfegesetz und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der bedeutendste Anbieter.

Der heutige Entwicklungsstand der städtischen Arbeitsmarktpolitik ist Ergebnis der kontinuierlichen Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen und Herausforderungen. Es musste auf steigende Arbeitslosenzahlen, explodierende Sozialhilfeausgaben und dem seit Jahren ungelösten Problem der Langzeitarbeitslosigkeit reagiert werden. Diese Entwicklung spiegelt sich in dem hohen Niveau und der Differenziertheit der Arbeitsförderungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wider.

Die kontinuierliche Veränderungsdynamik hat letztlich auch zur Gründung des Referates für Beschäftigungsförderung mit Beginn des Jahres 2002 geführt. Mit der organisatorischen Institutionalisierung und Integration von Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sind die städtischen Aktivitäten zur direkten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nun in der Zuständigkeit des Sozialdezernats gebündelt. Dieses ermöglicht eine durch die im Referat für Beschäftigungsförderung befindlichen Stellen der Arbeits-

marktpolitik, der Hilfe zur Arbeit, der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und des Beschäftigungsstützpunktes Hölderlinstraße abgestimmte Strategieentwicklung mit verbesserten Handlungsoptionen und gemeinsamer Zielprojektion.

Unter Einbeziehung des Fallmanagements beziehungsweise des sozialen Aktivierungsmanagements (SAM) in der Abteilung für Allgemeine Sozialhilfe verfügt die Stadt Hannover über ein breites Handlungsspektrum, um im eigenen Wirkungskreis das Ausmaß der Arbeitslosigkeit zu mindern.

Die städtische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung orientiert sich an folgenden allgemeinen Zielen, die insgesamt auf die Erreichung positiver sozialer und ökonomischer Effekte gerichtet sind:

- Abbau der Arbeitslosigkeit
- Integration von Personen, die bereits aus dem Arbeitsmarkt herausgefallen sind
- Entlastung des lokalen Arbeitsmarktes
- Verhinderung einer dauerhaften Entwertung von Humankapital
- Verhinderung von sozialer Desintegration
- Induzierung zusätzlicher Einkommenseffekte
- Aktivierung verfügbarer Mittel der Bundesanstalt für Arbeit beziehungsweise aus Landes-, Bundes- oder EU-Förderprogrammen
- Vermeidung negativer Entwicklungsspiralen in einzelnen Stadtquartieren
- Entlastung von Kosten der sozialen Sicherung

#### Hilfe zur Arbeit

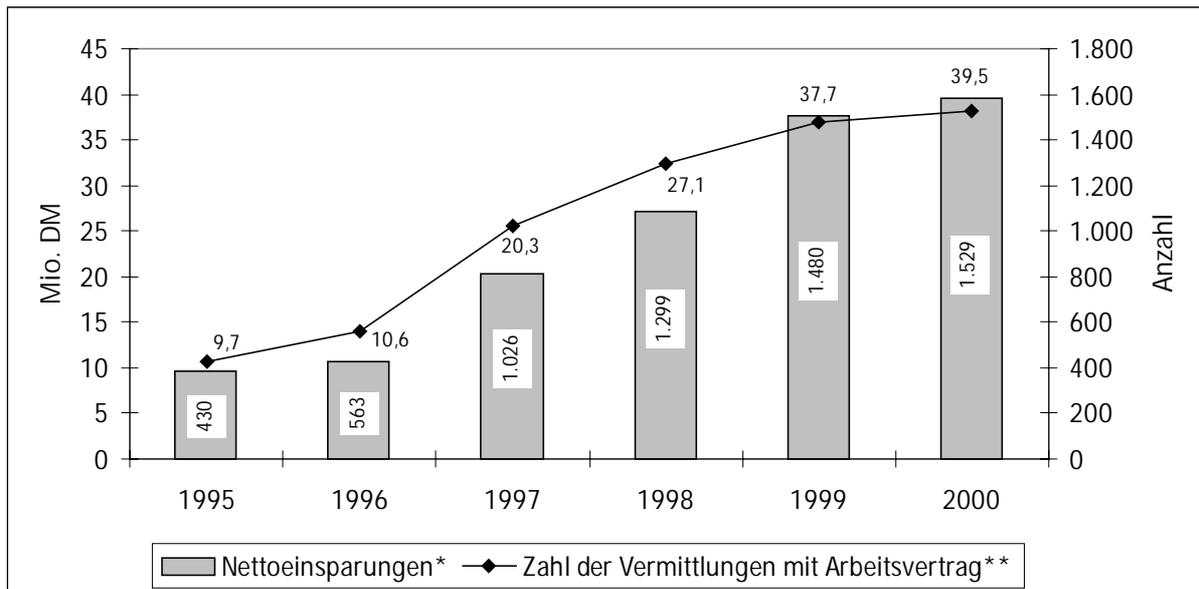
Die Hilfe zur Arbeit, die nach dem Bundessozialhilfegesetz (§§ 18 ff. BSHG) seit dem Jahr 1985 in Hannover installiert ist, hat zum Ziel, Sozialhilfeempfängerinnen und –empfängern durch verschiedene Maßnahmen den Einstieg in das Arbeitsleben zu ermöglichen. Es kann sich dabei um eine Maßnahme der Arbeitserprobung bis hin zur direkten Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt handeln.

Aufgabe der Stelle „Hilfe zur Arbeit“ ist es, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt zu vermitteln, Qualifizierungsmaßnahmen mit anschließender Vermittlung in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt anzubieten und in Trainingsmaßnahmen sowie in Maßnahmen zur Gewöhnung an Arbeit zu vermitteln. Bei jungen Menschen liegt der Schwerpunkt vorrangig auf der Vermittlung in Ausbildung (zum Beispiel durch das Programm Ausbildung statt Sozialhilfe – AsS) beziehungsweise in eine Qualifizierungsmaßnahme vor Vermittlung in Arbeit.

Betrachtet man die Entwicklung der Vermittlungen seit 1995, so zeigt sich folgendes Bild: Wurden im Jahr 1995 noch 430 Menschen in Jahresverträge vermittelt, die am Jahresende noch Bestand hatten, sind es 2000 bereits 1.529 gewesen (1. und 2. Arbeitsmarkt sowie Qualifizierungen) (vgl. Abbildung 17). Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt macht inzwischen ein gutes Viertel aller Vermittlungen aus. Daneben wird mit immer größerer Differenzierung eine umfangreiche Palette von Praktika, Qualifizierungs-, Trainings- und Gewöhnungsmaßnahmen angeboten mit kürzerer Zeitdauer und Vergütungssystematiken, die im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes möglich sind. Im Jahr 2000 wurden hierüber 1.609 Personen aktiviert.

Für die Vermittlungsarbeit der Hilfe zur Arbeit entstehen jährliche Kosten. Mit den jährlich steigenden Vermittlungszahlen sind diese seit 1995 von 13,9 Mio. DM auf 26,5 Mio. DM im Jahr 1997 und 46,6 Mio. DM im Jahr 1999 gestiegen. Im Jahr 2000 ist ein leichter Rückgang auf 45,3 Mio. DM festzustellen. Dieses ist durch die verstärkte Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, welche auch durch die Nachfrage während der Weltausstellung EXPO 2000 bedingt war, zu erklären.

Abbildung 17: Entwicklung der Zahl der Vermittlungen mit Arbeitsvertrag der Hilfe zur Arbeit und der Nettoeinsparungen in der Sozialhilfe 1995 bis 2000



\* Differenz von eingesparter Sozialhilfe und Ausgaben des Programms Hilfe zur Arbeit

\*\* Vermittlungen mit Arbeitsvertrag in den 1. und 2. Arbeitsmarkt sowie in Qualifizierungen

Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Sozialamt

Den entstehenden Kosten der Hilfe zur Arbeit können deutliche Einsparungen in der Sozialhilfe gegenübergestellt werden. Bei der Intensivierung der Hilfe zur Arbeit würde davon ausgegangen, dass Vermittelte nachhaltig keine Sozialhilfe mehr in Anspruch nehmen oder zusätzlich zu den AFG-Leistungen nur noch geringe ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt benötigen. Es wird mit einer Sozialhilfeeinsparung je Fall und Jahr in einer Höhe von circa 15.000 DM gerechnet. Für den Eintritt einer Konsolidierungswirkung wird je nach Vermittlungsart und Höhe des vorherigen Sozialhilfebezuges ein unterschiedlich langer Zeitraum benötigt. Im Durchschnitt ist von weniger als drei Jahren auszugehen. Betrachtet man die Entwicklung der Nettoeinsparungen<sup>22</sup> von 1995 bis 2000 (vgl. Abbildung 17) zeigt sich, dass es eine Steigerung von 9,7 Mio. DM auf 39,5 Mio. DM gegeben hat. Während die Zahl der Vermittelten sich in diesem Zeitraum mehr als verdreifacht hat, konnten sich die Einsparungen vervierfachen. Beschäftigungsfördernde Maßnahmen sind somit nicht nur positiv für die Zielgruppe der arbeitslosen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger und für das Gemeinwesen insgesamt durch die geleistete Arbeit, sondern tragen auch zur Kostenersparnis bei.

<sup>22</sup> Differenz von eingesparter Sozialhilfe und Ausgaben des Programms Hilfe zur Arbeit



Im Zuge der Regionsbildung (vgl. Kapitel 8.5) ist die örtliche Trägerschaft der Sozialhilfe und damit auch die Durchführung und Finanzierung der Hilfe zur Arbeit von der Stadt Hannover auf die Region übergegangen. Der Umfang des städtischen Engagements im Bereich der Hilfe zur Arbeit ist somit von Entscheidungen der Region abhängig.

#### Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, das mittlerweile seit fast 20 Jahren eingesetzt wird. Es ist der Versuch, durch Finanzierung von Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen und zusätzlich sind, also ohne die Förderung nicht durchgeführt würden, Langzeitarbeitslose, das heißt Personen, die in der Regel länger als zwölf Monate arbeitslos waren, wieder in Beschäftigung zu bringen. Die Bedingung der Zusätzlichkeit soll verhindern, dass Konkurrenz zu bestehenden Unternehmen entsteht. Mit den Maßnahmen ist die Erwartung verbunden, eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu bauen.

Im Jahr 2001 sind mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln in Höhe von rund 1,3 Mio. € 300 Personen in AB-Maßnahmen bei gemeinnützigen Trägern durch eine städtische Spitzenfinanzierung gefördert worden.

Über die erheblichen Anstrengungen zur Förderung von AB-Maßnahmen bei freien Trägern hinaus, ist die Stadtverwaltung selbst der mit Abstand größte Träger von AB-Maßnahmen. Allein im Stützpunkt Hölderlinstraße werden jährlich etwa 250 Menschen in AB-Maßnahmen beschäftigt. Dazu werden noch einmal etwa 40 bis 50 Menschen in Ämtern der Stadtverwaltung beschäftigt.

Nach einer Umfrage für den Zeitraum September 1998 bis September 1999 ergibt sich für den Verbleib der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Projekten bei Dritten nach Abschluss der Maßnahmen folgendes Bild: Nach eigenen Angaben der Beschäftigten waren rund 47 % entweder nicht mehr arbeitslos oder nahmen an einer Umschulungsmaßnahme teil. 37 % der Befragten waren nicht mehr auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und/oder Sozialhilfe angewiesen.

Aus städtischer Sicht ist der Einsatz von AB-Kräften positiv zu bewerten. Allerdings treten aktuell bei der Durchführung von AB-Maßnahmen erhebliche Probleme durch die Neuregelungen des Job-Aktiv-Gesetzes und durch zurückgehende Finanzierungsmittel des hannoverschen Arbeitsamtes. So schreibt das Job-Aktiv-Gesetz den Trägern von AB-Maßnahmen ab 01.01.2002 vor, dass 20 % des Maßnahmenzeitraumes für Praktika und Qualifizierung vorzusehen sind. Dieses bringt insbesondere für die kleinen Träger erhebliche Kosten- und Planungsprobleme mit sich.

#### Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

In der Stelle für zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist auf Basis des § 13 SGB VIII im Rahmen der Jugendberufshilfe das angestrebte Ziel durch entsprechende Angebote, die schulische und berufliche Integration von sozial benachteiligten und individuell beeinträchtigten jungen Menschen bis zum 27. Lebensjahr zu erreichen. Die verschiedenen Angebote wie Assessmentverfahren, sozialpädagogisch orientierte Maßnahmen zur Berufsvorbereitung oder berufsbegleitende und ausbildungsbegleitende Maßnahmen für Jugendliche ohne Vermittlungschancen werden in der Regel von freien Trägern übernommen. Dem Sachgebiet Jugendarbeitslosigkeit fallen in diesem Rahmen Aufgabenfelder zu wie Be-

ratung der Träger über Fördermöglichkeiten, Bereitstellung von Infrastruktur, Bereitstellung städtischer Finanzen, Ermittlung von Bedarfen oder die Entwicklung neuer Maßnahmen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Organisation und Durchführung von Maßnahmen für junge Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger. Dieses sind beispielsweise die Entwicklung eines Modellprojektes zur Teilzeitausbildung für junge allein erziehende Mütter oder die Einrichtung eines Jugendbüros. Das zum 01.06.2002 beginnende Jugendbüro ist eine gemeinsame Beratungs- und Vermittlungsstelle für junge Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren, die erstmalig Hilfe zum Lebensunterhalt beantragen. Beim Jugendbüro handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt des Sozialamtes, des Amtes für Jugend und Familie sowie des Arbeitsamtes. Es wird eine gemeinsam betriebene Organisationseinheit federführend durch das Sozialamt als Modellprojekt eingerichtet werden. Die Berufsberatung und die Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes werden zukünftig direkt in die Beratungsprozesse einbezogen. Durch die umgehende Bereitstellung von Praktikumsplätzen als sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen soll allen jungen Menschen ein verpflichtendes Hilfsangebot gemacht werden und so der Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt vermieden werden. Die Maßnahmedauer ist individuell festsetzbar und beträgt mindestens einen und höchstens 12 Monate. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können jederzeit in eine Aus- oder Fortbildung oder in eine reguläres Arbeitsverhältnis wechseln.

Ein weiteres Projekt, das dazu dient, Menschen, die sowohl Ansprüche auf Sozialhilfe als auch Arbeitslosenhilfe haben, zu helfen und unnötige Bürokratiewege zu ersparen, ist die Teilnahme der Stadt Hannover am bundesweiten „Modellprojekt zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe – MoZart“. In Hannover läuft dieses Projekt unter dem Titel ProS.A. (Projekt Sozialamt-Arbeitsamt). Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Arbeits- und Kommunalverwaltung arbeiten dabei gemeinsam in einer Beratungs- und Vermittlungsstelle. Neue methodische Ansätze zur Beratung und Vermittlung Langzeitarbeitsloser sollen entwickelt und erprobt werden, die Einschaltung anderer Fachdienste wie Schuldnerberatung oder psycho-soziale Beratungsangebote ist geplant. Zwischen Klientinnen und Klienten und Verwaltung soll jeweils ein verbindlicher Fördervertrag im Sinne eines sozialen Aktivierungs-Managements geschlossen werden. Die Klienten verpflichten sich darin, eine Arbeit aufzunehmen und somit keine Sozialleistungen zu beziehen. Am 01.10.2001 wurde mit der Vermittlungstätigkeit begonnen. In der zweijährigen Projektlaufzeit sollen insgesamt 230 Doppelbezieherinnen und -bezieher vermittelt werden.

#### Stützpunkt Hölderlinstraße

Der Stützpunkt Hölderlinstraße setzt sich auf dem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt ein. In der Hölderlinstraße in Kleefeld sind im Jahr 2001 durchschnittlich 692 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt gewesen. Die Beschäftigten stammen aus 35 verschiedenen Staaten. Rund 62 % sind nicht-deutscher Herkunft. Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sowie Jugendliche werden dem Stützpunkt durch das Arbeitsamt und das Sozialamt vermittelt. Durch den Stützpunkt werden Arbeiten in den Bereichen des Hoch-, Tief- sowie des Garten-, Landschafts- und Zierpflanzenbaus durchgeführt.

Das Stammpersonal besteht aus 30 Personen, die neben den Verwaltungsaufgaben für die Fortbildungen der übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuständig sind. Bei den Fortbildungen ist es das Ziel,

die Grundqualifikationen der Einzelpersonen für den Arbeitsmarkt zu verbessern und mit baustellenorientierten Fachkursen die Basis für den meist einjährigen Einsatz zu legen.

#### Fall-Management / Soziales Aktivierungsmanagement (SAM)

Fall-Management beziehungsweise „Soziales Aktivierungsmanagement“ (SAM) ist ein veränderter Arbeitsansatz, durch den der Bezug von Sozialhilfe von vorn herein vermieden oder erheblich verkürzt werden soll. Zielsetzung ist es, vor einem Sozialhilfebezug sämtliche Hilfpotentiale des Antragsstellenden sowie mögliche vorrangig vorhandene andere Ansprüche auszuschöpfen und dadurch Sozialhilfebezug zu vermeiden. Neben der Vermittlung in eine billigere Wohnung, die Organisation einer Kinderbetreuung und anderen Ansatzpunkten liegt ein Schwerpunkt darin, dem häufigsten Grund – der Arbeitslosigkeit (vgl. Kapitel 2.3.3) – entgegenzuwirken. Das bedeutet, jedem arbeitslosen und arbeitsfähigen Neuantragsteller auf Hilfe zum Lebensunterhalt eine Arbeit auf dem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt, Ausbildung, Qualifizierungs- oder Beschäftigungsmaßnahme durch die Hilfe zur Arbeit nach Lage des Einzelfalls kurzfristig anzubieten. Eine weitere Möglichkeit ist es, die Neuantragsteller so weit zu aktivieren, dass sie selbständig in der Lage sind, sich eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu suchen.

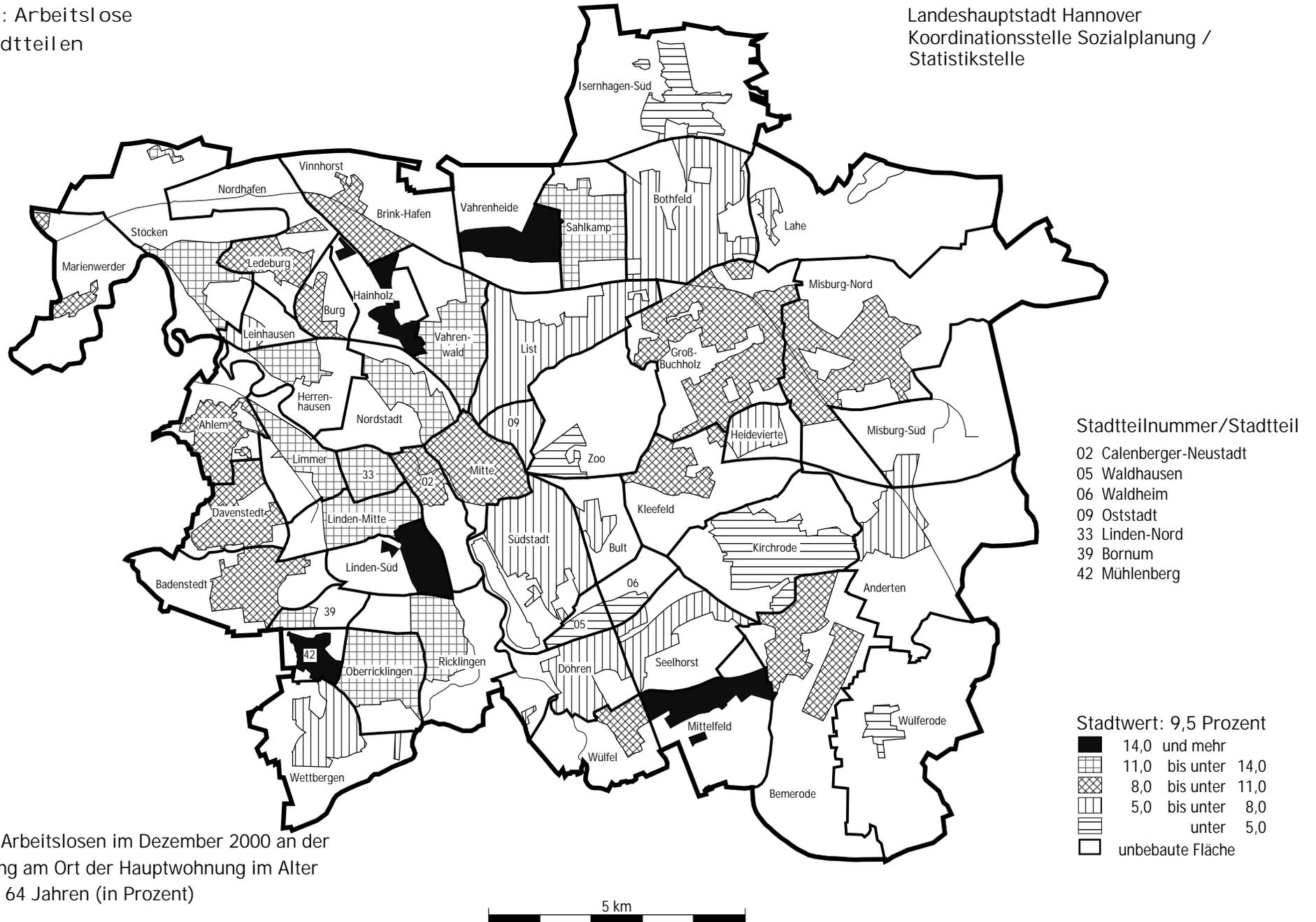
In einer Erprobungsphase in fünf Dienststellen der Abteilung für Allgemeine Sozialhilfe im Zeitraum von Juli 1999 bis September 2000 stellte sich heraus, dass die sechs Fallmanagerinnen und -manager während der Modellphase in insgesamt 258 Fällen eine Beendigung des Sozialhilfebezuges erreichen oder die Inanspruchnahme von Sozialhilfe vermeiden konnten. So konnte in 178 Fällen erfolgreich in Arbeit oder Ausbildung vermittelt werden und dadurch Sozialhilfe ausgeschlossen werden. In 32 Fällen konnte die Sozialhilfe aus anderen Gründen, zum Beispiel Vermittlung einer billigeren Wohnung oder Einstellung der Sozialhilfe wegen fehlender Mitwirkung oder dem Verweis auf vorrangige Ansprüche bei anderen Sozialleistungsträgern vermieden werden. Langfristig konnten 110 Klientinnen und Klienten dauerhaft und damit länger als 12 Monate aus der Sozialhilfe gelöst werden.

Im Rahmen des sozialen Aktivierungsmanagements wurde die Zusammenarbeit der sozialhilfegewährenden Stellen mit anderen Hilfsmöglichkeiten für Antragsteller wie zum Beispiel den Einrichtungen der Schuldnerhilfe, dem Arbeitsamt, dem Gesundheitsamt und den Sozialversicherungsträgern intensiviert und der gegenseitige Informationsaustausch sicher gestellt. Ein weiteres Ziel bei der Erprobung des sozialen Aktivierungsmanagements war es, einen nachhaltigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu erzielen. In der Modellphase berechnen sich nach Abzug der Personalkosten für die Fallmanagerinnen und -manager Sozialhilfeeinsparungen von rund 2,5 Mio. DM pro Jahr.

Die positive Bilanz des Modellversuchs hat dazu geführt, dass das Fall-Management nun flächendeckend ausgeweitet wird. Zunächst wurde in den Dienststellen der Modellphase das soziale Aktivierungsmanagement fest installiert, zur Zeit arbeiten 12 von 17 Dienststellen nach dem Konzept der sozialen Aktivierung, zum 01.08.2002 wird die Umsetzung in den übrigen 5 Dienststellen erfolgen. Trotz zwingender personeller Einsparungen auch in der Abteilung der Allgemeinen Sozialhilfe ist die Umsetzung durch Abschluss eines verwaltungsinternen Kontraktes ermöglicht worden. Dieser Kontrakt beinhaltet, dass ein Teil dieser eingesparten Stellen, konkret 17, durch Aufnahme des veränderten Arbeitsansatzes reorganisiert werden konnten.

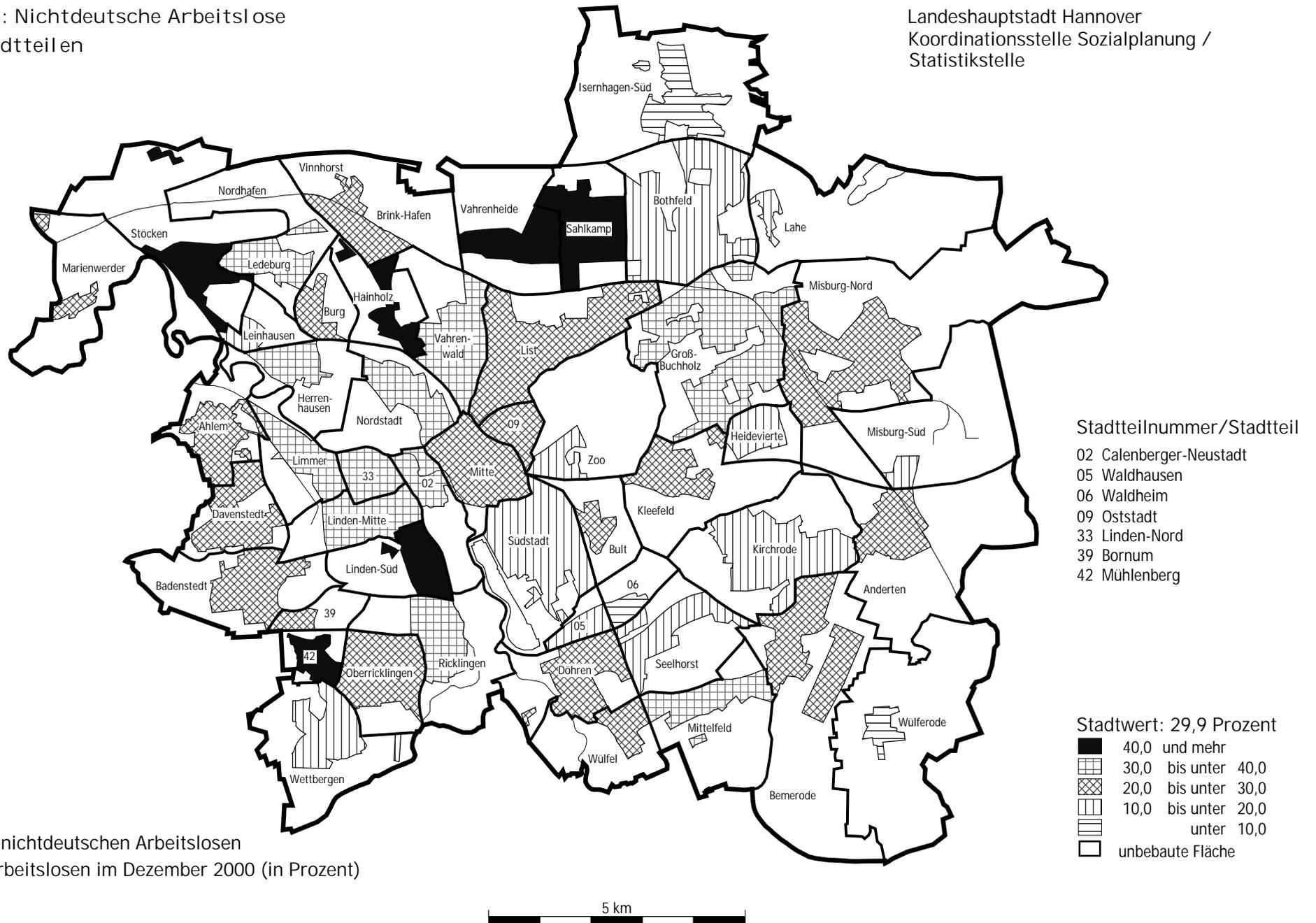
Karte 14: Arbeitslose nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle



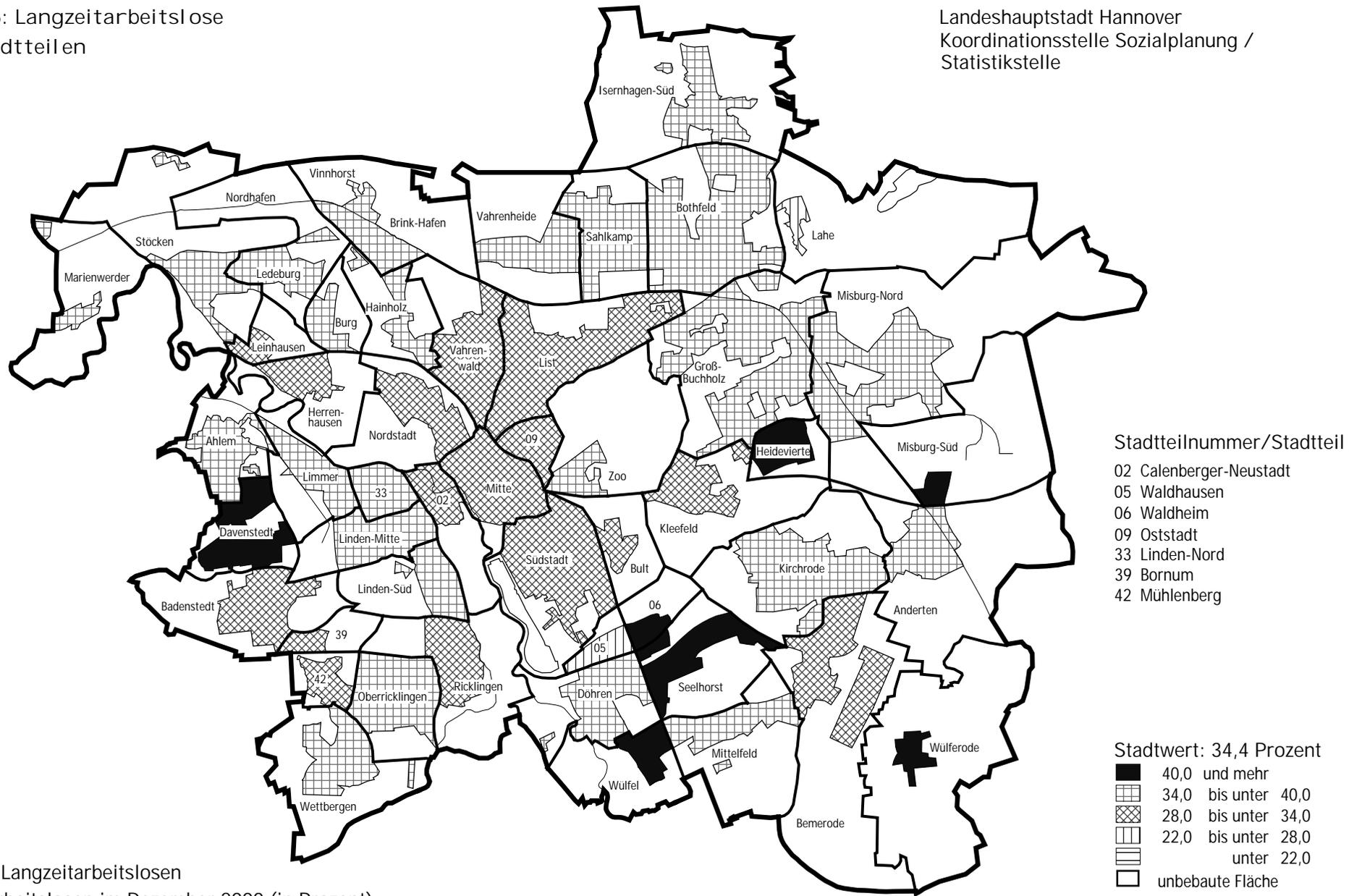
Karte 15: Nichtdeutsche Arbeitslose  
nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
Koordinationsstelle Sozialplanung /  
Statistikstelle



Karte 16: Langzeitarbeitslose  
nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
Koordinationsstelle Sozialplanung /  
Statistikstelle



Anteil der Langzeitarbeitslosen  
an allen Arbeitslosen im Dezember 2000 (in Prozent)

5 km

## 5. Wohnungssituation

Wohnen ist eines der zentralen Grundbedürfnisse von Menschen. Lage und Ausstattung einer Wohnung sind entscheidend für die Wohn- und Lebensqualität. Der Mietpreis beziehungsweise der Kaufpreis einer Wohnung oder eines Hauses entscheidet darüber, ob sich ein Haushalt eine bestimmte Wohnung leisten kann.

In Hannover hatten am 01.01.2001 505.648 Personen ihren ersten Wohnsitz. 12.357 Personen waren mit einer Zweitwohnung in der Landeshauptstadt Hannover gemeldet. Dieser wohnberechtigten Bevölkerung standen 281.787 Wohnungen (Stand 31.12.1999) zur Verfügung. Daraus errechnet sich eine durchschnittliche Wohnungsbelegung von 1,84 Personen.

Der allgemeine Mietwohnungsmarkt stellt sich in Hannover weiterhin entspannt dar, allerdings wird der Bestand an preisgünstigen Wohnungen zunehmend knapp, so dass untere Einkommensgruppen Schwierigkeiten haben, sich auf dem Wohnungsmarkt zu versorgen. Engpässe gibt es auch im Bereich der Familienwohnungen. Die Wohnungen der 50er und 60er Jahre entsprechen heute nicht mehr dem Wohnflächenstandard. Der Neubau von Wohnungen ist in Hannover praktisch zum Erliegen gekommen. Die Wohnungswirtschaft investiert schwerpunktmäßig in den Bestand.

Im weiteren werden grundsätzlich Prozentanteile dargestellt, um die Relation des jeweiligen Merkmals zur entsprechenden Bevölkerungsgruppe herzustellen. Um einen möglichst hohen Nutzen auch für andere Fragestellungen zu ermöglichen, werden ergänzend zu den dargestellten Anteilswerten im Anhang die entsprechenden Daten zur Wohnungssituation in absoluten Zahlen angegeben (vgl. Tabelle A12 im Anhang).

### 5.1 Wohnflächenstandard

Ein geeigneter Indikator, um die Qualität von Wohnen abzubilden, errechnet sich, wenn man die Gesamtwohnungsfläche durch die Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner teilt. Im Ergebnis lässt sich ablesen, wie viel Wohnfläche auf jeden Einzelnen entfällt. Je mehr Quadratmeter jedem zur Verfügung stehen, desto großzügiger und entspannter ist in der Regel die Wohnsituation. Mit abnehmender Quadratmeterzahl pro Kopf sinkt die Wohnqualität entsprechend, es ergibt sich eine räumliche Enge, die nicht selten verbunden ist mit Stresssituationen im häuslichen Umfeld.

In der Stadt Hannover standen am 31.12.1999 jeder Einwohnerin und jedem Einwohner durchschnittlich 40,8 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung. Im Vergleich zu 1990 (36 m<sup>2</sup>) und 1995 (38,3 m<sup>2</sup>) hat die Wohnfläche pro Kopf weiter zugenommen.

Da die Größe der Wohnung wesentlich durch das verfügbare Haushaltseinkommen bestimmt wird, kann der Wohnflächenstandard heran gezogen werden, um die Beschreibung von Einkommensarmut zu unterstützen. Es lässt sich vermuten, dass dort, wo Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug überdurchschnittlich häufig vorkommen, die Versorgung mit Wohnraum unterdurchschnittlich ist. Die Betrachtung des Wohnflächenstandards nach Stadtteilen belegt diese Annahme (vgl. Karte 17).

Die geringste Wohnfläche mit weniger als 35 m<sup>2</sup> pro Person standen den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadtteile Stöcken (32,4 m<sup>2</sup>), Mittelfeld (32,7 m<sup>2</sup>), Vahrenheide (33,1 m<sup>2</sup>), Lahe (33,3 m<sup>2</sup>), Hainholz (34 m<sup>2</sup>), Linden-Süd (34,5 m<sup>2</sup>), Sahlkamp (34,7 m<sup>2</sup>) und Mühlenberg (34,7 m<sup>2</sup>) zur Verfügung. Diese Stadtteile sind bei der Betrachtung von finanziellen und sozialen Problemlagen alle als auffällig zu bezeichnen.

Stadtteile, in denen die soziale Situation als äußerst entspannt beschrieben werden kann, fallen bei Betrachtung des Wohnflächenstandards dagegen durch überdurchschnittlich hohe Quadratmeterzahlen pro Person auf. So standen in folgenden Stadtteilen jeder Bewohnerin beziehungsweise jedem Bewohner 50 m<sup>2</sup> und mehr Wohnfläche zur Verfügung: Isernhagen-Süd (60,2 m<sup>2</sup>), Zoo (54,4 m<sup>2</sup>), Waldhausen (53,3 m<sup>2</sup>) und Kirchrode (51 m<sup>2</sup>).

## 5.2 Wohnungen mit städtischem Belegungsrecht

Trotz entspannter Lage auf dem Mietwohnungsmarkt in Hannover gibt es weiterhin Bedarfe an preiswertem Wohnraum für Haushalte, die nur über ein geringes Einkommen verfügen sowie an Wohnungen für Personen, die sich in besonderen Lebenslagen befinden oder aber deren Biographie problembelastet ist. Diese Personen haben auf dem freien Wohnungsmarkt kaum eine Chance, eine geeignete und bezahlbare Wohnung zu bekommen.

Die Landeshauptstadt Hannover unterstützt die Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner mit angemessenem Wohnraum. Vom Amt für Wohnungswesen wird Personen, die einen Wohnberechtigungsschein haben und ohne Wohnung sind beziehungsweise in unzureichenden Wohnverhältnissen leben oder aus sonstigen Gründen Anspruch auf Wohnungsvermittlung haben, eine Wohnung aus dem Bestand der Belegrechte vermittelt.

Am 31.12.2000 gab es im Stadtgebiet Hannovers insgesamt 30.602 Belegrechtswohnungen (vgl. Abbildung 18). Hiervon wurden im Jahr 2000 rund 2.400 Wohnungen vom Amt für Wohnungswesen neu vermittelt. Hauptgründe für die Antragstellung waren allgemeine Wohnungsnotstände, Wohnungsgesuche von Unterkunftsbewohnerinnen und -bewohnern und von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, alten Menschen, Räumungsschuldern, Haftentlassenen, Sanierungs- und Planungsbetroffenen, aber auch gezielte Bewerbungen um eine Wohnung aus dem Bestand.

Die Belegrechtswohnungen verteilen sich nach wie vor ungleich über das Stadtgebiet Hannovers. In Vahrenheide ist der Bestand an Belegrechtswohnungen mit 2.959 Wohneinheiten (WE) am höchsten. Es folgen Groß-Buchholz (2.430 WE), Mittelfeld (2.041 WE), Linden-Nord (1.530 WE) und Sahlkamp (1.527 WE) als weitere Schwerpunkte. In Relation zum jeweiligen Gesamtwohnungsbestand ergeben sich zum Teil sehr hohe Konzentrationen von Belegrechtswohnungen in einem Stadtteil.

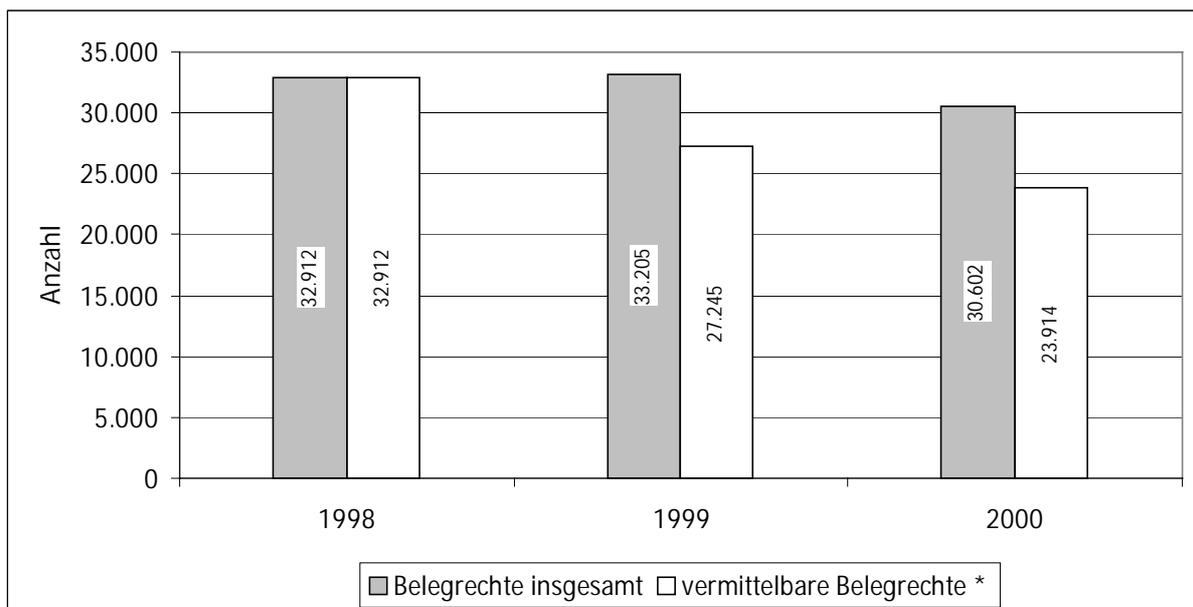
Diese hohe Konzentration von Belegrechtswohnungen ist konfliktträchtig und gefährdet die Stabilität des Gemeinwesens, da sich mit den Belegrechtswohnungen auch Bevölkerungsgruppen in schwierigen sozialen Situationen in einem Quartier konzentrieren. Ein Großteil der Bewohnerinnen und Bewohner von Belegrechtswohnungen ist abhängig von Hilfe zum Lebensunterhalt und zählt somit zur Armutsbe-

völkerung. An verschiedenen Orten der Stadt haben sich auf diese Weise sogenannte „Armutinseln“ entwickelt. Dabei handelt es sich nie um ganze Stadtteile, sondern um einzelne Quartiere, in denen sich die Probleme massiv ballen.

Diese Situation – gekoppelt mit dem Auslaufen von Wohnungsbindungen in großem Umfang – war Anlass für die Landeshauptstadt Hannover, 1999 das „Aktionsprogramm Wohnen“ zu initiieren. Mit dem Ziel der Aufwertung und Entflechtung von problematischen Bereichen werden Belegrechte ausgesetzt, also von der Stadt nicht wahrgenommen, es werden Gebietsfreistellungen vorgenommen und auch der Verkauf von Belegrechtswohnungen angestrebt. Gleichzeitig wird beabsichtigt, in dezentraler Lage durch Neubau und im Bestand neue Belegrechte zu erwerben.

Im Jahr 2000 wurden 6.688 Belegrechtswohnungen in das „Aktionsprogramm Wohnen“ einbezogen. Damit reduziert sich die vermittelbare Zahl an Belegrechten auf 23.914 (vgl. Abbildung 18). Der Anteil an Belegrechtswohnungen beträgt auf dieser Basis im Stadtgebiet Hannovers insgesamt 7,9 %.

Abbildung 18: Entwicklung der Zahl städtischer Belegrechte 1996 bis 2000



\* Aktionsprogramm Wohnen: inkl. wegfallende Belegrechte, aufgrund von Gebietsfreistellungen, Verkaufsabsichten der GBH, ruhende Belegrechte und Quotierungen von Belegrechten, u.a.

Quelle: Landeshauptstadt Hannover – Amt für Wohnungswesen, Jahresberichte

Die höchsten prozentualen Anteile an Belegrechtswohnungen werden in den Stadtteilen Mittelfeld (25,8 %), Mühlenberg (25,6 %), Vahrenheide (22,4 %), Vinnhorst (20,4 %), Hainholz (18,6 %), Linden-Süd (18,5 %), Davenstedt (18,32 %), Bornum (17,5 %) und Sahlkamp (16,8 %) erreicht (vgl. Karte 18).

Weit unterdurchschnittliche Anteilswerte von weniger als 2 % sind in den Stadtteilen Zoo, Südstadt, Lahe, Isernhagen-Süd, Wülferode, Waldhausen, Waldheim, Seelhorst, Burg und Leinhausen zu vermerken.

Der Zusammenhang von räumlicher Verteilung von Belegrechtswohnungen und dem Anteil an Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt ist auffällig. Es wird deutlich, dass die sozialen Strukturen durch den Wohnungsbestand bestimmt werden.

Zur Jahreswende 1999/2000 hat die Zahl der Belegrechtswohnungen um mehr als 2.600 Wohneinheiten abgenommen (vgl. Abbildung 18). Verantwortlich hierfür ist das Auslaufen von Wohnungsbindungen. Belegrechte an Wohnungen bestehen nur für einen bestimmten Zeitraum, danach kann der Vermieter seine Wohnungen wieder selbständig und ohne Berücksichtigung von Einkommensgrenzen vermarkten. In den kommenden Jahren wird sich die Abnahme von Belegrechten fortsetzen. Das Institut plan-lokal kommt in einem Gutachten zum Ergebnis, dass aufgrund von Bindungsverlusten bis zum Jahr 2010 jährlich mindestens 700 Wohneinheiten nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Darüber hinaus werden durch weitere Maßnahmen wie Gebietsfreistellungen, gezieltes nicht Verlängern von Aufwandszuschüssen weitere bis zu 627 Belegrechte pro Jahr wegfallen. Gleichzeitig sollen allerdings jährlich rund 500 neue Belegrechte durch Ankauf, Erwerb oder Neubau geschaffen werden. Ziel ist es, den Bestand bei rund 26.000 Belegrechtswohnungen zu stabilisieren, einer Zielzahl, die vom Amt für Wohnungswesen als notwendig erachtet wird.

### 5.3 Besondere Bedarfsgruppen

#### Obdachlose

Obdachlos sind Personen, die weder eine Wohnung noch eine Unterkunft haben. Dazu zählen einheimische Obdachlose, aber auch Asylbewerberinnen und -bewerber, Asylberechtigte, Bürgerkriegsflüchtlinge, sonstige Flüchtlinge und Aussiedlerinnen und Aussiedler, die ohne Wohnung sind.

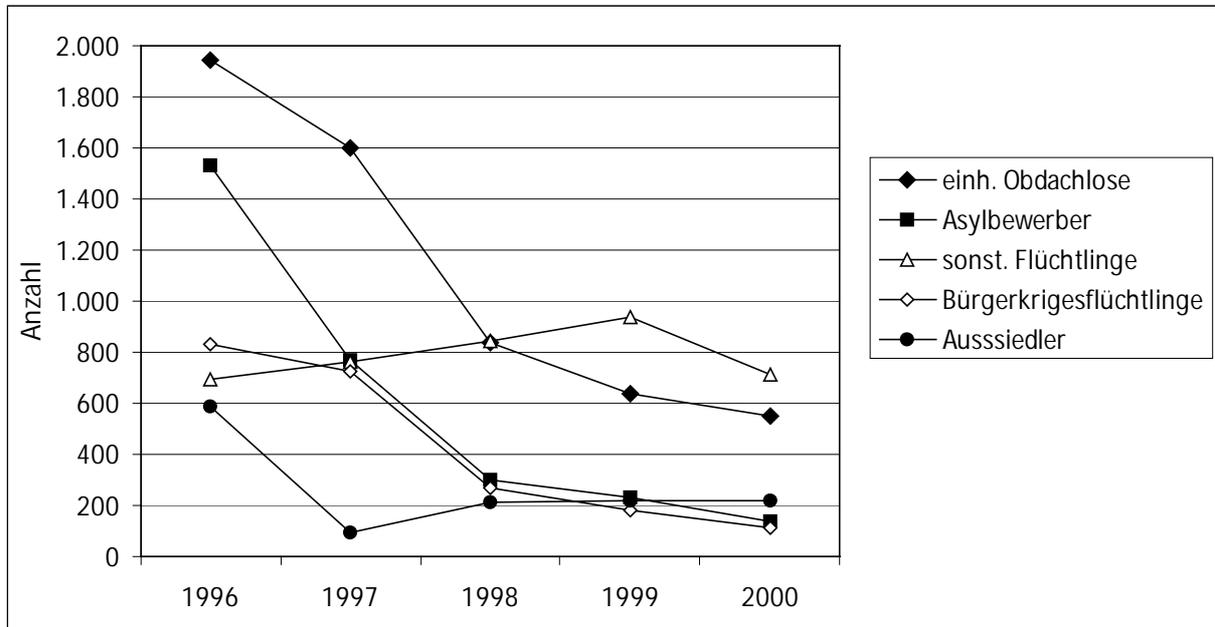
Das Amt für Wohnungswesen hat im Jahr 2000 insgesamt 1.727 Personen dieser Gruppierungen registriert. Darunter waren 548 einheimische Obdachlose. Diese wurden vom Amt für Wohnungswesen in Schlichtwohngebieten und in sonstigen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Die Gruppen der Asylbewerberinnen und -bewerber (137 Personen), Bürgerkriegsflüchtlinge (115) und sonstigen Flüchtlinge (710) sind in Flüchtlingswohnheimen, in Schlichtwohnungen und in angemieteten Wohnungen untergekommen. 217 Aussiedlerinnen und Aussiedler lebten in Aussiedlerwohnheimen.

Seitdem der letzte Sozialbericht 1998 erschienen ist, hat die Zahl der Obdachlosen in allen Gruppen deutlich abgenommen (vgl. Abbildung 19). Zwischen 1996 und 2000 hat sich die Zahl der einheimischen Obdachlosen um 72 % (1.392 Personen) verringert. Am stärksten rückläufig ist die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber (minus 90 %), fast ebenso stark hat die Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge abgenommen (minus 86 %). Die Gruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler hat sich um 63 % verringert. Dagegen ist die Anzahl der sonstigen Flüchtlinge auf etwa gleichem Niveau geblieben.

Die sinkenden Fallzahlen lassen sich zum einen darauf zurück führen, dass weniger Asylanträge gestellt werden und die Flüchtlingsströme zur Zeit geringer sind beziehungsweise Flüchtlinge wieder ausgereist sind. Zur Verbesserung der Situation für einheimische Obdachlose wurden Obdachlosenunterkünfte in Mietwohnungen umgewandelt beziehungsweise Obdachlose in Mietwohnraum vermittelt. Nachdem die

Unterkunftsgebiete Oberricklingen, Sahlkamp, Ledeburg und Körtingsdorf in den 90er Jahren in Mietwohnungen umgewandelt wurden, wurde im Jahr 2001 als letzte Modernisierungsmaßnahme das Unterkunftsgebiet Stöcken fertiggestellt.

Abbildung 19: Entwicklung der Zahl der Obdachlosen 1996 bis 2000



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Amt für Wohnungswesen, Jahresberichte

Weitere Strategien gegen Obdachlosigkeit – vor allem bei einheimischen Personen – werden in den kommenden Jahren schwerer umzusetzen sein, da sich die Gruppe auf Betroffene reduziert hat, die in mehrfacher Hinsicht mit Problemen belastet sind und deshalb nur bedingt integriert werden können.

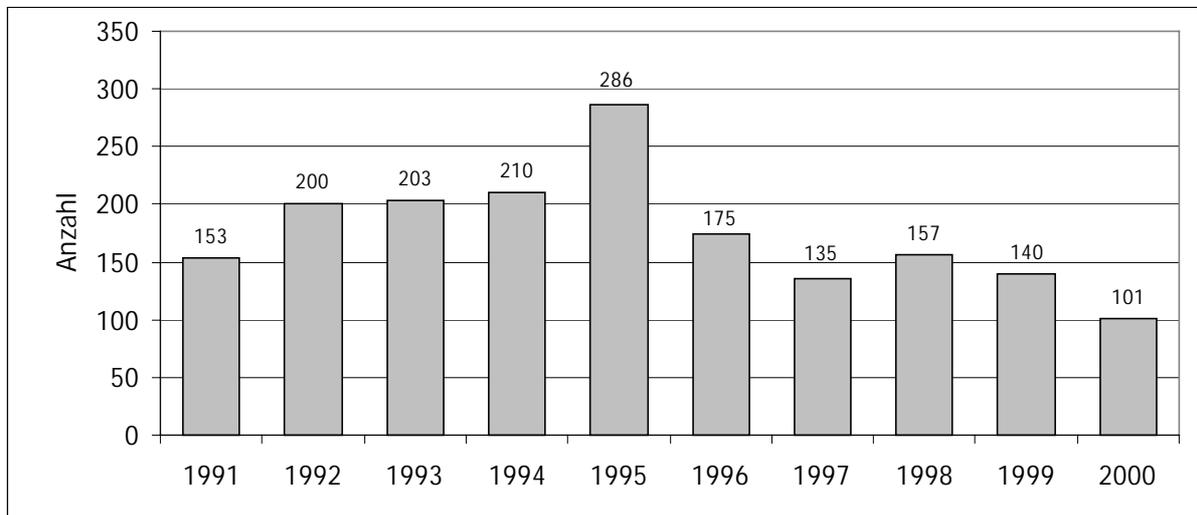
#### Wohnsituation älterer Menschen

Für ältere Menschen stehen in Hannover insgesamt rund 4.100 Altenwohnungen zur Verfügung. Nachdem zu Beginn der 90er Jahre Altenwohnungen verstärkt nachgefragt wurden, hat das Interesse älterer Menschen – sowohl von Einzelpersonen als auch Paaren – an einer Wohnungsvermittlung deutlich abgenommen (vgl. [Abbildung 20](#)). Grund hierfür ist vor allem der nicht mehr zeitgemäße bauliche Standard der vorhandenen Seniorenwohnungen sowie die fehlende Betreuung in den Seniorenwohnanlagen. Betreuung bedeutet für ältere Menschen Sicherheit und die Chance, wenn der Hilfebedarf zunimmt, einen Aufenthalt in einer stationären Einrichtung zu vermeiden oder zumindest zu verzögern. Die Nachfrage an Seniorenwohnungen ist außerdem rückläufig, weil Seniorenwohnungen nicht immer wohnortnah angeboten werden können und ältere Menschen nur ungern ihren vertrauten Lebensraum aufgeben.

Ein Bedarf an seniorengerechtem Wohnraum wird trotz abnehmender Vermittlungstätigkeit nach wie vor nicht in Frage gestellt. Im Bereich der Seniorenwohnungen muss zusammenfassend festgestellt werden, dass Angebot und Nachfrage in qualitativer Hinsicht nicht stimmig sind, vor allem mittelprei-

sige Wohnungen in altengerechter Qualität verbunden mit einem Betreuungsangebot werden stärker nachgefragt als angeboten.

Abbildung 20: Vermittlung von Seniorenwohnungen 1991 bis 2000



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Amt für Wohnungswesen, Jahresberichte

## 5.4 Wohngeld

Mieter oder Eigentümer können einen Zuschuss zu den Wohnkosten erhalten, wenn die Miete oder die Belastung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Haushaltes übersteigt. Dieses erfolgt mit dem Ziel, angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich abzusichern.

Seit 1991 erhalten Haushalte von Sozialhilfe im allgemeinen ein pauschaliertes Wohngeld vom Sozialamt. Im Jahr 2000 wurden 68,9 Millionen DM pauschaliertes Wohngeld ausgezahlt. Haushalte, die keine Leistungen des Sozialamtes erhalten, aber dennoch ein geringes Einkommen haben, können beim Amt für Wohnungswesen das sogenannte Tabellenwohngeld beantragen. Mit einem Gesamtvolumen von 21,7 Millionen DM nimmt das Tabellenwohngeld mit 24 % an den Wohngeldzahlungen einen vergleichbar kleinen Anteil ein. Damit konnten im Jahr 2000 rund 9.200 Haushalte unterstützt werden.

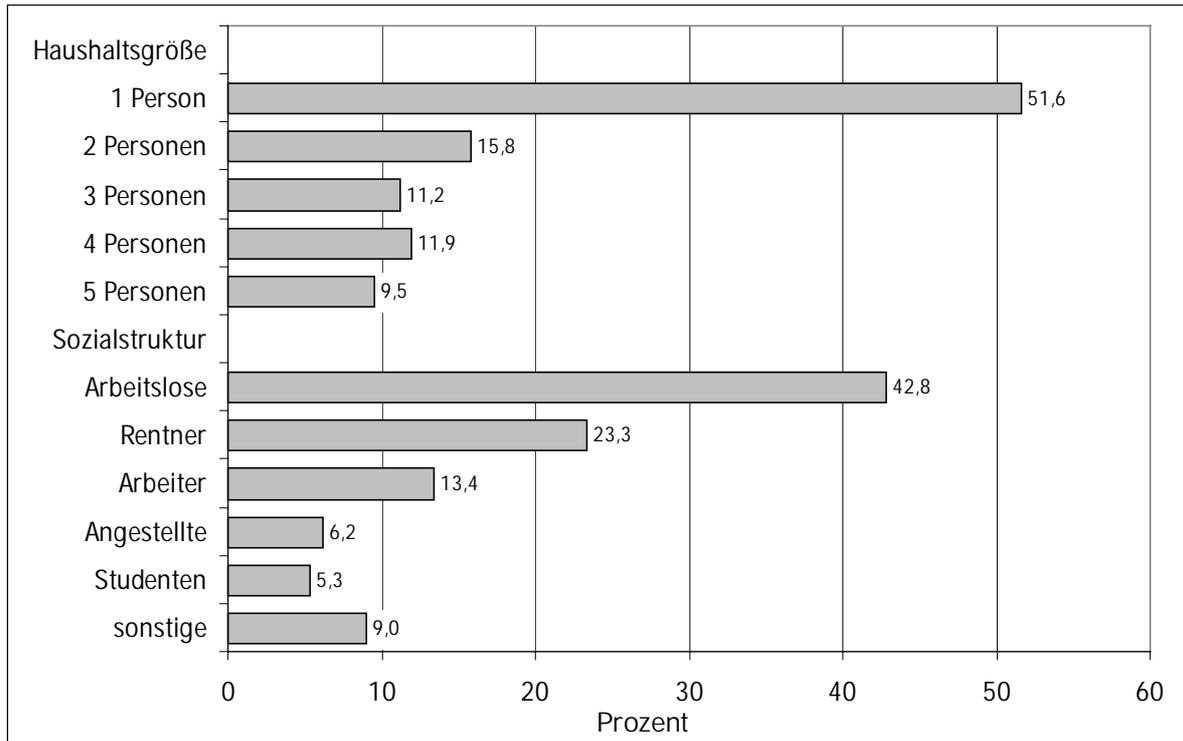
Wohngeld wurde überwiegend an Ein-Personenhaushalte gezahlt (51,6 %) (vgl. [Abbildung 21](#)). Zwei-Personenhaushalte stellten mit 15,8 % die zweitgrößte Gruppe der Empfängerhaushalte dar. Drei-, Vier- und Fünf-Personenhaushalte waren mit jeweils rund 10 % vertreten.

Die größte Gruppe der Empfängerhaushalte stellten im Jahr 2000 die Arbeitslosen mit 42,8 %. Haushalte von Rentnern waren mit 23,3 % unter den Empfängerhaushalten vertreten, Arbeiter mit 13,4 %. Werte unter 10 % lagen für Haushalte von Angestellten, Studenten und sonstigen Haushalten vor.

Seit 1996 hat die Bedeutung des pauschalierten Wohngeldes weiter zugenommen und die Zahl der Haushalte, die Tabellenwohngeld erhielten, abgenommen. Darin bildet sich ab, dass die Novellierung

des Wohngeldgesetzes deutlich überfällig war. Während die Mieten seit der Wohngeldnovelle in 1990 immer weiter angestiegen sind, blieben die Höchstgrenzen für Mietbelastungen unverändert. Gleichzeitig mussten Einkommensverbesserungen der Empfängerhaushalte berücksichtigt werden, so dass viele Wohngeldempfängerinnen und -empfänger aus dem Kreis der Berechtigten heraus fielen.

Abbildung 21: Soziale Struktur der tabellenwohngeldberechtigten Haushalte am 31.12.2000



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Amt für Wohnungswesen, Jahresbericht 2000

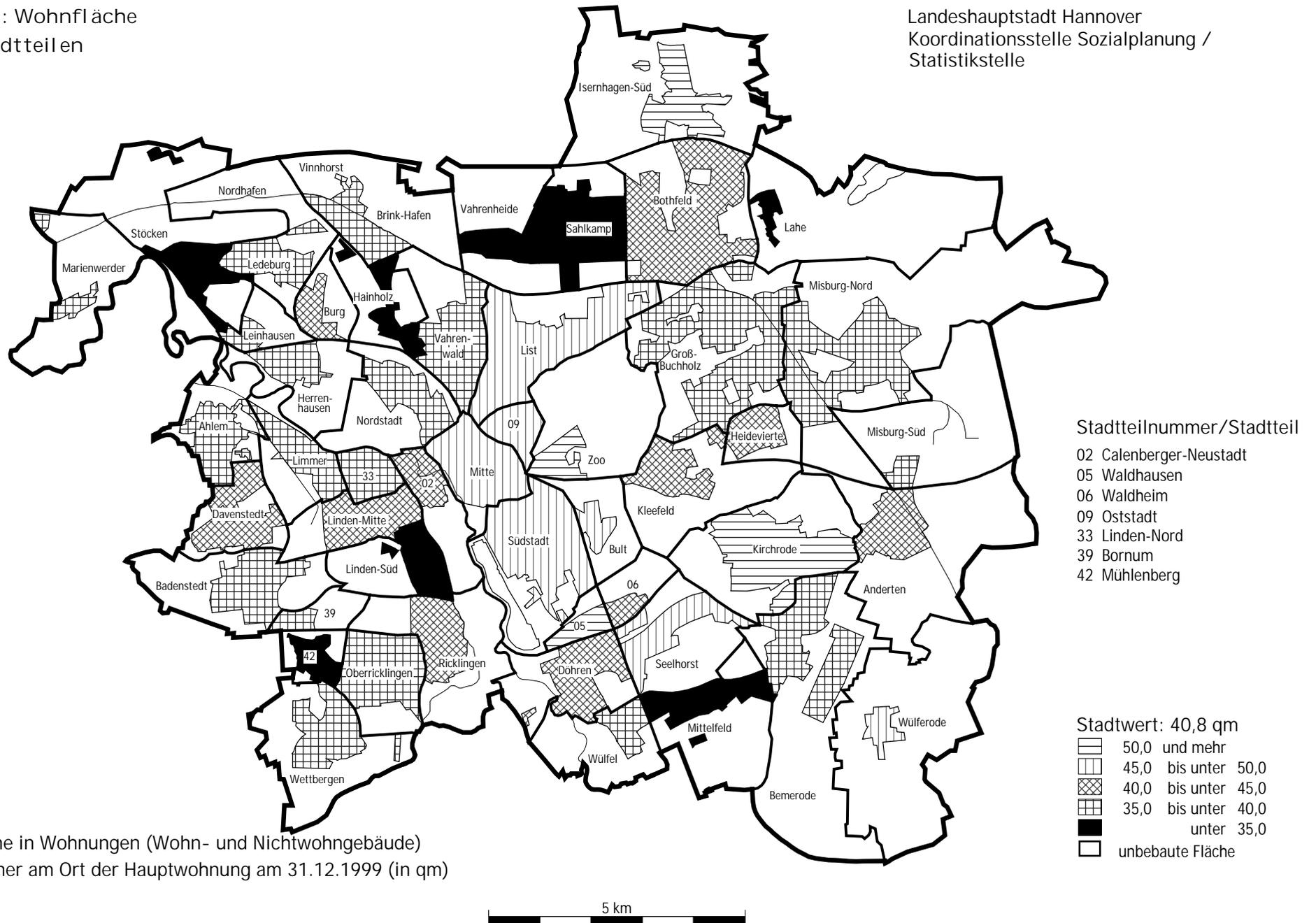
Zum 01.01.2001 trat die Novellierung des Wohngeldgesetzes mit umfangreichen Leistungsverbesserungen in Kraft. In diesem Zusammenhang wurden die Miethöchstgrenzen und die Einkommensgrenzen erheblich erhöht und die Zuordnung der Städte und Gemeinden zu sechs Mietstufen den veränderten Verhältnissen angepasst.

Die Wirkungen dieser Novelle lassen sich erst auf der Grundlage der Daten von 2001 bewerten. Es wird sich dann zeigen, in welchem Verhältnis Tabellenwohngeld und pauschaliertes Wohngeld zueinander stehen und ob und in welchem Umfang sich der Kreis der Leistungsberechtigten ausgeweitet hat.

Die tabellenwohngeldberechtigten Haushalte können herangezogen werden, um die Gruppe der Personen, die im unteren Einkommensbereich und damit, oft wahrscheinlich an der Armutsgrenze leben, zu beschreiben. Nach alter Gesetzeslage erreichte das Wohngeld immerhin 9.200 Haushalte, in denen rechnerisch rund 19.500 Personen lebten. Dieses entsprach einem Anteil an Betroffenen von rund 3,9 %. Wenn die Daten für 2001 ausgewertet sind, wird noch deutlicher werden, wie viele Haushalte unter finanziell sehr beschränkten Verhältnissen leben.

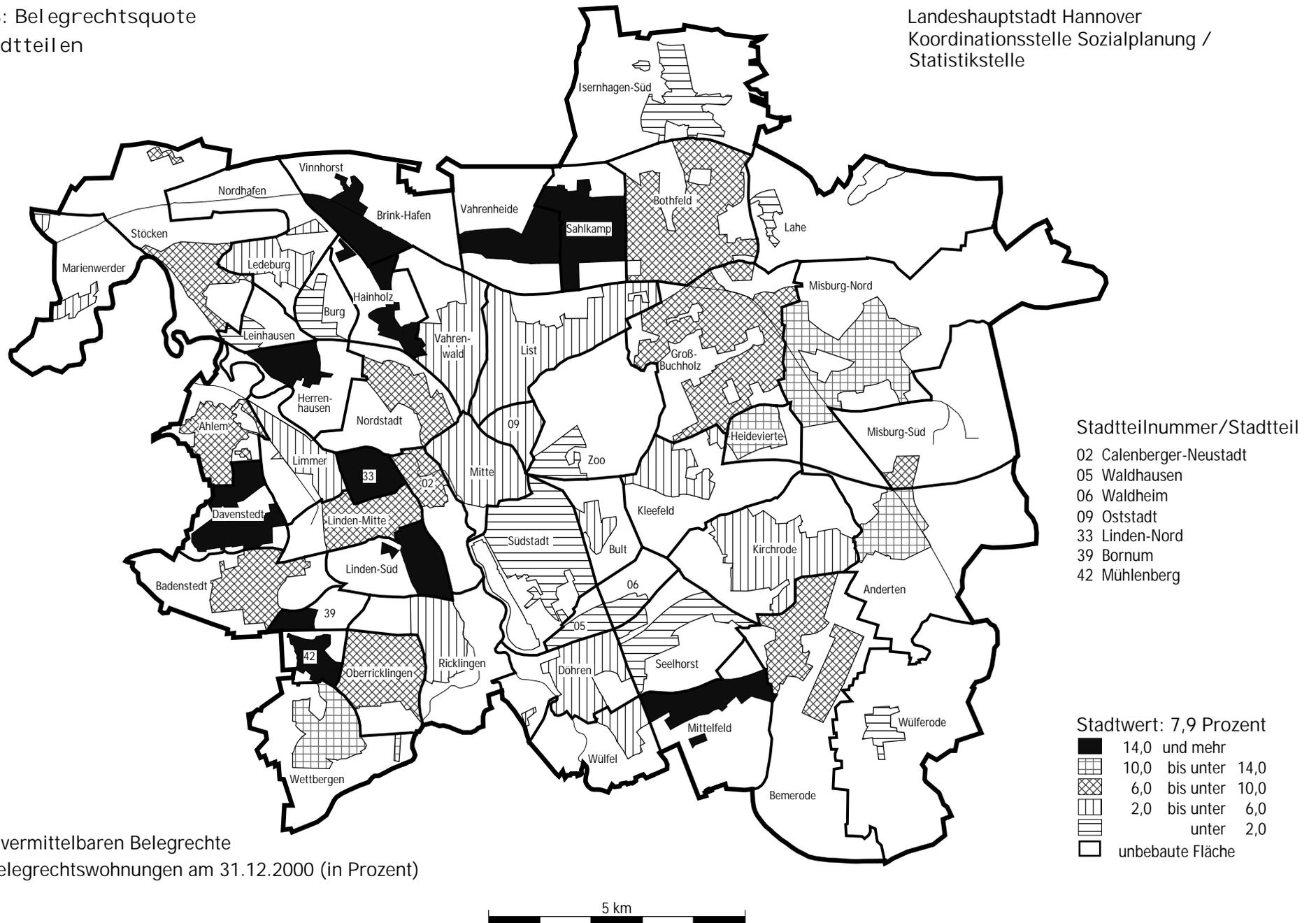
Karte 17: Wohnfläche  
nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
Koordinationsstelle Sozialplanung /  
Statistikstelle



Karte 18: Belegrechtsquote  
nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
Koordinationsstelle Sozialplanung /  
Statistikstelle



## 6. Gesundheitliche Situation

Die soziale Lage eines Menschen und seine gesundheitliche Situation stehen in engem Zusammenhang. Die gesundheitliche Situation kann hierbei als ein Indikator angesehen werden, um die soziale Lage von Menschen zu beschreiben. Sie kann neben den individuellen Wirkungen auch Auswirkungen auf das Lebensumfeld und damit das gesellschaftliche Miteinander haben.

Anhand ausgewählter Indikatoren werden im folgenden Zusammenhänge zwischen sozialer Situation und Gesundheit hergestellt. Zunächst steht die Gesundheit von Kindern im Mittelpunkt, über die im Rahmen der Schulanfängeruntersuchung beziehungsweise bei Untersuchungen in Kindertagesstätten Kenntnisse gesammelt wurden. Daten zur Gesundheit Erwachsener liegen nicht vor. Weiterhin wird das Thema Sucht und Drogen behandelt.

Das Gesundheitsamt ist am 01.11.2001 als Fachbereich Gesundheit in die Zuständigkeit der neu gegründeten Region Hannover übergegangen. Dabei wurde eine Zuordnung der Abteilung Jugendmedizin zum Fachbereich Jugend vorgenommen. Nach wie vor sind die Gesundheitsdienste der Region auch im Stadtgebiet Hannovers tätig. In bewährter Tradition soll die Kooperation mit den beiden Fachbereichen der Region fortgesetzt werden.

### 6.1 Die gesundheitliche Situation von Schulanfängerinnen und -anfängern

Im Rahmen der Schulanfängeruntersuchung wird der Jahrgang der fünfeinhalb- bis sechseinhalbjährigen Kinder erfasst. Untersucht wird die körperliche Entwicklung der Kinder, einschließlich des Seh-, Hör- und Sprachvermögens sowie der motorische Entwicklungsstand. Erfasst werden auch Verhaltensstörungen, Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen.

Analysiert wurden die Daten der Kinder, die im Schuljahr 1999/2000 eingeschult wurden. Im Vergleich zum Sozialbericht 1998 ist es nun möglich, die Untersuchungsergebnisse kleinräumig auszuwerten.

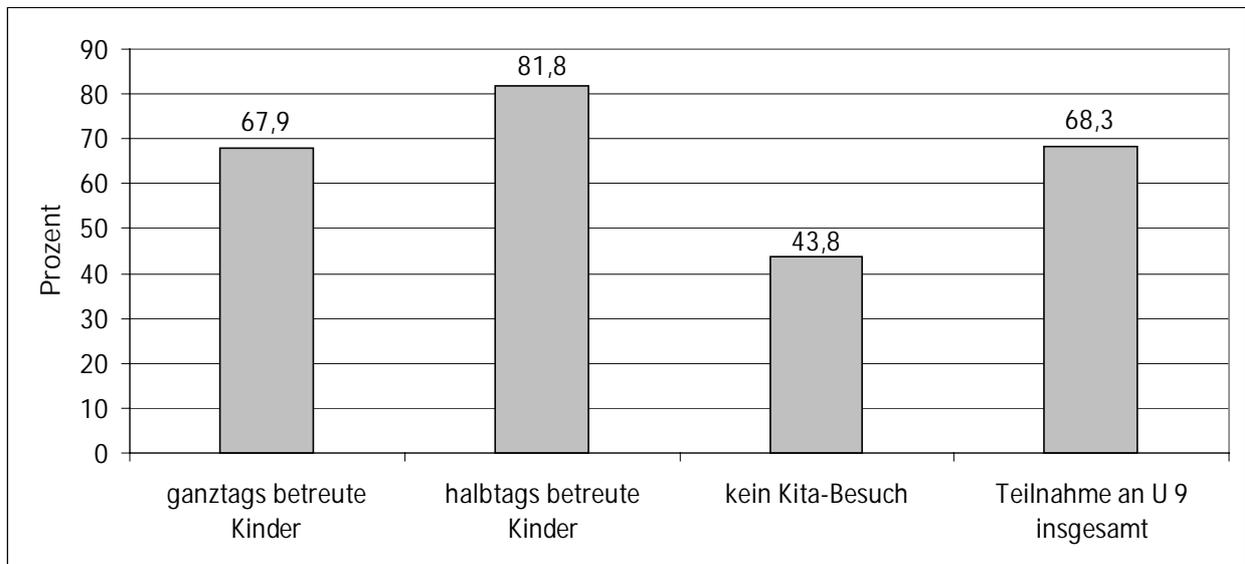
#### 6.1.1 Vorsorgeuntersuchungen

Ein Gradmesser für die gesundheitliche Fürsorge der Eltern ist die Inanspruchnahme des Vorsorgeuntersuchungsprogramms der gesetzlichen Krankenkassen (U 1 bis U 9). Während die Untersuchungen in den ersten Lebensjahren intensiv wahrgenommen werden, ist insgesamt eine Abnahme mit zunehmendem Lebensalter der Kinder zu verzeichnen. Bei der Schulanfängeruntersuchung 1999/2000 legten 84,5 % der Sorgeberechtigten das Vorsorgeuntersuchungsheft vor. Dabei zeigte sich, dass lediglich 68,3 % aller untersuchten Kinder an der Vorsorgeuntersuchung U 9 teilgenommen hatten. Im Vergleich zum Einschulungsjahrgang 1995/1996, der im letzten Sozialbericht dargestellt wurde, hat sich die Teilnahme erhöht, seinerzeit legten lediglich 79 % der Sorgeberechtigten ein Untersuchungsheft vor und nur gut die Hälfte aller untersuchten Kinder hatte an der U 9-Untersuchung teilgenommen.

Die aktuelle Untersuchung zeigt, dass kleinräumig erhebliche Unterschiede bei der Teilnahme an der U 9-Untersuchung bestanden. Die niedrigste Beteiligung wurde mit 43 % für den Stadtteil Mittelfeld ermittelt. Mit ebenfalls geringer Untersuchungsquote sind Mühlenberg (47,1 %), Calenberger-Neustadt (48,8 %), Linden-Süd (50 %), Bornum (52,9 %) und Mitte (54,9 %) zu nennen (vgl. Karte 19).

Auffallend ist, dass Kinder, die in einer Kindertagesstätte betreut wurden, insgesamt häufiger an der Vorsorgeuntersuchung U 9 teilgenommen haben (vgl. Abbildung 22). Halbtags betreute Kinder nahmen die Untersuchung zu 81,8 % wahr, ganztags betreute Kinder immerhin noch zu 67,9 %. An dieser Stelle ist zu vermuten, dass vollzeitbeschäftigte Eltern, deren Kinder ganztags betreut wurden, seltener Zeit finden, die Untersuchung durchführen zu lassen. Die kleine Gruppe von 153 Kindern, die keine Kindertagesstätte besucht haben, konnte die Untersuchung nur in 43,8 % aller Fälle nachweisen. Es gibt Vermutungen, dass es sich hierbei um Kinder aus Familien in besonders problematischen sozialen Lagen handelt. Diese Kinder werden seltener in eine Kindertagesstätte geschickt, weil die Eltern entweder mit der geregelten Tagesstruktur, die der Besuch einer Kindertagesstätte voraussetzt, nicht zurecht kommen oder weil sie befürchten, dass Externe dadurch Einblick in ihre häuslichen Verhältnisse bekommen. Bei dieser Gruppe ist die Bedeutung von gesundheitlicher Prävention selten anerkannt.

Abbildung 22: Beteiligung von Kindern an der U 9-Untersuchung in Abhängigkeit vom Besuch einer Kindertagesstätte in Prozent



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Gesundheitsamt, Schulanfängeruntersuchung 1999/2000

### 6.1.2 Übergewichtige Kinder

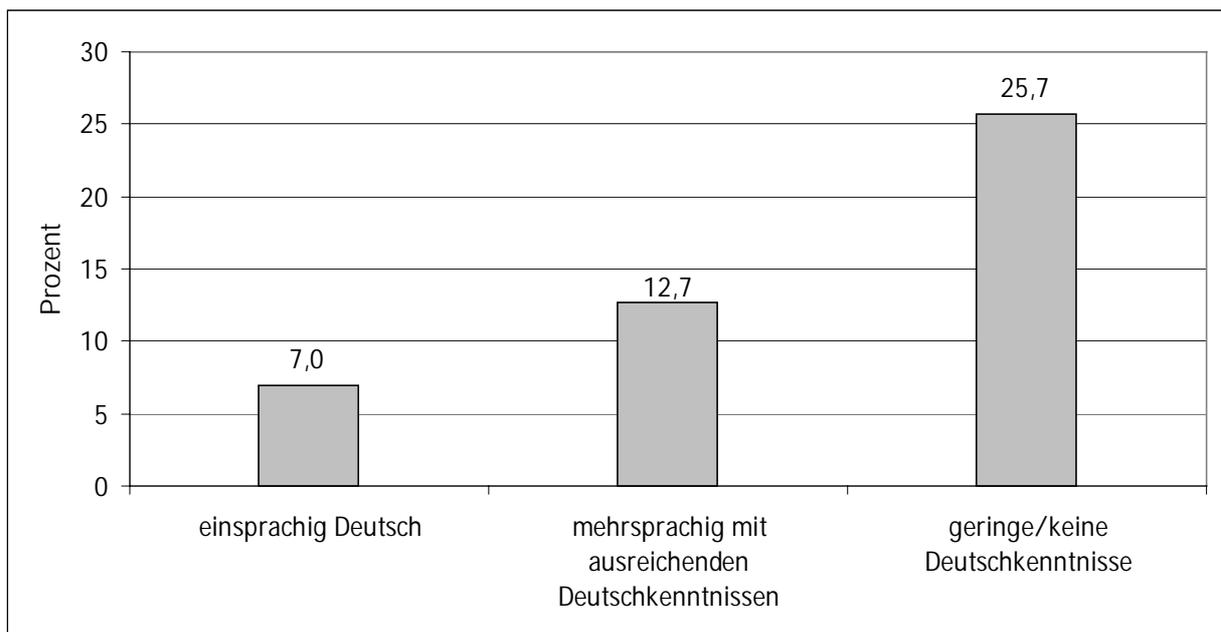
Wenn Kinder und Jugendliche übergewichtig sind, kann dies zum Beispiel auf eine falsche Ernährung zurück geführt werden. Hintergrund hierfür ist oft das fehlende Bewusstsein der Eltern für eine gesunde Ernährung, zum Teil auch gepaart mit fehlenden finanziellen Mitteln für eine gesunde Kost. Der Mangel an Bewegung, ausgelöst durch intensiven Medienkonsum und wenig sinnvoller Freizeitgestaltung, führen ebenso zum Übergewicht von Kindern. In diesem Zusammenhang ist das Handeln von

Eltern und ihre Verantwortung zu hinterfragen. Das Übergewicht der Kinder kann auch auf psychische Belastungen des Kindes oder Probleme in der Familie hinweisen. Für übergewichtige Kinder besteht die Gefahr, dass in Folge des Übergewichts weitere gesundheitliche Defizite eintreten können.

Im Einschulungsjahrgang 1999/2000 waren 9,4 % aller untersuchten Kinder übergewichtig. Anhand der kleinräumigen Auswertung lässt sich eine Beziehung zwischen sozialer Situation und Übergewichtigkeit herstellen. In Stadtteilen, in denen sich soziale Belastungen feststellen lassen, sind übergewichtige Kinder überdurchschnittlich oft zu Hause. Der höchste Wert wird in Linden-Süd mit 19,8 % erreicht. Ebenfalls hohe Werte wurden für die Stadtteile Oberricklingen (16,5 %), Vahrenheide (15,3 %), Herrenhausen (15 %), Stöcken (14,9 %), Wülfel (13,2 %), Mühlberg (12,9 %), Mittelfeld (12,3 %) und Hainholz (12,1 %) ermittelt.

Während sich keine Verbindungen zwischen der Übergewichtigkeit von Kindern und dem Besuch einer Kindertagesstätte nachweisen lassen, ist es auffällig, dass Kinder mit geringen oder keinen Deutschkenntnissen weit überdurchschnittlich (25,7 %) übergewichtig sind (vgl. [Abbildung 23](#)).

Abbildung 23: Übergewichtige Kinder in Abhängigkeit ihrer Sprachlichkeit in Prozent



Quelle: Landeshauptstadt Hannover - Gesundheitsamt, Schulanfängeruntersuchung 1999/2000

Kinder, die mehrsprachig aufwachsen, aber ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen können, sind leicht überdurchschnittlich (12,7 %) von Übergewicht betroffen. Kinder, die einsprachig Deutsch aufwachsen, sind lediglich zu 7 % übergewichtig. Es scheint, als ob mangelnde Deutschkenntnisse verbunden mit Informationsdefiziten und der mangelnden Fähigkeit, sich mit deutschen Konsumgütern auseinanderzusetzen, dazu führt, dass Kinder falsch ernährt und übergewichtig sind. Letztendlich ist nicht die mangelnde Sprachlichkeit der Faktor, der die Gesundheit der Kinder beeinflusst. Die betroffenen

Kinder haben in ihren Familien weder Förderung der Sprachlichkeit erfahren, noch gesundheitsfördernde Ernährung bekommen. Hier kommt zum Ausdruck, dass die Eltern dieser Kinder entweder aufgrund häuslicher Problematiken diese Aspekte vernachlässigen oder aber andere Werte für ihre Kinder verfolgen. So gibt es Hinweise, dass in einigen Kulturen, Übergewicht ein Zeichen von Wohlstand ist und deshalb von Eltern unterstützt wird.

## 6.2 Zahngesundheit von Grundschulkindern

Im Schuljahr 1999/2000 wurden 18.662 Kinder der Klassen 1 bis 4 durch die Jugendzahnpflege des Gesundheitsamtes untersucht. Die Ergebnisse dieser Untersuchung geben Aufschluss über die Zahngesundheit der Grundschülerinnen und -schüler. Als Indikator wird der DMFT-Wert (decayed, missed, filled teach) herangezogen. Er setzt sich zusammen aus den kariösen, den fehlenden und den gefüllten Zähnen. Auf einer Skala von 0 ansteigend wird der DMFT-Wert abgebildet, wobei 0 für sehr gut, 0,5 für mittel und ein Wert ab 1,25 für sehr ungünstig steht. Der DMFT-Durchschnittswert für die Stadt Hannover liegt bei 0,5.

Die Ergebnisse liegen gegliedert für die Grundschulen Hannovers vor. Den höchsten Wert, den eine Schule durchschnittlich erreicht hat, lag bei 1,29. Diese Schule liegt in Linden-Nord. Werte über 1,0 erreichten ebenso drei weitere Schulen in Linden-Mitte, Mittelfeld und Hainholz. Auch im weiteren lässt sich feststellen, dass Schulen, die in Stadtteilen liegen, die eine soziale Problematik aufweisen, in der Regel einen DMFT-Wert ausweisen, der über dem Stadtdurchschnitt liegt. Schulen in besser situierten Stadtteilen weisen dagegen niedrigere DMFT-Werte auf.

## 6.3 Nuckelflaschen-Karies

Als Zucker-, Sauger- oder Nuckelflaschenkaries (NFK) wird eine früh auftretende, ausgedehnte Milchzahnzerstörung bezeichnet. Verantwortlich für diese Erkrankung ist der zunehmende Gebrauch von Frucht- und Gemüsesäften sowie Softdrinks. Gefördert wird NKF durch die unkontrollierte Verwendung von leichten und handlichen Plastiknuckelflaschen über das erste Lebensjahr der Kinder hinaus<sup>23</sup>.

Die Jugendzahnpflege der Landeshauptstadt Hannover hat im Kindergartenjahr 1999/2000 in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung (agis) eine Karies-Prävalenzstudie unter Berücksichtigung der sozioökonomischen Situation der Familien durchgeführt. Untersucht wurden 3.640 Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren in 92 Kindertagesstätten in Hannover.

Von den untersuchten Kindern sind 13,6 % aller Kinder von Nuckelflaschenkaries betroffen. Deutliche Zusammenhänge wurden in der Untersuchung zwischen Zahngesundheit und prekären Einkommensverhältnissen (gemessen am Anteil der Elternfreibeträge in den Einrichtungen) festgestellt. Der Zusammenhang zwischen Zahngesundheit und Migrationshintergrund war dagegen schwächer ausge-

---

<sup>23</sup> Robke, F.J., Buitkamp, M.: Häufigkeit der Nuckelflaschenkaries bei Vorschulkindern in einer Westdeutschen Großstadt, Hannover 2001

prägt. Ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Anteil von Kindern von allein erziehenden Elternteilen und der Zahngesundheit war nicht vorhanden.

Die kleinräumige Betrachtung zeigt, dass es deutliche Unterschiede der NFK-Belastung zwischen den Stadtteilen in Hannover gibt. Bei mehr als 30 % aller in Kindertagesstätten untersuchten Kinder wurde in den sozial belasteten Stadtteilen Mühlenberg, Mittelfeld, Sahlkamp und Hainholz Nuckelflaschenkaries festgestellt. Einrichtungen, in denen Nuckelflaschenkaries gar nicht oder nur gering vorkommt, liegen fast ausschließlich in gut situierten Stadtteilen wie Südstand, Bult, Zoo, List, Davenstedt, Bothfeld und Kleefeld.

Erneut lässt sich ein Zusammenhang zwischen der sozialen Situation und Gesundheit erkennen. Während in gut situierten Stadtteilen die Betroffenheit von Nuckelflaschenkaries gering ist, sind Kinder, die in sozial belasteten Stadtteilen leben, überdurchschnittlich oft davon betroffen. Dieses ist Anlass dafür, in den besonders belasteten Stadtteilen Präventionsprojekte für Zahngesundheit in Kindergärten und Grundschulen zu initiieren, so wie es zum Beispiel in Mittelfeld bereits begonnen wurde.

## 6.4 Sucht und Drogen

Soziale Problemlagen und missbräuchlicher Konsum von suchtfördernden Substanzen stehen in gegenseitiger Wechselwirkung und haben Einfluss auf das soziale Gefüge einer Stadt. So können schwierige Lebensverhältnisse die Menschen in die Drogenabhängigkeit bringen, andersherum kann Drogenkonsum zu extremen Lebensbedingungen führen. Gesundheitliche Belastungen, finanzielle Schwierigkeiten, Kriminalität oder das Nichteingebundensein in die Gesellschaft sind einige der Folgen. Diesen Menschen Hilfen anzubieten heißt neben der Einzelfallhilfe auch, das soziale Miteinander und soziale Klima einer Stadt zu verbessern.

Die Landeshauptstadt Hannover hat sich aus diesem Grund dauerhaft den Problemen zu stellen, die sich aus dem missbräuchlichen Konsum von suchtfördernden Substanzen und den damit verbundenen negativen Begleiterscheinungen ergeben. Die Entwicklung und Fortschreibung von beratenden und therapeutischen bis hin zu lebensrettenden Hilfen für Suchtmittelabhängige wird in Hannover seit Jahren sowohl in der Politik als auch in der Sozialverwaltung als zwingende Notwendigkeit gesehen. Dies geschieht im Sinne einer sozialen und gesundheitspolitischen Verantwortung gegenüber den Menschen der Stadt, die - aus den unterschiedlichsten Gründen - in eine problembelastete Lebenssituation geraten sind, aus der sie mit eigener Kraft nicht mehr herausgelangen können.

Aussagen zum Umfang von Suchtmittelkonsum und -abhängigkeit in der Stadt Hannover sind schwierig zu treffen. Es liegen lediglich Schätzungen vor, nach denen es 4.000 bis 5.000 Heroin- bzw. Kokainabhängige, 16.000 bis 18.000 Alkoholabhängige, 9.000 bis 10.000 Medikamentenabhängige sowie 3.000 bis 4.000 Konsumenten von Designerdrogen (Ecstasy, LSD, Amphetaminen, etc.) gibt.

An der Anzahl der Konsumentinnen und Konsumenten legaler wie auch illegaler Suchtmittel hat sich gegenüber dem Sozialbericht 1998 offensichtlich wenig geändert; als besorgniserregend muss hingegen der seit einiger Zeit bundesweit und auch in Hannover zunehmende Konsum von Kokain bezie-

hungsweise Crack (Steinkokain) eingeschätzt werden. Konsumentinnen und Konsumenten dieser Substanzen stellen sowohl die Träger der Drogenhilfe wie auch die Polizei vor neue Probleme, da gerade bei diesen Konsumentinnen und Konsumenten das Aggressionspotential untereinander aber auch gegen Außenstehende erheblich zugenommen hat und für den betreffenden Konsumentenkreis dringend neue, adäquate medizinische und/oder soziale Hilfen noch entwickelt werden müssen.

In den vergangenen Jahren wurde in der Stadt Hannover ein differenziertes Hilfsangebot an beratenden und therapeutischen Hilfen sowohl für Abhängige von legalen wie auch illegalen Suchtmitteln entwickelt. Der Schwerpunkt dieses Kapitels liegt bei den Angeboten für Abhängige illegaler Suchtmittel.

Die Stadt Hannover gehörte bis Anfang der 90er Jahre zu den bundesdeutschen Ballungszentren, die am stärksten betroffen waren durch Drogenhandel, Anzahl der Drogenabhängigen und Anzahl der Drogentodesfälle. Im Jahr 1992 waren noch cirka 5.000 Menschen drogenabhängig und 65 Menschen starben aufgrund ihrer Abhängigkeit. In den Jahren 1994 und 1995 nahm die offene Drogenszene immer stärker zu.

Mittlerweile hat sich die Situation verändert. So befinden sich jährlich etwa 2.500 Drogenabhängige entweder in medizinischer Behandlung, in Beratung oder therapeutischer Behandlung. Allein 1.500 ehemals Drogenabhängige werden mit dem Ersatzmedikament Methadon behandelt. Für sie besteht keine Notwendigkeit mehr, kriminell zu werden oder sich zu prostituieren, um ihre Drogensucht zu finanzieren.

Die offene Drogenszene am Nordkopf des Hauptbahnhofes in der Tivolistraße konnte durch ein Bündel von sozialen und polizeilichen Maßnahmen auf ein für alle Beteiligte erträgliches Ausmaß reduziert werden. Zu diesem Maßnahmenpaket gehörten unter anderem die erweiterte Bereitstellung von 80 Übernachtungsplätzen für obdachlose Drogenabhängige, der Einsatz von türkisch- und russischsprachenden Drogenberaterinnen und -beratern in der offenen Drogenszene und das Aussprechen von Aufenthaltsverboten und Platzverweisen durch die Polizei, insbesondere gegen Drogenhändler.

Die Zahl der Drogentoten konnte in den letzten Jahren erheblich reduziert werden von 65 Todesfällen im Jahr 1992 auf 18 Todesfälle im Jahr 2000 und 19 Todesfälle im Jahr 2001.

Diese positive Trendwende ist zurückzuführen auf die vielfachen Hilfsangebote in der Stadt Hannover und die damit verbundene Bereitstellung von Finanzmitteln. So wurden die Finanzmittel seit 1988 (435.000,- DM) verzehnfacht auf ca. 2.250.000 € im Jahr 2002.

Mit diesen Finanzmitteln konnten verschiedene Hilfsangebote realisiert werden wie Auf- und Ausbau der Methadon-Substitution sowie Auf- und Ausbau von verschiedenen Beratungs-, Betreuungs-, Übernachtungs- und Arbeitsangeboten für Drogenabhängige. Im Jahr 2000 setzte die Stadt Hannover ihren Schwerpunkt bei der Verstärkung der präventiven Aktivitäten zum Beispiel in Kindertagesstätten und an Schulen.

Beispielhaft seien hier aus dem Gesamtspektrum folgende Hilfsangebote genannt:

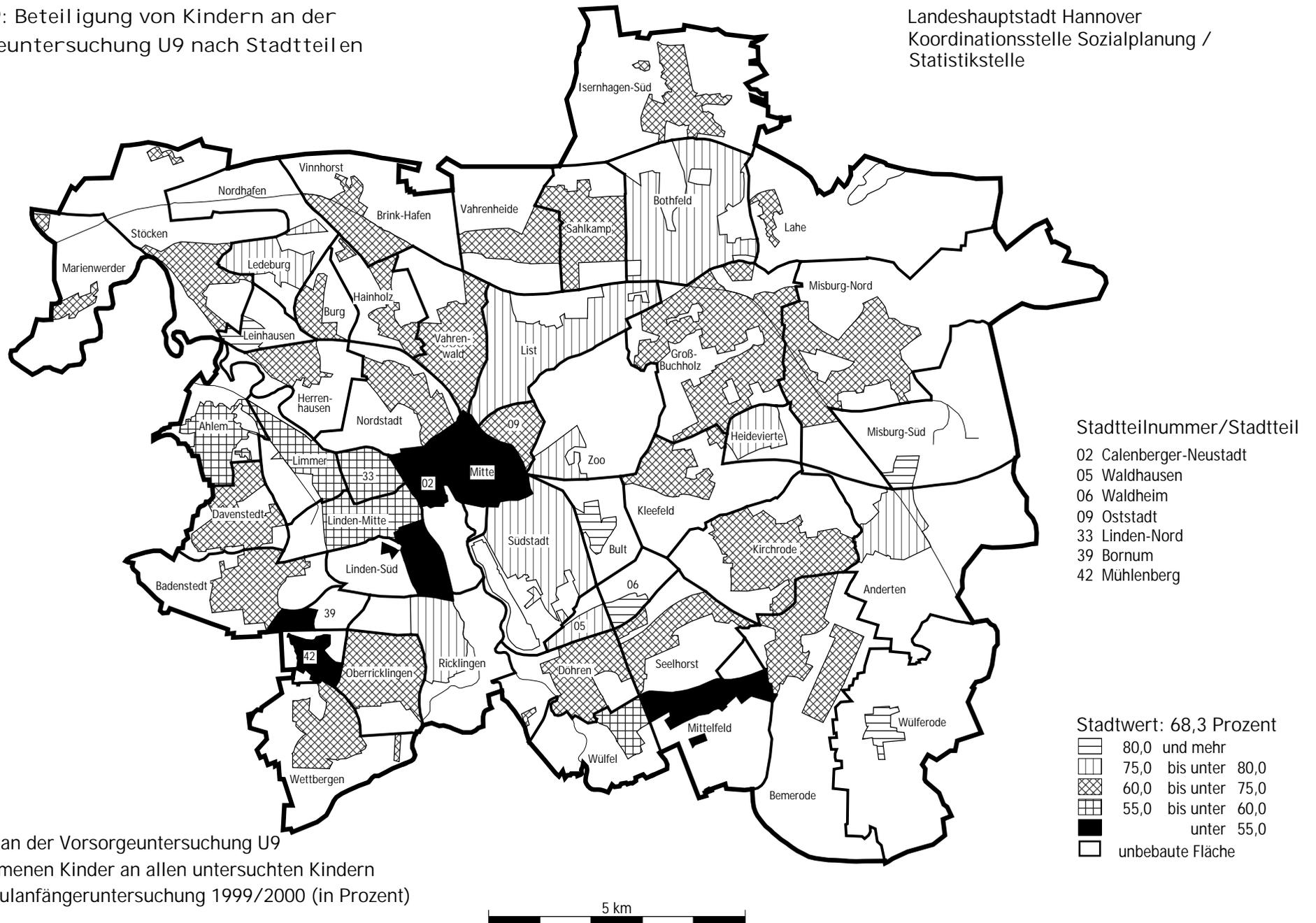
- Praxis für Drogenkranke (Methadonpraxis)
- Fixpunkt (Drogenkonsumraum)
- Bed by Night (Übernachtungseinrichtung für Straßenkinder)
- Teen Spirit Island (Entgiftung und intensivtherapeutische Behandlung von Jugendlichen)
- STEPKIDS (pädagogische Wohngemeinschaft für Jugendliche)
- Verschiedene Arbeitsprojekte für ehemals Drogenabhängige und Methadonsubstituierte

Eine neue Herausforderung stellt das Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger dar. Die Stadt Hannover beteiligt sich neben sieben weiteren bundesdeutschen Großstädten an diesem auf 36 Monate befristeten Modellversuch. Start wird im Sommer 2002 sein. Geplant ist in Hannover die Behandlung von 140 Patienten, die sich aufteilen in 70 Patienten in Heroinbehandlung und 70 Patienten der Kontrollgruppe in Methadonbehandlung. Mit diesem Modellprojekt soll überprüft werden, ob die Behandlung mit Heroin bei langjährig Opiatabhängigen Vorteile gegenüber der bisherigen Standardbehandlung mit Methadon hat.

Weitere zukünftige Aufgaben sind die verstärkten Anstrengungen zur Reduzierung der offenen Drogenszene und ihrer negativen Begleiterscheinungen, die Intensivierung der erfolgreichen Präventionsprojekte sowie der Ausbau der Arbeitsprojekte für ehemalige Drogenabhängige und Methadon-Substituierte.

Karte 19: Beteiligung von Kindern an der  
Vorsorgeuntersuchung U9 nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
Koordinationsstelle Sozialplanung /  
Statistikstelle



## 7. Familien in Hannover

### 7.1. Einleitung

Familien kommt in der Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Sie bilden kleine Netzwerke, in denen Generationensolidarität und gegenseitige Unterstützung aktiv gelebt wird. Damit sind sie die kleinste Einheit des Gemeinwesens und können als Leistungsträger der Gesellschaft gelten.

Familie definiert sich durch das Vorhandensein von mindestens zwei Generationen, die in einer sorgenden Beziehung zueinander stehen. Dabei können die Familienangehörigen in einem gemeinsamen oder in getrennten Haushalt leben. Hiermit sind Familien mit kleinen Kindern ebenso gemeint wie erwachsene Kinder und ihre Eltern. Neue Lebensformen wie nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern, Erwachsenenwohngemeinschaften mit Kindern oder sogenannte Stieffamilien oder Patchworkfamilien, in denen sich Erwachsene und Kinder aus unterschiedlichen Herkunftsfamilien nach Scheidung, Trennung oder Phasen des allein Erziehens befinden, sind ebenfalls darunter zu fassen wie die klassische Familienform des verheirateten Paares mit Kindern.

Eine familiengerechte Politik im Sinne dieser Definition hat somit alle Lebens- und Altersphasen im Blick und versucht, möglichst lebens- und wohnortnah familienunterstützende Maßnahmen und Leistungen bereitzuhalten. Die wohnortnahe Versorgung für die unterschiedlichen Bedarfe hat letztlich zum Ziel, Familien und familiäre Strukturen zu stärken. Angefangen bei der infrastrukturellen Ausstattung zum Beispiel mit Kindertagesstätten, Schulen und Angeboten der offenen Jugendarbeit trifft der Ansatz der wohnortnahen Versorgung auch auf die Lebensphase zu, in der erwachsene Kinder sich um die älter gewordenen Eltern kümmern. Hier ist es von Bedeutung, dass quartiersbezogene stationäre Pflegeplätze geschaffen werden, die eine wohnortnahe und familiennahe Versorgung und Unterstützung älterer, pflegebedürftiger Menschen bei gleichzeitiger Entlastung der oftmals in der häuslichen Pflege engagierten Kinder ermöglichen. In Hannover sind in diesem Sinne seit 1998 stationäre Pflegeplätze zum Beispiel in den Stadtteilen Herrenhausen, Ricklingen, Oststadt und Nordstadt entstanden, demnächst kommen weitere Plätze in Wettbergen, Vahrenwald und der Nordstadt hinzu<sup>24</sup>.

Der Blickwinkel in diesem Kapitel wird allerdings auf Familien mit Kindern und Jugendlichen in der Phase des Heranwachsens gelegt. Gerade diese Familien leben im großstädtischen Umfeld unter besonderen Rahmenbedingungen. Die hohe bauliche Dichte, die Versiegelung von Flächen und ein hohes Verkehrsaufkommen beeinflussen das Leben mit Kindern in der Stadt negativ, ebenso wie der Mangel an ausreichend großem familiengerechtem Wohnraum. Nicht selten wandern Familien aus diesen Gründen in die umliegenden Kommunen ab. Dem Wegzug von Familien aus der Stadt zu begegnen, ist ein sozial- und gesellschaftspolitisches Anliegen, das darauf abzielt, den Mix der Generationen aufrechtzuerhalten, und zu verhindern, dass eine örtliche Trennung von einkommensstarken und einkommensschwachen Familienhaushalten entsteht. Die angestrebte ausgeglichene soziale Mischung von Bevölkerungsgruppen soll wiederum der Stärkung des Gemeinwesens dienen.

---

<sup>24</sup> Bisher sind in Herrenhausen 62, in Ricklingen 40, in der Oststadt 48 und in der Nordstadt 38 Plätze entstanden. Demnächst werden in Wettbergen 35, in Vahrenwald und in Vahrenheide jeweils 40 Plätze zur Verfügung stehen.

Familien mit Kindern sind mehr als andere Bevölkerungsgruppen dem Armutsrisiko ausgesetzt. Vor dem Hintergrund der allgemeinen ökonomischen Rahmenbedingungen ist die Gefahr arbeitslos zu werden insgesamt hoch. Wenn das Erwerbseinkommen ausfällt, sind in Familien immer mehrere Personen – darunter auch Kinder - betroffen und geraten in finanzielle Schwierigkeiten. Aber auch ohne den Aspekt der Arbeitslosigkeit sind Familien häufiger als Haushalte ohne Kinder zur Armutsbevölkerung zu zählen, da das Familieneinkommen für mehrere Personen ausreichen muss und oftmals nicht ausreichend ist. Je mehr Kinder im Haushalt leben, desto geringer wird das verfügbare Einkommen pro Kopf, so dass nicht selten die Armutsgrenze überschritten wird. Der Aspekt der Einkommensarmut von Familien wurde bereits im Kapitel 3.3.4 ausführlich behandelt und wird hier nicht weiter vertieft.

Mit dem Kapitel „Familien in Hannover“ werden mehrere Ziele verfolgt. Anhand ausgewählter Aspekte, die Familien betreffen, sollen Informationen geliefert werden, die die Vielfalt und die Vielschichtigkeit des Themas dokumentieren, ohne dabei einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Es handelt sich dabei um eine querschnittsorientierte Darstellung. Dadurch soll das Augenmerk auf das Thema Familien gelenkt werden, um einen interdisziplinären Diskurs anzuregen, der die weitere Aufarbeitung des Themas beinhaltet sowie die Entwicklung von Handlungsansätzen zur Familienförderung. Letztendlich dient dies auch als Anregung zur Bündelung bereits bestehender Ansätze.

Familienpolitik wird in heutiger Zeit auch als sogenannter „weicher Standortfaktor“ und somit als örtliche Entwicklungsstrategie eingestuft. Die Ansiedelung von Betrieben oder der Zuzug von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird heute mehr denn je von den Wohn- und Lebensbedingungen für Familien abhängig gemacht. Dies sollte Grund dafür sein, die Qualitäten Hannovers für Familienwohnen herauszuarbeiten und Bereiche, die Familien Probleme bereiten, genauer zu betrachten.

Um Familienhaushalte in Hannover im weiteren zu beschreiben, wird zunächst die Struktur von Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren analysiert. Andere Familienverbände lassen sich anhand der Statistik nicht beschreiben, da verwandtschaftliche Beziehungen der Personen in einem Haushalt, beziehungsweise über Haushaltsgrenzen hinweg, nicht abgebildet werden können. Diese familiären Zusammenhänge lassen sich jedoch inhaltlich beschreiben und in ihrer Bedeutung darstellen. Zum Teil werden bei der Darstellung der Strukturen Aspekte aufgegriffen, die bereits in den vorherigen Kapiteln thematisiert wurden, an dieser Stelle werden die Inhalte jedoch vertieft. Daran anschließend wird die Abwanderungsproblematik sowie die Scheidungsproblematik, die Kinderbetreuung als ergänzende Unterstützung von Familien und die „Hilfe zur Erziehung“ als Leistung des SGB VIII behandelt.

## 7.2 Lebenslagen von Familien

Die Konstellation, in der Familien zusammen leben, der finanzielle Rahmen des Familienhaushaltes sowie der persönliche Hintergrund eines jeden, der zur Familie gehört, sind Komponenten, die die Lebenslage einer Familie bestimmen. Hieraus lassen sich Bedarfe und Ansprüche von Familien ableiten. Im folgenden wird versucht anhand einiger Merkmale, unterschiedliche Lebenslagen von Familien herauszuarbeiten und problematische Faktoren zu benennen.

### 7.2.1. Struktur der Familienhaushalte

In Hannover lebten am 01.01.2001 laut Haushaltsvorstandsstatistik insgesamt 47.466 Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren. Dieses entspricht einem Anteil von 14,2 % an allen Haushalten. Im Umkehrschluss bedeutet dieses, dass in 85,8 % aller Haushalte keine minderjährigen Kinder lebten. Aus dieser Tatsache sollte allerdings nicht abgeleitet werden, dass Hannover eine „Stadt der Kinderlosen“ ist, denn in der Statistik kommt nicht zum Ausdruck, dass es darüber hinaus Eltern gibt, deren Kinder inzwischen erwachsen und meistens aus dem elterlichen Haushalt ausgezogen sind und sich dadurch neue räumlich getrennte familiäre Beziehungen ergeben haben. Auch muss bedacht werden, dass aufgrund eines hohen Anteils an Scheidungsfamilien, Elternteile nicht mit ihren Kindern in einem Haushalt leben, aber trotzdem elterliche Aufgaben übernehmen.

Die höchsten Anteile von Familienhaushalten fanden sich in den Stadtteilen Lahe (23,6 %), Bemerode (23 %), Mühlenberg (22,7 %), Wettbergen (22,4 %) und Sahlkamp (22,4 %). Dabei handelte es sich um Stadtteile, in denen in den vergangenen Jahren eine erhebliche Neubautätigkeit stattgefunden hat oder um Stadtteile, die als sozial belastet bekannt sind. In den innenstadtnahen Stadtteilen Mitte (6,7 %), Oststadt (9,8 %), Calenberger-Neustadt (10 %), Südstadt (10 %), Waldhausen (10,9 %) und Zoo (10,9 %) und waren die Anteile von Familienhaushalten dahingegen besonders niedrig (vgl. Karte 20).

Absolut hat sich die Zahl der Familienhaushalte von 1995 bis 2000 um 275 Haushalte verringert. Der Anteil der Familienhaushalte an allen Haushalten ist allerdings praktisch unverändert geblieben. Dieses trifft ebenfalls für die Anteile der Ein-, Zwei-, Drei- und Vier-Kind-Familien zu.

#### Deutsche und nichtdeutsche Familienhaushalte

36.569 Familienhaushalte hatten einen deutschen Haushaltsvorstand, diese Tatsache schließt nicht aus, dass die Familien dennoch einen nichtdeutschen kulturellen Hintergrund haben. Dieses entsteht durch die Vielzahl an binationalen Lebensgemeinschaften oder auch dadurch, dass Personen mit einem Migrationshintergrund inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. 57,1 % aller deutschen Familienhaushalte waren Ein-Kind-Familien. In 34 % der deutschen Familienhaushalte wachsen zwei Kinder auf. Nur in 7,1 % aller deutschen Familienhaushalte lebten drei, in knapp 2 % der Familienhaushalte vier und mehr Kinder.

Nach Anzahl der in deutschen Haushalten lebenden Kinder unterschieden und auf die Stadtteile bezogen ergibt sich folgendes Bild:

- Ein-Kind-Familien lebten vor allem in den verdichteten innenstadtnahen Stadtteilen Mitte, Oststadt, List, Vahrenwald, Döhren und Linden-Nord.
- In Waldhausen, Marienwerder, Heideviertel, Bornum, Wettbergen und Isernhagen-Süd gab es verstärkt Zwei-Kind-Familien.
- Hohe Anteile an Drei-Kind-Familien existierten in Waldhausen, Waldheim, Vahrenheide, Sahlkamp, Marienwerder, Mittelfeld, Mühlenberg und Isernhagen-Süd.
- In Vahrenheide, Marienwerder, Sahlkamp, Lahe, Linden-Süd und Mühlenberg war der Anteil an Familien mit vier und mehr Kindern überdurchschnittlich hoch.

Es ist auffallend, dass der Anteil der deutschen kinderreichen Familien in Stadtteilen mit ausgeprägten sozialen Problemlagen wie Vahrenheide, Sahlkamp und Linden-Süd besonders hoch ist. In diesen Stadtteilen gibt es größere Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, die anscheinend vorwiegend von deutschen Wohnungssuchenden nachgefragt werden. Greift man an dieser Stelle die Ergebnisse des Kapitels 5.1 zum Wohnflächenstandard auf, muss allerdings festgestellt werden, dass kinderreiche deutsche Familien vor allem dort leben, wo die niedrigsten Quadratmeterzahlen pro Kopf zur Verfügung stehen und Familien dort somit zumindest statistisch in räumlicher Enge wohnen müssen.

10.897 Familienhaushalte hatten einen nichtdeutschen Haushaltsvorstand. Auch in dieser Gruppe kann eine binationale Familienkonstellation nicht ausgeschlossen werden. Der Anteil der Ein-Kind-Familien war bei den nichtdeutschen Familien mit 49,1 % geringer als bei den deutschen Familien. Mit 34 % war der Anteil der Zwei-Kind-Familien allerdings gleich hoch. In 11,6 % der nichtdeutschen Familien lebten drei Kinder, in 5,5 % sogar vier und mehr Kinder. Nach wie vor unterscheiden sich deutsche und nicht-deutsche Familien somit in der Familiengröße.

Nach Anzahl der in nichtdeutschen Haushalten lebenden Kinder unterschieden und auf die Stadtteile bezogen ergibt sich folgendes Bild:

- Ein-Kind-Familien lebten vor allem in Bult, Zoo, Oststadt, und Herrenhausen.
- In Waldhausen, Burg, Bornum, Kirchrode, Linden-Süd und Wettbergen gab es verstärkt nichtdeutsche Zwei-Kind-Familien.
- Hohe Anteile an Drei-Kind-Familien existierten in Davenstedt, Misburg-Süd und Bemerode.
- In Linden-Mitte, Davenstedt, Bornum, Calenberger-Neustadt, Vahrenheide, Groß-Buchholz, Marienwerder und Wülfel war der Anteil an Familien mit vier und mehr Kindern überdurchschnittlich hoch.

Nichtdeutsche kinderreiche Familien sind somit stärker über das Stadtgebiet gestreut und konzentrieren sich nicht ausschließlich auf sozial belastete Stadtteile. Das kann auch damit zusammen hängen, dass nichtdeutsche Familien häufiger in kleinen, nicht unbedingt familiengerechten Wohnungen leben.

#### Allein Erziehende

Allein erziehende Mütter und Väter sind dadurch, dass sie mit der Erziehungsaufgabe für ihre Kinder in der Regel allein da stehen und als Einzelperson außerdem für die Sicherung des Familieneinkommens zuständig sind, besonderen Belastungen ausgesetzt. Deshalb werden Familien von allein Erziehenden in sozial- und jugendpolitischen Analysen und Konzepten als Gruppe separat betrachtet.

Es ist allerdings sehr schwierig, die Gruppe der allein Erziehenden quantitativ zu beschreiben, da die Bevölkerungs- und Haushaltsvorstandsstatistik das Merkmal „allein erziehend“ nicht kennt. In der Stadt Hannover hat man sich darauf geeinigt, die Gruppe der allein Erziehenden zu beschreiben, indem ledige, geschiedene und verwitwete Haushaltsvorstände mit Kindern dargestellt werden. In der sich ergebenden Größe sind die Haushalte von nicht verheirateten Paaren mit Kindern enthalten, die vermutlich eine nennenswerte Größe ausmachen, die aber nicht beschrieben werden können. Dagegen werden verheiratete, aber getrennt lebende Haushaltsvorstände mit Kindern hier nicht erfasst.

Am 01.01.2001 lebten in Hannover statistisch gesehen 11.382 Haushalte von allein Erziehenden. Dies entsprach einem Anteil an allen Familienhaushalten von 24 %. 94 % der Haushaltsvorstände waren Frauen. Männer sind damit als allein Erziehende anteilmäßig von geringer Bedeutung.

Mit 71,4 % hatten die meisten allein Erziehenden ein Kind zu versorgen. 22,6 % der allein Erziehenden hatten zwei Kinder und nur 6 % drei und mehr Kinder.

Allein Erziehende leben anteilmäßig überdurchschnittlich oft in Linden-Nord (36 %), Linden-Mitte (33 %), Nordstadt (31,2 %), Döhren (30,8 %), Linden-Süd (30 %), Oststadt (29 %) und Limmer (29 %). Es ist auffällig, dass die Wohnorte von allein Erziehenden sich im innerstädtischen Bereich konzentrieren, was vermutlich in Zusammenhang mit preisgünstigen Wohnungen im Altbaubestand steht sowie mit der Tatsache, dass hier häufig aufgrund der Dichte der Infrastruktur kürzere Wege zur Organisation des Alltags zurück gelegt werden müssen. Dagegen gibt es keine nennenswerten Konzentrationen in den schon früher im Bericht genannten stark sozial belasteten Stadtteilen, wie Vahrenheide oder Mühlenberg (vgl. Karte 21).

Seit 1995 ist die Zahl der allein erziehenden Haushalte von 9.907 auf 11.382, also um fast 15 % angestiegen. Bezogen auf alle Familienhaushalte hat sich der Anteil allein erziehender Haushalte von 20,8 % auf 24 % erhöht. Es kann an dieser Stelle nicht einmal vermutet werden, ob dieser Anstieg auf eine Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften, die hierin verborgen sind, zurückzuführen ist, oder ob ein tatsächlicher Anstieg allein Erziehender statt gefunden hat.

Aufgrund der besonderen Lebenssituation allein Erziehender haben Ende 1999 das Amt für Jugend und Familie und das Frauenbüro umfangreiche Informationen für alle Lebenslagen von allein Erziehenden zusammen getragen und in Form einer Broschüre<sup>25</sup> herausgegeben.

Allein erziehende Frauen sind im Sinne der Armutsvermeidung Zielgruppe bei Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen in der Stadt Hannover. Seit August 2001 besteht für junge alleinerziehende Mütter die Möglichkeit eine Ausbildung in Teilzeit durchzuführen. Diese Maßnahme wird vom Verein „Sina“ unter anderem in Kooperation mit Betrieben der freien Wirtschaft und der Stadt Hannover durchgeführt. Besonderes Augenmerk gilt der Kinderbetreuung und dem Angebot von zusätzlichen Fördermaßnahmen für die Teilnehmerinnen. Jährlich erhalten 15 Frauen auf diese Weise eine Chance zum Einstieg in das Berufsleben. Weitere frauenspezifische Angebote fördert die Stadt im Rahmen der Jugendberufshilfe. In berufsvorbereitenden Jugendwerkstattmaßnahmen werden rund 75 Plätze in unterschiedlichen Fachbereichen angeboten.

## 7.2.2 Scheidungsfamilien und Scheidungskinder

Die Scheidungsfamilie ist eine Form des Familienlebens, die beeinflusst ist durch besondere wirtschaftliche, soziologische und psychologische Faktoren. Die Zahl der Scheidungsfälle ist in den vergangenen Jahren weiter angestiegen. In der Landeshauptstadt Hannover wurden 1999 allein 1.140 Ehen

---

<sup>25</sup> Landeshauptstadt Hannover, Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat und Referat für Gleichstellungsfragen – Frauenbüro: allein erziehen in Hannover, Dezember 1999

geschieden. Nicht selten sind Kinder betroffen, wenn Ehepaare sich trennen. Als Folge dessen gab es in Hannover am Ende des Jahres 2000 insgesamt 5.304 Haushalte mit Kindern, in denen der Haushaltsvorstand geschieden war. Das heißt, mehr als jeder zehnte Familienhaushalt war von Scheidung betroffen.

Mehr als 7.500 Kinder waren in Hannover am 01.01.2001 rechnerisch von Scheidungszusammenhängen betroffen. Knapp die Hälfte (48 %) davon sind Einzelkinder, weitere 36 % haben noch einen Bruder oder eine Schwester. Immerhin 16 % aller Kinder in Scheidungsfamilien haben noch mindestens zwei weitere Geschwister.

Haushalte mit Scheidungshintergrund verteilen sich relativ gleichmäßig über das Stadtgebiet. Leicht unterdurchschnittliche Betroffenheit ließ sich in den Stadtteilen Lahe, Seelhorst, Bemerode und Isernhagen-Süd erkennen. Leicht überdurchschnittlich betroffen waren Familien in Waldhausen, Hainholz, Döhren, Linden-Mitte, Limmer und Bornum. Nicht bekannt ist, wo die Familien gewohnt haben, bevor die Trennung der Ehepartner vollzogen wurde, so dass aus der räumlichen Verteilung von geschiedenen Haushalten keine Interpretation abgeleitet werden kann.

Es ist zu vermuten, dass ein Teil der geschiedenen Elternteile neue nicht eheliche Partnerschaften eingegangen sind und sich damit unverheiratete Stieffamilien gebildet haben. Fakt bleibt, dass Kinder die Trennung von einem Elternteil erlebt haben und mit neuen Lebenszusammenhängen zurecht kommen müssen. Nicht selten ergeben sich hieraus Probleme für die Kinder und die Eltern. Die Kinder erleben die Scheidung meistens als ernste Bedrohung für ihre Geborgenheit und Sicherheit und reagieren auf die Angst, selbst verlassen zu werden, mit Symptomen wie Schlaflosigkeit und Krankheit. Neue Untersuchungen belegen, dass die Probleme, die Kinder mit der Scheidung ihrer Eltern haben, selten kurzlebig sind und sich mit dem Heranwachsen sogar noch verstärken. Es gibt auch Erkenntnisse darüber, dass Scheidungssituationen für die Inanspruchnahme von Erziehungshilfe ein Faktor darstellen, der deutlich über andere, wie zum Beispiel Armutslagen, dominiert (vgl. Kapitel 7.3.2).

Im Amt für Jugend und Familie der Stadt Hannover ist die Problematik von Kindern in Scheidungszusammenhängen seit Einrichtung der Elterntrennungsberatung als spezifische Beratungsform nach § 8 SGB VIII im Jahr 1989 erkennbar. Seit mehr als 10 Jahren gilt, dass „überwiegend Einelternfamilien und Stieffamilien zur Beratung des Jugendpsychologischen Dienstes kommen und dass die Trennung der Eltern und die Konsequenzen daraus für die Kinder als Ursprung vieler Probleme anzusehen sind. Im Jahr 1999 waren 51,6 % aller Anmeldungen auf diese Problematik zurückzuführen. In den beratenen Familien waren 606 Kinder, schwerpunktmäßig der Altersgruppen 3 bis 5 Jahre und 6 bis 11 Jahre, von Trennung und Scheidung betroffen.“<sup>26</sup>

### 7.2.3 Wanderungen von Familienhaushalten

Mit Kindern in der Großstadt in einer Geschosswohnung zu wohnen, entspricht nicht in allen Fällen den Vorstellungen von Familien. Dem gegenüber steht der Wunsch nach einem unverbauten Wohnumfeld,

---

<sup>26</sup> Landeshauptstadt Hannover, Jugend-, Familien- und Erziehungsberatung: Tätigkeitsbericht 1999 des Jugendpsychologischen Dienstes, Hannover 2000

hohen Umweltqualitäten, wenig Verkehrsbelastungen und auch nach einem eigenem Haus. Diese Wünsche möchten diese Familien vor allem in den Städten und Gemeinden im Umland von Hannover verwirklichen.

Laut Wanderungsbefragung 2001<sup>27</sup> haben im Jahr 2000 insgesamt 10.165 wohnberechtigte Personen die Landeshauptstadt Hannover verlassen, um sich im Landkreis Hannover niederzulassen. Die größte Gruppe der Fortgezogenen (42 %) bilden Personen, die als Paare ohne Kinder leben. Aufgrund der Altersstruktur der Fortgezogenen kann vermutet werden, dass diese Gruppe zumindest zum Teil noch Kinder bekommen wird. Mit 29 % folgt als zweitgrößte Gruppe der Fortgezogenen Personen, die als Paare mit Kindern leben. Allein Erziehende waren mit 4 % unter den Fortgezogenen zu finden. Im Gegenzug sind 7.744 Personen aus dem Landkreis in die Stadt gezogen, darunter waren allerdings nur 17 % der Personen mit Kindern.

Die Wanderungsbefragung kommt zu der Einschätzung, dass „damit Menschen fortziehen, die für die Kontinuität der Entwicklung und für die soziale Stabilität des Stadtklimas eine wichtige Rolle spielen. Potentiale ehrenamtlichen Engagements gehen damit ans Umland verloren. Zugleich verliert die Stadt ein Stück Zukunfts- und Entwicklungsfähigkeit, da nur ein Teil der jetzigen Kinder und Jugendlichen als Erwachsene in die Stadt zurückkehren wird.“<sup>27</sup>

Für die Bevölkerungsstruktur in der Stadt Hannover ist es als besonders problematisch zu bewerten, dass deutlich mehr Personen mit einem höheren Einkommen die Stadt verlassen als zuziehen. Unter den fortgezogenen Personen, die mit ihren Familien ins Umland gezogen sind, verfügten 43 % über ein Haushaltsnettoeinkommen von 5.000 DM und mehr. Weiteren 48 % stand ein Haushaltsnettoeinkommen von 2.500 bis 5.000 DM zur Verfügung. Für Personen, die mit ihren Familien aus dem Landkreis in die Stadt Hannover gezogen sind, wird dieser Aspekt nicht ausgewiesen, weil die entsprechende Gruppe sehr klein ist. Diese Tatsache belegt, dass weiterhin eine räumliche Segregation zwischen einkommensschwächeren und –stärkeren Haushalten stattfindet.

60 % der Familien, die ins Umland gezogen sind, haben vor dem Umzug zur Miete und nach dem Umzug in Eigentum gewohnt. Fast die Hälfte der Personen (48 %) haben im Landkreis ein Einfamilien-Reihenhaus bezogen, weitere 27 % ein freistehendes Einfamilienhaus.

Als Umzugsgründe nannten die Familien dementsprechend auch an erster Stelle den „Wunsch nach einem eigenen Haus“ (27 %), gefolgt von den Wünschen „ruhigere Wohnlage“ (17 %), „mehr grün“ (17 %), „keine Parkplatzprobleme“ (10 %) und „Verbesserung des sozialen Umfelds“ (7 %).

Dem Wegzug von Familien muss stadtpolitisch eine Strategie entgegen gesetzt werden. Aufbauend auf bestehenden Ansätzen und Qualitäten wie zum Beispiel Kinder-Bauland-Bonus oder die gute Betreuungssituation im Kindertagesstättenbereich sind vor allem Überlegungen zur Schaffung familiengerechten Wohnraums und der Verbesserung des Wohnumfelds für Familien erforderlich. Dieses alles kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass Familien weiterhin an ihrem Traum vom Leben „im

---

<sup>27</sup> Landeshauptstadt Hannover, Amt für Koordinierung, Controlling und Stadtentwicklung: Schriften zur Stadtentwicklung 86 – Wanderungsbefragung 2001, Hannover 2001

Grünen“ hängen werden und auch objektiv betrachtet entsprechende Baulandreserven - zu günstigeren Preisen als in Hannover - vor allem im Umland vorhanden sind.

### 7.3 Familienunterstützende Einrichtungen und Dienste

In der Stadt Hannover gibt es für Familien eine Vielzahl von Einrichtungen und Angeboten. Diese richten sich an alle Familien zum Beispiel mit Kindertagesstätten oder Kultur- und Bildungsangeboten. Eine lebendige kulturelle Bildungspraxis ist ein wichtiger Baustein für die Entwicklung, Orientierung und Identitätsfindung von Kindern und Jugendlichen. Neben den Einrichtungen und Projekten der Jugendhilfe erfüllen die Kulturtreffs und Freizeitheime mit ihren verschiedensten kreativen, musikalischen oder gestalterischen Betätigungsfeldern in der Kinderkulturarbeit eine wichtige Funktion, um soziale Handlungskompetenz zu erwerben. Auch Museen, Büchereien, Musikschulen und andere öffentliche Einrichtungen wie der Zoo oder das kommunale Kino schaffen in regelmäßigen Abständen spezielle kulturelle Angebote für Kinder.

Darüber hinaus gibt es Angebote, die sich an Familien in besonderen Lebenslagen oder mit speziellen Problemen richten. Hierzu zählen Beratungsangebote oder Erziehungshilfen. Schlaglichtartig sollen im folgenden einige Angebote zur Unterstützung von Familien beschrieben werden.

#### 7.3.1 Kinderbetreuung als ergänzende Unterstützung von Familien

##### Kindertagesstätten

Betreuungsangebote in Kindertagesstätten haben in erster Linie einen sozialpädagogischen und einen Bildungsauftrag. Kindern wird die Möglichkeit sozialer Kontakte und des sozialen Lernens angeboten. Darüber hinaus ermöglichen Betreuungsangebote den Eltern, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und dadurch das Familieneinkommen zu sichern. Somit sind Kindertagesstätten ein wichtiger Faktor präventiver Jugendhilfe und eine Strategie der Armutabwehr bei Familien.

Die hannoversche Kinderbetreuung basiert auf dem Zusammenwirken von freien und öffentlichen Trägern. Neben dem Amt für Jugend und Familie sind eine Vielzahl von freien Trägern in der Verantwortung für die Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder in dieser Stadt. Alle wirken darauf hin, dass die institutionelle Kinderbetreuung eine inhaltliche, konzeptionelle aber auch organisatorische Vielfalt aufweist und damit den unterschiedlichen Lebensentwürfen, Lebensführungen und daraus resultierenden Wünschen und Bedarfslagen Rechnung trägt.

In der Stadt Hannover wurden am 01.11.2000 von den Kindern im Alter von 0 bis 9 Jahren insgesamt 17.890 Kinder, davon 108 Kinder in Krippen, 1.128 Kinder in Krabbelstuben, 12.925 Kinder im Kindergarten und 3.654 Kinder im Hort betreut. Die für den Bereich Krippen-/Krabbelstuben festgelegte Zielzahl, für 13 % aller 0 bis 2-Jährigen einen Platz vorzuhalten, ist somit zu gut 80 % erreicht worden. Im Kindergartenbereich wird die Zielzahl einer 90 %-igen Versorgung stadtweit erreicht. Bei der Hortbetreuung wird eine Versorgung von 25 % aller Kinder von 6 bis 9 Jahren für bedarfsgerecht gehalten.

Diese Zielzahl wurde zu 90 % erreicht<sup>28</sup>. Zwischen den einzelnen Stadtteilen gibt es in allen Betreuungsformen im Versorgungsgrad Unterschiede, die dazu führen, dass in einigen Stadtteilen weiterhin Bedarf an weiteren Betreuungsplätzen besteht, während in anderen Stadtteilen der Bedarf rechnerisch gedeckt ist.

Seit 1995 der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Kraft getreten ist, wurden in der Stadt Hannover 1.350 neue Kindergartenplätze und weitere 120 Krabbel- und 600 Hortplätze geschaffen.

In den Kindergärten wurden 54 % aller Kinder ganztags betreut, weitere 12 % erhielten eine 2/3-Betreuung. 34 % wurden halbtags mit oder ohne Mittagessen, in Vorklassen oder in Spielkreisen betreut. Es ist zu vermuten, dass Ganztagsbetreuung und 2/3-Betreuung in Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit der Eltern stehen. Im Hort betrug der Anteil der ganztags betreuten Kinder 88 %. Weitere 12 % der Hortkinder erhielten eine 2/3-Betreuung. Das bedeutet, dass die Kindertagesstätten einen deutlichen Beitrag zur Vereinbarung von Familie und Beruf und damit auch zur Armutsabwehr leisten. Auffällig ist aber, dass in den durch Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug geprägten Gebieten wie zum Beispiel Mühlenberg und Linden-Süd die Ganztagsbetreuung einen überdurchschnittlichen Stellenwert einnimmt. Die außerhäusliche Betreuung von Kindern kann darüber hinaus somit als Entlastung sozial belasteter Familienhaushalte gewertet werden.

In den Kindertagesstätten betrug der Anteil der Kinder mit einer anderen Nationalität 25,7 %. Gemessen am Anteil der nichtdeutschen Kinder im Alter von 0 bis 9 Jahren an allen Kindern dieser Altersgruppe (20,8 %), wurden Kinder anderer Nationalität in den Kindertagesstätten somit überrepräsentiert. Diese Betrachtung ist vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Chancenverbesserung von Kindern aus Migrantenfamilien im Bildungswesen von besonderer Bedeutung. Kindertagesstätten als Ort von Sprachförderung und Vorbereitung auf die schulische Laufbahn wird in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle zugewiesen. Schwierigkeiten in diesem Sinne ergeben sich überall dort, wo ein sehr hoher Anteil von nichtdeutschen Kindern in den Kindertagesstätten betreut wird. In einigen Einrichtungen beträgt der Anteil nichtdeutscher Kinder bis zu 80 %. Diese Einrichtungen befinden sich vor allem in sozialbelasteten Stadtteilen. Die Träger der Kindertagesstätten begegnen dieser Situation auch durch die Beschäftigung ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und besonders über Aktivitäten und Projekte mit ausländischen Eltern.

In Zukunft wird die Planung von Ansätzen zur Förderung von Migrantenkindern erschwert werden, weil Kinder aus Migrantenfamilien immer weniger als solche erkennbar sind. Wie bereits im Kapitel 2.1 beschrieben, erhält seit Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes eine große Zahl von Kindern nichtdeutscher Eltern mit Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft.

Der Anteil der Kinder aus Haushalten von allein Erziehenden in den Kindertagesstätten betrug 21,2 %. Ob Kinder allein Erziehender in den Einrichtungen über- oder unterdurchschnittlich häufig betreut werden, kann nicht ausgesagt werden, da über die Statistik keine Verknüpfung zwischen dem Alter der Kinder und dem Status „allein erziehend“ möglich ist.

---

<sup>28</sup> Landeshauptstadt Hannover, Amt für Jugend und Familie: Kindertagesstättenbericht 2000 – Ergebnisse der Ist-Befragung zum 01.11.2000, Informationsdrucksache 2339/2001

In den kommenden Jahren sind Entwicklungen unterschiedlicher Art zu erwarten, auf die in der Kindertagesstättenplanung und in den Kindertagesstätten reagiert werden muss. Hierzu zählt der Rückgang der Kinderzahlen insgesamt (vgl. Kapitel 2.1), der in den Stadtteilen Hannover allerdings sehr unterschiedlich verlaufen wird. Zur Zeit steigen die Kinderzahlen in einigen Stadtteilen sogar noch an. Die sich ändernden Kinderzahlen wirken sich schon heute im Alltag der Kindertagesstätten aus, die mit flexibler Nutzung der Platzangebote (zum Beispiel altersübergreifende Gruppen) reagieren. Die differenzierten Lebenslagen von Familien erfordern darüber hinaus eine Weiterentwicklung der Betreuungsangebote in Kindertagesstätten und eine stärkere Berücksichtigung von Elternwünschen, vor allem bezüglich der Betreuungszeiten. Gesellschaftliche Entwicklungen machen außerdem erforderlich, die Aufgabenstellung der Kindertagesstätten kontinuierlich zu überprüfen und konzeptionell weiterzuentwickeln. In Zusammenhang mit der Einführung der Verlässlichen Grundschule werden bereits für die Betreuung der Schulkinder neue Angebotsstrukturen entworfen. Die Verlässliche Grundschule im gesamten Stadtgebiet Hannovers einzurichten, erstreckt sich über den Zeitraum vom 01.08.2001 bis 01.08.2003. Die Hortbetreuungsangebote werden nach Abfrage der Eltern bedarfsgerecht vor und nach der Verlässlichen Schulzeit neu strukturiert. Die Hortbetreuung umfasst künftig einen Frühdienst, Hortbetreuung von 12 Uhr bis maximal 18 Uhr sowie eine ganztägige Ferienbetreuungszeit. Mit den durch die Umstrukturierung frei werdenden Finanzmitteln soll auch in die Sicherung von sogenannten schuleränzenden Maßnahmen und in neue Hortbetreuungsangebote reinvestiert werden.

#### Offene Angebote der Kinderbetreuung

Wohnen in der Stadt bedeutet für Kinder aufgrund der baulichen Dichte, des hohen Verkehrsaufkommens und fehlender Spiel- und Freiflächen eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit und von Erfahrungsräumen. Diese Situation ist mit ein Grund dafür, ein breitgefächertes System an Angeboten der Jugendarbeit vorzuhalten, um den Mangel an kindgerechten Spielflächen zu kompensieren und die Bedingungen für eine positive Entwicklung von Kindern zu fördern.

Dieses gilt in besonderem Maße für Kinder, die aus den verschiedensten Gründen keinen Hort besuchen oder die der Grundschule bereits entwachsen sind. Für diese Kinder sind offene Angebote im sozialen Umfeld, die Raum zur Freizeitgestaltung mit Gleichaltrigen geben, Hausaufgabenhilfen zur Verfügung stellen, sportliche Aktivitäten ermöglichen oder insbesondere in sozialen Brennpunkten Mittagstische anbieten, Anlaufpunkte im Stadtteil, an denen soziale Kontakte geknüpft werden. Offene Angebote der Jugendarbeit haben außerdem eine wichtige Entlastungs- und Unterstützungsfunktion für Familien, da Eltern davon ausgehen können, dass ihre Kinder dort von pädagogisch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeleitet werden, die auch als Ansprechpersonen für persönliche Probleme, die Kinder in dieser Entwicklungsphase haben, zur Verfügung stehen.

In Hannover wurden in den letzten Jahren neben den bestehenden neun Spielparks mit ihren großzügigen Spielflächen weitere 26 Betreuungseinrichtungen für Kinder von 10 bis 14 Jahren (Lückekindertreffs) geschaffen und vier Projekte der außerschulischen Betreuung für Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren in hannoverschen Sportvereinen umgesetzt.

### 7.3.2 Erziehungshilfe für Familien in Problemlagen

Die Stadt Hannover verfügt über ein differenziertes Hilfenetz familienorientierter Erziehungshilfen und ein vielfältiges Angebot für Beratung und Therapie. Diese Dienste und Einrichtungen stehen Kindern, Jugendlichen und Familien zur Verfügung, in denen Erziehungsprobleme oder Krisensituationen auftreten.

Auf der Grundlage des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) erhalten Familien mit Problemen Unterstützung durch „Hilfe zur Erziehung“. Die Jugendämter sind verpflichtet, „Hilfe zur Erziehung“ zu gewähren, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung durch die Familie nicht gewährleistet werden kann. Das Gesetz legt den Schwerpunkt auf ambulante und teilstationäre Hilfen, die die Familie als Lebensgemeinschaft stützen und ihnen Personen zur Seite stellt, die sie von außen beraten und unterstützen. Stationäre Betreuung bleibt aber trotz dieser Zielrichtung auch weiterhin eine oft notwendige und nicht zu vermeidende Maßnahme.

Erzieherische Hilfen richten sich zielorientiert an junge Menschen und Familien unter Beachtung des jeweiligen sozialen Umfelds. Ziel ist es, deren Eigenverantwortlichkeit, Selbsthilfe und Verselbständigung zu fördern und zur Verbesserung der jeweiligen Lebensverhältnisse beizutragen. Dadurch soll auch darauf hin gewirkt werden, die sozialen Teilhabechancen der Kinder, Jugendlichen und Familien zu verbessern.

Zu den Leistungen der Hilfe zur Erziehung<sup>29</sup> zählen ambulante Betreuung für Minderjährige und junge Volljährige, teilstationäre Betreuung für Minderjährige sowie stationäre Betreuung in Einrichtungen und in Familien für Minderjährige und für junge Volljährige.

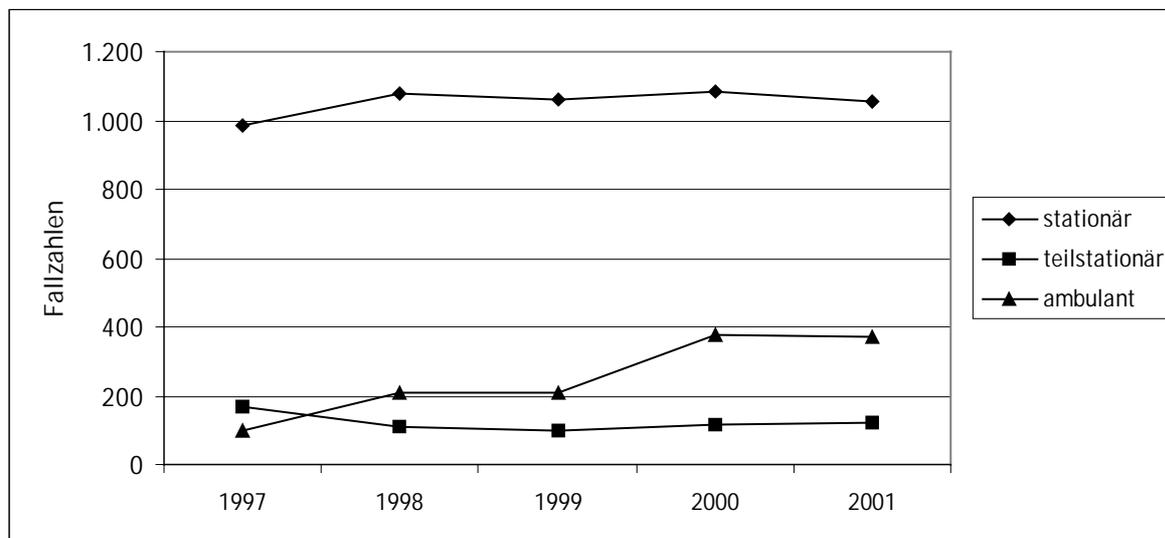
Ende 2001 wurden in Hannover insgesamt 1.545 Hilfen zur Erziehung gewährt, davon 1.057 in stationärer Betreuung, 119 in teilstationärer Betreuung und 369 in ambulanter Betreuung. Seit 1997 hat die Zahl der Hilfen zur Erziehung insgesamt von 1.424 auf 1.545, also um 8,5 % zugenommen. Während die stationäre Betreuung in diesem Zeitraum um 7 % (plus 69 Fälle) zugenommen hat, waren die Fallzahlen in der teilstationären Betreuung um 29 % (minus 49 Fälle) rückläufig. In der ambulanten Betreuung sind die Fallzahlen gleichzeitig um 265 % (plus 268 Fälle) angestiegen (vgl. Abbildung 24). In der angestiegenen Fallzahl der ambulanten Fälle kommen veränderte Arbeitsansätze des örtlichen Trägers der Jugendhilfe und den Trägern der erzieherischen Hilfen wie weiter unten beschrieben zum Ausdruck.

Hilfe zur Erziehung wird zu rund 90 % für Familien mit minderjährigen Kindern gewährt. Gut 10 % der Betreuten sind bereits volljährig. In der Regel endet die Hilfe zur Erziehung mit dem 21. Geburtstag, in Ausnahmefällen kann die Hilfe bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres gewährt werden. Auf 1.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kamen rund 19 Personen, die Leistungen der Hilfe zur Erziehung erhielten. Bezogen auf die unter 21-Jährigen bekamen 17 Fälle pro 1.000 Anspruchsberechtigte entsprechende Hilfen.

---

<sup>29</sup> ambulante Betreuung nach § 30, § 31, § 41 SGB VIII  
 teilstationäre Betreuung nach § 32 SGB VIII  
 stationäre Betreuung nach § 19, § 33, § 34, § 35a, § 41, § 42 SGB VIII

Abbildung 24: Entwicklung der Hilfe zur Erziehung 1997 bis 2001 in absoluten Zahlen



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Amt für Jugend und Familie, Finanz- und Leistungsbericht für das 2. Halbjahr 2001 im Bereich der erzieherischen Hilfen

Von 770 stationär betreuten Fällen<sup>30</sup> waren 56,5 % männlichen und 43,5 % weiblichen Geschlechts. In dieser Gruppe betrug der Anteil der deutschen Betreuten 83,9 % und der Anteil der nichtdeutschen Betreuten entsprechend 16,2 %. Von den 119 teilstationär Betreuten waren 74 % männlichen Geschlecht und 74 % deutscher Nationalität. Unter den ambulanten Fällen bildeten die männlichen (74,2 %) und deutschen (64,5 %) Klienten ebenfalls die Kerngruppe der Betreuten (vgl. Abbildung 25)

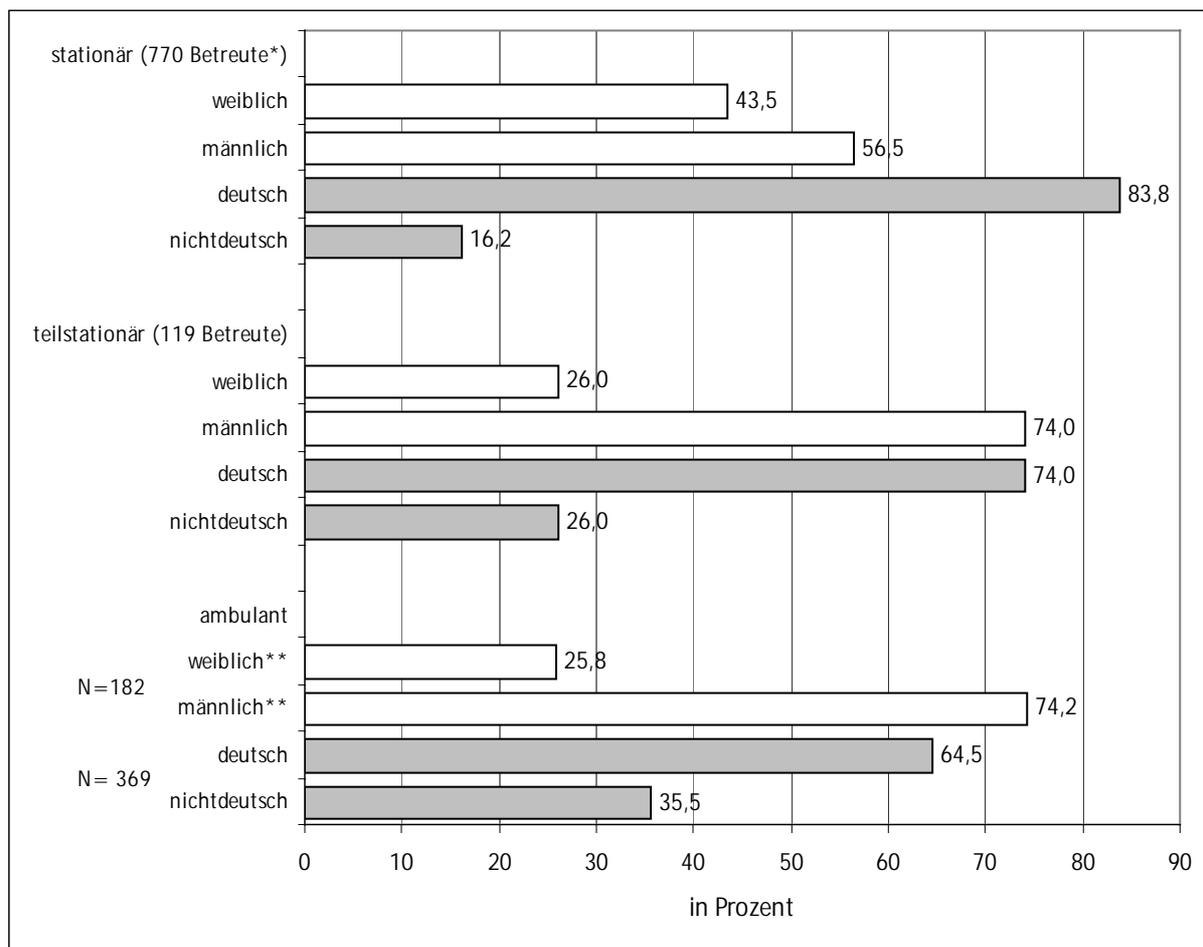
Im Jahr 2001 wurden insgesamt mehr als 109 Mio. DM für die Hilfe zur Erziehung aufgewendet. Mit 77 % wurde der größte Anteil der Mittel für die Hilfe zur Erziehung für Minderjährige eingesetzt. 19 % des Etats wurden für die Hilfe zur Erziehung für Volljährige und Inobhutnahme benötigt. Die restlichen Mittel (4 % des Etats) wurden für die Förderung in Familien, die Förderung in Tageseinrichtungen und Tagespflege sowie für Ferienzuschüsse ausgegeben.

Im Kommunalen Sozialdienst (KSD) sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in insgesamt 20 Dienststellen im Stadtgebiet Hannovers in der Erziehungshilfe tätig. Diese bezirks- beziehungsweise stadtteilbezogene Zuordnung ist Grundlage für den sozialräumlich und lebenslagenorientierten Arbeitsansatz des Kommunalen Sozialdienstes.

Hilfe zur Erziehung richtet sich stadtweit und trägerübergreifend zunehmend an den Lebenswelten der Klientinnen und Klienten aus. Unter Begriffen wie Jugendhilfestation, Jugendhilfestützpunkt oder Jugendhilfeeinheit erfolgte seit Anfang der 90er Jahre eine innovative inhaltliche Standortorientierung weg von zentralen Großeinheiten hin zum Sozialraum, das heißt zu Stadtteilen und Wohnquartieren. Diese Entwicklung vollzog sich am deutlichsten im Aufgabenfeld der ambulanten Hilfen zur Erziehung.

<sup>30</sup> Ohne Fälle nach § 33 und 42 SGB VIII, bei denen eine differenzierte Betrachtung zur Zeit nicht möglich ist.

Abbildung 25: Betreuungsfälle in der Hilfe zur Erziehung nach Geschlecht und Nationalität in Prozent



\* ohne Fälle nach § 33 und § 42 SGB VIII

\*\* ohne Fälle nach § 31 SGB VIII

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Amt für Jugend und Familie, Finanz- und Leistungsbericht für das 2. Halbjahr 2001 im Bereich der erzieherischen Hilfen

Im Januar 2001 wurde das in diesem Arbeitsfeld weitreichendste Reformprojekt im Stadtbezirk 9<sup>31</sup> gestartet. Unter dem Begriff „Kontraktmanagement“ wurde ein Prozess zur Planung stadtteilorientierter Jugendhilfe und zur sozialräumlich orientierten Organisation und Durchführung von Hilfen zur Erziehung eingeleitet. Zwischen der Landeshauptstadt Hannover als örtlichem Träger der Jugendhilfe und den Trägern der erzieherischen Hilfen im Stadtbezirk 9 wurden Leitsätze als Grundlage der sozialen Arbeit und zur Ausgestaltung der erzieherischen Hilfen vereinbart. Aus diesen Leitsätzen leiten sich als Arbeitsmethoden unter anderem die Subjektorientierung, der sozialräumliche Handlungsansatz, der integrierte Hilfeansatz, Vernetzung und Selbstevaluation ab.

Die Träger garantieren, einen Teil der Arbeitszeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für fallunspezifische Arbeiten dem Sozialraum zur Verfügung zu stellen, um auf diese Weise vor Ort zu Schulen, Kindertagesstätten, Vereinen oder zur Jugendpflege Kontakte aufzubauen und Ressourcen des Stadtteils für fallspezifische Arbeit zu gewinnen. Ziel hierbei ist es, Hilfen zur Erziehung zu vermeiden und niedrigschwellige Hilfeangebote zu nutzen. Die Beteiligten haben einen Kontrakt inklusive einer Leis-

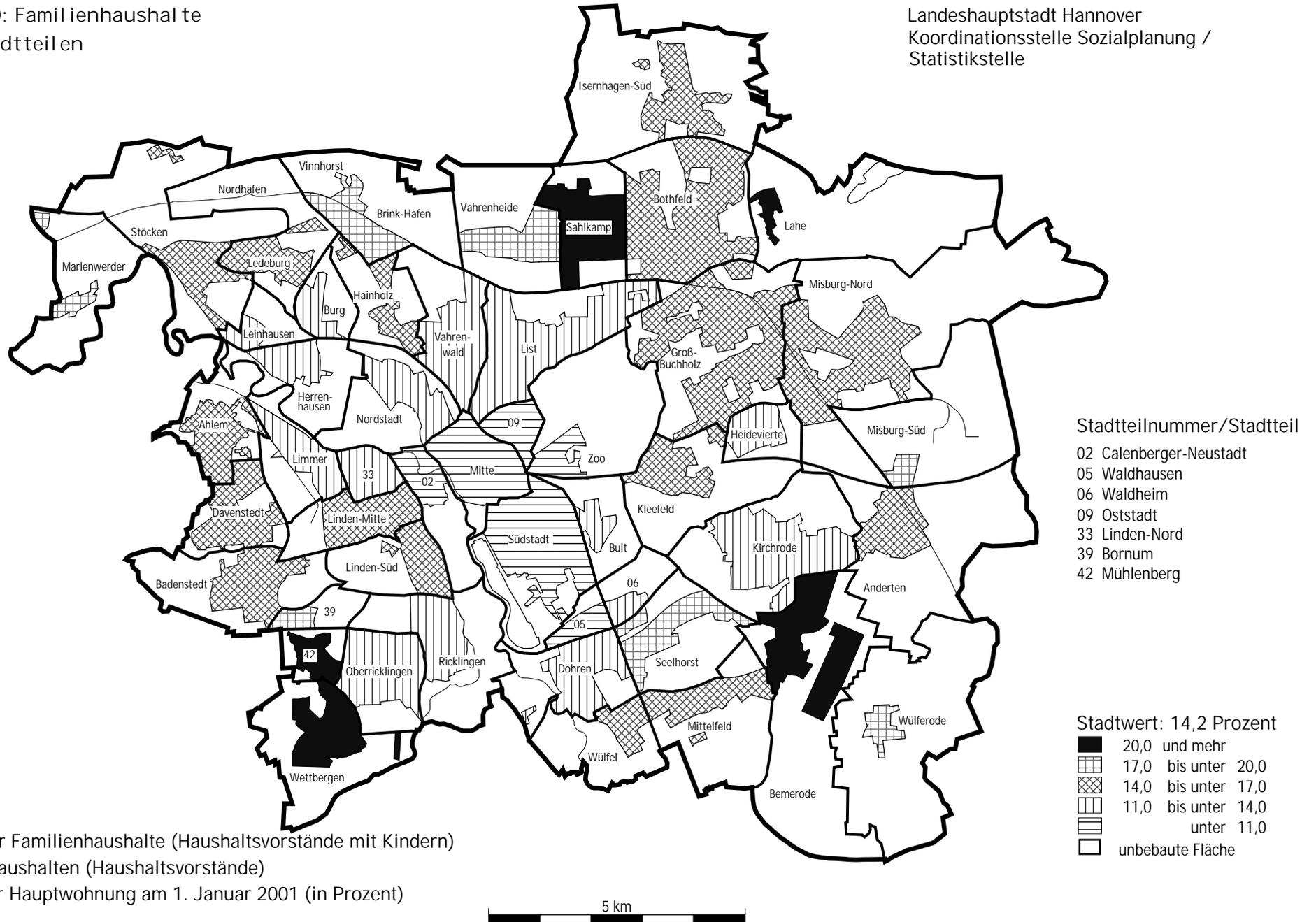
<sup>31</sup> Der Stadtbezirk 9 umfasst die Stadtteile Ricklingen, Oberricklingen, Mühlenberg, Wettbergen und Bornum.

tungsvereinbarung geschlossen. Darin wird unter anderem vereinbart, dass ambulante Hilfen zur Erziehung nicht länger über Einzelfälle abgerechnet werden, sondern den Trägern im Stadtbezirk 9 ein Gesamtbudget zur Verfügung steht, dass es ihnen ermöglicht, die oben genannte Zielsetzung zu erreichen. Das Reformprojekt wird zunächst bis zum 31.12.2002 durchgeführt. Der Erfolg dieses neuen Arbeitsansatzes wird evaluiert, um am Ende der Modelllaufphase darüber entscheiden zu können, ob das Projekt des Kontraktmanagements stadtweit umgesetzt werden soll.

Hilfe zur Erziehung ist eine gesetzliche Leistung, die wesentlich dazu beiträgt, Probleme von Eltern und Kindern zu bearbeiten und Lösungsansätze zu entwickeln. In Zeiten zunehmender Orientierungslosigkeit bei Kindern und Jugendlichen und vielfach schwierigen sozialen Rahmenbedingungen für Familien hat diese Hilfeform an Bedeutung gewonnen. Sie trägt zur Stabilisierung von Familien bei und hilft im Sinne der Prävention Problemlagen zu mildern und abzubauen.

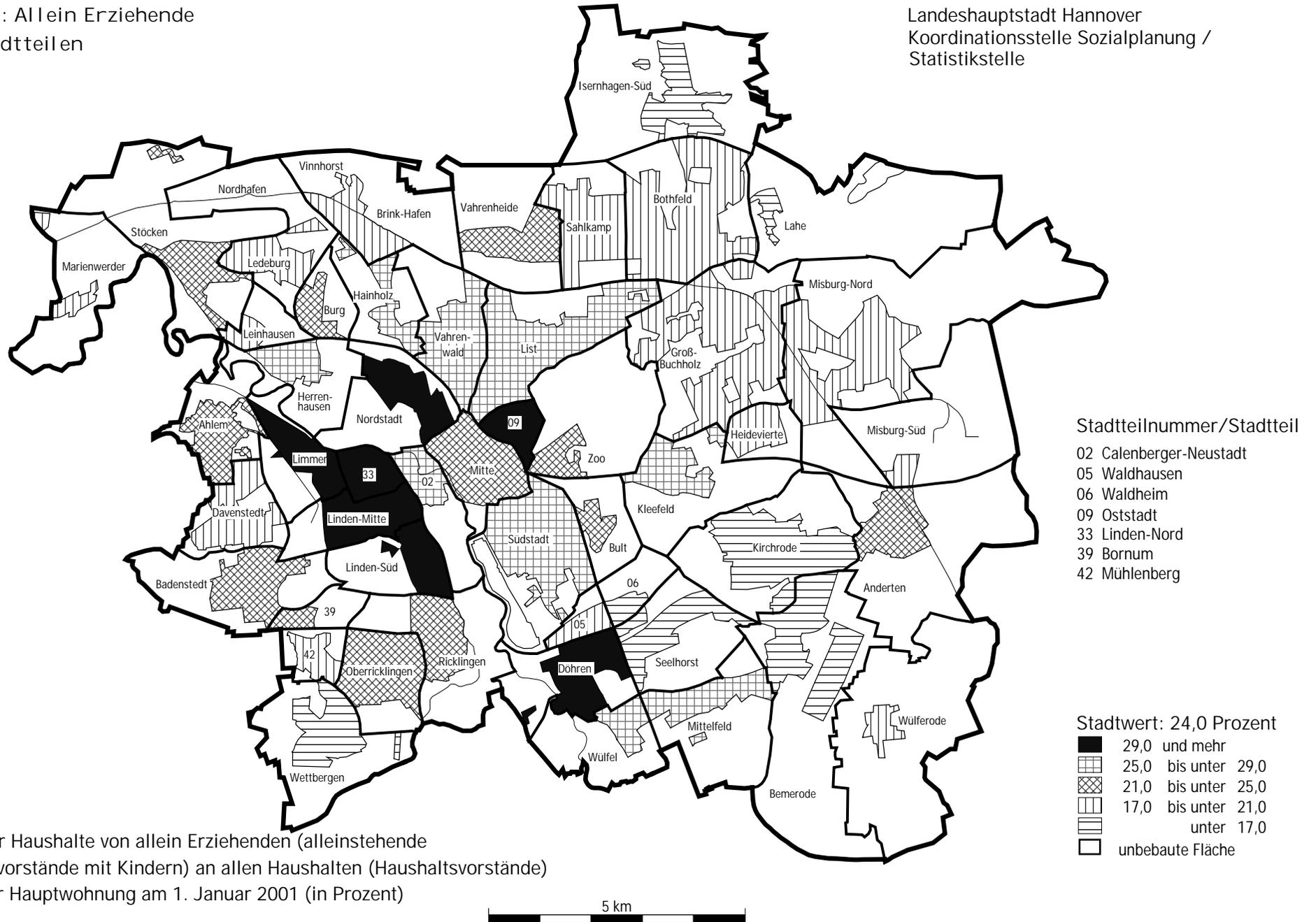
Karte 20: Familienhaushalte nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle



Karte 21: Allein Erziehende nach Stadtteilen

Landeshauptstadt Hannover  
 Koordinationsstelle Sozialplanung /  
 Statistikstelle



## 8. Besondere Entwicklungen der letzten Jahre

Seit der letzte Sozialbericht 1998 erschienen ist, hat es in Hannover eine Vielzahl von inhaltlichen, organisatorischen und strukturellen Entwicklungen gegeben, die das Leben in der Stadt und damit auch die soziale Situation der Menschen direkt oder indirekt beeinflusst haben. Damit haben sich auch Rahmenbedingungen für sozialpolitisches Handeln verändert. Entwicklungen der vergangenen Jahre, die sich in besonderem Maße auf die sozialpolitische Stadtgestaltung ausgewirkt haben, werden im folgenden dargestellt.

An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang die Ausrichtung der Weltausstellung EXPO 2000 zu nennen, die eine stadtentwicklungspolitische Schwerpunktsetzung darstellte. Damit verbunden ist auch die städtebauliche Entwicklung am Kronsberg für nun rund 6.500 Bewohnerinnen und Bewohner als ein besonderes Programm zu bewerten, das über den betroffenen Stadtteil Bemerode hinaus Auswirkungen auf die gesamte Stadt hat. Aber auch andere strukturelle und planerische Entwicklungen haben die Sozialpolitik beeinflusst. Hierzu zählen eine stärkere sozialräumliche Orientierung in der Jugend- und Sozialpolitik, die Ansätze der sozialen Sanierung durch die Beteiligung am Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und nicht zuletzt die Bildung der Region Hannover.

### 8.1 Soziale Auswirkungen der Weltausstellung EXPO 2000

#### Sozialverträglichkeitsuntersuchung zur Weltausstellung EXPO 2000

Mit der Entscheidung, die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover durchzuführen, wurden positive Effekte für Wirtschaft und Arbeitsmarkt erwartet. Gleichzeitig wurden Befürchtungen laut, dass sich diese Großveranstaltung negativ auf die soziale Lage der Bevölkerung auswirken könnte. In diesem Zusammenhang gab es Ängste davor, dass der Wohnraum sich verknappen könnte, Preise für Lebenshaltungskosten ansteigen und die Kriminalität sich erhöhen würde. Diese Bedenken, aber auch der Wunsch, positive Wirkungen, wie zum Beispiel die Arbeitsmarktentwicklung, frühzeitig erkennen und für die Hannoveranerinnen und Hannoveraner nutzbar zu machen, war Anlass dafür, die Weltausstellung EXPO 2000 durch eine Sozialverträglichkeitsuntersuchung begleiten zu lassen. Die Untersuchung wurde vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (IES) und der Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforchung (agis) im Zeitraum von 1997 bis 2002 durchgeführt.

Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchungen kann zusammengefasst werden, dass die Weltausstellung EXPO 2000 sich auf die Arbeitsmarktsituation in Hannover kurzfristig positiv ausgewirkt hat. So konnte laut Untersuchung im Jahr 1998 eine positive Entwicklung im Baugewerbe verzeichnet werden. Im städtischen Beschäftigungsprogramm „Hilfe zur Arbeit“ konnten im Jahr 2000 412 Personen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 51 % (plus 140 Personen) bedeutet. Mehr als 600 Personen wurden im zur Weltausstellung aufgelegtem EXPO-Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm in Maßnahmen qualifiziert und weit über 100 Personen haben anschließend eine Beschäftigung erhalten. Der expoinduzierte Arbeitsmarkteffekt hat jedoch seine aktuelle Wirkung verloren, eine langfristige Wirkung ist - jenseits individueller Qualifikationsfortschritte - eher nicht festzustellen.

Langfristige positive Effekte kann Hannover durch die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur und des Messegeländes für sich verbuchen. Darüber hinaus hat die EXPO 2000 zu einer Imageverbesserung der Stadt beigetragen, was sich im Bereich Tourismus widerspiegelt. Diese sind Entwicklungen, die direkte arbeitsmarktpolitische Strukturverbesserungen darstellen. Die Siedlungsentwicklung am Kronsberg, die zeitlich und inhaltlich in Zusammenhang mit der Ausrichtung der Weltausstellung steht, ist eine wohnungspolitische Bereicherung für Hannover. Langfristig positive Effekte ergeben sich hieraus für die Bevölkerung in Hannover, da das zusätzliche Wohnungsangebot am Kronsberg die Mieten in Hannover vorerst stabil halten wird und das neue Wohngebiet am Stadtrand ein attraktives Angebot für Familien bietet, die eine Wohnung „im Grünen“ wünschen.

#### „Stadt als sozialer Lebensraum“

Nachhaltige soziale Effekte - auch über die Weltausstellung hinaus - konnten durch die Beteiligung der Stadt Hannover am Konzept der „Weltweiten Projekte der EXPO 2000“ erzielt werden. Mit dem von der EXPO 2000 GmbH anerkannten und geförderten Projekt „Stadt als sozialer Lebensraum“ ist es gelungen, verteilt über das Stadtgebiet neun Vorhaben<sup>32</sup> in unterschiedlicher Trägerschaft zu realisieren. Diese Vorhaben sind beispielhaft für den Umgang mit der jeweiligen sozial- beziehungsweise jugendpolitischen Thematik im großstädtischen Kontext. Fast alle Vorhaben konnten über die Weltausstellung hinaus fortgeführt werden und sind heute Teil der sozialen Infrastruktur Hannovers.

## 8.2 Wohnungsbau und Entwicklung der sozialen Infrastruktur am Kronsberg

Die Entwicklung des Wohnquartiers am Kronsberg stellt die größte Stadterweiterung Hannovers in den letzten Jahrzehnten dar. Seit 1997 sind am Kronsberg rund 3.000 neue Wohnungen im Geschosswohnungsbau und in Reihenhäusern errichtet worden. Bei der Siedlungsentwicklung wurden die derzeit höchsten städtebaulichen, ökologischen, bautechnischen und sozialen Standards angewendet.

Siedlungsentwicklung in dieser Form, diesem Umfang und in dieser Geschwindigkeit bergen – so zeigen die Erfahrungen des Wohnungsbaus der 60er und 70er Jahre – auch besondere Risiken. Nicht selten haben sich die Stadterweiterungsgebiete an den Rändern der großen Städte zu Gebieten mit erheblichen sozialen Problemen entwickelt. Um einen solchen Prozess vorzubeugen, wurde am Kronsberg von Beginn an die Sozialplanung an der städtebaulichen Planung beteiligt. In interdisziplinärer Zusammenarbeit der unterschiedlichen Fachressorts wurden Kriterien für eine sozialverträgliche Stadtteilentwicklung definiert. Wesentliche Aspekte waren die Begrenzung der Belegrechtsanteile auf maximal 30 %, eine familien-, senioren- und behindertengerechte Ausgestaltung des Quartiers und vor allem die weitgehend parallele Entwicklung der sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen.

Ziel der Infrastrukturplanung war es, sowohl baulich-räumlich als auch inhaltlich und organisatorisch ein integratives Konzept der sozialen und kulturellen Infrastruktur zu entwickeln und umzusetzen, welches modellhaft neue Wege sozialer und kultureller Arbeit enthielt und das die sozialverträgliche Stadtteilentwicklung fördern sollte. Entstanden ist ein System dezentraler und zentraler Einrichtungen

---

<sup>32</sup> Stadtteilbauernhof Sahlkamp, TRIO Wohnen-Qualifizieren-Arbeiten, Jugendherberge Hannover, JAM-City, Teen-Spirit-Island, Hilfebörse für ältere Menschen, FOKUS-Wohnprojekt für behinderte Menschen, Habitat-Internationales Wohnen, Soziales und kulturelles Stadtteilzentrum am Kronsberg (KroKuS)

mit den Themenschwerpunkten Soziale Stadtteilarbeit, Stadtteilkulturarbeit, Ökologische Stadtteilarbeit, Kinder- und Jugendarbeit, Familienarbeit und -bildung, Seniorenarbeit und Stadtteilbibliothek. Die soziale und kulturelle Stadtteilarbeit am Kronsberg ist durch ein interdisziplinäres Team von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und von Teams der freien Träger besetzt. Durch die interdisziplinäre, trägerübergreifende Stadtteilarbeit am Kronsberg kann flexibel auf sich verändernde Bedarfe in der Bevölkerung reagiert werden.

Anfang 2002 lebten am Kronsberg 6.475 Menschen. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen lag hier mit 26,6 % weit über dem städtischen Durchschnitt. Nichtdeutsche Bewohnerinnen und Bewohner waren mit 18,1 % am Kronsberg leicht überdurchschnittlich häufig vertreten. Der Anteil der Aussiedlerinnen und Aussiedler lag mit rund 12 % im Vergleich zum Stadtgebiet insgesamt hoch. Arbeitslosigkeit wurde zum Ende des Jahres 2000 leicht unterdurchschnittlich (9,3 %) und der Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt (7,7 %) leicht überdurchschnittlich verzeichnet.

Dass am Kronsberg ein qualitätsvolles Wohnquartier mit einem tragfähigen Gemeinwesen entstanden ist, lässt sich unter anderem an bislang drei durchgeführten Bewohnerbefragungen<sup>33</sup>, in denen sich die neuen Bewohnerinnen und Bewohner zufrieden über ihren Stadtteil geäußert haben, erkennen. Ein Großteil von ihnen würde erneut an den Kronsberg ziehen, wenn diese Entscheidung zu treffen wäre. Die Bewohnerbefragung des Jugend- und Sozialdezernates<sup>34</sup> hat ebenfalls eine positive Entwicklung des Stadtteils bezüglich der sozialen und kulturellen Infrastruktur ergeben. Mehr als 90 % der Bewohnerinnen und Bewohner kannten beispielsweise das soziale und kulturelle Stadtteilzentrum KroKuS. 63 % haben bereits Angebote wahrgenommen. Hiervon waren mehr als 88 % zufrieden mit dem Angebot. Fast ebenso viele Befragte (86 %) kannten den Stadttreff, 66 % der Nutzerinnen und Nutzer zeigten sich zufrieden mit diesem Angebot. Weitere Fragen wurden zur Zufriedenheit mit den Kindertagesstätten, Kinderladen, Hort und Grundschule gestellt. Den höchsten Grad der Zufriedenheit erreichte die Grundschule mit 82 %, gefolgt von den Einrichtungen Stadttreff, den Kindertagesstätten, Kinderladen und Hort mit einem Grad der Zufriedenheit von um die 63 %.

Es wird noch einige Jahre erforderlich sein, die Entwicklungen am Kronsberg weiter intensiv zu beobachten und zu begleiten. Die Zusammensetzung der Bevölkerung, die vor allem durch die Belegung der Wohnungen durch die Vermieter gesteuert wird, steht im Mittelpunkt des Interesses. Hieraus können die Aufgaben der Stadtteilarbeit abgeleitet und mögliche Konfliktlagen frühzeitig erkannt werden.

### 8.3 Entwicklung sozialräumlicher Ansätze

Ein Sozialraum lässt sich umschreiben als räumliche Einheit, in der gesellschaftliche Prozesse und individuelle Lebenssituationen zusammen das Sozialgefüge ausmachen. Für den einzelnen ist es der Raum, in dem er sich am besten auskennt, sich sicher bewegt und vordringlich soziale Kontakte pflegt.

<sup>33</sup> Kronsberg Umwelt Kommunikationsagentur (kuka): Bewohnerbefragungen 1999, 2000, 2001 (noch unveröffentlicht)

<sup>34</sup> Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat: Soziale und kulturelle Infrastruktur am Kronsberg – Ergebnisse der Befragung der Bewohnerinnen und Bewohner zur Nutzung und Zufriedenheit, Informationsdrucksache 2942/2001

Das Thema „sozialräumliche Orientierung“ hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. So haben zum Beispiel die Jugendhilfe und soziale und kulturelle Dienstleistungen entsprechende Umstrukturierungsprozesse eingeleitet. Sozialräumliche Orientierung und Planung ersetzt nicht die Orientierung auf Zielgruppen und ihre spezifischen Bedarfe, stellt diese aber stärker in den Kontext zum lebensräumlichen Umfeld der Menschen.

Der sozialräumliche Ansatz beinhaltet eine differenzierte Betrachtung unterschiedlicher Milieus, Lebenslagen und Lebensstile, aus denen sich unterschiedliche Bedarfe ergeben. Er ermöglicht es über die bereichs- und zielgruppenorientierten Arbeitsansätze hinaus, auf kleinräumiger Ebene differenzierte Informationen über Handlungspotentiale und Ressourcen sowie Risiko- und Defizitlagen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu erhalten. Der sozialräumliche Ansatz ist außerdem dafür geeignet, Dienstleistungen lebenslagen nah zu gestalten und Bürgermitwirkung anzuregen.

Im Jugend- und Sozialdezernat hat sich in den vergangenen Jahren die Orientierung auf den Sozialraum verstärkt. Der Kommunale Sozialdienst hat seine sozialräumliche Ausrichtung durch die Planstellenverteilung auf der Grundlage einer sozialräumlichen Analyse verstärkt. Im Kommunalen Seniorenservice Hannover wird die offene Altenhilfe zukünftig sozialräumlich ausgerichtet sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden regional zugeordnet, um die Belange älterer Menschen im Sozialraum zur Grundlage der Angebote und Dienste machen zu können. Auch in der Kinder- und Jugendhilfeplanung wird die Diskussion über eine sozialräumliche Orientierung vertieft. In der Jugendhilfe wird mit dem Kontraktmanagement der sozialräumliche Ansatz gestützt. Ziel ist es hierbei, durch eine stärker sozialraumorientierte soziale Arbeit die fallbezogene Arbeit zu entlasten und zu verbessern.

In Zusammenhang mit Sozialraumorientierung ist insbesondere auch das Verwaltungsreformprojekt „Vernetzte Dienste“ zu nennen. Ziel des Projektes ist es, die Arbeitssysteme und die Leistungen der Stadtverwaltung im Bereich der sozialen, kulturellen und gesundheitsfördernden Dienstleistungen effektiver zu organisieren und dabei die Arbeitsformen und die Qualität des Verwaltungshandelns lebenslagenorientierter und bürgernäher zu gestalten. Die Bildung von Stadtbezirksteams hat die intensive Wahrnehmung des Sozialraums Stadtbezirk und der verschiedenen Quartiere gefördert.

Beispielhaft für eine konsequente sozialräumliche Ausrichtung ist auch das Handeln in Zusammenhang mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Innerhalb der Grenzen der Sanierungsgebiete wird - die speziellen Bedarfe vor Ort berücksichtigend - fachlich übergreifend in den Themenfeldern soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Entwicklung gearbeitet. Sozialräumliche Analysen bilden die Grundlage der integrativen Stadtteilentwicklungsprogramme<sup>35</sup> für die Fördergebiete. In den Gebieten „Soziale Stadt“ werden erstmalig sogenannte Quartiersmanagerinnen und -manager eingesetzt, deren Aufgabe es ist, vor Ort Bürgerbeteiligung zu organisieren, bürgerschaftliche Selbstorganisation zu initiieren, Stadtteilentwicklungsprogramme umzusetzen, Projekte aus den Ideen der Stadtteilöffentlichkeit zu entwickeln sowie Vernetzung der lokalen Akteure zu organisieren.

<sup>35</sup> Landeshauptstadt Hannover: Stadtteilentwicklungskonzept zur Umsetzung integrativer Ansätze im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ im Stadtquartier Mittelfeld, Beschlussdrucksache 2259/2001

Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat: Soziale Stadt - Sozialintegratives Stadtteilentwicklungsprogramm Hainholz 2001, Informationsdrucksache 245/2002

## 8.4 Integrierte Stadtteilentwicklung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“

Die sozialräumlichen Problemlagen in der Stadt Hannover haben sich in Abhängigkeit von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahren weiter polarisiert und konzentrieren sich zunehmend auf Quartiere, die bereits als sozial prekär bekannt sind. Einkommensarmut und deren Folgen sowie städtebauliche, wohnungswirtschaftliche und ökonomische Probleme greifen vor Ort ineinander und sind als Problemzusammenhänge zu verstehen. Dieses ist der Ausgangspunkt für die Entwicklung von integrierten Handlungsansätzen, die in gleicher Weise vor Ort ineinander greifen müssen, um die Situation in den sozialbelasteten Quartieren zu verbessern. Diese Erkenntnis hat sich Ende der 90er Jahre erstmalig in einem integriertem Aktionsprogramm für Vahrenheide-Ost nieder geschlagen, das die Themen Wohnen, Wohnumfeld, städtebauliche Erneuerung, lokale Wirtschaftsstruktur, soziale, kulturelle Infrastruktur, Umwelt und Bürgermitwirkung beinhaltet. Damit wurde die Grundlage für die integrierte Stadtteilentwicklung in Hannover gelegt.

Die Initiierung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ bestätigte, dass Hannover mit seinem integrierten Stadtteilentwicklungskonzept auf dem richtigen Weg ist. Das Programm war Impuls dafür, weitere prekäre Stadtquartiere in diesem Sinne zu bearbeiten und den integrierten Ansatz weiter zu entwickeln.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist als Programm der Städtebauförderung mit dem Ziel aufgelegt worden, der drohenden sozialen Polarisierung in den Städten entgegenzuwirken. Diese Initiative soll die Entwicklung von Stadtteilen oder Stadtquartieren mit besonderen sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen gezielt fördern. Mit diesem Förderinstrument wird der Blick bewusst fokussiert auf eine dezentrale soziale und städtebauliche Stadtentwicklungspolitik, die möglichst unmittelbar an den spezifischen Lebensverhältnissen vor Ort ansetzt.

Das Programm „Soziale Stadt“ erhebt den Anspruch, Quartiersentwicklungsprozesse in Gang zu setzen, welche die sozialen Problemgebiete zu selbständig lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive machen sollen<sup>36</sup>. Als Aufgaben dieser Quartiersentwicklungsprozesse werden die Aspekte Bürgermitwirkung und Stadtteilleben, Lokale Wirtschaft und Beschäftigung, Quartierszentren, soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur, Wohnen, Wohnumfeld und Ökologie benannt.

Zur Förderung der Stadtquartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf ist der gebündelte und gezielte Einsatz aller verfügbaren Ressourcen und Programme erforderlich. Ziele und Handlungsansätze finden sich in einem integrierten Handlungskonzept wieder. Dieses versteht sich als Rahmenplan, den die örtlichen Akteure und Institutionen mit möglichst viel Eigeninitiative ausfüllen sollen.

Die Stadtteile Mittelfeld und Hainholz wurden von Bund und Land in das Förderprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen und erhalten Städtebauförderungsmittel in unterschiedlicher Höhe, die für investive Maßnahmen in den Quartieren eingesetzt werden können. Vahrenheide-Ost wird als Sanierungsgebiet durch das Land Niedersachsen gefördert, da der Beginn der Sanierung vor dem Start des Bund-Länder-Programms lag. Dennoch gelten für Vahrenheide-Ost die Richtlinien des Programms „So-

---

<sup>36</sup> ARGEBAU: Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, März 2000

ziale Stadt“. Um nicht-investive Projekte, die in Zusammenhang mit einer „sozialen Sanierung“ von besonderer Bedeutung sind, realisieren zu können, hat die Stadt Hannover für diese drei Quartiere zusätzliche Finanzmittel in den Haushalt eingestellt. Darüber hinaus wurden vor Ort erstmalig Quartiersmanagerinnen und –manager eingesetzt, die Prozesse vor Ort initiieren und die Umsetzung der Stadtteilentwicklungsprogramme fördern sollen. Innerhalb der Stadtverwaltung werden Projekte und Maßnahmen, die in den Gebieten soziale Stadt realisiert werden sollen, mit Priorität versehen. Auf diese Weise soll eine Bündelung von Aktivitäten und Ressourcen erfolgen, die den Fortschritt der Sanierung im Sinne des Programms „Soziale Stadt“ fördert.

In Hannover gibt es darüber hinaus Stadtquartiere, in denen soziale Problemlagen gehäuft auftreten. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Stadtteile Stöcken und Linden-Süd, für die beim Land Niedersachsen ebenfalls Anträge auf Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ gestellt wurden. Sozialräumliche Analysen weisen auf weitere Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf (zum Beispiel Mühlenberg, Sahlkamp) hin, die zur Zeit – genau wie Linden-Süd und Stöcken – jedoch nur im Rahmen regulären Aktivitäten unter Anwendung integrierter Handlungsansätze in ihrer Entwicklung unterstützt werden können.

## 8.5 Bildung der Region Hannover

Am 01.11.2001 hat sich die Region Hannover, bestehend aus der Landeshauptstadt Hannover und den Städten und Gemeinden des Landkreises Hannover, gebildet. Die Region Hannover ist Trägerin öffentlicher Aufgaben, die von überörtlicher Bedeutung sind. Mit der Bildung der Region hat die Landeshauptstadt Hannover Zuständigkeiten abgegeben. So ist beispielsweise das Gesundheitsamt in die Trägerschaft der Region übergegangen. Die Landeshauptstadt Hannover ist auch nicht länger örtlicher Träger der Sozialhilfe, wird allerdings von der Region Hannover zur Durchführung der Aufgaben nach dem Bundessozialhilfegesetz herangezogen. Die Region Hannover hat an dieser Stelle Weisungsbefugnis und Richtlinienkompetenz erhalten und kann damit die inhaltliche Gestaltung der Leistungen, deren Ausgestaltung und Durchführung beim örtlichen Träger liegt wie zum Beispiel „Hilfe zur Arbeit“, beeinflussen. Auch die örtliche Pflegeplanung, die bisher im Sozialamt durchgeführt wurde, hat in die Zuständigkeit der Region gewechselt.

Aufgabe der Region ist nun auch die Jugendhilferahmenplanung. Die Landeshauptstadt Hannover bleibt aber örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Region gewährt den örtlichen Trägern der Jugendhilfe für Leistungen der Jugendhilfe, die im Regionsgesetz benannt sind, einen pauschalierten Kostenausgleich der Personal- und Sachkosten bis zu 80 %. Voraussetzung ist, dass der Region der Abschluss von Leistungs- und Entgeltvereinbarungen für stationäre und teilstationäre Leistungen der Erziehungshilfe übertragen und die Jugendhilfeplanung mit der Region abgestimmt wird. Über die im Gesetz aufgeführten Leistungen kann sich der Kostenausgleich auch auf andere Leistungen der Jugendhilfe erstrecken.

Neben positiven Effekten, die sich aus der Bildung der Region ergeben sollen, bedeutet diese Neuorganisation für die Landeshauptstadt Hannover in den genannten Bereichen eine neue Orientierung und auch den Verlust an sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten.

## 9. Sozialpolitische Handlungsperspektiven

Aufgabe kommunaler Sozialpolitik ist es, zur Vermeidung von Problemlagen beizutragen und eingetretene Notlagen zu mildern beziehungsweise abzubauen. Damit verbunden ist das Bestreben, die Rahmenbedingungen für ein gleichberechtigtes Nebeneinander verschiedener Lebensweisen und Lebensperspektiven zu verbessern und Benachteiligungen sowie soziale Ausgrenzungen aktiv zu verhindern. Außerdem geht es darum, die verschiedenen sozialen Leistungen möglichst lebenslagenah zu gestalten.

Die Handlungsspielräume kommunaler Sozialpolitik werden durch verschiedene äußere Rahmenbedingungen definiert. Hierzu zählen gesellschaftliche Bedingungen wie ökonomische und arbeitsmarktpolitische Entwicklungen sowie die Auswirkungen der Gesetzgebung von Bund und Land auf die kommunale Ebene. Gerade in den letzten Jahren haben sich diese finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen zum Nachteil für Kommunen deutlich verändert. Obwohl die sozialen Aufgaben eher noch zunehmen, sind die finanziellen Handlungsspielräume geringer geworden.

Die soziale Situation in Hannover und die zu erwartenden demographischen und sozialen Entwicklungen, so wie sie in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich dargestellt wurden, machen es notwendig, auch in den kommenden Jahren umfassende sozialpolitische Strategien zu entwickeln beziehungsweise weiterzuverfolgen. Dabei muss die Gleichzeitigkeit von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und sozialer Stadtentwicklung mehr denn je in Beziehung gesetzt werden. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, auch neue Wege der sozialpolitischen Gestaltung zu entwickeln und die bisherigen Strategien zu überprüfen.

Den Rahmen für sozialpolitische Strategien bilden bereits bestehende Stadtentwicklungsprogramme, insbesondere das Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung 2001 bis 2005, in dem zum Leitthema „Ausgleich statt Spaltung“ die drei Strategien „Solidarische Stadt Hannover“, „Junge Stadt Hannover“ und „Initiative für mehr Beschäftigung“ für die sozialpolitische Entwicklung im Mittelpunkt stehen.

Auf dieser Grundlage werden in diesem Kapitel Themen und Ansätze für sozialpolitische Strategien und Prioritäten in der Stadt Hannover aufgezeigt. Die wichtigsten - teilweise auch ineinander greifenden - Themen und Ansätze werden im folgenden dargestellt und erläutert. Die hieraus zu entwickelnden Maßnahmen und Projekte sind im stadtentwicklungspolitischen Prozess zu gestalten.

### 9.1. Sozialpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung prekärer Lebenssituationen

#### 9.1.1 Einkommensarmut

Dass Armut und die daraus resultierenden Folgen auch weiterhin in Hannover sozialpolitisch bedeutsame Themen sind, zeigen die Zahlen der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nur zu deutlich. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang Familien und allein Erziehende und damit vor allem auch Kinder und Jugendliche. Hier gilt es weiterhin, den Menschen und

Familien, die bereits von Armut betroffen sind und Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, Lösungswege und Hilfestellungen zu geben. Daneben sollten aber auch nicht diejenigen außer Acht gelassen werden, die erhöhten Armutsrisiken ausgesetzt sind. Im Sinne von Armutsprävention sollten Risiken rechtzeitig erkannt werden und Möglichkeiten zur Stabilisierung oder Verbesserung der Situation ergriffen werden. Deshalb werden die Bekämpfung, aber auch die Vermeidung von Einkommensarmut, weiterhin vorrangige Handlungsschwerpunkte hannoverscher Sozialpolitik sein.

#### Handlungsansätze und Perspektiven

- Um Menschen die Möglichkeit zu geben, langfristig ein von Transfereinkommen unabhängiges Leben zu führen, sind vorhandene Potentiale zu aktivieren und eigene Kompetenzen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe zu stärken.
- Damit arbeitslosen und von Sozialhilfe lebenden Menschen, insbesondere allein Erziehenden, der Einstieg in das Berufsleben ermöglicht werden kann, sind notwendige Rahmenbedingungen für die Aufnahme einer Erwerbsarbeit zu schaffen, wie zum Beispiel die Organisation von benötigter Kinderbetreuung.
- Zur Milderung oder Vermeidung von negativen Folgen, die aus der Einkommensarmut zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Bildung resultieren, sollten individuelle Maßnahmen im Sinne des Fallmanagements beziehungsweise sozialen Aktivierungsmanagements (SAM) ausgebaut werden.
- Um die individuellen Hilfen zu verbessern, sollte die Zusammenarbeit und Kooperation der verschiedenen zuständigen Stellen zur Bekämpfung von Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit weiter vorangetrieben werden.

### 9.1.2 Qualifizierung und Beschäftigung

Das Ziel städtischer Beschäftigungsförderung ist es, Personen mit persönlichen Schwierigkeiten über die Wege der Qualifizierung beziehungsweise der Beschäftigung im zweiten oder dritten Arbeitsmarkt auf den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten. Parallel hierzu ist es erforderlich, Unternehmen, speziell des ersten Arbeitsmarktes, zu motivieren, entsprechende Arbeitsplätze in allen Arbeitsmarktsektoren zur Verfügung zu stellen.

Die Landeshauptstadt Hannover hat in den vergangenen Jahren den kommunalen Handlungsspielraum zur Beschäftigungsförderung aktiv gestaltet und auf diese Weise einen Beitrag zur Armutsabwehr geleistet. Auch zukünftig ist dieses Arbeitsfeld für die städtische Sozialpolitik von besonderer Bedeutung. Hierbei sind innerhalb des finanziellen Rahmens, welcher der Stadt zur Verfügung steht, die begonnenen Handlungsansätze weiterzuentwickeln und umzusetzen. Die Stadt muss dabei ausgehend von den strukturellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt vor allem dazu beitragen, die betroffenen Menschen gezielt in ihrem Umfeld anzusprechen und zu motivieren und ihnen auf ihre spezifische Situation passende Hilfen anzubieten.

#### Handlungsansätze und Perspektiven

- Auf die individuelle Lebenssituation angepasst, sollte die zum Beispiel im Fallmanagement beziehungsweise sozialen Aktivierungsmanagement (SAM) bereits eingeführte Aufstellung individueller

Hilfepläne weiter ausgeweitet und fortentwickelt werden, so dass durch die Einbeziehung persönlicher Ressourcen und Stärken sowie durch die Beachtung der Lebensumstände und des Lebensumfelds nachhaltige Lösungswege entwickelt werden können.

- Für bestimmte Personengruppen wie junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf, bereits arbeitslose junge Menschen oder Nichtdeutsche - hier gerade auch die akademisch ausgebildeten - , die aufgrund von Sprachproblemen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben, sollten auf die spezifischen Probleme abgestimmte Programme weiter ausgebaut und entwickelt werden.
- Auf lokaler Ebene sollten verstärkt interdisziplinäre Arbeitsansätze umgesetzt werden. Durch die dezentrale Bündelung verschiedener Kräfte und Ressourcen könnten so in einzelnen Sozialräumen (in Anlehnung an den Ansatz des Programms Soziale Stadt) ökonomische Impulse entstehen und gegebenenfalls Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Um die individuellen Hilfen zu verbessern, sollte die Zusammenarbeit und Kooperation der verschiedenen zuständigen Stellen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut weiter vorangetrieben werden.

## 9.2. Sozialpolitische Maßnahmen für besondere Zielgruppen

### 9.2.1 Familien

Familien spielen für die Kontinuität der Entwicklung und für die soziale Stabilisierung der Stadt eine große Rolle. Familien zu stärken ist auch deswegen von besonderer Wichtigkeit, da diese auch ein besonderes finanzielles Risiko tragen. Dieses zeigen die hohen Zahlen von Kindern beziehungsweise Familien, gerade auch allein Erziehenden, die von Sozialhilfe leben. Aufgabe der Stadt ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen beziehungsweise zu optimieren, um Familien mit den unterschiedlichsten Anforderungen und Bedürfnissen ein attraktives Leben in der Stadt zu gewährleisten.

#### Handlungsansätze und Perspektiven

- Damit Kinder nicht unter dem Eindruck von Armut groß werden müssen, sind vorhandene Maßnahmen so auszubauen und zu bündeln, dass die von Armut betroffenen oder von Armut bedrohten Familien ausreichende, auf ihre individuelle Lebenssituation bezogene Unterstützung bekommen.
- Mit dem größtmöglichen Engagement sollte das Wohnen und Wohnumfeld in der Stadt familien- und damit auch kinderfreundlich gestaltet werden. Die Entwicklung des Wohnquartiers Kronsberg ist Beispiel dafür wie städtebauliche Gestaltung, ein differenziertes Freiraumkonzept gepaart mit Ausgestaltung der wohnortnahen sozialen und kulturellen Infrastruktur das Wohnen von Familien in der Stadt fördert.
- Für Familien in schwierigen, erzieherischen Situationen sollten die im persönlichen Umfeld vorhandenen Ressourcen stärker mit in Lösungswege eingebunden werden. In diesem Sinne sollte der Ansatz des Kontraktmanagements – also die quartiersbezogene Ausrichtung der Maßnahmen der Hilfe zur Erziehung weiter ausgebaut werden.

- Kindertagesstätten kommt als Frühwarnsystem von familiären Konfliktlagen oder Armutssituationen eine besondere Bedeutung zu. Diese Funktion sollte ebenso wie die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen der Familienhilfe gestärkt werden.
- Die Einführung der verlässlichen Grundschule und damit die Sicherstellung der Kinderbetreuung ist ein wichtiger Beitrag dazu, Familien zeitlich zu entlasten und ihnen eine Planungssicherheit an die Hand zu geben, so dass zum Beispiel allein Erziehende auch die Möglichkeit haben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.
- Dem Kommunalen Sozialdienst (KSD) als stadtteilorientierter Dienst nimmt bei der Unterstützung und Beratung von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen weiterhin eine besondere Rolle ein. Die Rahmenbedingungen für den fach- und sachgerechten Einsatz von Ressourcen sollten auch zukünftig gesichert sein.

### 9.2.2 Junge Menschen

Gerade die Erfahrungen und Erlebnisse, die junge Menschen in ihrem privaten Leben, ihrer Freizeit, in der Schule und beim Einstieg in den Beruf machen, prägen und beeinflussen das weitere Leben und sind richtungsweisend für die private wie berufliche Entwicklung junger Menschen. Diesen jungen Menschen Perspektiven und Wege aufzeigen zu können und sie in einem Umfeld aufwachsen zu lassen, das sie für die Zukunft stärkt, ist eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben.

#### Handlungsansätze und Perspektiven

- Offene Jugendarbeit soll ihre Funktion als Anlaufstelle für Jugendliche, wo sie mit anderen zusammen ihre freie Zeit gestalten, weiter verstärken. Zielgruppenspezifische Angebote, zum Beispiel für Mädchen, sind ebenfalls weiter auszubauen.
- Die verschiedenen mit Erfolg praktizierten Formen der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule sollten weiter intensiviert werden. Nur in einem gleichberechtigten Miteinander sind Themen und Aufgaben wie der Ausbau der Ganztagsbetreuung von Kindern im Schulalter, die Prävention von Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen und die Öffnung von Schule in den Stadtteil zu bewältigen.
- Zur verbesserten Integration sollte die Sprachförderung vor allem für die Gruppe der jungen Aussiedlerinnen und Aussiedler, für die nichtdeutschen Jugendlichen der dritten Generation, die Sprachprobleme haben, ausgebaut und angeboten werden.
- Ein wichtiger Grundpfeiler für die Zukunft junger Menschen ist es, ihnen beim Übergang von der Schule in den Beruf beziehungsweise in die Ausbildung behilflich zu sein und sie zu fördern, so dass sie ihren Lebensunterhalt eigenständig erwirtschaften können. Ansätze und Projekte wie die Einrichtung von Jugendbüros sollten verstärkt eingesetzt werden.
- Für junge Menschen aller Altersgruppen, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden und zum Beispiel Kriminalitäts-, Drogen- oder psychische Probleme haben, sollten individuelle Hilfen ausgebaut und angeboten werden.

### 9.2.3 Ältere Menschen

Ältere Menschen stellen in der Stadtgesellschaft eine bedeutende Gruppe dar, die aus sozialplanerischer Sicht aufgrund ihrer Größe und heterogenen Zusammensetzung an Bedeutung immer weiter zunimmt. Die Heterogenität dieser Altersgruppe basiert zum Beispiel auf erheblichen Unterschieden in finanziellen Ressourcen der Einzelnen, im Bildungsstand und daraus resultierend im Freizeit- und Konsumverhalten. Hieraus lassen sich unterschiedliche Ansprüche, Bedarfe und Zielgruppen ableiten. Die verschiedenen Angebote für ältere Menschen müssen noch weiter an den veränderten Möglichkeiten, Einstellungen und Verhaltensweisen angepasst werden.

#### Handlungsansätze und Perspektiven

- Wenn immer mehr Menschen in der Stadt alt werden, sollte über veränderte Wohnformen für ältere Menschen nachgedacht werden. Mehrgenerationenwohnen oder Alten-WG's sind Wohnformen, die vielen älteren Menschen nochmals neue Perspektiven für die Gestaltung ihres Lebens geben könnten. Aber auch im Übergang vom selbständigem zu einem auf Hilfe angewiesenen Leben sollten bestehende Angebote auf die sich verändernden Bedürfnisse überprüft werden.
- Im Freizeitbereich sollten - wie bereits mit der Einrichtung von Seniorenbüros begonnen - neue Wege ausprobiert werden, um älteren, aktiven Menschen Möglichkeiten zu geben, sich und ihr Wissen und Können einzubringen. Dieses könnte generationsübergreifend das Verständnis füreinander fördern.
- Vor dem Hintergrund, dass ältere Menschen einen erheblichen Anteil an der Bevölkerung ausmachen und die mittlere Generation in Beruf und Familie stark eingebunden ist, wird es zukünftig noch wichtiger sein, im Sinne des ehrenamtlichen Engagements Wissen und Potentiale älterer Menschen für die Gesellschaft zu aktivieren und entsprechende Angebote zu entwickeln.
- Als besondere Zielgruppe sind Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland alt geworden sind und die nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren wollen, zu begreifen. Diese Gruppe wird in den nächsten Jahren erheblich anwachsen, wodurch es notwendig wird, verstärkt auf die spezifischen Bedarfe bezüglich Wohnen, Pflege, Freizeit, etc. einzugehen.
- Im Sinne einer Bündelung von Aufgaben und einer optimierten Herangehensweise sollen die Verwaltungskapazitäten, die sich um die Belange älterer Menschen kümmern, in einem neuen Fachbereich „Senioren“ zusammengebracht werden.

## 9.3. Grundsätzliche sozialpolitische Ansätze

### 9.3.1 Prävention

Das Grundprinzip der Prävention ist es, Missstände zu mildern und im Vorfeld zu verhindern. Es bedeutet Konzepte und Ansätze zur Vermeidung gesellschaftlicher und sozialer Fehlentwicklungen zu entwickeln und umzusetzen. Prävention bezieht sich auf ein breites Themenspektrum, vor allem auf die Bereiche Armut, Überschuldung, Kriminalität, Gewalt, Drogen, Gesundheit, Wohnungsverlust oder Arbeitslosigkeit. Auch wenn die Auswirkungen präventiver Arbeit nicht direkt messbar sind, lassen sich

durch präventive Maßnahmen und damit durch Vermeidung prekärer Lebenssituationen soziale Folgekosten reduzieren. Langfristig tragen präventive Maßnahmen somit auch zu Einsparungen bei.

#### Handlungsansätze und Perspektiven

- Um Armut und Notlagen bereits im Ansatz zu vermeiden, sollte verstärkt eine interdisziplinär angelegte Präventionsarbeit intensiviert werden.
- Gefährdungspotentiale sollten gerade bei jungen Menschen gemindert werden. Mit ihnen sollten vor allem in den Bereichen Drogen und Kriminalität lebenslagennahe und individuelle Problemlösungsansätze entwickelt werden.
- Menschen und Gruppen durch entsprechende Sprachangebote zu integrieren, die aufgrund sprachlicher Probleme Gefahr laufen, zu einer Randgruppe zu werden, ist gleichzeitig eine präventive Maßnahme. So kann verhindert werden, dass durch die Ausgrenzung individuelle soziale Problemlagen, aber auch soziale Spannungen zu anderen Mitmenschen, entstehen.

### 9.3.2 Sozialräumliche Orientierung

Die Lebenslagen in einer Großstadt werden immer differenzierter und komplexer. Die mit den Lebenslagen verbundenen unterschiedlichen Wünsche, Erwartungen, Bedarfe und Problemlagen lassen sich am besten lebenslagennah und bezogen auf einen abgegrenzten Sozialraum erfahren und bearbeiten. Um der Komplexität adäquate Angebotsstrukturen bieten zu können, sollten die verschiedenen Angebote und Dienste in dem jeweiligen Sozialraum koordiniert und gebündelt werden. Im Ergebnis ermöglicht es die sozialräumliche Orientierung, bedarfsgerechter auf soziale Gegebenheiten zu reagieren.

#### Handlungsansätze und Perspektiven

- Für die Kenntnis über den Sozialraum sollten Informationen zur sozialen Struktur und zur bestehenden Infrastruktur regelmäßig kleinräumig vorliegen.
- Zur übergreifenden stadtweiten Planung sollten interdisziplinäre und sozialräumliche Planungsansätze entwickelt werden. Grundlage hierfür könnte der Aufbau eines jährlichen sozialplanerischen Berichtswesens sein.
- Die Fortführung und Ausweitung integrierter Konzepte und Ansätze für den Sozialraum dient dazu, den verschiedenen Lebenslagen in der Stadt bedarfsgerechte Angebote machen zu können.
- Für die Umsetzung lebenslagennaher Angebote ist eine entsprechende Organisationsstruktur notwendig. Die begonnene Koordinierung und Kooperation innerhalb einzelner Stellen der Stadtverwaltung, aber auch zwischen den verschiedenen Stellen (vgl. Vernetzte Dienste) ist fortzuführen, ebenso die Zusammenarbeit von freien Trägern und Stadt.

### 9.3.3 Beteiligung und Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner

Die soziale Entwicklung der Stadt Hannover ist ohne die Beteiligung und das Engagement ihrer Einwohnerinnen und Einwohner nicht tragfähig. So gäbe es beispielsweise keine Selbsthilfegruppen, keine

Kinder- und Jugendfreizeiten, keine Besuchsdienste, keine Fördervereine und vieles mehr. Die Stadt braucht die Kompetenzen und Erfahrungen der Menschen. Ihr freiwilliger Einsatz ist eine wichtige Ressource für die stabile Entwicklung der Stadt und für den Zusammenhalt ihres Gemeinwesens. Beteiligung und Engagement sind aber keinesfalls selbstverständlich. Sie bedürfen einer kontinuierlichen Förderung durch Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft. Ihre vorrangige Aufgabe besteht darin, Beteiligung zu ermöglichen, Mitwirkung anzuregen, zu Engagement zu ermutigen und Kooperationen zu stärken.

#### Handlungsansätze und Perspektiven

- Um das Engagement im und für den eigenen Stadtteil zu fördern, sollten die Einwohnerinnen und Einwohner bei Planungen und Projekten der sozialen Stadtteilentwicklung beteiligt werden und ihre Mitwirkung gesichert werden.
- Gerade bei jungen Menschen sollte das Interesse für das eigene Lebensumfeld geweckt und gestärkt werden, indem ihnen die Möglichkeit gegeben wird zum Beispiel in Organisationen und Einrichtungen der Jugendhilfe mitzuwirken und an Angeboten teilzunehmen oder sie durch entsprechende Projekte in Schulen ein verstärktes Demokratieverständnis entwickeln können.
- Gegenseitig füreinander da sein und anderen Menschen uneigennützig behilflich sein sind Formen des Zusammenlebens, die dazu beitragen, dass Menschen achtsamer miteinander umgehen und Verständnis füreinander entwickeln. In diesem Sinne sollte die Freiwilligenarbeit und das ehrenamtliche Engagement in den verschiedenen sozialen Handlungsfeldern gestärkt werden.
- Eigeninitiativen und bürgerschaftliches Engagement sollten durch das Bereitstellen von privaten finanziellen Mitteln (Fundraising) in ihrem Handeln unterstützt und gefördert werden.

## 9.4 Region Hannover

Durch die Bildung der Region Hannover wurden verschiedene Zuständigkeiten neu verteilt. In einigen Bereichen sind die Verantwortlichkeiten vollständig oder teilweise verlagert worden. Für die Zukunft müssen gemeinsame Arbeitsfelder und Formen der Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden und der Region Hannover abgestimmt und entwickelt werden.

#### Handlungsansätze und Perspektiven

- Perspektivisch sollte der Aufbau einer aufeinander abgestimmten Jugendhilfe- und Sozialberichterstattung innerhalb der Region vorangetrieben werden.
- Bestehende Schnittmengen im sozialen Bereich sollten gemeinsam und in Kooperation ausgestaltet werden. Hierzu bedarf es des Aufbaus verbindlicher Kommunikationsstrukturen.
- Es sollte ein Austausch über Verfahrensweisen und fachlichen Standards stattfinden.
- Grundsätzlich sollten bei der Bearbeitung der Aufgaben, die in die Trägerschaft der Region übergegangen sind, weiterhin die besonderen großstädtischen Belange und Rahmenbedingungen Hannovers berücksichtigt werden. Dieses trifft insbesondere auf den Bereich der Gesundheitspolitik wie auch der Sozialhilfe zu.

## 10. Verzeichnis der Karten, Abbildungen und Tabellen

### Kartenverzeichnis

		Seite
Karte 1	Nichtdeutsche nach Stadtteilen Anteil der nichtdeutschen Personen an der Bevölkerung am Ort der Haupt- wohnung am 1. Januar 2001 (in Prozent)	28
Karte 2	Aussiedlerinnen und Aussiedler nach Stadtteilen Anteil der Personen mit erster Staatsangehörigkeit deutsch und zweiter Staatsangehörigkeit eines ehemaligen Ostblockstaates an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 1. Januar 2001 (in Prozent)	29
Karte 3	Kinder und Jugendliche nach Stadtteilen Anteil der Personen im Alter unter 18 Jahren an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 1. Januar 2001 (in Prozent)	30
Karte 4	Nichtdeutsche Kinder und Jugendliche nach Stadtteilen Anteil der nichtdeutschen Personen im Alter unter 18 Jahren an der gleichalt- rigen Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 1. Januar 2001 (in Prozent)	31
Karte 5	Ältere Menschen nach Stadtteilen Anteil der Personen im Alter von 60 Jahren und älter an der Bevölkerung am Ort der Hautwohnung am 1. Januar 2001 (in Prozent)	32
Karte 6	Hilfe zum Lebensunterhalt nach Stadtteilen Anteil der Empfängerinnen und -empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung am Ort der Hautwohnung am 31. Dezember 2000 (in Prozent)	50
Karte 7	Hilfe zum Lebensunterhalt für Nichtdeutsche nach Stadtteilen Anteil der nichtdeutschen Empfängerinnen und -empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der nichtdeutschen Bevölkerung am Ort der Hauptwoh- nung am 31. Dezember 2000 (in Prozent)	51
Karte 8	Hilfe zum Lebensunterhalt für Kinder und Jugendliche nach Stadt- teilen Anteil der Empfängerinnen und -empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt im Alter von unter 18 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31. Dezember 2000 (in Prozent)	52

Karte 9	Hilfe zum Lebensunterhalt für nichtdeutsche Kinder und Jugendliche nach Stadtteilen Anteil der nichtdeutsche Empfängerinnen und -empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt im Alter von unter 18 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31. Dezember 2000 (in Prozent)	53
Karte 10	Hilfe zum Lebensunterhalt für ältere Personen nach Stadtteilen Anteil der Empfängerinnen und -empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt im Alter von 60 Jahren und älter an der gleichaltrigen Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31. Dezember 2000 (in Prozent)	54
Karte 11	Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Stadtteilen Anteil der Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt (Bedarfsgemeinschaften) an allen Haushalten (Haushaltsvorständen) am 31. Dezember 2000 (in Prozent)	55
Karte 12	Familienhaushalte mit Hilfe zum Lebensunterhalt nach Stadtteilen Anteil der Familienhaushalte mit Hilfe zum Lebensunterhalt (Bedarfsgemeinschaften mit Kindern) an allen Familienhaushalten (Haushaltsvorstände mit Kindern) am 31. Dezember 2000 (in Prozent)	56
Karte 13	Allein Erziehende mit Hilfe zum Lebensunterhalt nach Stadtteilen Anteil der Haushalte von allein Erziehenden mit Hilfe zum Lebensunterhalt an allen allein Erziehenden (alleinstehende Haushaltsvorstände mit Kindern) am 31. Dezember 2000 (in Prozent)	57
Karte 14	Arbeitslose nach Stadtteilen Anteil der Arbeitslosen im Dezember 2000 an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 18 bis 64 Jahren (in Prozent)	68
Karte 15	Nichtdeutsche Arbeitslose nach Stadtteilen Anteil der nichtdeutschen Arbeitslosen an allen Arbeitslosen im Dezember 2000 (in Prozent)	69
Karte 16	Langzeitarbeitslose nach Stadtteilen Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Dezember 2000 (in Prozent)	70
Karte 17	Wohnfläche nach Stadtteilen Wohnfläche in Wohnungen (Wohn- und Nichtgebäude) je Einwohner am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1999 (in qm)	78

Karte 18	Belegrechtsquote nach Stadtteilen Anteil der vermittelbaren Belegrechte an allen Belegrechtswohnungen am 31.12.2000 (in Prozent)	79
Karte 19	Beteiligung von Kindern an der Vorsorgeuntersuchung U 9 nach Stadtteilen Anteil der an der Vorsorgeuntersuchung U 9 teilgenommenen Kinder an allen untersuchten Kindern in der Schulanfängeruntersuchung 1999/2000 (in Prozent)	87
Karte 20	Familienhaushalte nach Stadtteilen Anteil der Familienhaushalte (Haushaltsvorstände mit Kindern) an allen Haushalten (Haushaltsvorstände) am Ort der Hauptwohnung am 1. Januar 2001 (in Prozent)	102
Karte 21	Allein Erziehende nach Stadtteilen Anteil der Haushalte von allein Erziehenden (alleinstehende Haushaltsvorstände mit Kindern) an allen Haushalten (Haushaltsvorstände) am Ort der Hauptwohnung am 1. Januar 2001 (in Prozent)	103

### Abbildungsverzeichnis

		Seite
Abbildung 1	Entwicklung der 0 bis 17-Jährigen 1990 bis 2000 absolut und in Prozent	17
Abbildung 2	Entwicklung der mittleren Generation 1990 bis 2000 in Prozent	18
Abbildung 3	Anzahl der weiblichen und männlichen Personen in der älteren Generation am 01.01.2001	20
Abbildung 4	Entwicklung der Zahl der nichtdeutschen älteren Bevölkerung 1995 bis 2000	21
Abbildung 5	Entwicklung der älteren Generation 1990 bis 2000 in Prozent	20
Abbildung 6	Haushaltsvorstände am Ort der Hauptwohnung am 01.01.2001 in Prozent	23
Abbildung 7	Haushalte in Hannover nach Haushaltsgrößen im Jahr 2000 in Prozent	24

Abbildung 8	Salden der Zu- und Fortzüge bezogen auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung 1991 bis 2000 für die Stadt Hannover	25
Abbildung 9	Anzahl der Wanderungsbewegungen bezogen auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung 1991 bis 2000	26
Abbildung 10	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in der Landeshauptstadt Hannover und im Landkreis Hannover 2000 – Haushalte insgesamt	34
Abbildung 11	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in der Landeshauptstadt Hannover und im Landkreis Hannover 2000 – Familienhaushalte	35
Abbildung 12	Entwicklung der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt 1995 bis 2000 absolut und in Prozent	38
Abbildung 13	Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Altersklassen und Nationalität an der jeweiligen Bevölkerung am 31.12.2000 in Prozent	42
Abbildung 14	Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Haushaltsform 1995 und 2000 in Prozent an allen Bedarfsgemeinschaften	44
Abbildung 15	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und der Arbeitslosenquoten* jeweils im Dezember der Jahre 1998 bis 2000 * Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren	59
Abbildung 16	Entwicklung der Zahl der Langzeitarbeitslosen jeweils im Dezember der Jahre 1995 bis 2000	61
Abbildung 17	Entwicklung der Vermittlungen mit Arbeitsvertrag der Hilfe zur Arbeit und der Nettoeinsparungen in der Sozialhilfe 1995 bis 2000	63
Abbildung 18	Entwicklung der Zahl städtischer Belegrechte 1996 bis 2000	73
Abbildung 19	Entwicklung der Zahl der Obdachlosen 1996 bis 2000	75
Abbildung 20	Vermittlung von Seniorenwohnungen 1991 bis 2000	76
Abbildung 21	Soziale Struktur der tabellenwohngeldberechtigten Haushalte am 31.12.2000	77
Abbildung 22	Beteiligung von Kindern an der U 9-Untersuchung in Abhängigkeit vom Besuch einer Kindertagesstätte in Prozent	81

Abbildung 23	Übergewichtige Kinder in Abhängigkeit ihrer Sprachlichkeit in Prozent	82
Abbildung 24	Entwicklung der Hilfe zur Erziehung 1997 bis 2001 in absoluten Zahlen	99
Abbildung 25	Betreuungsfälle in der Hilfe zur Erziehung nach Geschlecht und Nationalität in Prozent	100

### Tabellenverzeichnis

		Seite
Tabelle 1	Relative Armut und relativer Reichtum 1997	36
Tabelle 2	Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt – Vergleich der zehn am höchsten belasteten Stadtteile 1995 und 2000	40
Tabelle 3	HLU-Fälle am 31.12.1998 absolut und in Prozent	46
Tabelle 4	Entwicklung der Arbeitslosenquoten* in den fünf am stärksten betroffenen Stadtteilen jeweils im Dezember der Jahre 1998 bis 2000 <small>* Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren</small>	59
Tabelle 5	Auswertung des HLU-Bezugs der in den Jahren 1997 bis 1999 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermittelte Personen zum Stichtag 31.12.2001	64
Tabelle A1	Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Stadtteilen und Altersgruppen am 01.01.2001	124
Tabelle A2	Deutsche Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Stadtteilen und Altersgruppen am 01.01.2001	125
Tabelle A3	Nichtdeutsche Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Stadtteilen und Altersgruppen am 01.01.2001	126
Tabelle A4	Aussiedlerinnen und Aussiedler* am Ort der Hauptwohnung nach Stadtteilen und Altersgruppen am 01.01.2001 <small>* Ein Merkmal „Aussiedler“ findet sich in den Statistikdaten des Einwohnermelderegisters nicht. Da Aussiedlerinnen und Aussiedler neben der deutschen Staatsangehörigkeit häufig noch die des Herkunftslandes besitzen, können durch die Auswertung der 2. Nationalität dennoch Erkenntnisse gewonnen werden. Allerdings umfassen diese Daten auch weitere eingebürgerte Personen aus den ehemaligen Ostblockstaaten - darunter eingebürgerte Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion und Kinder binationaler oder seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebender Eltern.</small>	127
Tabelle A5	Haushaltsvorstände (HHV) am Ort der Hauptwohnung am 01.01.2001	128

Tabelle A6	Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nach Stadtteilen und Nationalität am 31.12.2000	129
Tabelle A7	Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nach Stadtteilen und Altersgruppen am 31.12.2000	130
Tabelle A8	Deutsche Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nach Stadtteilen und Altersgruppen am 31.12.2000	131
Tabelle A9	Nichtdeutsche Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nach Stadtteilen und Altersgruppen am 31.12.2000	132
Tabelle A10	Bedarfsgemeinschaften (BG) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Stadtteilen und Haushaltstypen am 31.12.2000	133
Tabelle A11	Arbeitslose im Dezember 2000 nach Stadtteilen, Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung, Nationalität, Alter und Langzeitarbeitslosigkeit	134
Tabelle A12	Belegrechtswohnungen nach Stadtteilen am 31.12.2000	135

# Anhang

Tabelle A1: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Stadtteilen und Altersgruppen am 01.01.2001

Stadtteil	insgesamt	Alter in Jahren											
		0 - 2	3 - 5	6 - 9	10-15	16-17	18-26	27-44	45-59	60-64	65-74	75-84	85+
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
01 Mitte	8.708	182	139	148	207	62	1.660	3.154	1.476	498	601	427	154
02 Calenb. Neustadt	6.492	175	131	178	249	77	1.190	2.244	935	349	447	323	194
03 Nordstadt	16.667	541	470	543	677	226	3.059	6.029	2.419	728	1.008	707	260
04 Südstadt	38.314	945	726	899	1.293	398	4.854	13.297	6.131	2.264	3.175	2.998	1.334
05 Waldhausen	2.045	29	40	63	91	30	162	474	422	191	235	198	110
06 Waldheim	1.798	36	37	67	97	27	138	446	373	153	192	161	71
07 Bult	2.925	72	60	82	119	38	415	717	460	173	283	289	217
08 Zoo	4.258	110	91	116	143	50	402	1.412	828	241	338	353	174
09 Oststadt	13.550	322	255	291	461	162	1.858	5.040	2.395	700	936	786	344
10 List	42.408	1.211	1.028	1.234	1.706	544	4.696	14.603	7.532	2.419	3.565	2.740	1.130
11 Vahrenwald	23.277	553	492	579	847	317	2.996	7.232	3.798	1.501	2.619	1.700	643
12 Vahrenheide	9.319	314	343	477	650	222	1.022	2.250	1.608	681	1.057	519	176
13 Hainholz	6.734	208	209	249	330	106	938	2.109	1.209	370	595	309	102
14 Herrenhausen	8.119	246	194	226	313	93	1.291	2.464	1.220	468	749	590	265
15 Burg	3.760	84	77	75	160	53	363	952	705	411	502	281	97
16 Leinhausen	3.016	63	66	84	123	58	316	718	521	271	476	259	61
17 Ledeburg/Nordhaf.	5.906	178	196	233	310	92	556	1.585	1.073	523	690	366	104
18 Stöcken	11.539	347	318	451	567	170	1.488	3.370	2.134	737	1.092	658	207
19 Marienwerder	2.677	78	103	111	171	50	232	711	462	229	351	143	36
21 Sahlkamp	14.171	414	496	717	1.118	405	1.394	3.656	2.744	1.040	1.341	658	188
22 Bothfeld	19.472	462	527	775	1.111	388	1.541	4.826	4.144	1.667	2.155	1.449	427
24 Lahe	1.492	48	53	76	131	43	131	486	274	79	109	49	13
25 Groß-Buchholz	26.240	681	700	995	1.518	557	2.913	6.752	5.060	1.725	2.583	1.868	888
26 Kleefeld	12.064	325	308	448	632	211	1.519	3.520	2.025	761	1.072	785	458
27 Heideviertel	5.159	108	126	129	234	71	363	1.060	1.041	422	614	600	391
28 Kirchrode	9.892	211	207	265	393	157	773	2.003	2.011	847	1.261	1.124	640
29 Döhren	13.606	355	301	422	552	208	1.457	4.074	2.451	898	1.374	1.066	448
30 Seelhorst	2.778	80	75	107	161	44	232	732	571	181	299	222	74
31 Wülfel	4.387	130	121	141	292	82	460	1.298	759	249	381	294	180
32 Mittelfeld	8.459	214	262	295	492	160	874	2.176	1.505	589	888	696	308
33 Linden-Nord	17.003	505	446	572	733	276	2.518	6.538	2.510	798	1.046	674	387
34 Linden-Mitte	11.839	346	347	460	634	238	1.629	4.249	2.080	567	741	410	138
35 Linden-Süd	9.794	314	323	387	575	162	1.515	3.234	1.618	473	641	363	189
36 Limmer	5.876	171	141	181	215	67	740	1.934	985	398	595	332	117
37 Davenstedt	10.567	253	271	380	602	221	921	2.427	2.452	1.019	1.201	643	177
38 Badenstedt	11.238	341	343	441	643	195	1.140	3.137	1.989	753	1.160	737	359
39 Bornum	1.400	47	46	66	91	33	135	374	233	101	183	74	17
40 Ricklingen	12.552	315	269	298	470	127	1.613	3.667	2.118	898	1.327	971	479
41 Oberricklingen	10.331	249	249	320	490	157	1.043	2.672	1.961	862	1.248	807	273
42 Mühlenberg	6.841	175	239	334	601	218	688	1.617	1.262	534	732	332	109
43 Wettbergen	12.581	351	402	566	952	285	1.105	3.431	2.731	941	1.086	566	165
44 Ahlem	9.151	228	260	310	474	141	934	2.545	1.773	783	997	513	193
45 Vinnhorst/Brink-H.	6.647	214	178	230	361	121	663	1.745	1.253	538	784	421	139
47 Bemerode	15.540	642	648	759	1.071	306	1.944	4.700	2.804	939	1.029	546	152
48 Isernhagen-Süd	2.767	66	71	94	135	43	229	523	663	265	303	236	139
50 Misburg-Nord	21.371	521	581	783	1.240	417	1.984	5.850	4.374	1.755	2.364	1.114	388
51 Misburg-Süd	2.730	59	80	112	191	62	261	790	576	190	262	116	31
52 Anderten	7.386	193	177	257	402	137	715	2.116	1.449	534	772	452	182
53 Wülferode	802	25	23	22	47	14	54	229	177	69	82	49	11
Insgesamt	505.648	13.737	13.245	17.048	25.075	8.321	59.124	151.168	91.294	33.782	47.541	31.974	13.339

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

Tabelle A2: Deutsche Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Stadtteilen und Altersgruppen am 01.01.2001

Stadtteil	insgesamt	Alter in Jahren											
		0 - 2	3 - 5	6 - 9	10-15	16-17	18-26	27-44	45-59	60-64	65-74	75-84	85+
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
01 Mitte	6.814	125	87	91	126	42	1.237	2.428	1.147	417	550	414	150
02 Calenb. Neustadt	5.125	135	79	98	154	49	940	1.802	690	270	400	317	191
03 Nordstadt	12.545	425	320	333	444	147	2.134	4.729	1.707	517	857	677	255
04 Südstadt	35.041	878	637	770	1.108	345	4.254	12.013	5.589	2.121	3.050	2.949	1.327
05 Waldhausen	1.956	28	40	61	89	29	142	442	400	188	229	198	110
06 Waldheim	1.733	36	37	66	92	27	123	417	361	151	192	160	71
07 Bult	2.511	59	48	75	115	35	302	586	419	164	257	259	192
08 Zoo	3.980	105	83	112	139	46	345	1.298	778	228	326	346	174
09 Oststadt	11.839	294	227	254	389	133	1.554	4.367	2.044	608	866	768	335
10 List	37.569	1.087	875	1.033	1.437	446	3.930	12.907	6.582	2.188	3.311	2.658	1.115
11 Vahrenwald	19.240	426	337	419	633	238	2.285	5.790	3.070	1.294	2.450	1.661	637
12 Vahrenheide	6.436	186	180	250	384	139	582	1.383	1.174	552	944	495	167
13 Hainholz	4.740	129	122	147	196	71	576	1.452	865	273	519	296	94
14 Herrenhausen	6.072	165	133	150	221	66	811	1.721	940	373	662	567	263
15 Burg	3.323	64	65	55	138	46	309	809	638	380	468	259	92
16 Leinhausen	2.709	54	47	71	107	50	259	608	477	255	464	258	59
17 Ledeburg/Nordhaf.	5.049	145	163	176	261	71	410	1.312	917	477	654	360	103
18 Stöcken	8.428	247	190	297	395	110	930	2.421	1.486	558	968	623	203
19 Marienwerder	2.353	65	79	98	145	42	171	604	411	218	342	142	36
21 Sahlkamp	11.363	312	344	502	820	320	1.028	2.802	2.293	913	1.219	629	181
22 Bothfeld	18.163	429	495	710	1.027	361	1.353	4.345	3.876	1.610	2.104	1.429	424
24 Lahe	1.270	29	44	63	113	41	94	395	250	73	106	49	13
25 Groß-Buchholz	21.958	498	507	744	1.181	430	2.277	5.332	4.352	1.593	2.404	1.775	865
26 Kleefeld	10.278	269	240	339	496	179	1.202	2.941	1.705	683	1.005	766	453
27 Heideviertel	4.851	98	110	112	215	67	328	960	968	411	601	592	389
28 Kirchrode	9.351	204	191	250	379	154	682	1.812	1.884	818	1.230	1.111	636
29 Döhren	12.144	305	246	350	469	186	1.207	3.518	2.227	838	1.305	1.050	443
30 Seelhorst	2.589	76	68	98	151	37	196	651	545	175	298	220	74
31 Wülfel	3.626	105	90	106	214	62	363	1.034	641	212	342	280	177
32 Mittelfeld	6.832	172	189	209	368	133	592	1.667	1.171	510	837	679	305
33 Linden-Nord	12.757	386	295	374	461	163	1.765	5.247	1.619	550	858	656	383
34 Linden-Mitte	9.225	290	241	323	421	153	1.163	3.460	1.572	436	634	398	134
35 Linden-Süd	6.442	210	172	195	317	94	945	2.217	946	319	509	330	188
36 Limmer	4.681	134	106	131	165	47	512	1.514	768	326	546	318	114
37 Davenstedt	9.641	225	230	309	517	194	787	2.107	2.305	988	1.171	633	175
38 Badenstedt	9.756	285	275	357	520	163	925	2.595	1.753	705	1.103	723	352
39 Bornum	1.165	37	34	49	68	24	94	307	201	89	172	73	17
40 Ricklingen	10.461	248	198	236	358	98	1.181	2.896	1.781	801	1.239	947	478
41 Oberricklingen	9.107	203	195	259	417	138	810	2.266	1.772	790	1.190	796	271
42 Mühlenberg	5.287	125	141	208	407	149	504	1.134	1.057	478	669	310	105
43 Wettbergen	11.681	321	358	496	884	266	983	3.077	2.600	918	1.057	560	161
44 Ahlem	8.032	192	200	241	403	120	753	2.124	1.599	737	968	503	192
45 Vinnhorst/Brink-H.	5.787	187	146	179	300	105	524	1.480	1.083	488	747	411	137
47 Bemerode	13.749	575	564	655	923	275	1.640	3.977	2.575	888	991	535	151
48 Isernhagen-Süd	2.629	65	69	92	133	42	202	488	613	257	300	230	138
50 Misburg-Nord	19.411	478	504	705	1.133	375	1.705	5.146	3.968	1.669	2.271	1.075	382
51 Misburg-Süd	2.428	55	66	100	175	60	225	677	500	177	249	114	30
52 Anderten	6.767	173	155	225	366	123	612	1.890	1.343	500	754	445	181
53 Wülferode	783	25	23	22	47	14	52	218	172	69	81	49	11
Insgesamt	429.677	11.364	10.245	13.195	20.021	6.705	45.998	125.366	77.834	30.253	44.469	31.093	13.134

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

Tabelle A3: Nichtdeutsche Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Stadtteilen und Altersgruppen am 01.01.2001

Stadtteil	insgesamt	Alter in Jahren											
		0 - 2	3 - 5	6 - 9	10-15	16-17	18-26	27-44	45-59	60-64	65-74	75-84	85+
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
01 Mitte	1.894	57	52	57	81	20	423	726	329	81	51	13	4
02 Calenb. Neustadt	1.367	40	52	80	95	28	250	442	245	79	47	6	3
03 Nordstadt	4.122	116	150	210	233	79	925	1.300	712	211	151	30	5
04 Südstadt	3.273	67	89	129	185	53	600	1.284	542	143	125	49	7
05 Waldhausen	89	1	0	2	2	1	20	32	22	3	6	0	0
06 Waldheim	65	0	0	1	5	0	15	29	12	2	0	1	0
07 Bult	414	13	12	7	4	3	113	131	41	9	26	30	25
08 Zoo	278	5	8	4	4	4	57	114	50	13	12	7	0
09 Oststadt	1.711	28	28	37	72	29	304	673	351	92	70	18	9
10 List	4.839	124	153	201	269	98	766	1.696	950	231	254	82	15
11 Vahrenwald	4.037	127	155	160	214	79	711	1.442	728	207	169	39	6
12 Vahrenheide	2.883	128	163	227	266	83	440	867	434	129	113	24	9
13 Hainholz	1.994	79	87	102	134	35	362	657	344	97	76	13	8
14 Herrenhausen	2.047	81	61	76	92	27	480	743	280	95	87	23	2
15 Burg	437	20	12	20	22	7	54	143	67	31	34	22	5
16 Leinhausen	307	9	19	13	16	8	57	110	44	16	12	1	2
17 Ledeburg/Nordhaf.	857	33	33	57	49	21	146	273	156	46	36	6	1
18 Stöcken	3.111	100	128	154	172	60	558	949	648	179	124	35	4
19 Marienwerder	324	13	24	13	26	8	61	107	51	11	9	1	0
21 Sahlkamp	2.808	102	152	215	298	85	366	854	451	127	122	29	7
22 Bothfeld	1.309	33	32	65	84	27	188	481	268	57	51	20	3
24 Lahe	222	19	9	13	18	2	37	91	24	6	3	0	0
25 Groß-Buchholz	4.282	183	193	251	337	127	636	1.420	708	132	179	93	23
26 Kleefeld	1.786	56	68	109	136	32	317	579	320	78	67	19	5
27 Heideviertel	308	10	16	17	19	4	35	100	73	11	13	8	2
28 Kirchrode	541	7	16	15	14	3	91	191	127	29	31	13	4
29 Döhren	1.462	50	55	72	83	22	250	556	224	60	69	16	5
30 Seelhorst	189	4	7	9	10	7	36	81	26	6	1	2	0
31 Wülfel	761	25	31	35	78	20	97	264	118	37	39	14	3
32 Mittelfeld	1.627	42	73	86	124	27	282	509	334	79	51	17	3
33 Linden-Nord	4.246	119	151	198	272	113	753	1.291	891	248	188	18	4
34 Linden-Mitte	2.614	56	106	137	213	85	466	789	508	131	107	12	4
35 Linden-Süd	3.352	104	151	192	258	68	570	1.017	672	154	132	33	1
36 Limmer	1.195	37	35	50	50	20	228	420	217	72	49	14	3
37 Davenstedt	926	28	41	71	85	27	134	320	147	31	30	10	2
38 Badenstedt	1.482	56	68	84	123	32	215	542	236	48	57	14	7
39 Bornum	235	10	12	17	23	9	41	67	32	12	11	1	0
40 Ricklingen	2.091	67	71	62	112	29	432	771	337	97	88	24	1
41 Oberricklingen	1.224	46	54	61	73	19	233	406	189	72	58	11	2
42 Mühlenberg	1.554	50	98	126	194	69	184	483	205	56	63	22	4
43 Wettbergen	900	30	44	70	68	19	122	354	131	23	29	6	4
44 Ahlem	1.119	36	60	69	71	21	181	421	174	46	29	10	1
45 Vinnhorst/Brink-H.	860	27	32	51	61	16	139	265	170	50	37	10	2
47 Bemerode	1.791	67	84	104	148	31	304	723	229	51	38	11	1
48 Isernhagen-Süd	138	1	2	2	2	1	27	35	50	8	3	6	1
50 Misburg-Nord	1.960	43	77	78	107	42	279	704	406	86	93	39	6
51 Misburg-Süd	302	4	14	12	16	2	36	113	76	13	13	2	1
52 Anderten	619	20	22	32	36	14	103	226	106	34	18	7	1
53 Wülferode	19	0	0	0	0	0	2	11	5	0	1	0	0
Insgesamt	75.971	2.373	3.000	3.853	5.054	1.616	13.126	25.802	13.460	3.529	3.072	881	205

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

Tabelle A4: Aussiedlerinnen und Aussiedler\* am Ort der Hauptwohnung nach Stadtteilen und Altersgruppen am 01.01.2001

Stadtteil	insgesamt	Alter in Jahren		
		0-17	18-59	60 +
1	2	3	4	5
01 Mitte	88	16	61	11
02 Calenberger Neustadt	128	35	74	19
03 Nordstadt	189	53	121	15
04 Südstadt	255	73	154	28
05 Waldhausen	19	11	.	.
06 Waldheim	15	5	.	.
07 Bult	41	5	30	6
08 Zoo	30	12	13	5
09 Oststadt	163	42	101	20
10 List	726	200	415	111
11 Vahrenwald	674	189	396	89
12 Vahrenheide	738	162	403	173
13 Hainholz	311	86	187	38
14 Herrenhausen	392	88	226	78
15 Burg	145	40	72	33
16 Leinhausen	86	20	50	16
17 Ledeburg/Nordhafen	216	66	120	30
18 Stöcken	532	152	308	72
19 Marienwerder	189	45	122	22
21 Sahlkamp	1.403	409	798	196
22 Bothfeld	633	199	340	94
24 Lahe	49	20	25	4
25 Groß-Buchholz	1.886	499	1126	261
26 Kleefeld	339	94	219	26
27 Heideviertel	197	57	121	19
28 Kirchrode	84	25	36	23
29 Döhren	281	78	162	41
30 Seelhorst	36	15	16	5
31 Wülfel	159	55	95	9
32 Mittelfeld	770	192	463	115
33 Linden-Nord	160	37	99	24
34 Linden-Mitte	139	37	86	16
35 Linden-Süd	207	46	121	40
36 Limmer	96	27	63	6
37 Davenstedt	696	198	384	114
38 Badenstedt	575	172	350	53
39 Bornum	85	31	45	9
40 Ricklingen	249	42	163	44
41 Oberricklingen	220	48	139	33
42 Mühlenberg	1.245	314	714	217
43 Wettbergen	1.179	366	669	144
44 Ahlem	462	136	266	60
45 Vinnhorst/Brink-Hafen	387	112	227	48
47 Bemerode	1.623	518	957	148
48 Isernhagen-Süd	.	.	.	.
50 Misburg-Nord	1.095	331	640	124
51 Misburg-Süd	112	31	72	9
52 Anderten	376	113	219	44
53 Wülferode	.	.	.	.
Insgesamt	19.693	5509	11488	2.696

\*Ein Merkmal „Aussiedler“ findet sich in den Statistikdaten des Einwohnermelderegisters nicht. Da Aussiedlerinnen und Aussiedler neben der deutschen Staatsangehörigkeit häufig noch die des Herkunftslandes besitzen, können durch die Auswertung der 2. Nationalität dennoch Erkenntnisse gewonnen werden. Allerdings umfassen diese Daten auch weitere eingebürgerte Personen aus den ehemaligen Ostblockstaaten - darunter eingebürgerte Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion und Kinder binationaler oder seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebender Eltern.

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

Tabelle A5: Haushal tsvorstände (HVV) am Ort der Hauptwohnung am 01.01.2001

Stadtteil	HVV insgesamt	HVV ohne Kinder	HVV mit Kindern					Alleinstehend m. Kind	
			insg.	1	2	3	4 u. m.	insg.	dar. weibl.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
01 Mitte	6.890	6.427	463	275	146	35	7	109	107
02 Calenb. Neustadt	4.811	4.329	482	266	155	41	20	131	122
03 Nordstadt	11.917	10.424	1.493	846	463	138	46	466	444
04 Südstadt	28.132	25.311	2.821	1.735	874	172	40	799	773
05 Waldhausen	1.382	1.231	151	70	65	13	3	30	24
06 Waldheim	1.175	1.013	162	85	58	16	3	20	20
07 Bult	2.037	1.805	232	131	75	22	4	49	45
08 Zoo	3.036	2.705	331	196	106	25	4	80	76
09 Oststadt	10.135	9.140	995	637	293	55	10	289	275
10 List	29.583	25.820	3.763	2.315	1.165	206	77	1.079	1.032
11 Vahrenwald	16.307	14.455	1.852	1.161	554	104	33	490	465
12 Vahrenheide	5.468	4.389	1.079	515	364	128	72	250	228
13 Hainholz	4.431	3.759	672	387	201	58	26	186	178
14 Herrenhausen	5.674	4.982	692	402	235	48	7	173	160
15 Burg	2.499	2.212	287	161	104	17	5	65	63
16 Leinhausen	1.912	1.655	257	159	78	18	2	51	44
17 Ledeburg/Nordhaf.	3.599	3.007	592	298	219	56	19	112	101
18 Stöcken	7.368	6.190	1.178	666	401	92	19	248	231
19 Marienwerder	1.543	1.255	288	138	106	28	16	49	44
21 Sahlkamp	7.795	6.051	1.744	868	577	191	108	353	326
22 Bothfeld	11.732	9.773	1.959	1.003	735	184	37	345	328
24 Lahe	825	630	195	92	75	19	9	27	23
25 Groß-Buchholz	16.459	13.849	2.610	1.335	920	263	92	527	496
26 Kleefeld	8.039	6.879	1.160	640	378	104	38	313	296
27 Heideviertel	3.329	2.918	411	209	163	32	7	80	74
28 Kirchrode	6.562	5.803	759	404	281	65	9	125	114
29 Döhren	9.395	8.218	1.177	710	368	78	21	362	344
30 Seelhorst	1.679	1.384	295	161	104	26	4	47	46
31 Wülfel	2.859	2.399	460	240	167	38	15	121	117
32 Mittelfeld	5.418	4.535	883	499	275	89	20	230	216
33 Linden-Nord	12.137	10.539	1.598	928	521	119	30	576	552
34 Linden-Mitte	8.094	6.945	1.149	604	394	93	58	379	355
35 Linden-Süd	6.586	5.594	992	512	326	100	54	298	274
36 Limmer	4.119	3.623	496	290	170	32	4	144	133
37 Davenstedt	6.273	5.238	1.035	537	371	95	32	213	197
38 Badenstedt	7.051	5.881	1.170	618	412	106	34	274	262
39 Bornum	818	668	150	66	63	11	10	37	37
40 Ricklingen	8.872	7.896	976	592	306	73	5	234	223
41 Oberricklingen	6.714	5.819	895	487	317	70	21	211	191
42 Mühlenberg	3.749	2.899	850	411	290	88	61	166	154
43 Wettbergen	6.952	5.393	1.559	787	629	112	31	264	245
44 Ahlem	5.701	4.800	901	512	310	67	12	210	198
45 Vinnhorst/Brink-H.	4.033	3.348	685	377	238	56	14	135	127
47 Bemerode	8.735	6.724	2.011	984	780	181	66	329	304
48 Isernhagen-Süd	1.702	1.462	240	116	94	25	5	36	32
50 Misburg-Nord	13.082	10.882	2.200	1.190	793	170	47	443	419
51 Misburg-Süd	1.607	1.292	315	176	109	25	5	60	56
52 Anderten	4.662	3.946	716	386	260	51	19	152	146
53 Wülferode	476	391	85	50	28	6	1	15	13
Insgesamt	333.354	285.888	47.466	26.227	16.116	3.841	1.282	11.382	10.730

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

Tabelle A6: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nach Stadtteilen und Nationalität am 31.12.2000

Stadtteil	Bevölkerung insgesamt	HLU insgesamt		Bevölkerung, deutsch	HLU für Deutsche		Bevölkerung, nichtdeutsch	HLU für Nichtdeutsche	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
01 Mitte	8.708	533	6,1	6.814	338	5,0	1.894	195	10,3
02 Calenb. Neustadt	6.492	453	7,0	5.125	254	5,0	1.367	199	14,6
03 Nordstadt	16.667	1.393	8,4	12.545	864	6,9	4.122	529	12,8
04 Südstadt	38.314	1.210	3,2	35.041	841	2,4	3.273	369	11,3
05 Waldhausen	2.045	14	0,7	1.956	.	.	89	.	.
06 Waldheim	1.798	13	0,7	1.733	.	.	65	.	.
07 Bult	2.925	84	2,9	2.511	38	1,5	414	46	11,1
08 Zoo	4.258	42	1,0	3.980	39	1,0	278	3	1,1
09 Oststadt	13.550	523	3,9	11.839	357	3,0	1.711	166	9,7
10 List	42.408	2.132	5,0	37.569	1.202	3,2	4.839	930	19,2
11 Vahrenwald	23.277	1.754	7,5	19.240	988	5,1	4.037	766	19,0
12 Vahrenheide	9.319	1.640	17,6	6.436	882	13,7	2.883	758	26,3
13 Hainholz	6.734	829	12,3	4.740	519	10,9	1.994	310	15,5
14 Herrenhausen	8.119	864	10,6	6.072	457	7,5	2.047	407	19,9
15 Burg	3.760	291	7,7	3.323	123	3,7	437	168	38,4
16 Leinhausen	3.016	114	3,8	2.709	75	2,8	307	39	12,7
17 Ledeburg/Nordhaf.	5.906	500	8,5	5.049	297	5,9	857	203	23,7
18 Stöcken	11.539	1.034	9,0	8.428	533	6,3	3.111	501	16,1
19 Marienwerder	2.677	159	5,9	2.353	99	4,2	324	60	18,5
21 Sahlkamp	14.171	2.041	14,4	11.363	983	8,7	2.808	1.058	37,7
22 Bothfeld	19.472	643	3,3	18.163	490	2,7	1.309	153	11,7
24 Lahe	1.492	58	3,9	1.270	52	4,1	222	6	2,7
25 Groß-Buchholz	26.240	2.270	8,7	21.958	1.054	4,8	4.282	1.216	28,4
26 Kleefeld	12.064	929	7,7	10.278	520	5,1	1.786	409	22,9
27 Heideviertel	5.159	159	3,1	4.851	109	2,2	308	50	16,2
28 Kirchrode	9.892	113	1,1	9.351	96	1,0	541	17	3,1
29 Döhren	13.606	729	5,4	12.144	512	4,2	1.462	217	14,8
30 Seelhorst	2.778	63	2,3	2.589	48	1,9	189	15	7,9
31 Wülfel	4.387	397	9,0	3.626	216	6,0	761	181	23,8
32 Mittelfeld	8.459	1.197	14,2	6.832	750	11,0	1.627	447	27,5
33 Linden-Nord	17.003	1.631	9,6	12.757	1.082	8,5	4.246	549	12,9
34 Linden-Mitte	11.839	1.076	9,1	9.225	638	6,9	2.614	438	16,8
35 Linden-Süd	9.794	1.590	16,2	6.442	894	13,9	3.352	696	20,8
36 Limmer	5.876	454	7,7	4.681	289	6,2	1.195	165	13,8
37 Davenstedt	10.567	794	7,5	9.641	475	4,9	926	319	34,4
38 Badenstedt	11.238	1.013	9,0	9.756	637	6,5	1.482	376	25,4
39 Bornum	1.400	201	14,4	1.165	133	11,4	235	68	28,9
40 Ricklingen	12.552	1.003	8,0	10.461	579	5,5	2.091	424	20,3
41 Oberricklingen	10.331	854	8,3	9.107	524	5,8	1.224	330	27,0
42 Mühlenberg	6.841	1.479	21,6	5.287	679	12,8	1.554	800	51,5
43 Wettbergen	12.581	654	5,2	11.681	465	4,0	900	189	21,0
44 Ahlem	9.151	511	5,6	8.032	335	4,2	1.119	176	15,7
45 Vinnhorst/Brink-H.	6.647	427	6,4	5.787	262	4,5	860	165	19,2
47 Bemerode	15.540	1.248	8,0	13.749	793	5,8	1.791	455	25,4
48 Isernhagen-Süd	2.767	18	0,7	2.629	.	.	138	.	.
50 Misburg-Nord	21.371	1.260	5,9	19.411	856	4,4	1.960	404	20,6
51 Misburg-Süd	2.730	166	6,1	2.428	134	5,5	302	32	10,6
52 Anderten	7.386	387	5,2	6.767	270	4,0	619	117	18,9
53 Wülferode	802	20	2,5	783	.	.	19	.	.
keine Angabe	0	214	0,0	0	154	0	0	60	0
Insgesamt	505.648	37.162	7,3	429.677	21.977	5,1	75.971	15.185	20,0

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

Tabelle A 7: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nach Stadtteilen und Altersgruppen am 31.12.2000

Stadtteil	insgesamt	Alter in Jahren					
		0-17		18-59		60+	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7	8
01 Mitte	533	89	12,1	359	5,7	85	5,1
02 Calenberger Neustadt	453	153	18,9	246	5,6	54	4,1
03 Nordstadt	1.393	456	18,6	786	6,8	151	5,6
04 Südstadt	1.210	366	8,6	637	2,6	207	2,1
05 Waldhausen	14	.	.	.	.	.	.
06 Waldheim	13	.	.	.	.	.	.
07 Bult	84	15	4,0	47	3,0	22	2,3
08 Zoo	42	14	2,7	21	0,8	7	0,6
09 Oststadt	523	148	9,9	291	3,1	84	3,0
10 List	2.132	656	11,5	1.080	4,0	396	4,0
11 Vahrenwald	1.754	536	19,2	984	7,0	234	3,6
12 Vahrenheide	1.640	563	28,1	816	16,7	261	10,7
13 Hainholz	829	247	22,4	452	10,6	130	9,4
14 Herrenhausen	864	208	19,4	486	9,8	170	8,2
15 Burg	291	50	11,1	126	6,2	115	8,9
16 Leinhausen	114	42	10,7	66	4,2	6	0,6
17 Ledeburg/Nordhafen	500	156	15,5	277	8,6	67	4,0
18 Stöcken	1.034	241	13,0	616	8,8	177	6,6
19 Marienwerder	159	65	12,7	69	4,9	25	3,3
21 Sahlkamp	2.041	823	26,1	961	12,3	257	8,0
22 Bothfeld	643	230	7,0	307	2,9	106	1,9
24 Lahe	58	5	1,4	50	5,6	3	1,2
25 Groß-Buchholz	2.270	858	19,3	1.096	7,4	316	4,5
26 Kleefeld	929	331	17,2	490	6,9	108	3,5
27 Heideviertel	159	51	7,6	82	3,3	26	1,3
28 Kirchrode	113	24	1,9	67	1,4	22	0,6
29 Döhren	729	236	12,8	381	4,8	112	3,0
30 Seelhorst	63	26	5,6	32	2,1	5	0,6
31 Wülfel	397	139	18,1	220	8,7	38	3,4
32 Mittelfeld	1.197	330	23,2	691	15,2	176	7,1
33 Linden-Nord	1.631	508	20,1	896	7,7	227	7,8
34 Linden-Mitte	1.076	378	18,7	605	7,6	93	5,0
35 Linden-Süd	1.590	555	31,5	893	14,0	142	8,5
36 Limmer	454	104	13,4	258	7,1	92	6,4
37 Davenstedt	794	300	17,4	393	6,8	101	3,3
38 Badenstedt	1.013	358	18,2	534	8,5	121	4,0
39 Bornum	201	87	30,7	92	12,4	22	5,9
40 Ricklingen	1.003	228	15,4	614	8,3	161	4,4
41 Oberricklingen	854	235	16,0	474	8,4	145	4,5
42 Mühlenberg	1.479	624	39,8	687	19,3	168	9,8
43 Wettbergen	654	268	10,5	315	4,3	71	2,6
44 Ahlem	511	180	12,7	265	5,0	66	2,7
45 Vinnhorst/Brink-Hafen	427	138	12,5	225	6,1	64	3,4
47 Bemerode	1.248	516	15,1	649	6,9	83	3,1
48 Isernhagen-Süd	.	.	.	.	.	.	.
50 Misburg-Nord	1.260	384	10,8	689	5,6	187	3,3
51 Misburg-Süd	166	60	11,9	90	5,5	16	2,7
52 Anderten	387	141	12,1	206	4,8	40	2,1
53 Wülferode	.	.	.	.	.	.	.
keine Angabe	214	39	.	159	.	16	.
Insgesamt	37.162	12.168	15,7	19.814	6,6	5.180	4,1

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

Tabelle A 8: Deutsche Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nach Stadtteilen und Altersgruppen am 31.12.2000

Stadtteil	insgesamt	Alter in Jahren					
		0-17		18-59		60 +	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7	8
01 Mitte	338	53	11,3	227	4,7	58	3,8
02 Calenberger Neustadt	254	71	13,8	143	4,2	40	3,4
03 Nordstadt	864	283	17,0	491	5,7	90	3,9
04 Südstadt	841	266	7,1	434	2,0	141	1,5
05 Waldhausen	14	.	.	.	.	.	.
06 Waldheim	.	.	.	.	.	.	.
07 Bult	38	5	1,5	21	1,6	12	1,4
08 Zoo	39	14	2,9	18	0,7	7	0,7
09 Oststadt	357	104	8,0	197	2,5	56	2,2
10 List	1.202	368	7,5	633	2,7	201	2,2
11 Vahrenwald	988	304	14,8	582	5,2	102	1,7
12 Vahrenheide	882	277	24,3	464	14,8	141	6,5
13 Hainholz	519	162	24,4	291	10,1	66	5,6
14 Herrenhausen	457	124	16,9	259	7,5	74	4,0
15 Burg	123	30	8,2	55	3,1	38	3,2
16 Leinhausen	75	27	8,2	45	3,3	3	0,3
17 Ledeburg/Nordhafen	297	91	11,2	167	6,3	39	2,4
18 Stöcken	533	141	11,4	333	6,9	59	2,5
19 Marienwerder	99	43	10,0	41	3,5	15	2,0
21 Sahlkamp	983	437	19,0	455	7,4	91	3,1
22 Bothfeld	490	186	6,2	235	2,5	69	1,2
24 Lahe	52	5	1,7	44	6,0	3	1,2
25 Groß-Buchholz	1.054	386	11,5	530	4,4	138	2,1
26 Kleefeld	520	185	12,1	294	5,0	41	1,4
27 Heideviertel	109	37	6,1	58	2,6	14	0,7
28 Kirchrode	96	22	1,9	56	1,3	18	0,5
29 Döhren	512	181	11,6	266	3,8	65	1,8
30 Seelhorst	48	21	4,9	23	1,7	4	0,5
31 Wülfel	216	76	13,2	127	6,2	13	1,3
32 Mittelfeld	750	205	19,1	441	12,9	104	4,5
33 Linden-Nord	1.082	327	19,5	631	7,3	124	5,1
34 Linden-Mitte	638	201	14,1	389	6,3	48	3,0
35 Linden-Süd	894	295	29,9	529	12,9	70	5,2
36 Limmer	289	77	13,2	180	6,4	32	2,5
37 Davenstedt	475	176	11,9	242	4,7	57	1,9
38 Badenstedt	637	232	14,5	345	6,5	60	2,1
39 Bornum	133	64	30,2	58	9,6	11	3,1
40 Ricklingen	579	139	12,2	368	6,3	72	2,1
41 Oberricklingen	524	145	12,0	303	6,3	76	2,5
42 Mühlenberg	679	304	29,5	302	11,2	73	4,7
43 Wettbergen	465	198	8,5	220	3,3	47	1,7
44 Ahlem	335	118	10,2	178	4,0	39	1,6
45 Vinnhorst/Brink-Hafen	262	84	9,2	145	4,7	33	1,9
47 Bemerode	793	343	11,5	401	4,9	49	1,9
48 Isernhagen-Süd	16	.	.	.	.	.	.
50 Misburg-Nord	856	292	9,1	480	4,4	84	1,6
51 Misburg-Süd	134	51	11,2	75	5,3	8	1,4
52 Anderten	270	100	9,6	143	3,7	27	1,4
53 Wülferode	.	.	.	.	.	.	.
keine Angabe	154	21	.	124	.	9	.
Insgesamt	21.977	7.278	#DIV/0!	12.074	4,8	2.625	2,2

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

Tabelle A 9: Nichtdeutsche Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nach Stadtteilen und Altersgruppen am 31.12.2000

Stadtteil	insgesamt	Alter in Jahren					
		0-17		18-59		60+	
1	2	3	4	5	6	7	8
01 Mitte	195	36	13,5	132	8,9	27	18,1
02 Calenberger Neustadt	199	82	27,8	103	11,0	14	10,4
03 Nordstadt	529	173	22,0	295	10,0	61	15,4
04 Südstadt	369	100	19,1	203	8,4	66	20,4
05 Waldhausen	.	.	.	.	.	.	.
06 Waldheim	.	.	.	.	.	.	.
07 Bult	46	10	25,6	26	9,1	10	11,1
08 Zoo	.	.	.	.	.	.	.
09 Oststadt	166	44	22,7	94	7,1	28	14,8
10 List	930	288	34,1	447	13,1	195	33,5
11 Vahrenwald	766	232	31,6	402	14,0	132	31,4
12 Vahrenheide	758	286	33,0	352	20,2	120	43,6
13 Hainholz	310	85	19,5	161	11,8	64	33,0
14 Herrenhausen	407	84	24,9	227	15,1	96	46,4
15 Burg	168	20	24,7	71	26,9	77	83,7
16 Leinhausen	39	15	23,1	21	10,0	3	9,7
17 Ledeburg/Nordhafen	203	65	33,7	110	19,1	28	31,5
18 Stöcken	501	100	16,3	283	13,1	118	34,5
19 Marienwerder	60	22	26,2	28	12,8	10	47,6
21 Sahlkamp	1.058	386	45,3	506	30,3	166	58,2
22 Bothfeld	153	44	18,3	72	7,7	37	28,2
24 Lahe	.	.	.	.	.	.	.
25 Groß-Buchholz	1.216	472	43,3	566	20,5	178	41,7
26 Kleefeld	409	146	36,4	196	16,1	67	39,6
27 Heideviertel	50	14	21,2	24	11,5	12	35,3
28 Kirchrode	17	.	.	11	2,7	.	.
29 Döhren	217	55	19,5	115	11,2	47	31,3
30 Seelhorst	15	.	.	9	6,3	.	.
31 Wülfel	181	63	33,3	93	19,4	25	26,9
32 Mittelfeld	447	125	35,5	250	22,2	72	48,0
33 Linden-Nord	549	181	21,2	265	9,0	103	22,5
34 Linden-Mitte	438	177	29,6	216	12,3	45	17,7
35 Linden-Süd	696	260	33,6	364	16,1	72	22,5
36 Limmer	165	27	14,1	78	9,0	60	43,5
37 Davenstedt	319	124	49,2	151	25,1	44	60,3
38 Badenstedt	376	126	34,7	189	19,0	61	48,4
39 Bornum	68	23	32,4	34	24,3	11	45,8
40 Ricklingen	424	89	26,1	246	16,0	89	42,4
41 Oberricklingen	330	90	35,6	171	20,7	69	48,3
42 Mühlenberg	800	320	59,6	385	44,2	95	65,5
43 Wettbergen	189	70	30,3	95	15,7	24	38,7
44 Ahlem	176	62	24,1	87	11,2	27	31,4
45 Vinnhorst/Brink-Hafen	165	54	28,9	80	13,9	31	31,3
47 Bemerode	455	173	39,9	248	19,7	34	33,7
48 Isernhagen-Süd	2	.	.	.	.	.	.
50 Misburg-Nord	404	92	26,5	209	15,0	103	46,0
51 Misburg-Süd	32	9	18,8	15	6,7	8	27,6
52 Anderten	117	41	33,1	63	14,5	13	21,7
53 Wülferode	.	.	.	.	.	.	.
keine Angabe	60	.	.	.	.	.	.
Insgesamt	15.185	4.890	30,8	7.740	14,8	2.555	33,2

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

Tabelle A 10: Bedarfsgemeinschaften (BG) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Stadtteilen und Haushaltstypen am 31.12.2000

Stadtteil	BG insgesamt	Einpersonen-haushalte	Paare ohne Kinder	Paare mit Kindern	Allein Erziehende	Sonstige Haushalte
1	2	3	4	5	6	7
01 Mitte	391	293	26	26	27	19
02 Calenb. Neustadt	258	155	18	32	32	21
03 Nordstadt	812	491	47	91	145	38
04 Südstadt	756	456	45	54	148	53
05 Waldhausen	13	.	.	.	.	.
06 Waldheim	11	.	.	.	.	.
07 Bult	56	28	10	.	7	.
08 Zoo	29	.	.	.	.	.
09 Oststadt	332	210	21	27	47	27
10 List	1.244	701	118	126	221	78
11 Vahrenwald	1.024	569	94	113	194	54
12 Vahrenheide	869	459	91	120	142	57
13 Hainholz	486	260	56	43	108	19
14 Herrenhausen	534	299	64	57	82	32
15 Burg	188	113	34	18	13	10
16 Leinhausen	60	24	5	8	16	7
17 Ledeburg/Nordhaf.	284	167	28	35	36	18
18 Stöcken	652	374	90	49	101	38
19 Marienwerder	80	38	3	13	20	6
21 Sahlkamp	901	333	138	182	181	67
22 Bothfeld	342	159	35	42	76	30
24 Lahe	48	.	.	.	.	.
25 Groß-Buchholz	1.134	537	105	193	205	94
26 Kleefeld	490	248	46	67	102	27
27 Heideviertel	89	49	11	11	15	3
28 Kirchrode	81	54	5	4	14	4
29 Döhren	400	192	51	40	94	23
30 Seelhorst	31	16	3	5	.	.
31 Wülfel	206	99	19	31	43	14
32 Mittelfeld	715	402	74	75	116	48
33 Linden-Nord	975	561	77	89	196	52
34 Linden-Mitte	598	348	38	75	93	44
35 Linden-Süd	849	454	67	125	149	54
36 Limmer	302	192	33	16	45	16
37 Davenstedt	379	174	51	67	65	22
38 Badenstedt	522	252	50	80	111	29
39 Bornum	95	43	8	13	25	6
40 Ricklingen	648	394	77	50	101	26
41 Oberricklingen	544	358	36	39	83	28
42 Mühlenberg	630	220	66	163	112	69
43 Wettbergen	306	117	29	55	83	22
44 Ahlem	270	123	32	29	70	16
45 Vinnhorst/Brink-H.	256	133	23	20	54	16
47 Bemerode	558	232	44	125	119	38
48 Isernhagen-Süd	13	8	.	.	.	.
50 Misburg-Nord	732	407	77	80	140	28
51 Misburg-Süd	84	33	10	12	25	4
52 Anderten	205	107	15	26	46	11
53 Wülferode	.	.	.	.	.	.
keine Angabe	.	.	.	.	.	.
Insgesamt	20.637	11.106	1.978	2.537	3.736	1.280

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

Tabelle A 11: Arbeitslose im Dezember 2000 nach Stadtteilen, Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung\*, Nationalität, Alter und Langzeitarbeitslosigkeit

Stadtteil	Arbeitslose insgesamt	Arbeitslosenquote*	unter den Arbeitslosen:					
			Nationalität		Alter		Langzeit-arbeitslose	
1	2	3	deutsch	nichtdeutsch	< 25 Jahre	55 Jahre u.ä.		7
01 Mitte	738	10,9	527	211	61	132	242	
02 Calenb. Neustadt	513	10,9	328	185	68	77	144	
03 Nordstadt	1.418	11,6	936	482	156	182	457	
04 Südstadt	1.563	5,9	1.275	288	127	296	495	
05 Waldhausen	48	3,8	42	6	4	10	12	
06 Waldheim	37	3,3	.	.	3	12	17	
07 Bult	100	5,7	71	29	7	16	30	
08 Zoo	132	4,6	114	18	9	39	52	
09 Oststadt	717	7,2	554	163	66	120	210	
10 List	2.266	7,7	1.632	634	194	406	735	
11 Vahrenwald	1.789	11,5	1.204	585	179	295	544	
12 Vahrenheide	963	17,3	569	394	104	155	377	
13 Hainholz	670	14,5	401	269	80	98	237	
14 Herrenhausen	667	12,3	407	260	79	112	213	
15 Burg	237	9,7	172	65	22	71	83	
16 Leinhausen	137	7,5	111	26	13	36	45	
17 Ledeburg/Nordhaf.	401	10,7	279	122	47	77	140	
18 Stöcken	923	11,9	529	394	95	203	338	
19 Marienwerder	139	8,5	102	37	16	26	48	
21 Sahlkamp	1.007	11,4	600	407	108	198	356	
22 Bothfeld	732	6,0	613	119	71	208	260	
24 Lahe	73	7,5	59	14	12	9	17	
25 Groß-Buchholz	1.497	9,1	984	513	150	242	553	
26 Kleefeld	673	8,6	472	201	75	113	209	
27 Heideviertel	173	6,0	145	28	8	51	73	
28 Kirchrode	237	4,2	207	30	16	70	87	
29 Döhren	690	7,8	541	149	72	135	245	
30 Seelhorst	94	5,5	77	17	9	26	38	
31 Wülfel	286	10,3	203	83	27	61	116	
32 Mittelfeld	741	14,4	463	278	72	135	278	
33 Linden-Nord	1.496	12,1	1.009	487	151	233	563	
34 Linden-Mitte	939	11,0	630	309	105	153	323	
35 Linden-Süd	1.101	16,1	641	460	137	150	376	
36 Limmer	481	11,9	336	145	42	103	164	
37 Davenstedt	553	8,1	427	126	49	155	224	
38 Badenstedt	730	10,4	530	200	78	146	233	
39 Bornum	93	11,0	73	20	10	17	28	
40 Ricklingen	952	11,5	639	313	102	181	298	
41 Oberricklingen	775	11,9	558	217	107	146	294	
42 Mühlenberg	613	14,9	361	252	66	92	193	
43 Wettbergen	585	7,1	495	90	49	144	217	
44 Ahlem	549	9,1	414	135	49	118	213	
45 Vinnhorst/Brink-H.	369	8,8	268	101	32	95	136	
47 Bemerode	868	8,4	662	206	93	143	278	
48 Isernhagen-Süd	47	2,8	44	3	.	24	17	
50 Misburg-Nord	1.179	8,4	940	239	119	261	423	
51 Misburg-Süd	124	6,8	110	14	13	29	53	
52 Anderten	355	7,4	276	79	23	97	133	
53 Wülferode	25	4,7	.	.	.	13	12	
keine Angabe	221		.	71	.	38	70	
Insgesamt	31.716	9,5	22.239	9.477	3.205	5.949	10.899	

\* Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Statistikstelle

Tabelle A 12: Belegrechtswohnungen nach Stadtteilen am 31.12.2000

Stadtteil	Gesamt- wohnungs- bestand	Belegrechts- wohnungen	Aktions- programm Wohnen *	vermittelbare Belegrechte	Belegrechts- quote (Sp.6/Sp.3)
1	3	4	5	6	7
01 Mitte	6.396	228		228	3,6
02 Calenberger	3.951	280		280	7,1
03 Nordstadt	9.597	903		903	9,4
04 Südstadt	25.195	450		450	1,8
05 Waldhausen	1.169	0		0	0,0
06 Waldheim	777	0		0	0,0
07 Bult	1.606	83		83	5,2
08 Zoo	2.722	25		25	0,9
09 Oststadt	9.108	179		179	2,0
10 List	25.940	839	153	686	2,6
11 Vahrenwald	14.301	767		767	5,4
12 Vahrenheide	4.662	2.959	1.915	1.044	22,4
13 Hainholz	3.716	849	159	690	18,6
14 Herrenhausen	4.818	919	166	753	15,6
15 Burg	2.251	172	172	0	0,0
16 Leinhausen	1.620	0		0	0,0
17 Ledeburg/Nordhaf.	3.127	164		164	5,3
18 Stöcken	5.932	549	13	536	9,0
19 Marienwerder	1.288	55		55	4,3
21 Sahlkamp	6.297	1.527	467	1.060	16,8
22 Bothfeld	9.399	637	25	612	6,5
24 Lahe	503	0		0	0,0
25 Groß-Buchholz	13.818	2.430	1.060	1.370	9,9
26 Kleefeld	6.850	304		304	4,4
27 Heideviertel	2.536	317	40	277	10,9
28 Kirchrode	5.259	114		114	2,2
29 Döhren	8.333	285	71	214	2,6
30 Seelhorst	1.442	26		26	1,8
31 Wülfel	2.377	125		125	5,3
32 Mittelfeld	4.228	2.041	949	1.092	25,8
33 Linden-Nord	10.196	1.530		1.530	15,0
34 Linden-Mitte	6.783	507		507	7,5
35 Linden-Süd	5.247	1.443	475	968	18,5
36 Limmer	3.611	93		93	2,6
37 Davenstedt	5.153	1.010	66	944	18,3
38 Badenstedt	5.792	603	90	513	8,9
39 Bornum	636	111		111	17,5
40 Ricklingen	7.925	226		226	2,9
41 Oberricklingen	6.018	522		522	8,7
42 Mühlenberg	3.170	1.276	466	810	25,6
43 Wettbergen	5.941	614		614	10,3
44 Ahlem	4.687	354		354	7,6
45 Vinnhorst/Brink-H.	3.260	673	32	641	19,7
47 Bemerode	6.471	879	249	630	9,7
48 Isernhagen-Süd	1.361	3		3	0,2
50 Misburg-Nord	10.565	1.328	120	1.208	12,6
51 Misburg-Süd	1.302	107		107	8,2
52 Anderten	4.064	495		495	12,2
53 Wülferode	387	0		0	0,0
Insgesamt L H H	281.790	29.001	6.688	22.313	7,9
Umland		1.601		1.601	
Insgesamt		30.602		23.914	

\* inkl. wegfallende Belegrechte aufgrund Gebietsfreistellungen, Verkaufsabsichten der GBH, Ruhende Belegrechte und Quotierungen von Belegrechten sowie einem angestrebten Kooperationsvertrag mit einem Vermieter

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Amt für Wohnungswesen, Jahresbericht 2000